



Die Expedition ist auf der Herrenstraße Nr. 20.

N^o 118.

Sonntag den 23. Mai

1847.

Ueberrnorgen erscheint ein Extrablatt und Mittwoch den 26. Mai Nr. 119 der Breslauer Zeitung.

Inland.

Berlin, 22. Mai. Se. Majestät der König haben Allernädigt geruht: dem Kammergerichts-Sekretär Julius von Borbeck bei seiner Versetzung in den Ruhestand den Charakter als Geheimer Kanzlei-Rath; dem bei dem kurländischen Puppen-Kolligium angestellten Deposital-Rendanten Paul den Charakter als Rechnungs-Rath; und dem Polizei-Präsidenten-Sekretär W. Friedrich in Berlin den Titel als Kanzlei-Rath zu verleihen.

Den Shawl-Fabrikanten L. Dahlheim u. Comp. in Berlin ist unter dem 16. Mai 1847 ein Patent auf eine selbstthätige Repetir-Vorrichtung an Sähten zum Weben von Shawls in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Verbindung auf 6 Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden.

Dem Kravatten-Fabrikanten S. Blumenthal in Berlin ist unter dem 16. Mai 1847 ein Patent auf eine neue Vorrichtung an Kravatten nach den davon beigebrachten Proben auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden.

Abgereist: Se. Durchlaucht der Prinz Friedrich zu Hessen-Kassel, nach Dessau. Se. Excellenz der Wirkliche Geheime Rath und Ober-Präsident der Provinz Pommern, v. Bonin, nach Karsbad. Se. Erlaucht der Graf Heinrich von Schönburg-Glauchau, nach Glauchau.

(Militair- Wochenblatt.) Schnakenburg, Eschierschky I., Hauptl. von der 2. Ing.-Insp., letztern unter Wiedereinrang. in die Insp., zu Hauptl. 1ster Kl. ernannt. Dühring, Hauptm., mit Versetzung von der 3. zur 2. Ing.-Insp., zum Platz-Ingen. in Silberberg. Schnakenburg, Hauptm., mit Versetzung von der 2. zur 3. Ing.-Insp., zum Garn.-Bau-Dir. des 7ten Armeekorps ernannt. Eschierschky I., Hauptm. von der 2. Ing.-Insp., einstweilen in seinem bisherigen Adjut.-Verhältnis belassen. Sontheim, Hauptm., aggr. der 2. Ing.-Insp., das Rangverhältnis als Hauptm. beigelegt. Puskly, Major vom 3. Inf.-Regt., statt des Majors Bartenmeyer vom 5. Inf.-Regt., als Komd. des 1. komb. Res.-Bats. kommandirt. Laue, Hauptmann und Präses der Gewehr-Revisions-Kommission in Reisse, als aggr. zur 6ten Jäger-Abtheilung verlegt. Encke, Oberst-Lt. u. Chef v. Generalstabe der Gen.-Insp. d. Art., z. Mitgl. d. Exam.-Kommiss. für Art.-Pr.-Kts., v. Stosch, Major v. d. Gard.-Art.-Brig., z. dienst. Adj. d. d. Gen.-Insp. d. Art. ernannt und der gedachten Brigade aggregirt. Bar. Kurzbach v. Seydlitz, Major v. d. Gard.-Art.-Brig., z. etatsm. Stabesoff., Prinz Friedrich Albrecht v. Preußen, Sohn Sr. kgl. H. des Prinzen Albrecht von Preußen, zum Sek.-Lieut. d. 1. Garde-Reg. z. F. u. à la Suite d. 1. Bat. 1. Garde-Edw.-Reg. ernannt. Langheinrich, Sek.-Lt. v. 1. Bat. 9., ins 1. Bat. 23. Regts. einrangirt. v. Podscharky, Oberst-Lt. a. D., zuletzt im 2. Ulanen-Reg., zum Führer des 2. Aufz. v. 3. Bat. 7. Reg. einrnt. v. Winkler I., Pr.-Lt. v. 22. Inf.-Reg., m. d. Reg.-Unif. mit den vorsch. Abz. f. W., Aussicht auf Ewidensf. u. Pens. der Absch. bewilligt. Frhr. v. d. Horst, Oberst und Komd. d. 19. Inf.-Reg., m. Pens. z. Dispos. gest. Brinckmann, Oberst v. d. 5. Art.-Brig., als Gen.-Major, Igel, Major, aggr. der 8. Art.-Brig., als Oberst-Lieut. mit der Art.-Unif. mit den vorsch. Abz. f. W. u. Aussicht auf Ewidensf., beiden mit Pension d. Absch. bewilligt. v. Knobelsdorff, Oberst vom 18. Infanterie-Regiment, mit der Regiments-Unif. mit den vorsch. Abz. f. W. und Pension der Absch. bewilligt. Bei der Landwehr: Knorr, Prem.Lieut. vom 1. Bat. 10. Regts., als Hauptmann, Schmidt, Sec.

Lieut. vom 3. Bat. 22. Regts., als Prem.Lieut., der Abschied bewilligt.

Bei der gestern fortgesetzten Ziehung der 4. Klasse 95st. königl. Klassen-Lotterie fiel ein Hauptgewinn von 50,000 Rthl. auf Nr. 28,517 nach Schweidnitz bei Scholz; 1 Gewinn von 5000 Rthl. auf Nr. 82,169 nach Tzora bei Krupinski; 5 Gewinne zu 2000 Rthl. fielen auf Nr. 37,645, 50,527, 58,762, 60,365 und 69,344 nach Breslau bei Holschau und 2mal bei Schreiber, Iserlohn bei Hellmann und nach Schweidnitz bei Scholz; 45 Gewinne zu 1000 Rthl. auf Nr. 165, 2474, 2526, 2866, 3289, 3838, 4066, 4325, 6431, 6636, 7043, 11,147, 11,582, 11,933, 13,129, 16,105, 17,253, 21,518, 25,540, 25,697, 28,005, 28,375, 31,132, 31,341, 31,400, 36,927, 41,802, 43,082, 47,999, 49,302, 51,527, 55,813, 56,426, 61,674, 61,892, 64,911, 65,987, 67,165, 67,228, 70,160, 72,377, 74,337, 77,083, 77,437 und 83,889 in Berlin 2mal bei Mevin, 2mal bei Burg, bei Grack, bei Magdoff und 6mal bei Seeger, nach Bonn bei Haast, Breslau bei Bethke, 3mal bei Gerstenberg, 2mal bei Holschau und 3mal bei Schreiber, Köln bei Krauß und 3mal bei Reimbold, Danzig bei Meyer und bei Rogow, Düsseldorf bei Spag, Ehrenbreitstein bei Goldschmidt, Glatz 3mal bei Braun, Zücherbogl bei Apponius, Königsberg in Pr. bei Borchardt und bei Friedemann, Liegnitz 2mal bei Leitgeb, Merseburg bei Kieselbach, Minden 2mal bei Wolffers, Münster bei Lohn, Naumburg bei Vogel, Posen bei Bielefeld und nach Steint bei Wisznach; 45 Gewinne zu 500 Rthl. auf Nr. 2370, 2570, 4,202, 6075, 7453, 8107, 8210, 9620, 15,954, 18,662, 20,450, 23,116, 23,693, 23,754, 23,805, 26,524, 27,013, 30,008, 34,277, 35,323, 35,638, 42,574, 42,662, 42,939, 46,618, 48,286, 49,905, 50,945, 52,919, 55,132, 56,955, 62,959, 63,098, 63,995, 64,691, 65,236, 65,767, 66,627, 70,007, 71,790, 72,848, 73,056, 76,972, 81,489 und 82,820 in Berlin bei Borchardt, 3mal bei Burg, bei Grack, bei Magdoff, bei Moser und 4mal bei Seeger, nach Aachen bei Levy, Bielefeld 2mal bei Honrich, Breslau bei Holschau und 5mal bei Schreiber, Kolberg bei Meyer, Köln 3mal bei Reimbold und bei Weidmann, Düsseldorf bei Spag, Eberfeld bei Heymer, Halle bei Lehmann, Iserlohn bei Hellmann, Königsberg in Pr. bei Friedmann und bei Samter, Liegnitz 3mal bei Leitgeb, Magdeburg 2mal bei Brauns, bei Büchting, bei Elbthal und 2mal bei Koch, Merseburg bei Kieselbach, Minden bei Wolffers, Porsdam bei Hillr., Sagan bei Wiesenthal und nach Tilsit bei Löwenberg; 54 Gewinne zu 200 Rthl. auf Nr. 808, 2698, 7138, 7620, 9110, 9226, 10,663, 10,912, 11,034, 11,056, 13,216, 15,361, 17,002, 17,570, 18,387, 20,792, 21,426, 23,695, 23,819, 26,075, 26,810, 28,352, 28,634, 33,102, 34,293, 34,619, 35,004, 36,172, 37,430, 38,672, 40,477, 41,537, 42,187, 43,290, 43,342, 48,736, 49,999, 50,891, 55,510, 57,155, 61,283, 63,828, 61,692, 65,816, 66,597, 69,321, 72,133, 72,363, 74,243, 74,374, 74,492, 77,323, 79,594 und 84,835.

Das 20ste Stück der Gesetz-Sammlung enthält unter Nr. 2838. Die Allerhöchste Kabinetts-Ordre vom 8. März d. J., die Erhebung einer Steuer von dem in hiesiger Stadt eingehenden Wilpret betreffend; — Nr. 2839. Das Gesetz, betreffend die Glaubwürdigkeit der zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung kommandirten Militair-Personen. D. d. den 8. April d. J.; — Nr. 2840. Die Verordnung über die Bildung eines Ehrenraths unter den Justiz-Kommissarien, Advokaten und Notarien, vom 30. desselben Monats. — Nr. 2841. Die Allerhöchste Kabinetts-Ordre von

demselben Tage, betreffend den Stempel zu Kauf- und Lieferungs-Verträgen im kaufmännischen Verkehr; und Nr. 2842. Die Bekanntmachung der Allerhöchsten Bestätigung der Statuten des bonner Theater-Vereins, vom 11. Mai d. J., und zuletzt die Bekanntmachung vom 7. Mai, die Berichtigung eines in der diesjährigen Gesefsammlung pag. 111 bei Nr. 2809 vorgekommenen Schreibfehlers betreffend.

Nr. 20 der Gesetz-Sammlung enthält unter Nr. 2839 folgendes Gesetz: „Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen u. u. verordnen auf den Antrag Unseres Staatsministeriums und nach vernommenem Gutachten Unseres Staatsraths für den ganzen Umfang Unserer Monarchie, mit Ausschluß des Bezirkes des Appellationsgerichtshofes zu Köln, was folgt Militairpersonen, welche als Schildwachen, Patrouillen oder in anderer Eigenschaft zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung kommandirt sind, und Verleibungen, Widersetzlichkeiten oder andere Gesefübertretungen, welche während dieser Dienstleistung verübt werden, zur Anzeige bringen, verlieren in den dieshalb eingeleiteten Untersuchungen, aus dem Grunde allein, weil sie die Anzeige gemacht haben, oder bei dem Vorfalle selbst beleidigt oder verlegt worden sind, nicht die Eigenschaft vollgültiger Zeugen.“

Urkundlich unter Unserer Höchstigenhändigen Unterschrift und beigebrachtem königlichen Insignel. Gegeben Berlin, den 8. April 1847. — (L. S.) Friedrich Wilhelm.

Frhr. v. Müßling, v. Boyen, v. Savigny, Uhden, Beylaubigt: Bode.

Ferner unter Nr. 2840 folgende Verordnung: „Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen u. u. verordnen über die Bildung eines Ehrenraths unter den Justizkommissarien, Advokaten und Notarien, auf den Antrag Unseres Staatsministeriums, für den ganzen Umfang Unserer Monarchie, mit Ausschluß des Bezirkes des Appellationsgerichtshofes zu Köln, was folgt:

§ 1. Bei jedem Landes-Justizkollegium soll aus der Mitte der Justizkommissarien, Advokaten und Notarien, welche im Bezirke desselben angestellt sind, ein Ehrenrath von sechs bis zehn Mitgliedern, einschließlich des Vorsitzenden, gebildet werden.

§ 2. Der Ehrenrath, welcher sein Amt unentgeltlich verwaltet, ist befugt und verpflichtet, über die Erfüllung der besonderen Amtspflichten, so wie derjenigen Pflichten seiner Standesgenossen zu wachen, welche durch Ehrenhaftigkeit, Rdtlichkeit und Anstand bedingt werden. Insbesondere tritt derselbe bei allen Vergehen der Justizkommissarien, Advokaten und Notarien, welche nach dem Gesef vom 29. März 1844 im Disziplinarwege zu ahnden sind, an die Stelle der in jenem Gesef angeordneten Disziplinarbehörde mit den dieser zustehenden Rechten.

§ 3. In der Befugniß der Gerichte: in den bei ihnen schwebenden Rechtsangelegenheiten die Justizkommissarien, Advokaten und Notarien zu ihrer Schuldtigkeit anzuhalten und mit Ordnungsstrafen zu belegen,

wird nichts geändert. Die Gerichte können aber auch in solchen Fällen die Untersuchung und Entscheidung dem Ehrenrathe überlassen.

§ 4. Jedes Landes-Justiz-Kollegium, bei welchem ein Staatsanwalt für Kriminalsachen nicht angestellt ist, hat einen Beamten zu bestellen, welcher die Funktionen des Staatsanwalts in den vor dem Ehrenrathe vorkommenden Untersuchungen wahrzunehmen hat.

§ 5. Erachtet der Ehrenrath dafür, daß Anlaß zu einem Disziplinar-Strafverfahren gegen einen Justiz-Kommissarius, Advokaten oder Notar vorhanden sei, oder wird die Einleitung eines solchen Verfahrens von dem Landes-Justiz-Kollegium oder dem Staatsanwalt (§ 4) beantragt, welchem Antrage in jedem Falle stattgegeben werden muß, — so ist die Untersuchung in Form eines Beschlusses zu eröffnen, in welchem, wenn die Untersuchung auf Dienstentlassung gerichtet ist, dies ausdrücklich ausgesprochen werden muß.

§ 6. Die Instruktion der Sache erfolgt vor versammeltem Ehrenrathe, oder durch einen aus seiner Mitte bestellten Kommissarius.

§ 7. Dem Ehrenrathe steht das Recht zu, in dem Verfahren Zeugen zu laden und eidlich zu vernehmen. — Erscheinen dieselben auf die Vorladung nicht, so ist der persönliche Richter um ihre Bestellung zu ersuchen.

§ 8. Erscheint der Angeschuldigte auch auf die zweite an ihn gerichtete Vorladung nicht, oder verweigert er die Auslassung, so werden die Anschuldigungen, wenn sie durch Urkunden beschönigt sind, für zugestanden erachtet. Sind zum Beweise Zeugen zu vernehmen, so wird mit deren Vernehmung in contumaciam verfahren und die Sache ohne weitere Vorladung des Angeschuldigten zum Schluß instruiert.

§ 9. Erachtet der Ehrenrath schon im Laufe der Untersuchung eine Amtsuspendension des Angeschuldigten für nöthig, so hat er gutachtlich an das vorgesetzte Landes-Justizkollegium zu berichten, dem die Entscheidung darüber zukommt. — Dasselbe kann aber auch ohne einen solchen Antrag die Suspendension von amtswegen verfügen.

§ 10. Behufs der Entscheidung wird der Angeschuldigte durch eine schriftliche Vorladung, in welcher die gegen ihn erhobenen Anschuldigungen und Beweise kurz anzugeben sind, zu einer Sitzung des Ehrenraths, mindestens acht Tage vorher, in der für gerichtliche Vorladungen vorgeschriebenen Form, berufen und gleichzeitig dem Staatsanwalt von der Sitzung Nachricht gegeben. — In der Sitzung, in welcher mindestens fünf Mitglieder, einschließlich des Vorsitzenden, zugegen sein müssen, werden die einzelnen Anschuldigungspunkte von dem Vorsitzenden oder einem von denselben bestellten Referenten entwickelt, die Zeugenaussagen und andere Beweismittel vorgelesen, der Staatsanwalt wird, wenn derselbe gegenwärtig ist, mit seinen Anträgen und der Angeschuldigte mit seiner Vertheidigung gehört, und sodann die nach Stimmenmehrheit beschlossene Entscheidung sofort, oder doch in einer zu diesem Zweck sogleich zu bestimmenden und nicht über acht Tage hinaus anzusetzenden Sitzung verkündigt.

§ 11. Der Staatsanwalt muß, wenn die Untersuchung auf Dienstentlassung gerichtet ist, seine Anträge in der Sitzung (§ 10) persönlich oder durch einen Substituten machen; in allen anderen Fällen kann er seine Erklärung auch schriftlich abgeben.

§ 12. Die Strafen, auf welche der Ehrenrath zu erkennen befugt ist, sind: Ermahnung oder Warnung, Verweis, Geldbußen bis zu 500 Thln. und Dienstentlassung.

§ 13. Bei der Entscheidung hat der Ehrenrath, ohne an positive Beweisregeln gebunden zu sein, nach seiner aus dem ganzen Inbegriff der Verhandlungen und Beweisen geschöpften Ueberzeugung zu beurtheilen, in wie weit die Anschuldigung für gegründet zu erachten.

§ 14. Der von allen Mitgliedern des Ehrenraths unterschriebene Beschluß ist dem Angeklagten und eine Abschrift desselben dem Staatsanwalt zuzustellen.

§ 15. Gegen die Entscheidung des Ehrenraths kann sowohl vom Angeklagten, als vom Staatsanwalt Rekurs innerhalb sechs Wochen präklusivischer Frist vom Tage des behändigten Bescheides eingelegt werden.

§ 16. Dieser Rekurs geht, wenn der Angeklagte darüber, daß auf Dienstentlassung erkannt, oder der Staatsanwalt darüber, daß die Dienstentlassung nicht ausgesprochen worden, Beschwerde führt, an das geheime Ober-Tribunal, und in dem Bezirke des Justiz-Senats zu Ehrenbreitstein an den rheinischen Revisions- und Kassationshof. In allen anderen Fällen geht der Rekurs an das vorgesetzte Landes-Justizkollegium, in Neu-Vorpommern das Ober-Appellationsgericht zu Greifswald.

§ 17. Ist auf eine geringere Strafe als Dienstentlassung erkannt, und der Angeklagte legt Rekurs an das Landes-Justizkollegium, der Staatsanwalt aber an das geheime Ober-Tribunal oder den rheinischen Revisions- und Kassationshof ein, so entscheidet über beide Rekurse der höhere Gerichtshof.

§ 18. Die zur Ausführung von Erkenntnissen, welche auf Geldstrafen oder Dienstentlassung lauten, erforderlichen Maßregeln sind bei dem betreffenden Landes-Justizkollegium zu beantragen.

§ 19. An Kosten kommen nur baare Auslagen zum Anfaß, welche der zu einer Strafe Verurtheilte zu tragen schuldig ist und die bei erfolgter Freisprechung oder beim Unvermögen des Verurtheilten dem Kriminalfond zur Last fallen. — Die erkannten Geldstrafen werden zunächst zur Deckung der Kosten verwandt und fließen im Uebrigen zu den für den Bezirk eines jeden Landes-Justizkollegiums bestehenden Fond zur Unterstützung der Wittwen und Waisen von Justizbeamten.

§ 20. Kommen zur Kenntniß des Ehrenraths gemeine oder Amtsverbrechen im Sinne des § 2 des Gesetzes vom 29. März 1844, so muß er hiervon dem kompetenten Gerichte Anzeige machen, und es bleibt diesem das weitere Verfahren vorbehalten.

§ 21. Die Mitglieder des Ehrenraths, sowie vier bis sechs Stellvertreter derselben werden in einer vom Präsidenten des Landes-Justizkollegiums einzuberufenden und zu leitenden General-Versammlung der Justizkommissarien, Advokaten und Notarien des Bezirks, von den Anwesenden durch absolute Stimmenmehrheit gewählt. — Der Wahlakt beginnt damit, daß jeder Anwesende dem Präsidenten einen Wahlzettel mit Bezeichnung der Mitglieder und Stellvertreter, für welche er stimmt, zustellt. Sollte auf diesem Wege die erforderliche Zahl der Mitglieder und Stellvertreter die absolute Stimmenmehrheit nicht erhalten, so wird über jedes noch zu wählende Mitglied und jeden noch zu wählenden Stellvertreter einzeln abgestimmt. Wird die absolute Stimmenmehrheit auch auf diesem Wege durch zweimäßige Abstimmung nicht erreicht, so ist der Beschluß über die zu wählende Person dadurch herbeizuführen, daß die dritte Abstimmung über diejenigen Kandidaten erfolgt, welche bei der zweiten Abstimmung die relativ meisten Stimmen erhalten haben, und daß derjenige, welcher alsdann die meisten Stimmen erhält, für gewählt erachtet wird.

§ 22. Die Wahl der Mitglieder des Ehrenraths und ihrer Stellvertreter erfolgt auf sechs Jahre. Nach Ablauf von je drei Jahren scheidet die Hälfte der Mitglieder und Stellvertreter aus, und wird von Neuem gewählt; das erste Mal werden die Ausscheidenden durch das Loos, demnächst durch die Zeit bestimmt, welche seit ihrer Wahl verstrichen ist. Die Ausscheidenden sind sofort wieder wählbar.

§ 23. Die Annahme der Wahl kann nur aus überwiegenden Gründen, deren Prüfung dem den Wahlakt leitenden Präsidenten des Landes-Justizkollegiums überlassen bleibt, abgelehnt werden. — Wenn jedoch nach Ablauf der drei Jahre eine Wiedererwählung erfolgt (§ 22), so steht die Annahme in der Willkür des Gewählten.

§ 24. Jedes Mitglied des Ehrenraths, gegen welches ein Disziplinarverfahren nöthwendig wird, scheidet sofort aus dem Ehrenrathe aus, vorbehaltlich jedoch des Rechts zum Wiedereintritt bei Entbindung von jeder Strafe.

§ 25. Der Vorsitzende des Ehrenraths, welcher am Orte des Obergerichts seinen Wohnsitz haben muß, wird von den Mitgliedern desselben, unmittelbar nach vollendetem Wahlakte (§§ 21 und 22) durch absolute Stimmenmehrheit in der § 21 bezeichneten Art auf jedesmal drei Jahre gewählt.

§ 26. Die Namen des Vorsitzenden und der Mitglieder des Ehrenraths, sowie ihrer Stellvertreter, sind nach jedem Wahlakte von dem Präsidenten des Landes-Justizkollegiums durch die Amtsblätter bekannt zu machen. Dasselbe muß in Ansehung aller Veränderungen geschehen, welche im Laufe einer Wahlperiode vorkommen möchten.

§ 27. Nähere Bestimmungen über den Wahlakt, das Verfahren vor dem Ehrenrathe und die Art seiner Geschäftsführung bleiben einer besonderen, von Unserem Justizminister zu erlassenden Instruktion vorbehalten.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem königlichen Insignel.

Gegeben Berlin, den 30. April 1847.

(L. S.) Friedrich Wilhelm.

Prinz von Preußen.

v. Boyen. Mähler. Rother. Eichhorn. v. Thile. v. Savigny. v. Bodelschwingh. Graf zu Stolberg. Uden. Frhr. v. Caniz. v. Düesberg.

Unter Nr. 2841 folgende Allerhöchste Kabinettsordre vom 30. April 1847: „Da für die im kaufmännischen Verkehr vorkommenden Verträge über Kauf- und Lieferungs-Geschäfte nach dem gegenwärtigen Stande dieses Verkehrs der für Käufer von Mobilien vorgeschriebene Stempel zu 1/2 pCt. des Kaufpreises zu hoch erscheint, so bestimme Ich hierdurch nach dem Antrage des Staatsministeriums vom 18ten d. M., daß fortan jeder im kaufmännischen Verkehr über bewegliche Gegenstände mit Einschluß der Aktien und anderen geldwerthen Papiere, sei es mit oder ohne Zuziehung eines vereideten Agenten oder Mäklers, schriftlich abgeschlossene Kauf- oder Lieferungs-Vertrag, ohne Unterschied, ob derselbe unter Handeltreibenden, oder unter anderen Personen abgeschlossen worden, soweit er nach der Höhe des Betrages an sich stempelplichtig ist, einer Stempel-Abgabe von 15 Silbergroschen und falls mehrere Kontraktsexemplare durch Unterschrift der Kontrahenten vollzogen werden, jedes Exemplar dem Stempel von 15 Silbergroschen unterliegen soll. — Wenn jedoch der Stempel zu 1/2 pCt. des Kaufpreises weniger als 15 Silbergroschen beträgt und nicht wegen der Form des Vertrages nach den Tarifpositionen „Protokolle zu b.“ und „Notariats-Instrumente“ zum Stempelgesetz vom 7. März 1822. ein Stempel von 15 Silbergroschen erforderlich ist, so soll anstatt dieses Stempels nur der geringere Prozentstempel eintreten. — In der Anwendung der Stempel-Tarifposition „Mäkler-Akte“ wird

hierdurch nichts geändert. — Zuwerhandlungen gegen die gegenwärtige Verordnung sind nach den Strafbesimmungen des Stempelgesetzes vom 7. März 1822 zu ahnden. — Auch soll in dem Fall, wenn der Kauf- oder Lieferungs-Vertrag unter Mitwirkung eines Mäklers oder vereideten Agenten abgeschlossen ist, nicht bloss jeden der Kontrahenten, sondern auch den Mäkler oder Agenten die in dem vierfachen Betrage des unverkauft gebliebenen Stempels bestehende Strafe unter solidarischer Haftung aller dieser Personen für den Stempel treffen.

Dieser Mein Befehl ist durch die Gesessammlung bekannt zu machen.

Berlin, den 30. April 1847.

Friedrich Wilhelm.

An das Staatsministerium.

± Berlin, 20. Mai. Da die sämtlichen Fragen und Anträge in Bezug auf die ältere und neue ständische Gesetzgebung beim gegenwärtigen Landtag zur Erörterung gebracht werden sollen, so giebt man der Hoffnung Raum, daß eine Ausgleichung der Meinungsverschiedenheit, welche zwischen Krone und Ständen hinsichtlich dieser wichtigen Angelegenheit obwaltet, statfinden werde, indem die Schwierigkeiten nicht der Art sind, daß die entschiedene Stellung, welche der Landtag seit seinem Beschlusse in der verflochtenen Woche angenommen hat, zu ernstlichen Verwickelungen Anlaß geben werde. Nicht zu verkennen ist es, daß sich im Schooße des Landtages in Betreff dieses Gegenstandes eine solche Mehrheit geltend gemacht hat, daß eine Ausgleichung in naher Zukunft wohl nicht umgangen werden kann, wenn in finanzieller Hinsicht dem Kredite des preussischen Staates nicht Abbruch geschehen soll. Man dürfte sich bei dem jetzigen Stande der Sachen nicht verheißeln, daß nur durch die von den Ständen gewünschte Uebereinkimmung der ältern und neuen ständischen Gesetzgebung der Kredit Preußens besichtigt werden kann. — Von mancher Seite wird jetzt gegen die mögliche Einführung der Einkommensteuer und gegen die Abschaffung der Schlacht- und Mahlsteuer gewirkt. Es wird namentlich hervorgehoben, wie lästig eine Einkommensteuer sich für den Kaufmannstand erweisen werde. Mancher Kaufmann würde dadurch gezwungen werden, zur Aufrechthaltung seines Kredites sein Einkommen höher anzugeben, und auf diese Weise über Gebühr an den Staat zu entrichten haben. Wie dem auch sei, so scheint der Einkommensteuer, wie empfindlich dieselbe auch Manchen treffen dürfte, der nach Außen als Reichher und Bemittelter erscheinen will, als er wirklich ist, keine solche Unbilligkeit zu Grunde zu liegen, wie man sie in Bezug auf die Schlacht- und Mahlsteuer nicht miskennen kann, wodurch der tagesöffnende Vater einer zahlreichen Familie oft mehr Abgaben an den Staat entrichtet, als der kinderlose Millionär. In Bezug auf Kaufleute und Grundbesitzer führt man zwar an, daß dieselben auch noch andere Steuern an den Staat entrichten müßten und so das durch die Schlacht- und Mahlsteuer bewirkte Mißverhältniß ausgeglichen würde, indessen ist auf diese Einwendung leicht zu erwidern, daß durch die Entrichtung der Gemeindesteuer u. s. w. die Lage der ärmeren Volksklassen nicht gebessert wird, da von dieser Ausgleichung Letzteren nichts zu gute kommt. Der Einführung der Einkommensteuer und der Abschaffung der Schlacht- und Mahlsteuer scheint aber die Absicht von Seite des Staates zu Grunde zu liegen, eine Erleichterung für die ärmeren Volksklassen hinsichtlich der Beschaffung der nöthigsten Lebensbedürfnisse herbeizuführen. Würde für die Vielen mißliebige Einkommensteuer eine andere Art der Besteuerung im Vorschlag gebracht werden können, wodurch der beabsichtigte Zweck in gleicher Weise erreicht werden könnte, so würde allerdings dagegen wohl nichts zu erinnern sein. — Hier angekommenen Briefe des preussischen Gesandten in London, Dr. Bunsen, melden, daß dem von Sr. Majestät dem Könige dem Prinzen von Wales übersandten kunstreichen Schilde in hohem Grade die Anerkennung von Seite der Königin Victoria zu Theil geworden sei. Die Würdigung des Kunstwerks würde die Königin auch in einem eigenhändigen Schreiben an Peter von Cornelius, von dessen Hand bekanntlich die Kompositionen sind, aussprechen.

Posen, 20. Mai. In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten sind unter anderen nachfolgende Gegenstände verhandelt worden: Der wohlbl. Magistrat zeigt in Folge Berichtes des Armenklassen-Reduktanten an, daß der etatsmäßige Jahreszuschuß aus der Kammereinkasse zu der Armenklasse im Betrage von 8072 Rthl. bereits gänzlich absorbiert sei und trägt auf einen Zuschuß von 5000 Rthln. an, welcher auch in Erwägung der Zeitverhältnisse bewilligt wurde. Der wohlbl. Magistrat antwortet auf den Antrag um eine Abänderung der Abnahme des Bürgerreides von Juden, daß bereits ein kürzeres Verfahren bei der hochbl. Regierung beantragt sei, worauf Beschluß zu erwarten. Bis dahin solle nach Vorschrift des Gesetzes nur ein Rabbiner, Assessor oder Schriftgelehrter zu dem Aemte amtlich hinzugezogen und der Eid-Leistende aufgefordert werden, selbst noch zwei zulässige Zeugen zu stellen. Auf die amtliche Mittheilung, daß in Folge Allerhöchsten Befehls die Mahlsteuer bis zum 1. August d. J.

suspendirt sei und auch der Kommunalzuschlag von 50 pSt. bis dahin nicht erhoben werden dürfe, beschließt das Kollegium, den wölbbl. Magistrat dringend aufzufordern, den Ersatz für den genannten Ausfall im Betrage von 5000 Rthln. aus Staatsfonds erwirken zu wollen, indem sich unwiderleglich herausgestellt habe, daß durch die Aufhebung jener Steuer weder Roggen- noch Weizenbrodt um das Geringste größer geworden, mithin den Einwohnern nicht die mindeste Erleichterung zu Theil geworden sei, weshalb der beregte Ausfall von 5000 Rthln. auch nicht durch eine anderweitige Steuer aus den Taschen der Bürger gedeckt werden könne, weil diese sonst offenbar die genannte Summe zweimal zahlen müßten, und das zu einer Zeit, wo ihnen der Allerhöchsten Intention zufolge eine Erleichterung der zu tragenden Lasten gewährt werden soll.

(Posener Btg.)

Schirwindt. In Polnisch-Neustadt wurde der Bürgermeister, wahrscheinlich in Folge der früheren Aufstände in Polen, durch einen russischen Major unter Gendarmeriebegleitung abgeführt, man weiß nicht wohin, vermuthet aber das Schlimmste. Da derselbe die Liebe und das Vertrauen des polnischen und preussischen Publikums besaß, so erregt diese Gefangennehmung allgemeines Bedauern. — An der Chaussee zwischen Pillkallen und Schirwindt wird jetzt eifrig gearbeitet, und sind dabei täglich wohl 4—500 Arbeiter beschäftigt.

(Königsb. Btg.)

Deutschland.

Augsburg, 17. Mai. Die „Augsb. Abendzeit.“ enthält heute folgenden bemerkenswerten Artikel: „Aus Niederbairern, im Mai. In mehreren Blättern verläutert, daß das Oberhaupt der katholischen Kirche als weltlicher Fürst seine Billigung in Bezugung auf die jüngsten Münchener Ertheilnisse ausgesprochen habe. Die Vorgänge in Rom begründen eine Vermuthung dagegen thatsächlich nicht. Mit dem Ereigniß, das wir erwähten, sind die wichtigsten Momente gegeben, nämlich: Beruhigung des aufrichtigen Katholiken, verstärktes Vertrauen des Volkes zu seinem König und Emancipation der Staatsgewalt von einseitigem Einflusse.“

Sondershausen, 17. Mai. Gestern Mittag 12 Uhr hat unsere Fürstin Sondershausen, wie es allgemein heißt, auf immer verlassen. Die Motive zu dieser so plötzlichen Abreise werden so vielfach und verschiedenartig erzählt, daß wir uns enthalten, vor der Hand darüber zu berichten; eben so wenig weiß man mit Bestimmtheit anzugeben, wo die Fürstin sich häuslich niederzulassen brabsichtigt. Die Fürstin erhält eine jährliche Apanage von 20,000 Rtr. (Magdeb. Btg.)

Oesterreich.

Unter dem Datum „Wien, Ende April“ bringt der Hamb. Korr. folgenden Artikel: „Die Herstellung der russischen Festung Zornik bei Brody ist bereits eine vollendete Thatsache und dieser Platz seit längerer Zeit schon armirt; auch an der mittlern Weichsel haben die Russen einen wichtigen Punkt befestigt, der gleichfalls gegen Oesterreich berechnet ist. Der Hofkriegsrath hat darüber der Regierung Vorlagen gemacht und die Befestigung von Krakau und eines nahe an der russischen Grenze in der Bukowina gelegenen Punktes als geeignete Gegenmaßregeln bezeichnet, und so werden noch im Laufe des Sommers alle Vorarbeiten beendet sein, dergestalt, daß im nächsten Jahre, falls die höchste Genehmigung erfolgt, an die technische Ausführung geschritten werden kann. Jener in der Bukowina gelegene Punkt ist gar kein bedeutender Ort, aber die günstige Lage desselben macht ihn zu fortifikatorischen Zwecken ganz geeignet, und es ist demnach ein Aerial von zwei Quadratkilometern zu den Festungswerken ausgedehnt. Uebrigens treten die Bestrebungen Rußlands an der galizischen Ostgrenze auch in anderer Weise unzweideutig hervor, indem die Anlage von Militär-Kolonien bis 11 Meilen von der österreichischen Grenzlinie bis Proskow vorgezogen ist, und wer da weiß, daß der Zweck dieser Militär-Kolonie, bezüglich der Wahl der Gegenden, stets ein politischer ist, und gerade in der Nähe der Donau-Fürstenthümer die zahlreichen Kolonien zu finden sind, wird auch an der Bedenklichkeit solcher Wahrnehmungen nicht länger zweifeln. Ob indeß die Ausführung der vom Hofkriegsrath in Vorschlag gebrachten Schutzbauten nicht ins Stocken geräth, läßt sich bei dem Stand unseres Staatsschatzes nicht bestimmen.“

**** Pesth, im Mai.** Der Erzherzog Stephan besolgt fortwährend die kluge Politik, dem Magyarschen Cavalier, welcher dem National-Museum ein altes Gemälde der Familie, ein seltenes Gebetbuch, zum Geschenk machte, ein sehr verbindliches Dankschreiben gerichtet, worin er die dem National-Museum dargebrachte Gabe als ein Geschenk betrachtet, das ihm selbst gemacht worden sei. Uebrigens haben die Stände des Pesther Comitats beschlossen, der Bitte der böhmischen Stände um Belassung des Erzherzogs in Prag dadurch zu begehnen, daß sie ein ähnliches Bittwort im Interesse Ungarns an den Thron richten wollten. Es ist jedoch kein Zweifel, daß Erzherzog Stephan zu Ende des Monats September seine Statthalterwürde in Ungarn antreten und dem nächsten Reichstage präsidiren werde. — Das Deubenburger Comitats hat einstimmig beschlossen, in seinem Sitzungsfaale zum ewigen Andenken das Bildniß des verstorbenen Erzherzogs Palatins aufzustellen, und dem-

nach den in Wien lebenden ungarischen Künstler Borfos beauftragt, das Portrait gegen ein Honorar von 200 Dukaten zu malen. — Das holländische Fahrzeug: „Amsterdam und Wien“ ist unter Befehl des Kapitäns Adam Seiger mit seiner Ladung 3800 Zentner Eisenbestandtheile für den hiesigen Kettenbrückenbau am 6. d. M. hier angelangt, und zum ersten Mal sieht die ungarische Hauptstadt die niederländische Flagge vor ihren Mauern wehen. Ein offizieller Empfang hat wider Vermuthen nicht stattgefunden. Dafür wogte eine große Menschenmenge an beiden Ufern, theils um das freundliche Ereigniß zu begrüßen, theils die fremdartige Bauart des Schiffes zu bewundern. Die Fahrt, durch vielerlei Mühslichkeiten ungemein verzögert, dauerte von Rotterdam hierher volle drei Monate, vom 6. Februar bis 6. Mai. Bei günstigen Verhältnissen kann dieser Weg in zwei Monaten zurückgelegt werden; der hohe Wasserstand der Altmühl und die Versandung des Ludwigskanals, die so groß ist, daß das Schiff den Grund berührte, waren die Haupthindernisse, womit Kapitän Seiger diesem zu kämpfen hatte. — Briefliche Nachrichten aus Wien sprechen von der Verleihung des Pachtens der Wiener Zeitung an den hiesigen Buchhändler Hekelast, der allerdings der Mann wäre, die Bedeutung des Blattes entsprechende Gestalt zu geben, das unter der Firma der Ghelen'schen Erben wohl weniger durch die Schuld der Nutznießer, als durch die des Geschäftleiters und Comptoir-Chefs Rambach in einen Zustand der Nichtigkeit herabgesunken ist, der jede Veränderung als wünschenswerth erscheinen läßt. Hekelast soll gewonnen sein, ein Feuilleton zu gründen und dessen Redaktion dem bekannten Novellisten Sifter zu übertragen. — Unter den vom König ernannten 40 Mitgliedern der neugeschaffenen Akademie der Wissenschaften zu Wien befinden sich drei der ungarischen Literatur angehörige Celebritäten, denn Erzbischof Pöcker ist zwar von Geburt ein Ungar, zählt aber zum deutschen Schriftthum. Die Grafen Teleky, Kemény und Dessmoffy dagegen sind magyarsche Schriftsteller, der Letztere sogar bloß Journalist, aber als Redakteur des konservativen Hírado um die Regierung hochverdient. — In Petrinia ist der gewiß seltene Fall vorgekommen, daß ein Mann hingerichtet wurde, der obschon völlig blind, doch eine Mordthat begangen hatte, was allerdings auf einen hohen Grad der Stärke des verbrecherischen Willens schließen läßt.

§§ Pesth, 18. Mai. Wir erfahren aus Neustädte, der zweiten Stadt im Neutraer Comitats und einem Hauptmarktplatz für Getreide, daß auf dem letzten Wochenmarkt dort arge Theuerungsunruhen stattgefunden. Die fremden Käufer aus Mähren wurden vertrieben und das bereits aufgekaufte Getreide von ihren Wagen geraubt. Die einheimischen Verkäufer aber, welche nicht die Preise herabsetzen wollten, gemißhandelt, auch den Bäckern ward ihre Waare gewaltsam abgenommen. Alle Handelsstädte wurden geschlossen, die aufzurichtete Menge strömte aber gegen das Handlungshaus eines Juden, welchen sie mit den fremden Aufkäufern im Einverständnis glaubte. Nur eine starke Militairwache konnte ihn und sein Haus retten. Eine allgemeine Kauferei entstand, welcher nur das einschreitende Militair ein Ende machen konnte. Die Veranlassung zu diesem Tumult gaben die fremden Aufkäufer, gegen 100 an der Zahl, durch ihr übermüthiges und aufreizendes Verfahren. Gegen die Bekannmachung der Lokalobrigkeit haben sie nämlich vor 10 Uhr Morgens bedeutende Einkäufe gemacht, dann aber um die Preise in die Höhe zu treiben, den noch übrigen Verkäufern 3 Gulden per Meßzen mehr geboten, als sie selbst verlangten. Auch in Tirnau und Raab gab es unruhige Auftritte. Die Getreidepreise sind übrigens auf unsern Märkten in Folge des österreichischen Ausfuhrverbots gesunken, und die Prophezeihungen des „Oesterreichischen Lloyd“ welches von dem Ausfuhrverbot nur ein Steigen der Preise erwartete, sind nicht in Erfüllung gegangen. Dieses Ausfuhrverbot ist indeß bis jetzt nur für die Erbländer erlassen worden. In Ungarn könnte bei einer solchen Maßregel die Einwilligung des Reichstags nicht gut umgangen werden, zumal da bei uns der Adel der Hauptproduzent ist und durch ein solches Verbot zunächst getroffen würde. Auch würde hiebei die kitzliche Frage, in wiefern die Erbländer zu Ungarn nicht im Verhältniß des Anspruchs ständen, in unangenehme Erörterung kommen. Es dürfte daher für Ungarn das Ausfuhrverbot gänzlich unterbleiben, die indirekte Wirkung des österreichischen Ausfuhrverbots muß sich aber auch auf Ungarn immer mehr geltend machen. — Nach einer Wiener Correspondenz im halboffiziellen „Buda-Pesti Hírado“ hat die allgemeine kaiserliche Hofkammer ihren Chef des auswärtigen Handelsdepartements mit einer Mission nach Berlin beauftragt, welche auf internationale Handelsverhältnisse sich bezieht. Dasselbe Blatt schildert das Elend in dem Wgthale in Niederrungarn auf grausenregende Weise. Man finde in ganzen Strichen keinen Hund und keine Kage mehr. Gschmeiß und Gräser würden von den Hungernden verschlungen und diese zu Hunderten von pestartigen Krankheiten weggerafft! — Auf der Centraaleisenbahn hat dieser Tage ein Zusammenstoß zweier Lokomotiven stattgefunden, welcher

aber keinen bedeutenden Schaden verursachte. Es war kein Personenzug, und auch die Lokomotivführer sind unverletzt geblieben.

Δ Aus Siebenbürgen, 1. Mai. Auf der Festung Carlsburg befindet sich jetzt eine merkwürdige Gefangene, nämlich die bisher so gefürchtete Catharina Kelemen, geborene Barga. Sie ward in Uwachill im Szekler-Lande geboren, wo die sämmtliche Einwohnerschaft von Adel ist; diese Catharina ebenfalls, obwohl ihr Mann nur Schuhmacher ist, von dem sie aber getrennt lebt. Der Szekler-Boden hat das Eigenthümliche, daß dort die Luft adelt, wer dort ein Grundstück kauft oder durch Heirath erwirbt, wird Szekler, und wenigstens seine Kinder sind als Szekler geboren, und mithin von Adel; darum findet man unter den Szeklern mitunter manche deutsche Namen, denn wohin hätte den Deutschen nicht seine Auswanderungslust und die Sucht zu Abentheuern geführt? Daher meint man auch, es müsse doch in Deutschland eben nicht sehr gut mit den Verhältnissen der Einwohner oder der Verfassung stehen, weil es so vielen dort in der Heimath nicht gefiele. Kurz, dem sei wie ihm wolle, unsere Szeklerin, Frau Kelemen oder von Barga, wie sie sich jetzt nennt, weil der Name ihrer Eltern mehr orientallisch klingt, hat sich seit längerer Zeit auf den von Wallachen bewohnten Dörfern der Domäne Zalama aufgehalten, und bereits seit 10 Jahren die dortigen Bauern aufgezogen, daß sie die Roboten verweigern sollen. Damals schon konnten die Comitats oder Kreisbehörden die Bauern nicht eher zur Ordnung bringen, bis sie Militär requirirten, wobei drei Bauern blieben und 40 verwundet wurden, ohne daß ein Soldat eine Verletzung erhielt. Seitdem dauerte die Gährung unter den Bauern fort, die gedachte Catharina versprach ihnen Verbesserung ihrer Lage, und man brachte Geld zusammen, um durch sie ihre Beschwerden gegen die Domänen-Verwaltung bei dem Kaiser anbringen zu lassen; doch unsere Catharina ging nur bis Pesth und soll dort, da sie selbst ganz ungebildet ist, mit einem Novoten Rücksprache genommen haben. Die Bauern glauben seit ihrer Rückkehr an ihre besondere Mission nach Pesth und ihren Beruf zu ihrer Errettung und befinden sich in fortwährender Widersetzlichkeit gegen die Cameral-Verwaltung. Diese hat bisher vergeblich bei dem Comitat Hilfe gesucht, denn die Bauern sind seit dem ersten Unfall in nähere Verbindung unter einander getreten, und hatten für die Catharina eine besondere Schutzwache gebildet, da das Comitat den Befehl gegeben hatte, sie als Aufwieglerin zu verhaften. Auf diese Weise sah man sie gewöhnlich in der Gegend von Aprabbanla mit einer Garde von sechzehn Mann ausreiten, und die Comitats-Behörden wagten nicht Gewalt zu brauchen. Doch ward die Nothwendigkeit, sich dieser gefährlichen Person zu bemächtigen, immer dringender, um so mehr, da die Verhandlungen auf dem Klausenburger Landtage eine solche Wendung nehmen, daß wenig Erfolg von der Regulirung der gutsherlichen und bäuerlichen Verhältnisse zu erwarten, obwohl sie von dem aufgeklärten Theil der Versammlung gewünscht wird, die Regierung dahin wirken will, und nur die Partei des Rückschrittes sie aufhält, die auch hier um so stärker ist, weil die hiesige Verfassung zwar dem Namen nach aristokratisch, in der That aber demokratisch ist, wie es die alt-polnische Adelsrepublik war. Kurz, da alle Versuche, sich dieser Catharina zu bemächtigen, scheiterten, gab sich der griechische schismatische Bischof von Herrmannstadt dazu her, welcher erst vor Kurzem von dem Erzbischof aus Carlsburg hierher als General-Vicar sede vacante gesandt worden. Bei der Waffen-Weide am heiligen drei Königs-Tage ging er selbst auf das gedachte Domänenamt, ließ die Catharina dazu einladen, forderte ihr nach der Ceremonie ihre Papiere ab, machte die Bauern auf deren Wichtigkeit aufmerksam, und als Alles überbracht war, führte er sie selbst in seinen Schlitten, und Aues war so gut vorbereitet, daß ihn die nachjagenden Bauern nicht mehr einholen konnten. Doch sind sie wüthend auf ihn und wollen der katholischen Union beitreten; drachten auch Cuneb, wo Catharina im Comitats-Gefängniß saß, anzuzünden, weshalb man sie nach Carlsburg brachte. — Dort wird sie wahrscheinlich ihr Leben beschließen.

**** Von der galizischen Grenze im Mai.** Krakau fängt an die Segnungen der Verzehrungssteuer, des Tabakgefälls, der Stempelabgabe und dgl. zu empfinden und es darf nicht befremden, wenn dieser Umschwung auf die Stimmung einer zahlreichen Menschenklasse bedenklich zurückwirkt. Dafür sucht die Regierung die Bauern zu gewinnen, die unter dem republikanischen Gouvernement bekanntlich sehr gedrückte waren, indem sie in den letzten Tagen eine den bäuerlichen Besitzstand betreffende Kundmachung erließ, wodurch bestimmt wird, daß alle Gründe, die schon vor dem 1. Mai 1815, nämlich vor der Gründung des Freistaates Krakau, im Besitz der Bauern gewesen, von den Gutsherren jetzt nicht mehr nach Gutdünken eingezogen und willkürlich verwendet werden können, sondern gegen Entrichtung der gesetzlichen Siebigkeiten im Nießgebrauch der bäuerlichen Eigner verbleiben sollen. Durch diese Maßregel wird in dem Krakauer Gebiet erst ein

eigentlicher besitzender Bauernstand geschaffen, auf den die Patentgesetzgebung wegen Ablösung der Rodoten und Zehnten Anwendung finden kann, denn bisher war der Bauer daselbst nicht einmal bedingter Grundbesitzer. — Wie dünn noch immer in Galizien die Bevölkerung gesät ist, erhellt aus der statistischen Berechnung, wonach von den Städten erst auf 16 Quadratmeilen eine kommt, 1 Marktsteden auf 8 Quadratmeilen, und 4 Dörfer auf eine Meile, indes sonst in der österreichischen Monarchie stets auf eine Quadratmeile 5 Dörfer kommen, und 1 Stadt auf 15 Meilen. — Die Lage der Dinge in unserer in den sozialen Grundlagen tieferschütterten Provinz verlangt die schnellste und gründlichste Lösung aller gefahrdrohenden Verwicklungen, statt dessen schickt man in der Person des Grafen Stadion einen Gouverneur nach Lemberg, der die polnischen Zustände erst von Neuem zu studiren gezwungen ist und dies bloß darum, weil sein Bruder, dem Zeit und Geld in Fülle gewährt worden, um sich mit den galizischen Verhältnissen bekannt zu machen, es angenehmer findet, in Zukunft in Prag eine Rolle zu spielen. Graf Stadion hat in der Alternative, in Triest zu bleiben, wo ihm seine Stellung verleidet ist, oder nach Lemberg zu gehen, wo ihn zahllose Schwierigkeiten erwarten, das Letztere gewählt, und daß er dies gethan, scheint ein starker Beweis, wie verhaßt ihm sein Posten in Triest geworden sein muß. So wenig man Ursache hat, an den Fähigkeiten oder dem guten Willen des Grafen zu zweifeln, so gering ist doch auch die Hoffnung, daß es ihm gelingen werde, den Geist des Aufsturus im Lande zu bändigen und einen wahrhaft gedeihlichen Zustand herbeizuführen; dazu gehört vor Allem Popularität bei den Polen und eine größere Vollmacht, als sie österreichischen Provinzverwaltern in der Regel gewährt zu werden pflegt.

Rußland.

* St. Petersburg, 15. Mai. Die Schifffahrt von Kronstadt ist seit dem 13ten offen, und die Mehlausfuhr geht sehr rasch vorwärts. Heute geht auch das Dampfboot der Thronfolger ab. Man rechnet, daß in diesem Frühjahr noch 1½ Mill. Tschetwert Roggen und allein von hier aus, 2 Mill. Rut Mehl an das Ausland gehen werden.

Frankreich.

* Paris, 18. Mai. Der heutige Cours war ohne namhaften Grund doch schlechter als gestern. Die 3 pEt. schlossen mit 77%, die 5 pEt. mit 115%, die Nordbahnaktien mit 593%. Der frühere Kriegsminister Moline de St. Von ist zum Adjutanten Seiner Majestät ernannt worden. Der ehemalige Seeminister Macau soll statt des Prinzen von Joinville das Kommando des Geschwaders im Mittelmeer übernehmen, um sich so die Admiralswürde zu verdienen. Der franz. Gesandte in Athen Hr. Piscatory meldet, daß der König Otto erklärt habe, er werde lieber abdanken, als der Pforte nachgeben und sich entehren; es sind sogleich Depeschen nach Athen abgegangen. — Der Prinz Jerome Napoleon hat seine Petition auch der Pairskammer übergeben lassen. — Zwölf Personen sind wegen der Verfertigung von Feuerwerkskörpern und Brandraketen verhaftet worden. Es ist dies die neueste politische Untersuchung, die Anklage geht auf Komplott, und dieses wurde durch die Visitation dreier verdächtiger Menschen an der Barriere ermittelt, wobei man bei dem einen einen furchtbaren Kanonenschlag, eine Art Höllemaschine fand, der nach Paris eingebracht werden sollte; 9 andere Personen wurden danach verhaftet, bei allen fand man dergleichen Brandkörper. — Aus Madrid meldet man vom 13ten, daß der König nicht nach Aranjuez gekommen sei, um mit seiner Gemahlin seinen Geburtsstag zu feiern und daß das Mißverständnis der jungen Eheleute Anlaß zu der Ministerkrisis gegeben habe. — Das von einem mexikanischen Kaper aufgebrachte Bremische Schiff, ist in Barcelona, wohin es gebracht wurde, von den spanischen Behörden freigegeben, dagegen der Kaper selbst als Seeräuber verhaftet worden.

Spanien.

Madrid, 11. Mai. Vorgestern Abend um 8 Uhr hörte man auf der Puerta del Sol vor dem Posthause, in welchem die Hauptwache sich befindet, zwei starke Detonationen. Ein Theil der Wache trat ins Gewehr, und die versammelten Volkshäufen zerstreuten sich. Man fand indessen sogleich die noch brennenden Ueberreste zweier blechernen Behälter, die mit Pulver und gehacktem Blei gefüllt gewesen waren. Man glaubt, die Anstifter dieser Explosion hätten im Interesse des verhafteten La Riva's gehandelt und dazuthun gewünscht, daß auch die Detonationen, welche am 4ten erfolgten, nicht von Pistolenschüssen herrührten. Ueber die letztere Angelegenheit hat nichts weiter verlautet; nur hält fast Jedermann hier den angeblichen Thäter für unschuldig.

Gestern früh um fünf Uhr stellten Polizei-Beamte sich in der Wohnung des Herrn Guëll, dem die Infantin Donna Josefina ihre Hand zu schenken im Begriffe stand, ein, untersuchten seine Papiere und nahmen verschiedene von der Infantin herrührende Briefe zärtlichen Inhalts unter Siegel, um sie der Königin zuzustellen. Darauf setzten sie den Herrn Guëll in eine Postchaise und führten ihn nach Cadix, wo er, wie es heißt, nach der Havanna, seiner Heimat, eingeschifft werden soll. Es fehlt hier nicht an Personen, welche diese Maß-

regel für gefehdlich und hart finden. Es ist den beiden ältesten Töchtern des Infanten Don Francisco de Paula gestattet worden, unstandesmäßige Ehen einzugehen. Auf dieses Beispiel gestützt, glaubte die Infantin Josefina ebenfalls den Trieben ihres Herzens folgen zu dürfen und rechnete darauf, daß ihre Vermählung, sobald sie einmal zollzogen wäre, die nachfolgende Bestätigung der Königin, die längst von dem zärtlichen Verhältnisse unterrichtet war, erhalten würde. Das liebende Paar kam demnach überein, daß die Vermählung in der Nacht vom 1sten d., und zwar, um alles Aufsehen zu vermeiden, unter freiem Himmel, im Garten des Buen Retiro, vor sich gehen sollte. Ein Geistlicher wurde, um die Trauung zu verrichten, dorthin beschieden und von den Generalen Prim und Moreno als Zeugen begleitet. Die Infantin selbst verließ den Palast ihres Vaters in Mannskleidern, um nicht von der Dienerschaft erkannt zu werden. Als aber sämtliche fünf Personen sich kaum vereinigt hatten, trat der Gefe politico mit mehreren Polizeidienern auf und schritt zu ihrer Verhaftung. Sobald die Infantin sich als solche zu erkennen gab, ward sie in ihr väterliches Haus zurückgeführt und auch der Bräutigam entlassen. Die beiden Generale behaupteten, ohne Kenntniß von dem eigentlichen Vorhaben zu sein und nur die Einladung erhalten zu haben, einem beabsichtigten Zweikampf als Zeugen beizuwohnen.

Die Nachrichten aus Catalonien lauten mit jedem Tage beunruhigender. Die Truppen der Königin erleiden sehr empfindliche Verluste und dürfen sich bald auf die Behauptung der festen Plätze zu beschränken haben. Der General-Capitain erklärt, daß, falls die Bevölkerung selbst nicht gegen die Karlisten aufkünde, die Truppen vor ihnen das Feld räumen müßten. Die Behörden der Königin haben einen Theil der Gefangenen erschiesen lassen. Bisher sind die Karlisten diesem Beispiele nicht gefolgt; sie haben vielmehr die Verwundeten, welche in ihre Hände fielen, ihren Segnern ausgeliefert. — Unterdessen beschäftigen die Minister sich aufs neue mit dem portugiesischen Feldzuge. Das Truppenkorps, welches an der Grenze bei Badajoz zusammengezogen wird, besteht aus 17 Bataillonen, drei Regimenten Kavallerie, sechs Batterien Artillerie und zwei Sappeurs-Compagnien. Die Infanterie ist in zwei Divisionen, jede zu zwei Brigaden, eingetheilt. Der General en Chef, D. Manuel de la Concha, wird morgen mit seinem Stabe nach Badajoz abgehen.

Nachschrift. Herr Mon wurde in der That verhaftet, weil sich ein Brief von ihm unter La Riva's Papieren vorfand, aus dessen Inhalt man auf ein zwischen Beiden bestehendes vertrautes Verhältniß schließen will. Herr Mon berief sich auf seine Vorrechte als Deputirter und hat jetzt nur Hausarrest. — So eben verbreitet sich das Gerücht, es wäre gestern in Aranjuez auf den General Serrano geschossen worden.

(Allg. Preuss. Z.)

Belgien.

Brüssel, 18. Mai. Gestern Nachmittag fanden zahlreiche Zusammenrottungen von Arbeitern zu Gent statt, wozu die Nichtbeschäftigung zahlreicher Fabrikarbeiter den Anlaß gegeben haben mag. Man hofft, daß die Maßregeln der Behörden Gewaltthätigkeiten vorzubeugen wissen werden.

Osmanisches Reich.

Konstantinopel, 5. Mai. An der griechischen Grenze hat die Pforte vorerst 40,000 Mann aufgestellt. Man ist so eben im Begriff, eine neue Truppenaushebung vorzunehmen, wie es heißt, 50,000 Mann. Die ausgeübten Soldaten wurden dies Jahr nicht verabschiedet, weil man, sagt das hiesige Journal, wegen fortdauernder schlechter Jahreszeit die Verabschiedeten nicht habe abreisen lassen wollen! — Die Stimmung des Volks, der Griechen wie der Moslemin, bricht bald da bald dort deutlich in einzelnen Erscheinungen hervor. Die Störung der griechischen Osterfeier in der Kirche Fotini in Smyrna, von der ich Ihnen neulich schrieb, scheint durch das

*) Nach einem andern in der Allgemeinen Preuss. Zeitung abgedruckten Berichte von der catalonischen Gränze vom 12ten scheint es eine ausgemachte Thatsache, daß der General-Capitain Pavia nach seinem Abgang aus Barcelona die Richtung nach Calaf eingeschlagen hat. Dort ist es auch, wo die Waffen der Königin in der jüngsten Zeit schlappen erlitten haben und die Karlisten entschlossen scheinen, sich zu halten. Calaf, Solsona und Cardona bilden ein weites Dreieck, in welchem man nur in dem Thale, das sich von Calaf nach Solsona erstreckt, Dörfer trifft; der ganze übrige Theil des Landes ist äußerst gebirgig und mit dichten Wäldungen bedeckt. Werden die Karlisten genöthigt, diese Stellung zu verlassen, so können sie sich wieder nach den großen Hochebenen von Hoch-Catalonien wenden und dort den Krieg aufs neue beginnen. — Eine Truppen-Abtheilung, welche mit einem Artillerie-Transporte, dem sie als Bedeckung diente, von Diot noch Vieh auf dem Marsche war, langte zwar glücklich an ihrem Bestimmungsorte an; aber auf ihrem Rückwege wurde sie in der Nähe von Hofal von einer etwa sechzig Mann zählenden Karlistenbande angegriffen, an deren Spitze ein gewisser Estarús stand. Es kam zu einem ziemlich blutigen Kampfe, in welchem beide Theile, die Karlisten vorzüglich auf ihre stärkere Zahl sich stützend, mit Erbitterung sich schlugen. Den Truppen wurden mehrere Leute, darunter auch der sie führende Offizier, verwundet; doch gelang es ihnen endlich, sich durchzuschlagen und sogar fünf verwundete Karlisten gefangen zu nehmen.

ungehörige Benehmen der türkischen Truppen veranlaßt worden zu seyn. Denn die Truppen drangen, als der Commandant Befehl gab, die Volksmenge zurückzuhalten, wirklich mit vorgehaltenem Bajonnet auf das Volk ein. In dem Dorf Mandamadou auf Motelin stürzten sich am 18. v. M. zwölf Türken auf die eben aus der griechischen Kirche gehende Einwohnerschaft und feuerten Pistolenschüsse ab. Ein Grieche blieb sogleich todt und zwei wurden schwer verwundet. Von den Türken wurden nur drei gefangen, die übrigen flüchteten sich. Andererseits wollten sich die Griechen in Smyrna mit Waffen versehen. In Albanien sollen sehr verächtliche Bewegungen sich zeigen, und im türkischen Archipel treiben schon vier Piratenschiffe, unter der Anführung eines Albanesen, des Georg Zsalakis, ihr Unwesen. Bei der Insel Furnis, zwischen Samos und Nifaria, haben sie bereits ein türkisches Schiff überfallen und ausgeplündert. — Das französische Dampfboot, welches von Griechenland kommend, gestern hier einlief, brachte nichts, durchaus nichts Neues aus Athen, keine Entscheidung in dem bestehenden Zerwürfniß, nicht einmal eine Mittheilung über den Eindruck, den Rußlands nun erklärte Ansichten über den griechisch-türkischen Streit in der griechischen Hauptstadt hervorgebracht haben. Der Großwesier, der auf andere Ergebnisse gerechnet, berief sogleich ein Conseil, in welchem, nach kurzen Debatten, der einstimmige Beschluß gefaßt worden: nun, da alle Mittel zu gütlicher Beilegung der Differenz erschöpft seien und Griechenland nicht einmal zur Vollziehung der von einer für das Cabinet von Athen freundlichst geminten deutschen Macht ertheilten Rathschläge sich herbeigelassen habe, die projectirten (bereits bekannten) Zwangsmassregeln gegen Griechenland eintreten zu lassen. Herr Wellesley, der bis jetzt in dem versöhnlichsten Sinne vorgegangen und nicht das mindeste Symptom jener gehässigen, Griechenland feindseligen Politik des Herrn Lyons hatte verspüren lassen, scheint gleichwohl Bedenken zu tragen, den türkischen Ansichten hemmend in den Weg zu treten, und ist entschlossen bis zum Eintreffen der von London erwarteten Erwiderung auf das türkische Memorandum sich ruhig zu verhalten. Dinehin muß diese Erwiderung in drei bis vier Tagen hier einlangen. Er hofft, daß der Pforte darin der Rath zu einem vorsichtigen und gemäßigten Verfahren ertheilt werden dürfte: erstens weil er überzeugt ist, daß eine Störung des griechischen Handels bei den gegenwärtigen Conjunctionen nicht ohne Rückwirkung auf den ganzen Handel Europa's bleiben könnte, ein Umstand, den England, des eigenen Vortheils wegen, berücksichtigen muß; dann weil er auf die persönliche Vermittelung des Königs von Preußen, der sich in London zur Beilegung der griechisch-türkischen Differenz mit Eifer verwendet hat, große Hoffnungen baut.

(N. Z.)

Lokales und Provinzielles.

Breslau, 22. Mai. In der brandigten Woche sind (exclus. eines durch Fall von einem Boden verunglückten Mannes und 3 todtgeborenen Kindern) von hiesigen Einwohnern gestorben: 30 männliche und 34 weibliche, überhaupt 64 Personen. Unter diesen starben: an Abzehrung 8, an Altersschwäche 2, an Darmleiden 1, an Darmgicht 1, Gehirn-Entzündung 2, an Lungen-Entzündung 2, an Unterleibs-Entzündung 1, an Wochenbett-Fieber 1, an Gehirn-Ausweichung 1, an Herzleiden 1, an Reuchhusten 2, an Krämpfen 11, an Krebschaden 1, an Lungen-Katarrh 1, an Knochenbruch am Schädel 1, an Knochenfraß 1, an Eblung 1, an Lungen-Tuberkeln 1, an Lebensschwäche 1, an Leberleiden 1, an organischen Nervenleiden 1, an Schlagfluß 7, an Sticfluß 1, an Lungen-Schwindsucht 6, an Unterleibsleiden 1, an allgemeiner Wassersucht 2, Bruch Wasserucht 5. Den Jahren nach befanden sich unter den Verstorbenen: unter 1 Jahre 20, von 1 bis 5 Jahren 9, von 5 bis 10 Jahren 2, von 10 bis 20 Jahren 4, von 20 bis 30 Jahren 3, von 30 bis 40 Jahren 6, von 40 bis 50 Jahren 5, von 50 bis 60 Jahren 3, von 60 bis 70 Jahren 9, von 70 bis 80 Jahren 2, von 80 bis 90 Jahren 1.

Der heutige Wasserstand der Oder ist am hiesigen Oberpegel 15 Fuß 6 Zoll und am Unterpegel 2 Fuß 5 Zoll, mithin ist das Wasser seit dem 15ten d. Mts. am ersteren um 4 Zoll und am letzteren um 9 Zoll wieder gefallen.

Stromabwärts sind auf der oberen Oder hier angekommen: 5 Schiffe mit Eisen, 3 Schiffe mit Kalk, 2 Schiffe mit Ziegeln, 18 Schiffe mit Brennholz, 1 Schiff mit Zinkblech, 1 Schiff mit Hafer, 1 Schiff mit Mehl, 1 Schiff mit Spiritus und 174 Gänge Bauholz.

Breslau, 22. Mai. Der hiesige „Anzeiger“ meldet wieder eine große Menge in letzter Zeit verübter Diebstähle. Unter anderem berichtet er: „In der Nacht vom 15. zum 16. d. Mts. wurde die Laurentius-Kirche auf dem Laurentiuskirchhof vor dem Sandthore von freventlicher Hand erbrochen, und aus derselben folgende Gegenstände geraubt: eine weisseleinene Altardecke

Mit fünf Beilagen.

(Fortsetzung.)

mit Spitzen besetzt, eine grüne Altardecke mit Ranten, eine weißleinene Kelchunterlage, ein Sprengwedel, zwei kleine messingene Leuchter, eine Schnur Granaten vom Muttergottesbilde, ein Kleid von aschgrauer Seide, ein weißer Shawl von Kattun mit Spitzen besetzt, zwei grüne Blumenkronen, zwei zinnerne Kannchen und ein zinnernes Becken. In derselben Nacht wurde ein zweier Kirchenraub und zwar gleichfalls mittelst gewaltsamen Einbruchs versucht. Es war die kleine Petri-Paul-Kirche an der Dombrücke, auf deren Beraubung es abgesehen gewesen war. Aus dieser Kirche führt nach dem an der Ober gelegenen Garten eine große Thüre; durch diese hatten die Diebe einzubringen versucht. Die Festigkeit derselben hatte ihnen indes hinreichenden Widerstand entgegengesetzt, und obschon an acht verschiedenen Orten der Durchbruch, und sogar das Ausstemmen der Thürbänder und der Ziegeln an den Angeln versucht worden, so war es den Dieben doch nicht gelungen, die Thüre zu öffnen. Es ist wohl nicht unwahrscheinlich, daß beide Verbrechen von denselben Thätern verübt worden sein mögen. — Wir haben unlängst einen Fall mitgetheilt, in welchem einem kleinen Knaben auf eine überaus freche Art am hellen lichten Tage von einem Frauenzimmer die Kleider vom Leibe gezogen und gestohlen wurden. Dasselbe Verbrechen ist seitdem zweimal wiederholt worden. Am 18. d. M. wurde nämlich auf der Promenade ein kleines Mädchen von 3 1/2 Jahren vorgelunden, welches weinend und ohne Aufsicht, im bloßen Hemd dastand. Die angestellte Untersuchung ergab, daß das Kind von einer Frauensperson nach der Promenade gelockt und ihm hier sein Kleidchen ausgezogen und von dem Frauenzimmer gestohlen worden war. An demselben Tage wurde in dem Hause Nr. 11, Mäntelergasse, ein kleiner dreijähriger Knabe ganz in demselben Zustande gefunden. Der Kleine war so in Angst und Furcht, daß er kein Wort sprechen und über seine Angehörigen durchaus nichts angeben konnte. Eine in demselben Hause wohnende Wittwe nahm den Knaben zu sich. Erst am Nachmittage desselben Tages gelang es, das Sachverhältniß, so wie die Eltern des Knaben zu ermitteln. Eine Frauensperson hatte denselben von der Straße aus an sich gelockt, ihn in das Haus geführt, angeblich, um ihm dort Hühner zu zeigen, hatte aber hier dem Kleinen sein Röckchen, Schürze und Halstuch ausgezogen und war mit diesen Gegenständen fortgelaufen, den armen kleinen Jungen aber hatte sie im Hofe stehen lassen."

Breslau, 19. Mai. (Fortsetzung des vorvorgestrichen Artikels.) Ehe wir die Niederschlesisch-Märkische Bahn verlassen, sind wir der zwischen ihr und der Oberschlesischen Bahn nunmehr geschlossenen Verbindung ein Wort schuldig. Einige Wagen haben den Verbindungs-Schiennweg versuchsweise bereits zurückgelegt; die Aufstellung der Telegraphen und Einrichtung der Uebergänge wird vielleicht noch einige Wochen bis zur regelmäßigen Inbetriebsetzung in Anspruch nehmen, und diese zufällig durch einen Transport geschehen, der außerordentlich geeignet ist, den Werth der Anlage treffend darzutun. Durch Vermittlung derselben sollen nämlich von Gleis 12 bis nach Freiburg auf den Wagen der ober-schlesischen Bahn einige Hundert Centner schwere Maschinentheile direkt verladen werden. Der Betrieb dürfte vorzugsweise durch Pferde erfolgen; doch ist die Bahn auch zum Lokomotiven-Verkehr eingerichtet.

Für den 14. Juni ist eine außerordentliche General-Versammlung der Actionaire der Neisse-Brieger Eisenbahn-Gesellschaft, und zwar in Neisse anberaumt. Die Reise wird für hiesige Actionaire diesmal nicht nur weniger Schwierigkeiten haben, sondern das Bergnügen gewähren, eigene Wissenschaft vom Fortgange des Unternehmens zu erlangen. Denn die zur General-Versammlung Reisenden sollen die Bahn von Brieg bis ungefähr Alt-Grottkau, also die größere Hälfte, durch eine Probefahrt inauguliren; die ordentliche Eröffnung bis Bösdorf findet, wie schon früher angegeben, im Juli statt. Der Hauptgegenstand der Beratung und Beschließung ist die projektierte Vereinigung des Betriebes mit der ober-schlesischen Eisenbahn. Ein darauf abzielendes, sorgfältig ausgearbeitetes Abkommen, bei dem die zwischen der Magd.-burg-Cöthen-Halle-Lipziger und der Magdeburg-Halberstädter, so wie in neuerer Zeit zwischen der säch-sisch-schlesischen und der Löbau-Zittauer Eisenbahn-Gesellschaft geschlossenen Verträge zu Rathe gezogen worden, ist seitens des Verwaltungsrathes der oberschlesischen Eisenbahn bereits genehmigt und kann nach der Approbation der General-Versammlung sofort ins Leben treten. Nach unserer Uebersetzung gereicht das Abkommen zum Vorteil der Neisse-Brieger Gesellschaft im Allgemeinen, und abgesehen von den wesentlichen, seitens der Oberschlesischen Bahn gemachten Concessionen. Um einige Punkte hervorzuheben, so ist die Benutzung des Brieger Bahnhofes eingeräumt und hat die Neisse-Brieger Gesellschaft hier von Baulichkeiten nur einen Wagenschuppen neu zu bauen und einen Wagenschuppen der Oberschlesischen Gesellschaft in einen Güterschuppen nebst dem dazu gehörigen Expeditions-Gelass umzubauen gehabt. Als Entschädigung für die Mehrarbeiten und Mehrausgaben in Folge der gemeinschaftlichen Benutzung des Bahnhofes soll die Neisse-Brieger Gesellschaft leisten: 20 pCt. des Etats des Bahnhofes von 1500 Rthlr. mit jährlich 360 Rthlr. für die Mehrkosten der Beleuchtung u. s. w. ein Pausch-quantum von 50 Rthlr. und die Hälfte zu der nach Eröffnung des Betriebes etwa erforderlichen Vermehrung der Tage-Arbeiter. Die Neisse-Brieger Gesellschaft benützt 600 Ruthen der Oberschlesischen Bahn hinter dem Brieger Bahnhof und übergibt der letzteren den gesammten Betrieb und die solide Instandhaltung ihrer Bahn, einschließlich der dazu gehörigen Gebäude und Kunstbauten nebst Betriebsmittel, vorläufig auf 6 Jahre von der Inbetriebsetzung der ganzen Bahn; sie zahlt zu den Kosten der gemeinschaftlichen Central-Verwaltung in Breslau ein Aversional-quantum von jährlich 3200 Rthlr. Da diese Kosten für die ober-schlesische Bahn 17,084 Rthlr. betragen, so würden im Verhältniß der Meilenzahl eigentlich über 3800 Rthlr. und bei eigenem Betriebe nach einem Minimum der zu gewährenden Behalte 4800 Rthlr. zu zahlen sein. Es werden ihr ferner die Kratts zum Kostenpreise geliefert event. zu den niedrigsten Preisen, welche die Oberschlesische Eisenbahn anderen Koaks-Abnehmern gewährt. Die Reparatur der Wagen und Maschinen erfolgt in den Werkstätten der ober-schlesischen Eisenbahn nach denselben Geldsätzen, nach denen die Berechnung bei den Reparaturen an deren eigenen Betriebsmitteln geschieht. Derselbe Grundsat, die verwaltete Bahn gleich der eigenen zu behandeln, herrscht durchgängig im Abkommen vor und participirt die Neisse-Brieger Bahn hiernach an allen den Vortheilen, welche die Oberschlesische Gesellschaft selbst aus der allseitig anerkannten Organisation ihrer Verwaltung genießt. Bei dem Gütertransport bewilligt die Oberschlesische Bahn einen Abschlag von 3 zu 2 1/2 Sgr. pro Ctr. und stellt zur Aushilfe ihre Beamten für erkrankte Beamte der Neisse-Brieger Bahn. Die gesammte Verwaltung geht an das Direktorium der Oberschlesischen Bahn über und wird in demselben der Vorstand der Neisse-Brieger Bahn durch ein oder mehrere zu bestellende Mitglieder dauernd vertreten. — Wir können selbstredend in diesen Blättern nur einige Bestimmungen des umfangreichen Abkommens und auch diese nur leicht skizzirt geben. Es lassen sich aus ihnen die positiven Erparungen an Administration und Betriebskosten im Gegensatz zu den Kosten einer selbstständig einzurichtenden Verwaltung wenigstens überschlagen, und wird die General-Versammlung, dürfte uns, die schlichte Frage zu prüfen und zu beantworten haben, ob der innere Werth des Unternehmens durch die Etablirung einer Verwaltung, mit der sich keine zweite an Wohlfeilheit würde messen können, zu befestigen und zu erhöhen sei? L. S.

handelnden Stellen der klassischen Schriftsteller. Daran schlossen sich Erörterungen über die Dekorationen und ihre Verwandlungen und über die damals gebrauchten Maschinen. Zur Erläuterung des Vortrags dienten Zeichnungen, die Abbildungen in „Strack das altgriechische Theatergebäude“ und das dem hiesigen königl. archäologischen Museum gehörende Modell.
Dr. Schönborn,
3. 3. Sekretär der Sektion.

Theater.

Uriel Acosta und erstes Auftreten des Herrn Emil Devrient. — (Freitag, 21. Mai.) — Mit aufrichtiger Freude bewillkommen wir den geehrten Gast, dessen mächtiges Talent sich bereits ein dauerndes Andenken bei uns gegründet hat, und an dessen Namen sich die lebhaftesten Erinnerungen reicher Kunstgenüsse knüpfen. Wir werden seine Leistungen mit all der Aufmerksamkeit verfolgen, die einem Künstler seines Ranges zukommt, und der vergrößerte Maßstab, den wir an seine Vorstellungen legen werden, soll ihm zum Beweise dienen, daß wir seinem Talente nur Großes zutrauen, von ihm nur Großes erwarten. Der Höhepunkt, auf dem sich unser Künstler befindet, rechtfertigt diese Anforderungen, und ich werde daher auch keinen Anstand nehmen, meine etwaigen Bedenken, wo ich mit dem Darsteller nicht im Einverständniß sein sollte, mit aller Freiheit des Urtheils auszusprechen. Ich hoffe gerade hiemit unsern Gast am meisten zu ehren.

Bevor ich jedoch die heutige Leistung des Herrn Devrient bespreche, erlaube man mir Einiges über das Trauerspiel selbst voranzuschicken. Die Breslauer Bühne war nach der Dresdener die erste, die das Stück zur Aufführung gebracht. Seit jener Zeit hat es die Kunde durch Deutschland gemacht, und die verschiedensten Urtheile sind darüber laut geworden. Es haben sich Parteien und Lager gebildet; auf der einen Seite werden Freundschaften abgefeuert über die Geburt dieses Guskow'schen Produkts, auf der andern verheerende Geschosse dagegen geschleudert. Schon dieser Kampf zeugt von der großen Bedeutung des Werkes, und die lebhafteste, wenn auch nur stoffartige Theilnahme des Publikums ist das sicherste Zeugniß, daß Guskow einen tiefliegenden Nerv der Zeit berührt und ein Problem künstlerisch zu lösen versucht hat, woran unsere heiligsten Interessen geknüpft sind. Eine künstlerische Lösung aber ist jederzeit verfehlernd; der unausbleibliche Esfekt jeder wahren Kunst ist Befreiung von Leidenschaften. Inwiefern Guskow diese Lösung wirklich erreicht hat, ist eine Frage, die wir erst später beantworten können. So viel ist vor allen Dingen gewiß, daß das Stück tief in unsere Brust eingreift, und daß die Bretter hier wirklich die Welt bedeuten. Die gewaltigsten Elemente des Geistes wogen auf und nieder, Licht kämpft mit Finsterniß, der ewige Freiheitsdrang will die Fesseln des Geistes lösen, die Gefühle der Liebe, des Hasses, der Rachsucht und der Verzweiflung bestreiten einander, und die Handlung, die sich dabei vor unsern Augen abrollt, treibe aus dem Innersten des Geistes hervor, und dringt daher auch tief in unser Innerstes ein. Die Idee, welche die Seele unseres Stückes ausmacht, ist von welt-historischer Bedeutung. Die Idee der Freiheit ist mit dem ersten Menschen geboren und kann nur mit dem letzten untergehen. Der Lauf der Geschichte kreift um diese Freiheitsidee, in deren Dienst die genialsten Schöpfungen der Denker und Dichter entstanden sind, und dieselbe Freiheitsidee ist es, die den Organismus unseres Stückes besetzt. Hier ist es die Freiheit der Forderung, die in die Schranken tritt gegen die Autorität der Sagen, es ist der Geist, der sich gegen den Buchstaben auflehnt und der Dichter hat sich bei der Schilderung dieses Kampfes jeder Tendenz- und Phrasenmacherei enthalten, und ohne alle Absichtlichkeit nur künstlerisch zu wirken gesucht. — Allein bei einem näheren Eingehen auf die Charakterzeichnung ist es namentlich der Held, ist es Uriel Acosta selbst, an dem sich auch manche Schattenseite heraus-lehrt, und die Kritik hat ihre Pfeile besonders auf den Widerruf Acosta's abgeschossen. Dieser Einwurf halten wir jedoch für unbegründet. Wenn das Schicksal eines Helden uns tragisch rühren soll, so muß eine Schuld vorhanden sein; ein ganz schuldlöser Untergang kann uns nur mit Abscheu erfüllen. Acosta ladet so eine Schuld auf sich, indem er widerruft, das aber ist noch keine Inconsequenz des Charakters. In der jäherlichen Collision zwischen dem Gefühl der Liebe und der Macht der Ueberzeugung unterliegt er einen Augenblick der überwältigenden Kraft seiner Empfindung, und verläugnet, wie Galilei unter den Qualen der Folter, die Wahrheit. Nur eine ganz profane Auffassung kann diesen momentanen Widerruf als eine Inconsequenz bezeichnen; nie finden ihn menschlich. Daß der Dichter mit der allein-

Vaterländische Gesellschaft. Philologische Sektion.

Am 18. d. M. hielt Herr Professor Dr. Wagner einen Vortrag über Bau und Einrichtung des griechischen und römischen Theaters. Nach einer Erklärung des bei den Alten vieldeutigeren Begriffs „Theater“ ging er von den Vorschriften des Vitruvius über die Anlage des griechischen und römischen Theaters aus, und beschrieb die drei Haupttheile, den Zuschauerraum, die Orchestra und das Bühnengebäude nach den noch vorhandenen Ueberresten alter Theater und nach den darüber

gen Liebe Acosta's zu Judith den Wendepunkt nicht motivirt und die Liebe zur Mutter noch mit ins Spiel gezogen, ist allerdings ein Einwurf von tiefer Begründung. Diese getheilte Liebe zur Judith und zu der episodisch eingeflochtenen Mutter schwächt den Eindruck, während das ganze volle Pathos der Liebe ihn nur erhöht hätte. Daß Guklow das Moment der Liebe nicht in voller Berechtigung und nur in einer gewissen Halbheit auftreten läßt, scheint uns übrigens mit der Richtung seiner poetischen Anschauungen, wie sie uns in seinen bisherigen Werken vorliegen, ganz übereinstimmend, worauf wir uns aber hier weiter nicht einlassen können. — Die eigentlichen Mängel des Stückes beginnen mit dem zweiten Widerruf zum Schluß des 4ten Aktes. Galilei's Worte „Und sie bewegt sich doch,“ waren der unmittelbarste Ausdruck des von der Wahrheit durchdrungenen Geistes; er mußte sie ausrufen, sobald die Schergen seine gefotterten Glieder frei ließen. Acosta's Widerruf des Widerrufs klingt wie ein reiner Trost, weil ihm der Preis entziffen worden, und hiermit hat er unser Interesse verloren, ohne es im fünften Akte wieder zu gewinnen. Dieser letzte Akt ist durchaus unhaltbar. Er schließt das Stück ab, ohne uns ein Verfühnen des Gesüls zu hinterlassen. Der Priester steigt zwar nur über Todte, nicht über den lebendigen Geist, aber der Tod Acosta's bringt keine Veröhnung, weil er als eine bloße Willkühr erscheint. Der tragische Untergang, wie wir ihn in den Werken der großen Dichter veranschaulicht finden, hat immer die erhabene Seite, daß sich Freiheit und Nothwendigkeit, diese ewigen Momente unserer ganzen Existenz, in ihm versöhnen. Die Freiheit, mit der das Individuum untergeht, um das Recht seiner Idee zu wahren, versöhnt uns mit der Nothwendigkeit des Schicksals und mildert die Härte des unerbittlichen Weltgesetzes. Acosta's Ende hinterläßt uns keineswegs einen solchen Eindruck. Die Liebe hatte ihn nicht so gewaltig ergriffen und erfüllt, um für sie in einen freiwilligen Tod zu gehen und die Freiheit seiner Gedankenwelt bedingt ebenfalls nicht seinen Untergang. Dieser tritt vielmehr als das Resultat eines Lebensüberdrußes auf, wodurch unser Gemüth nur niedergebuckt, aber nicht erhoben wird. Wir haben das Stück oft gesehen und immer die Empfindung davon getragen, daß der letzte Akt den gewaltigen Eindruck der 4 ersten bedeutend schmälert und beeinträchtigt. So viel über die Idee des Ganzen und nun zu unserm Gast!

Es ist ein erfreuliches Geschäft der Kritik, über eine künstlerische Leistung zu berichten, der sie, wie dieses Mal, ihren vollen Beifall zollen kann. Die Einfachheit und Sinnigkeit in dem Spiele des Herrn Devrient, der geistige Hauch, der uns aus seiner Sprache entgegenweht, gewähren einen reinen künstlerischen Genuß, und versehen uns in jene ästhetische Gemüthsstimmung, die nur durch wahre Kunst hervorgerufen werden kann. Ein warmes Leben strömt uns aus jedem Worte entgegen, ein lebendiges Colorit ist über den ganzen Charakter ausgegossen, der uns so recht aus dem Innern heraus gegeben wird. Nichts von gewaltsamer und übermäßiger Anstrengung, die das Schöne so leicht ins Gegentheil umschlägt, kein profaisches Element drängt sich störend hervor, sondern die ganze Erscheinung trägt den Stempel der Poesie. So ohne jede Ueberladung in durchweg individueller Weise ist uns sein Acosta von Anfang bis zu Ende erschienen. Der bedeutende Moment im dritten Akte, wo Acosta von Judith's und seiner Mutter Thränen bewegt, sich zum Widerruf entschließt, wurde unvergleichlich schön gespielt. Der gewaltige Schmerz in Acosta's Seele, dem der Dichter in dieser Situation nur wenige Worte gegeben, drang mit einer so überzeugenden Wahrheit auf uns ein, daß der Widerruf damit vollkommen motivirt erschien. Und das ist der Sieg der Darstellungskunst, daß sie durch ihre lebendige Anschaulichkeit mehr als jede andere Kunst das tiefste Geheimniß des Innern zum klaren Verständniß zu bringen vermag. — Das gut besetzte Haus hat Herrn Devrient freundlich empfangen und ihn unter lebhafter Akklamation zweimal hervorerufen.

Das Fatum hat gewollt, daß derselbe Bediente, dem ich vorgestern das komische Agiren mit dem Körper, namentlich in ernsten Stücken abgerathen, an demselben Abendhin Ariel Acosta einen Bedienten wiederum so luxuriös spielte, daß ein allgemeines Lachen entstand. Es wird in Zukunft Sache des Regisseurs sein, dergleichen Effekte zu verhüten.

Freischießen in Breslau.

□□ In den meisten Städten Schlesiens, und auch in unserer Residenzstadt, werden bis jetzt bei Legats, Luft- und Königsschießen die langen Standbüchsen angewendet. Bei dem am 25. und 26. Mai hier in Breslau stattfindenden Freischießen, an welchem Jedermann Theil nehmen kann, soll nun der lobenswerthe Versuch gemacht werden, aus freier Hand mit kurzer Büchse auf 160 Schritt nach der Schibe zu schießen. Da, wenn nicht alle, doch ein großer Theil der Mitglieder der hiesigen städtischen Ressource an dieser Fälligkeit Theil nehmen wird und selbst die, welche nicht schießen könn-

nen, doch ihre Freunde (wenigstens für diesmal) für sich beim Schießen eintreten lassen dürfen, so hat der Vorstand der städtischen Ressource nicht blos auf diesen 26. Mai das Concert verlegt, sondern auch zwei Ehrenpreise, einen größeren silbernen Pokal für den besten und einen kleineren silbernen Pokal für den zweitbesten Schuß ausgesetzt. Wie wir von Mitgliedern der Schießwerberdeputation aufs Zuverlässigste erfahren, hat der Vorstand der Ressource, mit Rücksicht darauf, daß am 26ten auch dem größeren Publikum, welches der Festlichkeit beiwohnen will, der ungehinderte Eintritt zum Ressourcen-Concert gestattet sein soll, beschloffen, bei den Ehrenpreisen **auch alle Schützen, gleichviel ob Mitglieder der Ressource oder nicht**, konkurriren zu lassen. Die meisten Privatgesellschaften schließen sich, so viel als möglich, von der Öffentlichkeit ab, um so mehr muß es erfreuen, daß die städtische Ressource, diesem Prinzip ganz abhold, überall, wo es möglich, das größere Publikum an ihren Vergnügungen Theil nehmen läßt.

□ Breslau, 21. Mai. Auf einer Reise von Prag über Nachod besuchte Referent dieser Zeilen den durch seine Lage und Mineral-Quellen ausgezeichneten Badeort Kudowa, wo schon seit dem 8ten v. M. sich Gäste zur Kur befinden, was, wie man dort versichert, selten so früh zu geschehen pflegt. Gleich beim Eintritt in denselben wird der Fremde durch den parkähnlichen Hintergrund der Trink-Quelle überrascht und von der Reichhaltigkeit und dem Wohlgeschmack des Sauerbrunnens erfreut, welcher in dieser, wie in den beiden andern zu Bädern benutzten Quellen gleich mächtig hervorsprudelt. So viel Referent über den alljährlichen Besuch der Badeanstalt hören und späterhin aus dem vorjährigen Berichte darüber von dem Brunnenarzte Dr. Rentwig im April-Hefte der schlesischen Provinzialblätter erfahren konnte, scheint im Allgemeinen daraus hervorzugehen, daß nach einer Zusammenstellung der in den Bädern angegebenen Zahl der Kurgäste während eines Zeitraums von dreißig Jahren die jährliche Frequenz im Durchschnitt 224 Familien beträgt. Diese numerische Angabe dürfte leicht höher steigen, wenn Kudowa nicht so isolirt und von jeder Eisenbahn-Verbindung entfernt gelegen wäre, indeß ist durch eine vortreffliche Chaussee zwischen Reinerz und Lewin in dem romantischen Thale am Fuße des Hummel- und Ratschenberges, so wie durch eine täglich zu- und abgehende direkte Personen-Post zwischen Glas und Kudowa im Sommer von Seiten des königl. Post-Amtes dafür gesorgt, daß man mit einem geringen Kostenaufwande den bezeichneten Weg wählen, oder mit der Freiburger Eisenbahn über Schwelbnitz und durch das Schlesier-Thal über Wüstglersdorf, Johannesberg, Braunau und Politz nach Kudowa kommen kann.

* Grenze von Mittel- und Ober-Schlesien, 19. Mai. Die Lokomotiven, welche Hamburg und Wien im Weltverkehr zusammenbrücken, haben nunmehr angefangen, an uns vorüberzubrausen. Einen neuen Fahrplan haben wir mit diesem großartigen, recht eigentlichen Fortschritt der Dinge unausweichlich uns gefallen lassen müssen. In die alten, bequemen hatten wir mit allen unsern Plänen und Geschäften behaglich uns eingelebt. Aus diesem Eden sind wir vertrieben. Zwar erfreuen wir uns nach wie vor der Tagfahrten, zwar weicht die Abänderung der Fahrstunden auf den ersten Blick zum Theile gar nicht sonderlich von ehemals ab; allein selbst dieser scheinbar geringfügige Wechsel hat bereits angefangen, auf eine empfindliche Weise vielerlei Nachteile über uns auszugießen, ohne uns andererseits auch nur durch den mindesten eintretenden Gewinn dafür zu entschädigen. Dem einigen wird nicht Jedermann unter uns für einen erkennen, der schwerer als ein Quentlein in der Waagschale wöge, daß wir auf unsern Bahnhöfen öfter als sonst ab und an einem wohlhabigen, bladvüthigen „Judenbath“ oder an einem treuherrigen, wiänerischen „Hoalter“ uns werden ergötzen können. Einige Eiferlinge jagt größtentheils — um das Kind ohne Umschweife gleich beim rechten Namen zu nennen — der Schacher rastlos mit Sturmesflügeln von der Elbe zur Donau und umgekehrt. Ihrer gewinnsüchtigen Spekulationsmuth, die mit dem Judasbeutel in der Tasche und mit dem Einmaleins im Herzbeutel um Minuten geizt, fallen Hunderttausende zum Opfer. Es ist nicht anders. Ganz Ober-Schlesien und alles Volk, welches von uns aus diesseit Breslau's wohnt, erhält jetzt jeden Vormittag von Nordwesten her Zeitungen und Briefe beinahe um 2 Stunden später. Eine, manchmal so dringend nöthige, schleunige Antwort auf ein Geschäftliches oder Familien-Schreiben „mit umgehender Post“ ist in dem Maße, wie wir uns dessen bereits seit Jahren erfreuten, jetzt entweder schachthin unmöglich, oder kann, aus Mangel an ruhiger Ueberlegung und genügender Vorbereitung darauf, vielmehr zu großem Schaden der Beteiligten, nur wie im Fuge od. r. Krausche auf's Papier hingeworfen werden. Die Correspondenz mit Breslau in einem Tage hin und zurück ist uns ziemlich so gut wie abgestritten. Unser bisheriger, persönlicher Aufenthalt in der Hauptstadt um die Mittagszeit von beinahe 5 Stunden ist nunmehr, wenn

wir gegen Abend wieder zu Hause zu sein ein Interesse haben, bis auf einzige knappe, günstigen Falls auf höchstens 1½ farge Stunden zusammengeschrumpft. Unsere Bestrebungen dort von hier aus hin und zurück in einem Tage, ein bedeutendes Comtoirgeschäft abzumachen, ansehnliche Einkäufe zu unternehmen, Gerichtstermine abzuwarten, Auktionen zu besuchen — und was lassen sich nicht für „u. s. w.“ sonst noch alles denken! — sind unter jener Voraussetzung in das Reich der Unmöglichkeit criert. Und das bannet bekanntermaßen noch fester, als ein unfreiwilliger Spaziergang nach Jekuzl. Hier, im homiletischen Sibirien, wo Viele auf ihren Kanzeln nicht reden können oder wollen oder dürfen, wie es ihren Gemeinden um's Herz ist, gaben bisher einzelne, nach Erbauung schmachtende Laien von Zeit zu Zeit dem erhebenden Genuße sich hin, Sonntag den Predigern der Hauptstadt, einem Förster, einem Vogt, einem Krause, wie eine Maria zu Füßen sich zu legen. Wunderliche Zusammenstellung! wird Mancher lächeln, dem es noch nicht hat gelingen wollen, weder an sich noch an Andern das rein religiöse Gold von der consecrationalen Schlacke zu scheiden. Nun, darum „keine Feinschaff nicht!“ Kurz, thatsächlich und nachweislich ist's einmal so. Wir setzten uns früh in den Wagen, und noch bei guter Zeit drängten wir uns in jene Kirchen. Das ist vorbei. Auf der ganzen Strecke von Breslau bis Myslowitz in den Mittagsstunden müssen gegenseitige, geschäftliche oder freundschaftliche Besuche noch mehr sich kürzen. Angenehme, sonntägliche, kleine Vergnügungs-Ausflüge dergleichen. Nicht fatal ist die Anordnung, sich auf jedem Bahnhofe eine volle Stunde nach der gesetzten Ankunftsfrist zu gedulden, wenn es dem Personen-Zuge beliebt sollte, so lange aufsitzen zu lassen. Jedes Berechnen der Zeit unserer Ankunft in R. oder N., bahnauf, bahnah, wird hiernach zum schwebel- und nebelhaften Lustgespinne. Eine charmanteste Aussicht! Die Restaurationen unserer Bahnhöfe werden bei solchen Fahrten am Besten fahren. Hunger, Lüsternheit, Langeweile locken uns Geld aus der Tasche. Gut wenigstens, daß jene alle auf einem komfortablen Fuße stehen. Die verhältnißmäßig kleine Löwener wird übrigens schwerlich von einer ihrer vornehmeren Schwestern überflügelt. Ein billigerer, aufmerksamer, gebildeterer Wirth läßt sich wohl kaum finden. Die Wände seines Lokals sind mit wahren Kunstwerken des Pinsels bedeckt. Er hegt überraschend zum Kosten diese und jene literarische Neuigkeit. Geschick und bereitwillig tanzen seine Finger auf seinem Flügel. Allen Reisenden sei er bestens empfohlen. — Seit 16 Monaten ist u. bleibt Mittel- u. Oberschlesien rückständig eines eoggl. Schullehrer-Seminars verwaist. Ueber den Ort der künftigen Wirksamkeit des Lehrern — Todtenstille. — Eins von den unausslößlichen Räthseln der Zeit. — Immer noch wandern zu Wasser und zu Eisen beträchtliche Transporte Kartoffeln von hier nach Oberschlesien. Dort müssen also Mangel und Theuerung rückständig dieses Nahrungsmittels doch noch größer sein als bei uns. E. a. w. P.

† Aus Schlesien, 19. Mai. Es ist die Pflicht der Presse, wahrhaft edeln Menschen einen Immortellenkranz auf das Grab zu legen, um damit ihre Anerkennung wahren Verdienstes, wo es sich immer findet, an den Tag zu legen. Der kürzlich verstorbene Major der Artillerie, Dr. Wilhelm Förster, gehörte zu jenen seltenen Menschen, die, wenn ihr Leben auch kurz an Jahren war, doch lange gelebt haben, blickt man auf ihre segens- und thatenreiche Vergangenheit zurück. Dem nach Wahrheit unermüdetlich und rastlos forschenden Geiste dieses genialen Menschen blieb fast kein Gebiet des Wissens unbekannt und in mehreren Zweigen in ihm ein edles, für alles Schöne und Erhabene empfängliches, für das Wohl der Menschheit gläubendes Herz. Dies zu bekräftigen könnte Ref. viele schöne Züge selbst noch aus den letzten Schmerzensjahren seines Lebens anführen, in denen er, mit der Krankheit fortwährend in furchtbarem Kampfe, dennoch Tag und Nacht bemüht war, dem Leben und der Wissenschaft zu nugen. Förster wird jedoch hoffentlich, namentlich in Breslau, wo er mehre Jahre lebte und in vielfachen Verbindungen stand, noch in gutem Andenken stehen und alle, welche ihn näher kannten, werden ihm gern das Zeugniß geben, daß er im ganzen Sinne des Wortes verdient, im Gedächtniß der Nachwelt fortzuleben. Ein großer Verlust für Förster war der Tod seines Chefs, des Prinzen August von Preußen, derselbe wußte seine Talente zu würdigen und nach seinen eigenen Worten gehörte F. zu den ausgezeichnetesten Offizieren der preussischen Artillerie. Mit dem Tode des Prinzen schien Förster's Stern untergegangen zu sein; er fand nicht mehr die frühere Beachtung, ja er hatte sogar mit mancherlei Unannehmlichkeiten zu kämpfen,

was ihn tief schmerzte. Den neuen Entdeckungen, welche man in der Galvanoplastik machte, widmete F. mit Eifer seine ganze Aufmerksamkeit. Ref. der mit ihm befreundet im Briefwechsel stand, wurde zuerst mit seinen großartigen Ideen hierin vertraut gemacht. Die geistreiche Arbeit, welche über diesen Gegenstand S. M. dem Könige F. einreichte und in Folge deren Versuche in Spandau gemacht wurden um die Galvanoplastik zum Nutzen der Artillerie auszubenten, ist bekannt. Für die Kriegsschule, in der er lange Jahre Lehrer war, hatte er eine große Vorliebe und er sprach sich oft gegen mich darüber aus, daß er dort seine Erholungsstunden fände. Dafür wurde er aber auch von allen Kriegsschülern einmüthig geliebt und verehrt. Schließlich erinner wir noch an sein segensreiches Wirken als Maurer; er war Ehrenmitglied vieler Logen und war der Maurerei mit wahren Enthusiasmus ergeben. Verdient es Einer, daß ihm ein Denkmal der Erinnerung gesetzt werde so ist es dieser edle Todter; jedoch hat er sich das schönste Denkmal im Herzen seiner Freunde bereits gesetzt, und mit dem Denkmal für Friedrich den Großen, dessen Enthüllung er so gern beigewohnt hätte, hat sich Förster ja auch mit vereint. —

Viegnitz, 22. Mai. Das hiesige Amtsblatt enthält folgende Anzeige: „Am 2. v. M. Wendt ist der gräflich von Kosposthke Haidläufer Hirche aus Buzrau (Saganer Kreis) von einem Wilddiebe, welchen er nebst einem zweiten Wilddiebe gemeinschaftlich mit dem gräflich von Kosposthken Doerfförster Neumann verfolgte, durch einen Schuß aus einem mit Schrot geladenen Gewehre, welcher, wie die nachherige Obduktion ergeben, in unmittelbarer Nähe grade das Herz getroffen, getödtet worden. Die Wilddiebe sind entflohen und es ist dem mit der Untersuchung beschäftigten Gerichtsamte Halbau aller Mühe ungeachtet bis jetzt nicht gelungen, den Thäter zu ermitteln.“ (Die Anzeige sichert dem, welcher den Thäter zur Entdeckung bringt, so daß er zur Untersuchung und Bestrafung gezogen werden kann, eine Belohnung von 50 Rthl. zu.)

Resultate der meteorologischen Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau, im Monat April 1847, angestellt in der Höhe von 88 Par. Fuß über dem Pflaster, 453 $\frac{3}{4}$ P. Fuß über der Meeresfläche an den Beobachtungsstunden 6, 7, 9, 12, 2, 3, 9, 10 Uhr.

- I. Barometerstand in P. L. auf 0° R. reducirt.
 - 331.63 höchster am 26. um 9 Uhr Morgens.
 - 321.07 niedrigster am 3. um 6 Uhr Morg.
 - 326.35 mittlerer aus diesen Extremen.
 - 328.182 mittlerer des ganzen Monats April.
- II. Thermometerstände nach Reaumur im Schatten:
 - + 13.9 Grad höchster am 29. um 2 Uhr.
 - 0.6 Grad niedrigster am 12. um 6 Uhr.
 - + 6.65 Grad mittlerer aus diesen Extremen.
 - + 10.27 Grad mittlerer des wärmsten Tages.
 - + 0.73 Grad mittlerer des kältesten Tages.
 - + 5.50 Grad mittlerer aus diesen beiden.
 - + 4.72 Grad mittlerer des ganzen Mon. April.
- III. Sättigung der Luft mit Wasserdunst:
 - 1.000 stärkster am 10., 15., 17. um 10 Uhr.
 - 0.224 geringster am 28. um 2 Uhr.
 - 0.6120 mittlerer aus diesen Extremen.
 - 0.9830 mittlerer des feuchtesten Tages.
 - 0.5433 mittlerer des trockensten Tages.
 - 0.7631 mittlerer aus diesen beiden.
 - 0.6984 mittlerer des ganzen Monats April.
- IV. Windstärke:
 - 90° oder Sturm am 4., 9., 10., 11.
 - 0° Windstille am 16., 17., 19., 23., 24., 25., 26.
 - 24° 89 mittlere Windstärke des ganzen Monats.
- V. Windrichtung: W. N.
- VI. Himmelsansicht:
 - 1 heiterer Tag.
 - 14 halbheiterer Tage.
 - 15 trübe Tage.
- VII. Atmosphärische Niederschläge:
 - Nebel am 26., 27., 29.
 - Regenfälle am 10., 13., 15., 17., 29.
 - Schneefälle am 10., 15., 16., 17.
- VIII. Wasserhöhe dieser Niederschläge 15,76 Par. Lin.
- IX. Außergewöhnliche Naturerscheinungen.
- X. Bezeichnung des allgemeinen Witterungs-Charakters im April: Abwechselnd heiterer und trüber Himmel, nicht zahlreiche atmosphärische Niederschläge, kaum mittlerer Barometer. — mittlerer Verdunstungsstand, beide häufigen und theilweise bedeutenden Veränderungen unterworfen, erst westl. dann nördliche Windrichtung und stets abnehmende, noch etwas über mittlere Dunstfättigung der Luft. Breslau, im Mai 1847. v. B.

Stadtschulen, der Lehrgannte an einer Elementarschule, für befähigt erachtet worden. — Der Regierungs-Sekretär Hofrath Bergmann ist mit Pension in den Ruhestand versetzt. Der Regierungs-Bureau-Assistent Premier-Lieutenant Berndt ist zum Regierungs-Sekretär, und der Bureau-Hilfsarbeiter Lieutenant Jänich zum Regierungs-Bureau-Assistenten ernannt worden. — Dem Pfarr-Administrator Axt in Löwenberg ist das landesherrliche Placitum zu dem erledigten Stadtpfarramte im Löwenberg ertheilt worden. — Von der kgl. Regierung zu Liegnitz sind bestätigt: der bisherige Auditor Basler als Conector und der zeitliche Kandidat der Theologie Alexander Engwig als Oberlehrer, beide an der lateinischen Stadtschule zu Goldberg; der zeitliche Hilfslehrer in Pargow Benjamin Hoch als Schullehrer zu Krummünde und Faulhoppe; der bisherige zweite Lehrer an der evangelischen Elementarschule zu Frankenstein August Wurm als zweiter Stadtschullehrer an der Bürgerschule in Greiffenberg, und der Schulamts-Candidat Ernst Rudolph als Adjutant an der Bürgerschule zu Greiffenberg; der Kaufmann Karl Müller zu Schönau als Rathmann baselbst, und der Kaufmann Bürger zu Pölkow als Rathmann baselbst. — Dem Kaufmann L. Düring hier selbst ist zur Uebernahme einer Spezial-Agentur für die Geschäfte der Lebensversicherungs-Gesellschaft zu Leipzig die Genehmigung ertheilt worden, nachdem der zeitliche Inhaber dieser Agentur, Kaufmann Kerger hier selbst, dieselbe niedergelegt hat.

Mannigfaltiges.

Δ Breslau, 20. Mai. Die „Lutherstiftung“ zu hegen und zu pflegen, ist eine Ehrensache der gesammten protestantischen Kirche, denn diese Stiftung ist das schönste Denkmal, welches wir dem großen Reformator setzen konnten. Sie verfolgt den doppelten Zweck: sich dadurch dankbar für die unvergänglichen Verdienste Luthers zu beweisen, daß dessen Nachkommen etwaiger Bedrängniß und Noth entrißen werden, und dann die Schriften des großen Mannes, durch welche er Deutschland geistig frei machte, allgemein zu verbreiten. — Die Idee zu dieser Stiftung sprach zuerst im Jahre 1845 Professor Nobbe zu Leipzig aus; in demselben Jahre bildete sich ein provisorisches Comite, am 18. Februar (dem Todestage Luthers) 1846 suchte man die Sache weiter zu fördern und anzuregen, und am 6ten Juni 1846 erhielt die Stiftung die staatliche Genehmigung. Hierauf wurde nun ein Vorstand gewählt, welcher wiederum aus einem Stiftungsrath, einem weiteren Ausschusse und einer Deputation zur Herausgabe von Schriften Luthers besteht. Die Verwaltung des Stiftungsvermögens ist zwar eine gemeinschaftliche, für jeden der beiden Zwecke aber sind besondere Kapitalstämme angelegt. Das sächsische Kultusministerium hat sich erbötet, die Oberaufsicht über die Verwaltung zu führen und das Vermögen mit 4 pCt. zu verzinzen. Der Buchhändler Barth in Leipzig machte sich anheischig, das erste Jahr den Verlag der lutherischen Schriften im Interesse der Stiftung ganz uneigennützig zu besorgen, die Schriftdeputation hat die Redaktion derselben unentgeltlich zugesagt. Bis jetzt haben 4500 Freunde Luthers diese Stiftung thatkräftig unterstützt. Ueber die Einnahme und Ausgabe legt der Vorstand in seinem vor einigen Wochen erschienenen ersten Jahresbericht specielle Rechenschaft ab. Die meisten deutschen Staaten und sogar Frankreich haben sich durch Beiträge theilhaftig, die Einnahme belief sich am 31. Jan. 1847 auf 7200 Thlr.; die Gesamt-Ausgabe auf 634 Thl. Diese Ausgabe ist zu den beiden oben angedeuteten Zwecken gemacht worden: 1) die bedürftigen Nachkommen Dr. M. Luthers zu unterstützen; und 2) eine wohlfeile Verbreitung seiner Schriften zur Erhaltung seines Geistes im Volke zu bewirken. Mehr denn 150 Personen haben sich bereits als Nachkommen Luthers bei dem Stiftungsrath in Leipzig gemeldet. Solche, deren Abstammung von Luther erwiesen ist, werden im Falle der Bedürftigkeit bei ihrem Unterricht und Erziehung, Jünglinge während ihrer Lehr- oder Studienzeit, Mädchen bei ihrer Heirath u. und überhaupt da, wo es Noth thut, von der Stiftung unterstützt. Für solche Individuen, welche glauben oder Beweise haben, daß sie von dem großen Reformator abstammen, ist die kleine Schrift des Professor Nobbe „Stammbuch der Familie des Dr. M. Luther“ (Grimma bei Gebhard 1846) ein sicherer Wegweiser und Prüfstein. Für den zweiten Zweck: eine wohlfeile Verbreitung lutherischer Schriften zur Erhaltung des Geistes Luthers im Volke sind bis jetzt die beiden Schriften: „Von der Freiheit eines Christenmenschen“ und „An die Rathsherren aller Stände deutschen Landes: daß sie christliche Schulen aufrichten und halten sollen“ (in Leipzig bei Barth) herausgegeben worden. Beide Büchlein sind die inhaltsschwersten Schriften unseres Reformators, ihnen sollten im Verlaufe der Zeit sämtliche Werke desselben nachfolgen. Hier hat sich die Stiftung einen hohen Zweck gestellt; Luther war ein Mann des Volkes durch und durch, er wirkte und schrieb allein für dasselbe. Was könnte mehr zur Bildung und Kräftigung des deutschen Volkes beitragen als eben diese Schriften? — Eine zahlreiche Abnahme derselben ist hoffentlich sicher, zumal die kleine Ausgabe wieder einem edlen Zwecke zulieft.

(Bielefeld.) Der Roggen kostet hier jetzt circa 6 Thlr. per Scheffel, Kartoffeln und alle übrigen Nahrungsmittel im Verhältnis; in einem kleinen Dreie unserer Umgegend soll der Scheffel Roggen sogar mit 8 Thlr. bezahlt worden sein. — Von der Ar-

muth hiesiger Gegend, namentlich auf dem Lande, wo weniger Unterstützung geboten werden kann, vermag man sich keinen Begriff zu machen. Daß 2 bis 300 Bettler in einem Morgen vorprechen ist nichts Ungewöhnliches; Kotten von 10 bis 20 Menschen dringen zugleich in ein Haus und verlangen mit drohender Miene Speise. Einem wohlhabenden Meier, welcher täglich 30 Personen unentgeltlich speiset und grade die zubereitete Suppe vertheilt hatte, wurde von solchen Eindringlichen auf seine Bemerkung, daß Nichts mehr vorrätzig sei, entgegnet, er habe ja noch ein Duzend Kühe im Stalle und man werde schon die Mühe des Schlachtens übernehmen, wenn er nicht dazu Anstalten treffen wolle. Dieser selbige Meier hatte schon alle Vorkehrungen zu einem Neubau getroffen, ist aber durch den beständigen Zubrang von Bettlern in die Unmöglichkeit versetzt worden, dieses Vorhaben auszuführen. Vor Kurzem noch hat sich in der Nähe der Fall ereignet, daß mehrere Personen aus Hunger und Elend umgekommen sind. (Ebf. 3.)

Ein schwedisches Blatt will wissen, daß Jenny Lind dem Direktor Lumley in London folgende Bedingungen gestellt habe: 1) freie Hin- und Herreise; 2) freien Aufenthalt für sich und ihre Dienerschaft in London; 3) Erlaubniß, jede Woche ein Concert sowohl in London als anderswo im Lande zu geben, wozu Lumley die Reisekosten bezahlen soll, und 4) ein Honorar von 12,000 Lfr. (circa 80,000 Rthl.) monatlich (!?).

Einer Nachricht der „Sion“ zufolge soll der apostolische Missionär Colestin Willim in einer Fehlung zwischen Odeffa und Ismael, „ohne ihn schuldig zu finden, ohne ihn auch nur zu hören, ein trauriges Opfer wilder russischer Wuth, durch die Kugel hingerichtet worden sein.“

Der Professor v. Raumer hat die amtliche Nachricht erhalten, daß die Deutschen in Cincinnati (Staates Ohio) über 4000 Thaler zur Unterstützung der Nothleidenden in Deutschland gesammelt haben.

Niederschlesisch-Märkische Eisenbahn.

Die Frequenz auf der Niederschlesischen Märkischen Eisenbahn betrug in der Woche vom 9. bis 15. Mai 1847: 10744 Personen und 21359 Rthl. 20 Sgr. 6 Pf. Gesamt-Einnahme für Personen-, Güter- und Vieh-Transport u., vorbehaltlich späterer Feststellung durch die Kontrolle.

Bei der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn betrug die Einnahme im Monat April 1847 für:

	Rthl.	Sgr.	Pf.
47,036 Personen	50,782	21	8
Passagiergepäck - Uebergewicht	2,113	3	—
43 Equipagen	624	5	—
1 650 Ctr. 92 Pfd. Eisfracht	1,776	4	—
68,917 Ctr. 86 Pfd. ordinäre Fracht	31,381	8	6
Viehtransport	1,336	—	—
Extraordinaria	1,221	14	9
Summa	89,234	26	11

Handelsbericht.

Breslau, 22. Mai. In der abgelaufenen Woche waren die Umsätze am Getreidemarkt höchst unbedeutend. Die Preise von Weizen und Roggen stellten sich wegen Mangel an Offerten etwas höher, wogegen die von Gerste und Hafer eine mäßige Erniedrigung erfuhren. Für guten weißen Weizen mußte man 4 $\frac{1}{2}$ —4 $\frac{3}{4}$ Rthl., für bergl. gelben 4 $\frac{1}{2}$ —4 $\frac{3}{4}$ Rthl. bewilligen. Roggen fand à 3 $\frac{3}{4}$ —4 $\frac{1}{4}$ Rthl. rasch Käufer. Hafer holte in bester Qualität nicht über 48 Sgr. Mit weißer Kleesaat ist es matter, so daß man vollkommen $\frac{1}{2}$ Rthl. unter letzter Notirung kaufen kann. Für rothe Saat ist zwar sehr wenig Kaufsfluß, jedoch ist merklich unter letzten Preisen nicht anzukommen. Der Bestand von russ. Leinsaam incl. der noch von Stettin auf hier schwimmenden Parthien, beträgt in Allem noch circa 2000 Sonnen, welches Quantum in Betracht der noch immer zahlreich eintreffenden Käufer, wohl gänzlich geräumt werden dürfte, in Folge dessen halten Inhaber sehr zurück und fordern für Pernauer 13 $\frac{1}{2}$ Rthl., Rigaer 13 $\frac{1}{4}$ bis $\frac{1}{2}$ Rthl., Memeler 10 $\frac{1}{4}$ Rthl.; theilweis sind diese Preise bereits bewilligt. Rapsaat ohne Handel; es würde wohl zu einigen Schlüssen auf Lieferung von neuer Ernte gekommen sein, wenn nicht die Forderungen, in Rücksicht der häufiger werdenden Klagen über die junge Saat, erheblich höher gestellt worden wären. Es bestärkt sich in der That, daß sich der Käufer in bedrohlicher Masse auf den Rapsfeldern eingefunden. Rohes Rübol war mehr gefragt, ohne daß gerade die Verkäufe wesentlich an Umfang gewonnen; loco legte man bis 10 $\frac{1}{2}$ Rthl. per Herbst bis 11 $\frac{2}{3}$ Rthl. an, wozu heute nicht zu begeben war. Spiritus weichend à 19 $\frac{2}{3}$ Rthl. käuflich. Zink ohne Bewegung à 5 $\frac{2}{3}$ Rthl. wäre loco wohl anzukommen. Der Gang des Kolonial Waaren-Geschäfts bleibt außerordentlich träge und löst sich auch, so lange die nöthigsten Nahrungsmittel in so hohem Werthe stehen, keine größere Lebhaftigkeit darin erwarten. Zucker hat in letzter Zeit nachgegeben, auch die hiesige Siederei hat ihre Fabrikate circa 1 Rthl. per Centner niedriger gestellt. Kaffee ist in Parthien außerordentlich schwer anzubringen, doch haben sich die Preise, besonders von den geringen Sorten, gut. Die Besände sind unbedeutend, da das Nöthigste per Eisenbahn bezogen und von Speculanten dieser Mittel nicht angrührt wird. Gewürze ohne jede Bewegung, die Preise sind in allen Sorten, bis auf Piment, gedrückt.

Verzeichnis

derjenigen Schiffer, welche am 21. Mai Slogau stromaufwärts passirten.

Table with 4 columns: Schiffer oder Steuermann, Ladung, von, nach. Lists names like Fr. Borholz, Jos. Mehl, J. Wiele, R. Wachs, David Jagott, Hein. als Richter, Sam. Wiekner, Chr. Heißner, Andree, Klose, G. Butsch, Wey u. Sanowski.

Briefkasten

Dem ** Berliner Correspondenten zur Nachricht, daß der fragliche Artikel nur gegen Erstattung der Inserationskosten und demzufolge unter der Rubrik: „Eingefandt“ aufgenommen zu werden kann.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. F. Nimbs.

Unter der unübersehbaren Menge literarischer Erscheinungen, die da gehen und kommen, kommt Manches, was wohl des Bleibens werth wäre, aber wieder gehen muß, weil es unbekannt bleibt. Es rührt dies her von dem Uebel, der Letztverleugtheit vieler, die, mit ihrem literarischen Bedarf zufriedengestellt, alles Neue, was sich ihnen aufdrängen will, mit Hand und Fuß von sich fern zu halten suchen.

ohne Scheu, weil die Annahme von Vereinen Vielen von vornherein „Fieberfrost“ verursacht. Doch getrost! Was ohne Parteimacherei und heuchlerisches Blinzeln leblich sein und Wohlthat der Menschheit bewirkt, darf doch sicherlich überall besprochen werden, ohne mitleidiges Achselzucken befürchten zu müssen.

Bekanntmachung

Wir machen hiermit denjenigen Löschpflichtigen der innern Stadt, welche Seitens der städtischen Sicherungs-Deputation durch Feuerzettel zum Löschdienst im laufenden Halbjahre ausgeschieden worden sind, nachträglich bekannt, daß das gestern im Hause der Sternschen Erben Nr. 38 an der Kupferschmiedestraße ausgebrochene Feuer das 4te in diesem Halbjahre ist, und daß also, bei dem etwaigen nächsten, bis zum 1. Juli d. J. entstehenden Feuer diejenigen Bürger Löschdienste zu leisten haben, deren Feuerzettel auf das 1ste, 3te und 5te Feuer ausgestellt sind.

Breslau, den 21. Mai 1847.

Der Magistrat hiesiger Haupt- und Residenzstadt.

Der hiesige Post-Vericht ist nach den gegenwärtig bestehenden Post-Verbindungen von Neuem gedruckt worden und in der Ober-Post-Amts-Zeitungs-Expedition für den Preis von 2 1/2 Sgr. pro Exemplar zu haben. Ober-Post-Am.

Anzeige

Aus Rücksicht für das im hiesigen Schießwerder am 26. Mai mit der Preisvertheilung endende Freischießen wird das Konzert der städtischen Ressource im Schießwerder-Garten ebenfalls am 26. (Mittwoch) stattfinden und auch dem größeren Publikum der ungehinderte Eintritt gestattet.

Breslau, den 22. Mai 1847.

Der Vorstand der städtischen Ressource.

Universalmühlen

Breslau, 22. Mai. Seit Kurzem ist ein Exemplar der vielbesprochenen erpenteischen Mühlen des Amerikaners Bogardus hier angekommen. Da der übliche Gewerbetreibende in diesem Augenblicke kein disponibler Lokal besitzt, mußte dieselbe anderswo untergebracht werden, und lade ich deshalb die verehrlichen Mitglieder des Gewerbevereins, so wie die Herren Landwirthe und alle diejenigen, welche sich für diese wahrhafte gemeinnützige Erfindung ernstlich interessieren, freundlich ein, die Universalmühle in dem Eckhause am Schweißniger Stadtgraben Nr. 14 im Hofe (wo sie von heute ab bis zu Ende der nächsten Woche in den Vormittagsstunden zwischen 10 und 12 Uhr sichtbar sein soll) in Augenschein zu nehmen.

Dr. Stoll.

(Eingefandt.)

Breslau, 22. Mai. In der nächsten Woche wird der königliche schwedische Kapellmeister S. F. Bergwald mit drei eben so schönen als talentvollen Töchtern hier eintreffen und mehrere Konzerte veranstalten. So viel zur vorläufigen Nachricht.

Bitte um Unterstützung

der durch Feuer verunglückten Bewohner des Dorfes Branitz, Leobschützer Kreises.

Am 17ten d. M., Nachmittags 2 Uhr, brach in einer Scheune zu Branitz bei heftigem Winde Feuer aus, welches mit rasender Schnelligkeit sich verbreitete und alle Lösversuche vereitete. In einer Stunde lag das ganze große Dorf, mit Ausnahme der Kirche, Schule und 10 Gebäuden, in Asche. Ueber 200 Gehöfte sind ein Raub der Flammen geworden, an 1600 Menschen sind brot- und obdachlos, ja einige haben sogar Gesundheit und Leben eingebüßt.

Geldbeiträge werde ich dankbar annehmen, Naturalien menschenfreundlich unterstützen zu wollen, um wenigstens für die nächste Zeit ihre Noth zu lindern.

Leobschütz, den 20. Mai 1847.

Der königl. Kreis-Landrath Graf Larisch.

Gütige Geldbeiträge für die Verunglückten erbeten sich auch anzunehmen die Expedition der Bresl. Zeitung.

Reiße-Brieger Eisenbahn.

Die Herren Aktionäre der Reiße-Brieger Eisenbahn-Gesellschaft laden wir zu einer außerordentlichen General-Versammlung auf den 14. Juni d. J. Morgens 10 Uhr in Reiße im Gasthose zum schwarzen Adler hierdurch ein.

Gegenstände der Berathung werden sein:

- 1) Die projektirte Vereinigung des Betriebes der Reiße-Brieger mit der Oberschlesischen Bahn.
2) Die Wahl der in die Stelle von ausgeschiedenen Mitgliedern des Direktoriums und des Ausschusses erforderlichen Mitglieder.
3) Die Anträge mehrerer Aktionäre auf Niederschlagung der wegen verspäteter Einzahlung von Einshüssen auf die Aktien verurtheilten Konventional-Strafen.

Diejenigen Herren Aktionäre, welche dieser Generalversammlung beiwohnen wollen, haben nach § 25 des Statutes, die auf ihren Namen lautenden oder ihnen gehörig cedirten Quittungsbogen entweder in Breslau im Bureau der Oberschlesischen Eisenbahn-Gesellschaft am 11. und 12. Juni oder in Reiße im Gasthose zum schwarzen Adler bei dem Bureau-Vorsteher Herrn Faulhaber am 12. und 13. Juni zu produzieren, oder deren am dritten Orte erfolgte Niederlegung nachzuweisen und zugleich ein doppeltes Verzeichnis der Nummern derselben zu übergeben, von denen das eine zurückbleibt, das andere mit dem Siegel der Gesellschaft und dem Vermerke der Stimmenzahl versehen, als Einlasskarte dient. Breslau, den 12. Mai 1847.

Das Direktorium der Reiße-Brieger Eisenbahn-Gesellschaft.

Oberschlesische Eisenbahn.

Um den Transport der Schafwolle auf unserer Eisenbahn für den bevorstehenden Wollmarkt mit möglicher Berücksichtigung aller Wünsche der Herren Producenten, und mit Vermeidung von Zeitverlust bei der Ablieferung zum Markt einzurichten, ersuchen wir, die Einkieferung der Wolle auf den bezüglichen Stationen nach Zahl und Gewicht der Züchen, zwei Tage vor dem Eintreffen derselben dem betreffenden Bahnhof-Inspektor anzuzeigen. Breslau, den 10. Mai 1847.

Das Direktorium.

Die Tapeten-Fabrik von Robert Moriz Höder,

ist Herrenstraße Nr. 30, unweit dem Blücherplatz, empfiehlt ihr reichhaltiges Lager der neuesten Tapeten in Velour, Satin und matt mit den geschmackvollsten Dessins zu billigen Preisen einer altigen Beachtung. Das Aufziehen derselben, so wie alle Tapezierarbeiten werden ebenfalls übernommen und bei solchen Preisen aufs Beste ausgeführt.

Landwirthschaftlicher Centralverein.

Die ordentliche Generalversammlung des landwirthschaftlichen Centralvereins wird am 2. Juni d. J. Nachmittags 4 Uhr in dem Logengebäude (Antonienstr. 33) stattfinden. Gegenstände der Verhandlung werden sein: der Geschäftsbericht des Vorstandes, die Wahl eines Stellvertreters des Vereinspräsidenten — die Aufnahme eines neugebildeten Vereins — die Bildung einer besonderen Vereinsabtheilung für die schlesische Flachsbauerei — die Beschränkung der periodischen Wiederkehr der Provinzialherausgabe auf einen zweijährigen Zeitraum — Besprechungen: über frühreifende Gewächse, welche als Nebenprodukt mittel benützt werden können — desgleichen über die zweckmäßigste Art der Beförderung des Hopfenbaues in Schlesien — desgleichen über das zweckmäßigste Verfahren zur Erzeugung guten Saatlins aus dem Rigaer — desgleichen über die wirksamste Art der Vermehrung der Maulbeerbauzucht in Schlesien. Breslau am 14. Mai 1847.

Der Vorstand des schlesischen landwirthschaftlichen Centralvereins.

Anzeige

Die geehrten Subscribenten aus das von mir herauszugebende Symbol-Kalligraphisches Blatt „Die zwei Gebote Christi“, oder die Verantwortung der bildlich dargestellten Frage: Welches ist das vornehmste Gebot im Gesetz? erlaube ich mir zu benachrichtigen, daß die Platte in kurzer Zeit vollendet sein und dann der Druck unverzüglich beginnen wird. Die mühsame und sorgfältige Ausführung dieser Arbeit auf Stein und andere nöthige Zwischenarbeiten machten das frühere Erscheinen dieses Blattes unmöglich; ich bitte aber durch die künstlerische Ausführung des betreffenden Blattes die geehrten Subscribenten hinsichtlich dieser langen Verzögerung zufrieden zu stellen. Da ich nun aber auch zuversichtlich hoffe, daß sich dieses Blatt jetzt eine noch ungleich größere Theilnahme erwerben werde, als der bei dieser Bearbeitung benutzte und bekannte Entwurf sich bereits erworben hat, und ich die Verbreitung dieses Blattes von so allgemeinem Interesse zu erleichtern, so viel ich vermag, gern bereit bin, so will ich bis Ende Junius d. J. noch eine zweite Subscription zu dem Preise von 20 Sgr. eröffnen. Ich bitte deshalb ersuchen, schriftliche Anmeldungen — auswärtige postfrei — hierzu bis Ende Juni an mich gelangen lassen zu wollen. Bestellungen durch den Buchhandel werden eine von mir nicht zu erwerbende Höherstellung des Preises erfahren müssen. Persönliche Meldungen zu unterrichten von resp. Denjenigen, welche die Arbeit auf Stein interessiren möchte, werden mir, bis die Platte der Druckerei übergeben wird, stets willkommen sein. Breslau, den 22. Mai 1847. S. Deuckert, Lehrer. Schmiedebrück 42.

Damen- und Herren-Sättel,

Perbegleiter, Reitzeuge, Peitschen, Koffer, Gutfutterale und dergl. empfiehlt in größter Auswahl: Louis Pracht, Sattler- und Riemenmeister Dhlauerstraße 76.

Theater-Reperoire. Sonntag: „Don Carlos, Infant von Spanien.“

Montag: „Don Juan.“ Romantische Oper mit Tanz in 2 Akten.

Entbindungs-Anzeige. Heute wurde meine liebe Frau Clara, geborene Peiferl, von einem Mädchen entbunden.

Wanssen, den 20. Mai 1847. Dr. Emericch.

Entbindungs-Anzeige. Die heute Mittag um 12 Uhr erfolgte glückliche Entbindung meiner lieben Frau von einem gesunden Mädchen...

Todes-Anzeige. Heute Nachmittag 3 Uhr hat Gott meine liebe Frau Agnes, geb. Just, in einem Alter von 22 Jahren durch den Tod am Herzensfehler in die ewige Heimath abgerufen.

Todes-Anzeige. Heute Mittag 1 Uhr entschlief nach schweren Leiden zu einem bessern Leben unsere innigst geliebte Gattin, Mutter, Tochter und Schwester Dorothea Pulvermacher...

Todes-Anzeige. Den am 14. d. M. zu Reichensdorf erfolgten Tod des königl. Steuer-Aufseher a. D., Herrn Friedrich Hinde, im 74sten Jahre...

Villa nova in Altschteinig. Concert. Anfang 3 Uhr. Bialecki. Johno an Marie. Tausendfachen Gruß und Kuß!

Sowohl unserm vollständigen Musikalien-Verlag-Institut, als auch der reichhaltigen deutschen, französischen und englischen Bibliothek.

Ich muß dringend bitten, dem Tischlergesellen Herrmann Bauß nichts zu borgen, indem ich durchaus keine Zahlung für denselben leisten kann.

Mein in der Stadt Brieg auf der Langgasse gelegenes Gast- und Kaffeehaus, zum goldenen Adler, bestehend aus massivem Vorder- und Hinterhaus, mit Hofraum und Stallung versehen...

Personliche Selbstkäufer wollen sich entweder persönlich an mich oder an Herrn Kaufmann E. Wetter in Breslau, Reuschestraße Nr. 2, wenden...

Kapitalien-Gesuch. 1600 bis 2000 Rthlr. und 350 Rthlr. werden auf ländliche Grundstücke unweit Breslau, die durch gute Bodenbeschaffenheit genügende Sicherheit gewähren...

Bei Otto Wigand, Verlagsbuchhändler in Leipzig, erscheint und ist durch jede Buchhandlung zu beziehen: Wigand's Conversations-Lexikon. Für alle Stände.

Allgemeine Preussische Alter-Versorgungs-Gesellschaft. Diejenigen Personen, welche sich noch vor Ablauf des mit dem 30. Juni d. J. zu Ende gehenden Verwaltungs-Jahres bei dieser Gesellschaft zum Behufe einer sofort oder später zu beziehenden Pension betheiligen wollen...

Das Direktorium: Dr. Lobethal. Klocke. Bülow.

Eine wichtige Brochüre! So eben angekommen: Das gute Recht der Preußen jüdischen Bekenntnisses.

Beleuchtung des Entwurfs einer Ver-ordnung, die Verhältnisse der Juden betreffend. Leipzig. Georg Wigand's Verlag. Br. 5 Sar.

Neueste Tänze f. Piano. Labitzky, J., Op. 135, Seraphinen-Quadrille. 10 Sgr.

Dankagung. Allen unsern Freunden und Bekannten, die uns bei der verfloffenen Donnerstag Abend, uns gebrochten Feuersgefahr hilfreiche Hand geleistet haben...

Dr. Stern. Joseph Stern. Poat, königl. Polizei-Commissarius.

Der Mann und die Frau, welche zusammen heute bei mir einen Kinderüberwurf und Beinkleider gekauft haben...

Compagnon-Gesuch. Zu einem rentablen Geschäft wird ein Compagnon mit einem disponiblen Vermögen von 3000 Rthlr. und darüber gesucht.

Verkauf. Ein Dominium, in einer sehr fruchtba- ren Gegend, wohin man durch die Nähe der Eisenbahn in 2 Stunden von hier aus gelangen kann...

Große Möbel-Transport-Wagen, worauf ich Möbels und Spiegal unverpact unter Garantie für jeden entstehenden Schaden, bei Wohnungsveränderungen nach jeder Entfernung zum billigsten Preise verfare.

Verlorenes Armband. Ein Armband von Haaren, das Schloß ein Schlangenkopf mit 4 orientalischen Granaten und einer Perle, ist von der Friedrich-Wilhelms-Strasse über den Ring bis zur Schmiedebrücke verloren worden.

Die Breslauer Kunstausstellung ist von früh 9 Uhr bis Abends 6 Uhr im Bösenhause am Blücherplatz geöffnet. Eintrittspreis 5 Sgr.

Der Delsler landwirthschaftliche Verein wird in diesem Jahre für den Erlös von Aktien à 15 Sgr. junge Pferde, sowie junges Rindvieh (Stiere, Ochsen und Kalben) bis zum vollendeten 4. Jahre ankaufen...

Das Direktorium des Delsler landwirthschaftlichen Vereins. Die Lieferung von Formularen in Typen- und Steindruck für unsere Administration soll im Wege der Submission an den Mindestfordernden verhandelt werden.

Die Breslauer Kunstausstellung ist von früh 9 Uhr bis Abends 6 Uhr im Bösenhause am Blücherplatz geöffnet. Eintrittspreis 5 Sgr.

Der Delsler landwirthschaftliche Verein wird in diesem Jahre für den Erlös von Aktien à 15 Sgr. junge Pferde, sowie junges Rindvieh (Stiere, Ochsen und Kalben) bis zum vollendeten 4. Jahre ankaufen...

Das Direktorium des Delsler landwirthschaftlichen Vereins. Die Lieferung von Formularen in Typen- und Steindruck für unsere Administration soll im Wege der Submission an den Mindestfordernden verhandelt werden.

Oberschlesische Eisenbahn. Die Lieferung von Formularen in Typen- und Steindruck für unsere Administration soll im Wege der Submission an den Mindestfordernden verhandelt werden.

Der Volksfänger. Eine Sammlung leichter, vierstimmiger Männergesänge ersten und bessern Inhalts, herausgegeben und allen Volksfängervereinen gewidmet von Wilhelm Eschirch, Musikdirektor zu Liegnitz.

Antiquar Sington, Schuhr. 27, offerirt: Köffelt's Weltgesch. 3 Thle. L. 3 3/4 Rtl. 2 1/2 Rtl. Dass. f. Bürgersch. 2 Thle. L. 3 Rtl. 1 1/2 Rtl. Dess. Lehrb. d. deutsch. Literatur...

Antiquar Sington, Schuhr. 27, offerirt: Köffelt's Weltgesch. 3 Thle. L. 3 3/4 Rtl. 2 1/2 Rtl. Dass. f. Bürgersch. 2 Thle. L. 3 Rtl. 1 1/2 Rtl. Dess. Lehrb. d. deutsch. Literatur...

Indem wir hierdurch zur Kenntniß bringen, daß wir das unter der Firma „Lindheim, Hawthorn's und Comp.“ in Ullersdorf bestandene Maschinen-Fabrik-Geschäft nach gemeinschaftlicher Uebereinkunft aufgelöst haben...

Portraits und Lichtbilder. Täglich von 9-5 Uhr. Neumarkt Nr. 2. Ph. Seydell, Maler.

Portraits und Lichtbilder. Täglich von 9-5 Uhr. Neumarkt Nr. 2. Ph. Seydell, Maler.

Portraits und Lichtbilder. Täglich von 9-5 Uhr. Neumarkt Nr. 2. Ph. Seydell, Maler.

Portraits und Lichtbilder. Täglich von 9-5 Uhr. Neumarkt Nr. 2. Ph. Seydell, Maler.

Portraits und Lichtbilder. Täglich von 9-5 Uhr. Neumarkt Nr. 2. Ph. Seydell, Maler.

Im Weiß-Garten.

Sonntag, Montag und Dienstag großes Nachmittags- und Abends-Konzert

der Breslauer Musikgesellschaft.

Variation für Oboe, Variation für Violine

ein Sommertag in Breslau,

die Einweihung des Kaffeehauses in Maffelwitz

zum Königsschießen in Ohlau

Im Schweizerhause

Im Liebich's Garten,

Im Neuschneitinger Kaffeehause

Im Bahnhof bei Canth

Nach Lilienthal

Paradeplatz 10-11

Ein Gewölbe

Paradeplatz Nr. 6

Zu vermieten

Während des Wollmarkts

Während des Wollmarkts

Zu vermieten

Während des Wollmarkts

Während des Wollmarkts

Zu vermieten

Während des Wollmarkts

Während des Wollmarkts

Zu vermieten

Während des Wollmarkts

Während des Wollmarkts

Zu vermieten

Während des Wollmarkts

Während des Wollmarkts

Zu vermieten

Während des Wollmarkts

Während des Wollmarkts

Zu vermieten

Während des Wollmarkts

Während des Wollmarkts

Zu vermieten

Während des Wollmarkts

Während des Wollmarkts

Zu vermieten

Während des Wollmarkts

Während des Wollmarkts

Zu vermieten

Während des Wollmarkts

Während des Wollmarkts

Zu vermieten

Während des Wollmarkts

Während des Wollmarkts

Zu vermieten

Während des Wollmarkts

Während des Wollmarkts

Zu vermieten

Während des Wollmarkts

Während des Wollmarkts

Zu vermieten

Zum bevorstehenden Wollmarkt sind zur Unterbringung von Wolle, Lager von allen Größen, Neuschneitinger Nr. 46 zu vermieten...

Paradeplatz Nr. 6

sind während des Wollmarkts zu vermieten und auch 8 Tage früher zu beziehen...

Zu vermieten

und Johann zu beziehen ist Riemerzeile 11 u. 12 der zweite Stock und der Hausflur...

In dem Hause Nr. 3c.

auf der Neuen Schneidnigerstraße ist zu Johann oder Michaeli der erste Stock getheilt oder ungetheilt zu vermieten...

Angenommene Fremde.

Den 21. Mai. Hotel zum weißen Adler: Landkafster v. Retowski a. Rudnizysko...

Hen, Lohmann a. Rotterdam, Gerhard aus Berlin, Theater-Dir. Ricci a. Kopenhagen...

Privat-Edigis.

Abrechtsstr. 33: Baron v. Seyling aus Zauer. Abrechtsstr. 24: Kaufm. Dyppeheim a. Mainz...

Formulare zu Prozeß-Wollmachten.

nach dem von dem Anwalt-Bereine zu Breslau entworfenen Schema sind sowohl in Folio als in Quart (Briefform) erschienen...

Breslauer Cours-Bericht vom 22. Mai 1847.

Table with columns for various financial instruments like bonds, stocks, and exchange rates. Includes sub-sections for Eisenbahn-Actien and Berliner Eisenbahn-Actien-Cours-Bericht.

Breslauer Getreide-Preise vom 22. Mai 1847.

Table showing grain prices for different types of wheat and rye, categorized by quality and quantity.

für die Befugnisse ritterschaftlichen Abgeordneten nach Maßgabe des dieserhalb erlassenen Gesetzes wegen Anordnung der Provinzialstände für das Herzogthum Schlesien v. vom 27. März 1824. Beide Verordnungen enthalten aber hiezu wesentliche verschiedene Bestimmungen.

Während nämlich, wie schon berührt, der § 7 der Kreis-Ordnung die Prüfung der in Frage gestellten Unbescholtenheit eines Rittergutsbesizers, welche letztere der § 6 ibid. neben der Gemeinnützigkeit mit einer der christlichen Kirchen und neben dem 24ten Lebensjahre als Bedingung zur persönlichen Ausübung des Stimmrechtes auf dem Kreistage erfordert, der Ritterschaft des Kreises überweist, stellt zwar das Gesetz wegen Anordnung der Provinzial-Stände im § 5 neben dem zehnjährigen Grundbesitze, der Gemeinnützigkeit mit einer der christlichen Kirchen und dem 30jährigen Alter mit gleichfalls den unbescholtenen Ruf als allgemeine Bedingung der Wählbarkeit zum Landtags-Abgeordneten für alle Stände hin, enthält aber eben so wenig, als die für die anderen Provinzen erlassenen ständischen Gesetze, eine Bestimmung, wodurch die Beurtheilung des unbescholtenen Rufes den Standesgenossen zugewiesen würde, sondern legt nur, und zwar wiederum in Uebereinstimmung mit den anderen ständischen Gesetzen, hinsichtlich der Prüfung der allgemeinen Bedingungen im § 29 generell fest, daß der Landtags-Kommissarius zu prüfen habe, ob die Wahlen in der Form und nach den Eigenschaften der Abgeordneten, der Vorschrift gemäß, geschehen sind. Es stand mithin nach dieser klaren, auf den vorliegenden Fall allein zur Anwendung zu bringenden Disposition nicht den Standesgenossen des Grafen Eduard von Reichenbach und am allerwenigsten dem Grafen nicht zum briegee Wahlbezirk gehörigen, in Reisse abgehaltenen Kreis-Ritterschafts-Konvente zu, über die Unbescholtenheit des Grafen Eduard von Reichenbach zu entscheiden, sondern gehörte dies zur ausschließlichen Kompetenz des königlichen Landtags-Kommissarius, als der zur Ausführung und Aufrechthaltung der ständischen Gesetze bestellten Behörde. Wenn man aber zugestehen muß (und dies wird nach dem angeführten Gesetze nicht in Abrede zu stellen sein), daß der landesherrlichen Behörde, und zwar zunächst dem von Sr. Majestät dem Könige bestellten Landtags-Kommissarius, das Urtheil allein darüber zuständig ist, ob die erwähnten Landtags-Abgeordneten die gesetzlich vorgeschriebenen Eigenschaften erfüllen oder nicht, so kann es sich im vorliegenden Falle auch im Wesentlichen nur darum fragen, ob das Verfahren selbst, welches der Ober-Präsident v. Wedell, als Landtags-Kommissarius für Schlesien, in dieser zu seiner Kompetenz gehörigen Angelegenheit eingeschlagen hat, sich rechtfertigt. — Weder das Gesetz wegen Anordnung der Provinzial-Stände für Schlesien, noch irgend ein anderes ständisches Gesetz schreibt ein bestimmtes Verfahren in Betreff der gänzlichen oder zeitweisen Ausschließung bescholtener Personen aus den Provinzial-Ständen vor. Eben so fehlt es gänzlich an gesetzlichen Bestimmungen über die Kriterien der Bescholtenheit. — Bei diesem Mangel specieller gesetzlicher Dispositionen ist in allen bisher zur Sprache gekommenen bezüglichen Fällen stets angenommen worden, daß, wie der königliche Landtags-Kommissarius nach dem § 29 des ständischen Gesetzes unbedenklich für befugt und verpflichtet zu erachten, einen Landtags-Abgeordneten, welcher nach der Wahl sich seines Grundbesitzes entäußert hat, zum Landtage nicht einzuberufen, es eben so auch auf den Grund des § 29 und des § 33 der pflichtmäßigen Beurtheilung des Landtags-Kommissarius überlassen bleiben müsse, ob der Ruf eines Landtags-Abgeordneten in dem Grade für bescholten zu erachten sei, daß von seiner Bestätigung resp. Einberufung Abstand genommen werden müsse. — Dabei ist bisher der Grundfah festgehalten worden, daß die Unbescholtenheit des Rufes im Sinne der ständischen Gesetze schon demjenigen Abgeordneten mangelt, welcher eines Verbrechens angeklagt und deshalb zur gerichtlichen Untersuchung gezogen worden ist, ein Grundfah, welcher wiederholt und noch in dem letzten an die Stände der Rhein-Provinz erlassenen Landtags-Abschiede vom 27. Dezember v. J. die ausdrückliche Allerhöchste Willkür erhalten, indem Se. Majestät der König es als den bestehenden Gesetzen völlig entsprechend erklärt haben, daß seitens derjenigen Behörden, welchen die Prüfung der gesetzlichen Qualifikation der Landtags-Abgeordneten obliegt, und von denen solche in ähnlichen Fällen stets geübt worden, der Einberufung des in gerichtlicher Untersuchung befangenen Abgeordneten Abstand gegeben sei. Wenn nun der Ober-Präsident von Wedell amtliche Kenntniss davon erhalten, daß gegen den subsidiair zum Landtags-Abgeordneten erwählten Grafen Eduard von Reichenbach die Kriminal-Untersuchung wegen Majestäts-Beleidigung eingeleitet sei, so handelte er nicht nur mit dem bezüglichen ständischen Gesetze und der wiederholt erklärten Allerhöchsten Willensmeinung, sondern auch mit den Precedenz-Fällen vollkommen im Einklange, als es aus der Eröffnung dieser wegen Majestäts-Beleidigung inmittelst anhängig gewordenen Kriminal-Untersuchung Veranlassung nahm, den die Theilnahme an der Provinzialstandsschaft mit bedingenden Ruf des Grafen Eduard von Reichenbach zum Gegenstand seiner näheren Erwägung zu machen. — Dabei erscheint der Umstand, daß die gerichtliche Untersuchung wegen Verbreitung einer verbotenen Schrift eingeleitet worden, an sich indifferent, sondern war lediglich die Thatsache in Betracht zu ziehen, daß die Kriminal-Untersuchung, und zwar wegen Majestätsbeleidigung, eröffnet worden war. — Der Ober-Präsident von Wedell hat nun angenommen, daß der Ruf des Grafen Eduard von Reichenbach in Folge der gegen ihn anhängig gewordenen Kriminal-Untersuchung, im Sinne der ständischen Gesetze, verletzt sei. Dieser Ansicht kann die Majorität der gehorsamst unterzeichneten Abtheilung nur beitreten. — Die gerichtliche Untersuchung wegen eines Verbrechens trifft, wenige in der Volks- oder Standesseite begründete Fälle ausgenommen, stets den Ruf des betroffenen Individuums, bald mehr, bald weniger, je nach der Beschaffenheit der That und der Auffassung des speziellen Falles in seinem Gesamtmumfange, ganz besonders aber ist dies der Fall, wenn das Verbrechen in christlicher Befinnung wurde begangen ist, welches zur Kategorie der schweren Verbrechen gehört. Ist auch bei der Einleitung der Kriminal-Untersuchung die geschmälerte Ehrenhaftigkeit noch nicht in einer

bestimmten staatlichen Form, noch nicht thatsächlich festgestellt, und ist es auch denkbar, daß Männer, welche die allgemeine Achtung genießen, zufällig und ohne ein besonderes Verschulden in eine gerichtliche Untersuchung verwickelt werden können, so ist doch einmal wohl zu erwägen, daß im Volke selbst die Ansicht tief wurzelt, daß mit der Einleitung einer Kriminal-Untersuchung bis zum Erlasse eines freisprechenden Erkenntnisses dem Angeklagten die volle Ehrenhaftigkeit nicht ungeschmälert zustehe, und auf der anderen Seite in specieller Beziehung auf die Standesehre und die ständischen Versammlungen insbesondere zu berücksichtigen, daß die erstere nach der herrschenden Sitte besonders sorgfältig gewahrt sein will, so wie, daß es für die letzteren, in denen mit dem höchsten politischen Rechte die höchste politische Ehre ausgeübt wird, ganz ungeeignet erscheint, ein Mitglied, über welchem Freiheits- oder Ehrenstrafen schweben, zu haben, diese vielmehr ihrem inneren Wesen nach unbedingt über solche aus einer derartigen Bescholtenheit eines Mitgliedes drohende Eventualitäten gestellt sein müssen. Sollte man aber auch bei dem Mangel bestimmter gesetzlicher Kriterien über die Wesenheit bescholtenen Rufes der vorentwickelten Ansicht durchgängig beizutreten Bedenken tragen, so dürfte doch im vorliegenden Falle der gegentheiligen Annahme schon um deswillen keine Geltung zu gewähren sein, weil in demselben nach der bisherigen, mehrfach dargestellten Gesetzgebung das Urtheil über Bescholtenheit des Rufes in Beziehung auf ständische Wirksamkeit vorzüglich der subjektiven Ueberzeugung des königlichen Landtags-Kommissarius abhängig gemacht ist, und weil zweitens die wahlberechtigten Rittergutsbesitzer des briegee Wahlbezirks sich mit sehr großer Majorität der anderweitigen Wahl unterzogen haben, und damit auf das evidenteste der Beweis geführt worden ist, daß die wählenden Standesgenossen selbst dem Grafen Eduard von Reichenbach nach anhängig gewordenen Kriminal-Untersuchung den Besitz der im § 5 Nr. 4 des ständischen Provinzial-Gesetzes vorgeschriebenen Eigenschaften nicht mehr zugestanden haben. — Die Thatfache, daß dieselben Standesgenossen, von welchen die erste Wahl des Grafen von Reichenbach ausgegangen, bei diesem, nachdem gegen ihn die Kriminal-Untersuchung eingeleitet worden, den Besitz derjenigen Qualität, welche sie im ersten Wahltermin vorausgesetzt, als nicht mehr vorhanden erachtet haben, erscheint aber der überwiegenden Majorität der Abtheilung als ein um so wichtigeres Moment, als gerade die Standesgenossen am besten geeignet sein dürften, den Werth einer Handlung eines ihrer Mitglieder vom Gesichtspunkte der Standesehre und der Standsschaft richtig zu würdigen und darüber ein Urtheil zu fällen, ob in concreto dem Betheiligten das Zeugniß voller oder geschmälerte Ehrenhaftigkeit gegeben werden kann oder nicht. — Jedemfalls dient die Vornahme und der Ausfall der Wahl zur Bestätigung der Richtigkeit der subjektiven Ueberzeugung, von welcher sich der königliche Landtags-Kommissarius bei der Anordnung der Wahl hat leiten lassen. Das aber bei dieser Wahl der nachträglich von der Kreis-Ritterschaft in Reisse über die Unbescholtenheit des Grafen Eduard von Reichenbach abgegebenen Erklärung, auf welche die Antragsteller sich hauptsächlich stützen, ganz abgesehen davon, daß der gedachten Kreis-Ritterschaft nach der früheren Ausführung die Zuständigkeit eines Urtheils abging, ein Gewicht nicht beigelegt werden kann, bedarf keiner weiteren Ausführung. — Es kann sich vielmehr nach der dargestellten Sachlage nur noch darum fragen, ob der Ober-Präsident von Wedell, weil nach seiner Ueberzeugung der Graf Eduard von Reichenbach die Bedingung im § 5 Nr. 4 des Ständegesetzes nicht mehr erfüllte, überhaupt befugt gewesen, eine anderweitige Wahl anzunordnen, oder ob er nicht vielmehr bis zum Ausgange der gerichtlichen Untersuchung bloß auf den ersten Termine erwählten Stellvertreter, den Landrath Hoffmann, habe zurückgeben müssen. Allein auch hierin ist die Majorität der Abtheilung mit dem Verfahren des Ober-Präsidenten von Wedell vollkommen einverstanden. Würde die Wahl des Grafen Eduard von Reichenbach, als subsidiairisch gewählten Landtags-Abgeordneten, bereits von der Immediat-Kommission für Stände-Angelegenheiten bestätigt gewesen und erst nach erfolgter Bestätigung die fragliche Kriminal-Untersuchung eingeleitet worden, so würde allerdings, nachdem von des Königs Majestät die Allerhöchste Dispensation für den principaüter als Abgeordneten gewählten Grafen Dekar von Reichenbach versagt worden war, an die Stelle des subsidiair als Abgeordneten gewählten Grafen Eduard von Reichenbach der vorerwähnte Stellvertreter zum vereinigten Landtage einzuberufen gewesen sein, wie dies stets in anderen ähnlichen Fällen geschehen ist. Die Wahl des Grafen Eduard von Reichenbach war indes, als gegen ihn die Kriminal-Untersuchung eröffnet worden, noch nicht in der vorgeschriebenen Weise bestätigt, derselbe mithin, da in der Allerhöchsten an das Ministerium des Innern und der Polizei unter dem 20. November 1840 erlassenen Cabinets-Dreie (abgedruckt im Ministerialblatte für die innere Verwaltung von 1841, Seite 5) ausdrücklich bestimmt ist, daß die Gültigkeit der Wahlen erst durch die Erklärung der Immediat-Kommission, daß sie gegen dieselben nichts zu erinnern finde, festgestellt werden soll, die Wahl also erst durch die hingutretende Bestätigung der gedachten Kommission perfect wird, noch gar nicht wirklicher Landtags-Abgeordneter, so daß bei dem inzwischen eingetretenen Mangel eines der in dem ständischen Provinzial-Gesetze angeordneten Erfordernisse auf den Stellvertreter hätte recurriert werden dürfen. Der Graf Eduard von Reichenbach hatte noch gar kein volles ständisches Recht; es konnte daher auch von einem zeitweisen Ruhen, von einer bloßen Suspension nicht die Rede sein. Der Ober-Präsident von Wedell handelte demnach ganz der Bestimmung des mehrgewogenen § 29 des ständischen Provinzial-Gesetzes, wonach dem königlichen Landtags-Kommissarius, wenn er in Beziehung auf die Eigenschaften der gewählten Abgeordneten Mängel findet, die Befugniß zur Anordnung einer anderen Wahl beigelegt ist, entsprechend, als er unter den dargelegten Verhältnissen von der Ritterschaft des briegee Wahlbezirks eine neue Wahl erforderte. Das aber endlich die wahlberechtigten Ritterschaft selbst vollkommen in ihrem Rechte war, als sie der Wahl-Aufforderung in der geschehenen Weise entsprochen, kann schon, von allem Uebrigen abgesehen, aus allgemeinen Rechts-

gründen nicht zweifelhaft sein, indem es denen, welche eine Vollmacht ertheilt haben, freisteht, dieselbe zurückzunehmen, wenn die Voraussetzung, auf deren Grund sie mit ausdrücklicher Ertheilung ist, nicht mehr zutrifft. — Die Majorität der Abtheilung hält daher sowohl die Kompetenz des Ober-Präsidenten von Wedell in dieser Angelegenheit für vollkommen begründet, als auch sein gesamtes Verfahren und die anderweitig vorgenommene Wahl insbesondere in allen Beziehungen für vollständig gerechtfertigt und kann eben deswegen den Antrag der Petenten auf nachträgliche Einberufung des Grafen Eduard von Reichenbach in Stelle des rito erwählten, befähigten und einberufenen Abgeordneten Grafen von Strachwitz nicht für begründet erachten, erlaubt sich vielmehr bei einem hohen Landtage die Zurückweisung des Petitions-Antrages gehorsamst in Vorschlag zu bringen. — Die aus 2 Mitgliedern der Abtheilung bestehende Minorität hat gegen die vorstehend entwickelte Ansicht der Majorität und deren Begründung nichts Spezielles eingewendet, sondern nur im Allgemeinen erklärt, daß sie dieser Ansicht beizutreten Bedenken trage. Ein Mitglied der Minorität hat dabei dieser Erklärung noch hinzugefügt, daß nach seinem Dafürhalten, wenn es bei der ersten Wahl des Grafen Eduard von Reichenbach nicht habe bewenden können, wenigstens der im ersten Wahl-Termine erwählte Stellvertreter, Landrath Hoffmann, habe Abgeordneter werden müssen, und daß der im zweiten Wahl-Termine erwählte Graf von Strachwitz nur dessen Stellvertreter habe werden können, folglich nicht der Letztere, sondern der Erstere einzuberufen gewesen sei. Eine nähere Begründung dieser Ansicht ist nicht gegeben worden.

Berlin, den 12. Mai 1847.

Graf von Bismark-Bohlen. Scheven. Graf von Boholz-Alteburg. Krämer. Douglas. Graes. Mincley. Graf von Stosch. de Salhaus. Jaraczewski. Sattig. Krause. von Steffens. von Münchhausen. von Arnim.

Marshall: Die Abtheilung hat in ihrer Majorität den Antrag auf Einberufung des Grafen Eduard von Reichenbach zum vereinigten Landtage nicht befürwortet; bevor ich frage, ob der Antrag der Abtheilung Unterstützung findet, muß ich dem Abg. Hrn. Dffermann das Wort geben, weil er zur Abtheilung gehört und nicht Gelegenheit gehabt hat, seine abweichende Meinung dort auszusprechen.

Abgeordn. Dffermann (aus der Provinz Brandenburg): Ich gehöre zur dritten Abtheilung, war aber nicht bei der Berathung, sondern kam erst zu derselben, als das Gutachten schon verlesen wurde. Ich erklärte, daß meine Meinung abweichend sei; und bat darum, dem Gutachten mit einem Separat-Votum beitreten zu dürfen, was mir jedoch abgelehnt wurde, weshalb ich mir erlaube, meine Ansicht hier zu entwickeln. Das Gutachten geht nur von einem Gesichtspunkte aus und bemüht sich, die Handlungsweise des Ober-Präsidenten von Wedell sowohl von Seiten des Rechts als der Moral zu rechtfertigen. Wenn ich auch zu schwach bin und mich nicht für fähig halte, den Rechtsweg zu bestreiten, so kann ich doch unter keinen Umständen die Meinung theilen, daß der Ober-Präsident auch moralisch recht gehabt hat. Das Gutachten gründet sich auf die Ansicht: es lebe im Volke, daß eine Kriminal-Untersuchung schon eine Handlung der Bescholtenheit voraussetzt. Dies muß ich bestreiten. Es lebt dies gewiß nicht im Volke, und es läßt sich um so mehr bestreiten, indem der Gesetz-Entwurf, den wir früher berathen haben, dies nicht voraussetzt, sondern selbst, wenn bei § 6 ad 1 und 2 das Stehen bleibe, was die Regierung vorgeschlagen hat, so ist dennoch die Bescholtenheit nicht ausgesprochen, sondern seine Stimme ruht nur, wenn er in Untersuchung begriffen ist. Wenn aber der Vorschlag der Majorität durchgeht und die Position 1 und 2 wegfällt, so müßte der Graf Reichenbach hier gegenwärtig sein. Selbst in dem Stande der Herren hat man sich mißbilligend darüber geäußert und den § 6 ad 1 und 2 zu hart gefunden. Deshalb gebe ich zu bedenken, daß, wenn jetzt der Fall vorläme und das Gesetz so stehen bliebe, wie es vorgelegt worden ist, dann der Stellvertreter hier wäre, und würden die Amendements der Versammlung genehmigt sein, so daß die Position 1 und 2 genehmigt wären, so würde der Graf von Reichenbach jetzt selbst hier sitzen. Denn wenn schon eine bloße Kriminal-Untersuchung nämlich für Majestäts-Beleidigung — welcher Ausdruck so weit geht, daß, wie es hier genommen ist, beinahe jeder von Ihnen sich dessen zu Schulden kommen lassen kann....

(Ho! Großes Geräusch.)

Meine Herren, man mache einen Unterschied zwischen Majestäts-Verbrechen und einer einfachen Aufsehung, bei welcher eine Beleidigung subsidiair werden kann. Es kann ein Tadel, ein bloßer Wunsch, wenn er todes erzählt wird, als Majestäts-Beleidigung ausgelegt werden. Ich widerspreche also, daß die Meinung im Volke bestehe, daß eine Kriminal-Untersuchung die Bescholtenheit voraussetzt, und ich trage darauf an, daß die Versammlung, wenn kein besserer Erfolg zu erzielen ist, sich wenigstens dafür erklärt, daß sie den Grafen von Reichenbach, nach dem was vorliegt, nicht für bescholten hält.

Marshall: Bevor ich das Gutachten der Abtheilung zur Berathung bringe, frage ich, ob der Antrag: Die Einberufung des Grafen von Reichenbach zu erbitten, Unterstützung findet?

(Es geschleht.)

Abgeordn. Alnoch: Ich kann mich der Ansicht der Abtheilung nicht anschließen, die darin besteht, daß die Annullirung der Wahl des Grafen von Reichenbach richtig sei. Zur Zeit als der Graf von Reichenbach erwählt wurde, war er in keiner Untersuchung verwickelt, erst später wurde diese gegen ihn anhängig gemacht, und welche? er soll ein verbotenes Buch Jemandem gegeben haben, er soll es gegeben haben, und darüber ist eine Untersuchung eingeleitet. Was hat die Untersuchung bis jetzt ergeben? es sind eine Menge Zeugen vernommen worden, selbst in dieser Versammlung befinden sich vier oder fünf Mitglieder, die vernommen worden sind. Ich fordere dieselben auf, sich zu erklären, was sie vernommen haben.

(Unruhe in der Versammlung.)

Ich bitte, meine Herren, mich auszusprechen zu lassen. Bei dem abgehaltenen Konvente am 31. März in Reife hat sich nicht eine Stimme gegen den Grafen Reichenbach erhoben, sondern der Vorsitzende, Landrath v. Maubeuge, hat sogar dem einen Herrn, der einen ausführlichen Vortrag zur Vertheidigung desselben hielt, einen offenen Dank gezollt. Die übrigen Mitglieder der Ritterschaft haben sich dem angeschlossen. Wir haben auch in dieser Versammlung zwei Mitglieder, die in Untersuchung gewesen sind, während ihrer Untersuchung wurden ihre Stellvertreter einberufen. Sie sind später freigesprochen und sind heute dennoch unsere lieben Kollegen, der Eine aus der Rheinprovinz und der Zweite aus Schlessen. Ich glaube, daß dies bei dem Grafen von Reichenbach auch der Fall sein wird. Hätte man hier eben so verfahren, so hätte sich für den Grafen von Reichenbach keine Stimme erhoben, da wir in dieser Angelegenheit leider ein definitives Gesetz noch nicht haben. Da ich in dem Kreise wohne, in welchem der Graf von Reichenbach sein Domizil hat, so erlaube ich mir nur noch ein Paar Worte über seine Stellung zu seinen Standesgenossen zuzufügen. Er ist von den Kreisständen zum Kreisdeputirten erwählt und durch das Vertrauen seiner Standesgenossen heute Landesältester. Er wurde im vorigen Herbst zum Direktor der Meißner-Grottkauer Fürstenthums-Landschaft erwählt, diese Wahl aber von Berlin aus abgeschlagen; in Neustadt wurde dieselbe zum Landtags-Deputirten-Stellvertreter und in Brieg zum subsidiarischen Landtags-Deputirten erwählt. So vergeht keine Gelegenheit, wo er nicht gewählt wird, selbst bei dem Kreistage am 31. März wurde er, trotzdem daß er sich in Untersuchung befindet, zum Kreis-Armen-Verbande gewählt. Es muß also doch etwas vorausgegangen sein, wodurch sich dieser Mann das Vertrauen seiner Standesgenossen und des Volkes im Allgemeinen erworben hat, und ich kann nicht umhin, zu sagen, daß es mir scheint, als ob man diesen Ehrenmann, der seine größte Ehre darin setzt, Vertreter des Volkes zu sein, rein dem Volke entziehen will.

Abgeordn. Wodiczka: Ich für meine Person bin zwar der Ansicht, daß der Ruf des Grafen von Reichenbach unbescholten sei und trete der Meinung der Abtheilung nicht bei, daß im ganzen Volke die Ansicht fest wurzle, daß bei Einleitung der Kriminal-Untersuchung vor dem Erkenntniß der Ruf eines Mannes bescholten sei. Dagegen muß ich bekennen, daß Viele hier einer anderen Ansicht sind und zwar insofern, daß die Ehrenhaftigkeit eines in Anklagestand versetzten Mannes in Zweifel gezogen werden kann. Diese Ansicht beruht auf subjektiver Meinung und man kann einem Manne, der diese Ansicht theilt, keinen Vorwurf darüber machen. Diese Ansicht hat auch der Herr Oberpräsident von W. d. l. gehabt, und er war deshalb verpflichtet, als ihm bekannt wurde, daß der Graf von Reichenbach zum Landtags-Abgeordneten gewählt war, diese seine Ansicht denjenigen mitzutheilen, die ihn gewählt hatten. Hätte er nicht seiner Ueberzeugung gemäß gehandelt, vielmehr wider seine Ansicht die Wahl des Grafen von Reichenbach als Landtags-Deputirten als gültig angesehen, so würde er pflichtmäßig gehandelt haben. Die Wahlversammlung hat die Ansicht des Oberpräsidenten getheilt, sie hat wenigstens faktisch das Urtheil gefällt, daß sie seiner Ansicht beitrug und zu erkennen gegeben, daß sie den Grafen für bescholten erachtet, denn hätte die Versammlung des Brieger Wahlbezirks eine andere Ansicht gehabt, so müßte sie eine andere Wahl ablehnen. Dadurch, daß sie die neue Wahl vollzog, trat sie der Ansicht des Oberpräsidenten faktisch bei. Das Gutachten der Stände des Meißner Kreises kann hier nicht maßgebend sein, denn die Kreisordnung vom 2. Juni 1827 fahet, da sie sich bloß auf die Kreis-Versammlungen bezieht, hier keine Anwendung und konnte nur als Analogie gelten, indem sie dieser Wahl angepaßt wurde, dergestalt, daß die Versammlung des Brieger Bezirkes die einzige Behörde ist, welche zu urtheilen hatte, ob der Graf von Reichenbach bescholten sei. Diese Versammlung hat aber, wie erwähnt, faktisch zu erkennen gegeben, daß sie der Ansicht

in Betreff der Bescholtenheit des Grafen beitrete. Aus diesem Grunde trete ich zwar nicht allein von der Abtheilung entwickelten Ansichten, wohl aber ihren Vorschlägen bei.

Abgeordn. Graf von Stosch (Landschafts-Direktor aus Schlessen): Als Mitglied der Abtheilung ergreife ich das Wort. Ich glaube, daß diese vorliegende Frage unter zweierlei Gesichtspunkten zu betrachten sei:

- 1) hat der Ober-Präsident seine amtliche Befugniß überschritten? und
- 2) ist Graf von Reichenbach event. einzuberufen?

Die erste Frage bin ich veranlaßt darum zu verneinen, weil das Gesetz vom 27. März 1824 § 29 lautet: „Der Landtags-Kommissar hat zu prüfen, ob solche in der Form und nach den Eigenschaften der Abgeordneten der Vorschrift gemäß geschehen sind. Nur wenn derselbe in dieser Beziehung Mängel findet, ist er berechtigt, eine andere Wahl zu verlangen.“

Der Ober-Präsident hat die Eigenschaften des Grafen von Reichenbach bemängelt, und zwar aus dem Grunde, weil, ehe die Wahl genehmigt war, der Graf von Reichenbach wegen Majestäts-Beleidigung in Untersuchung gezogen worden war; und glaube ich, daß nach dem Gesetz vom Jahre 1824 der Ober-Präsident von W. d. l. in seiner vollsten Befugniß gewesen. Es wird dies durch ein Sendschreiben des Grafen von Reichenbach, welches der Abtheilung mit zugegangen, und welches in der Leipziger constitutionellen Staatsbürger-Zeitung abgedruckt ist, bestritten. Mir scheint aber, daß hier ein großer Irrthum zu Grunde liege. Es wird dies nämlich aus dem Grunde bestritten, weil eine Wahl-Kommission den Grafen von Reichenbach als völlig unbescholten erklärt habe. Hiernach ist eine Verwechslung des Gesetzes v. J. 1824 eingeschlichen. Nach unserer Kreisordnung v. J. 1827 wird bestimmt: wenn die Bescholtenheit in Frage gestellt wird, so hat zuerst die Kreis-Versammlung und dann der Landtag darüber zu befinden; dagegen sagt das Gesetz vom Jahre 1824: daß, wenn die Bescholtenheit in Frage gestellt ist, von Seiten der Abgeordneten der Ober-Präsident zu ermitteln habe, ob derselbe einzuberufen sei oder nicht; eventualiter wird ihm die Befugniß gegeben, eine andere Wahl auszusprechen. Von dieser Befugniß hat der Ober-Präsident von W. d. l. Gebrauch gemacht und ist, wenigstens nach meinem Ermessen, im vollsten Rechte gewesen. Man könnte nach dem Gesagten die zweite Frage: ob der Graf von Reichenbach eventualiter einzuberufen sei, fallen lassen. Ich will aber annehmen, Eineswegs jedoch zugeben, daß der Ober-Präsident von W. d. l. seine Befugniß überschritten habe, so muß ich mich dennoch dahin aussprechen, daß selbst in diesem Falle der Graf von Reichenbach nicht einzuberufen sei. Die Stände des Wahlbezirks Brieg haben nämlich zuerst den Grafen von Reichenbach gewählt. Es trat nun der Fall ein, daß die Kriminal-Untersuchung wegen Majestäts-Beleidigung über ihren Abgeordneten verhängt und eine neue Wahl ausgeschrieben wurde. Diese neue Wahl hat mit großer Majorität, neunzehn gegen vier Stimmen, beschlossen: den Grafen von Strachwitz als Abgeordneten zu wählen. Meiner Ueberzeugung nach ist somit das erste Mandat erloschen und die neue Wahl des Grafen von Strachwitz vollständig gültig. Seine Wahl ist nämlich rite vollzogen. Allerhöchst bestätigt, und hat Graf von Strachwitz bereits seit dem 11. April d. J. in unserer Mitte gesessen; und es würde mehr als hart sein, ihn wieder zu verweisen und einen Anderen einzuberufen, dessen Mandat erloschen ist. Ich erlaube mir hinzuzufügen, daß die Petition eigentlich dahin gerichtet ist, wenn wir es unerschleiert nehmen, daß wir die Bitte an Se. Majestät richten sollen, daß ein Rüttergutsbesitzer, der gegenwärtig wegen Majestäts-Beleidigung in Kriminal-Untersuchung verflochten ist, seinen Platz in dieser Versammlung einnehmen solle. Ich weiß nicht, ob von dieser Versammlung ein derartiger Antrag an die Stufen des Thrones gelangen könnte, nach meinem Gefühl wenigstens nicht, und ich halte dies für durchaus unzulässig. Aus den dargelegten Motiven habe ich für die Ansicht der Abtheilung gestimmt, und wünsche ich, daß die hohe Versammlung dieser Ansicht beitreten wolle.

Abgeordn. Eschocke: Hohe Versammlung! Die Darstellung und Ausführung des Gutachtens der Abtheilung über die von mir mitunterzeichnete Petition ist Ihnen bekannt. Sie werden mir gestatten, meine Gegenansicht darüber hier auszusprechen: Die geehrte Abtheilung hat zuvörderst einige Bemängelungen über die Petition ausgesprochen, daß sie sich nicht auf das Gesetz, sondern nur auf die Kreis-Ordnung von Schlessen u. s. w. beziehe; sie hat ferner ausgesprochen, daß nicht diese Kreis-Ordnung hier eintreten könne, sondern das Gesetz vom Jahre 1824. Es soll dies als richtig und wahr anerkannt werden; die Petenten hatten die Kreis-Ordnung zur Begründung ihres Antrags angeführt, ich finde aber bei der Prüfung des Gesetzes vom Jahre 1824 zu meiner Genugthuung fast gar keine wesentliche Unterschiede, alle Kriterien sind noch dieselben, mit Ausnahme des Alters, denn nach der Kreis-Ordnung soll ein Mitglied stimmfähig sein, wenn es

24 Jahre alt ist, nach dem Gesetze vom Jahre 1824 aber erst, wenn es das 30ste Jahr erreicht hat. Es ist nun gesagt, daß der Landtags-Kommissar zu prüfen habe, ob die Wahl in Form und nach der Eigenschaft der Abgeordneten vorchriftsmäßig geschehen sei. Lassen Sie uns einen Ausgenß bei diesem Ausspruch verweilen, lassen Sie uns diese wenigen Worte prüfen, weil, nach meinem Dafürhalten, hier der ganze Umfang der Wirksamkeit des Landtags-Kommissars ausgesprochen ist. Der Kommissar hat also zu prüfen, ob der zu Wählende oder Erwählte die Eigenschaften hat und den vorgeschriebenen Bedingungen entspricht. Diese sind: 30jähriger Grundbesitz, ein gewisser Werth des Grundbesitzes, ein gewisses Alter und dann noch Eigenschaften, worunter die Unbescholtenheit des Rufes zu verstehen sei. Alle diese hier verzeichneten Eigenschaften besitzt Graf von Reichenbach, und sie sind von keinem seiner Gegner bemängelt worden, und hier handelte es sich allerdings bloß um den Ruf der Unbescholtenheit. Es sei mir die Frage erlaubt, wie konnte der Kommissar den Ruf der Unbescholtenheit für so begründet erachten, daß er eine neue Wahl anordnete, der Kommissar hat also etwas gethan, was er nur thun konnte und thun durfte, wenn ein gerichtliches Urtheil über den Grafen vorhanden war, er durfte in dem Augenblick nicht mehr thun, als den Stellvertreter einberufen und die Wahl des Reichenbach ruhen lassen. — Meine Herren! Es ist etwas schwer, eine solche Behauptung zu widerlegen, ich darf mich aber wohl auf die im preussischen Volke mir und Ihnen Allen nicht unbekanntem Urtheile beziehen; wir wissen Alle, daß, wenn jemand mit Recht oder Unrecht gemängelt oder verunglimpft wird, eine Menge nicht denkfähiger Menschen das für wahr annehmen werden, was sie von Anderen hören. Wir aber, die wir wissen, was in solchem Falle zu thun ist, wir haben die Pflicht, uns zu unterrichten, ob eine Anschuldigung eine solche ist, daß der Betreffende seine Ehrenhaftigkeit verlieren habe. Es ist auch angeführt worden, daß ein Beweis daraus könne genommen werden, daß die Wähler den Grafen von Reichenbach nicht wiedergewählt haben, was sie zu thun berechtigt waren. Ich bin allerdings etwas entfernt von diesem Wahlorte und will auch den Hergang, wie man ihn mitgetheilt hat, nicht anführen, weil er für das Urtheil der Versammlung nicht maßgebend sein könnte, ich sage aber, wenn die Wähler ihn nicht wieder gewählt haben, so folgt daraus nicht, daß er nicht mehr wahlfähig war. Es kann dies aber auch gar nicht als erheblich betrachtet werden für die Beurtheilung der hohen Versammlung, da durch die Nichtwiedererwählung des Grafen Reichenbach auch nicht das Geringste von seinem Rechte verloren gehen kann. Es ist bereits mitgetheilt worden, worin diese Majestäts-Beleidigung besteht, wodurch sie herbeigeführt ist; ich erlaube mir dies noch einmal in Erinnerung zu bringen. Sie besteht darin, daß der Graf von Reichenbach eine Broschüre Jemandem gegeben haben soll, ob geliebt oder geschmilt, weiß ich nicht, der nun das von den herrlichen Gebrauch gemacht hat, ihn zu denunciren. Erlauben Sie mir, daß ich so offen bin, wie ich es gern sein möchte; ich glaube, daß Alle, die mir hier sitzen, sich sagen müssen, auch ich habe einmal ein verbotenes Buch gehabt, auch ich habe ein verbotenes Buch gelesen. Meine Herren, Sie haben es vielleicht nicht gekauft, als es verboten war, sondern ehe es verboten war, und wer kennt nicht den Reiz, den ein solches Verbot hat; wer ist im Stande, einem Freunde die Bitte abzuschlagen, wenn er kommt und sagt mir: ich möchte ihm das Buch leihen. Meine Herren! was nun auch immer für die Rechtfertigung des Verfassers Seitens des Herrn Kommissars gesprochen, geschwiegen und geurtheilt werden möge, was auch immer noch gegen die Klage hier angeführt und geäußert werden möge, so viel ist gewiß, ich wiederhole es, der Landtags-Kommissar hat gethan, was er nach meinem Dafürhalten zu thun nicht berechtigt war. Zur Begründung, daß jemand in den größten Verdacht kommen kann und schuldigerweise, dafür Beispiele anzuführen, würde nicht schwer werden. Beispiele für noch weit größere Anklagen, als diese ist. Haben wir doch den Fall erlebt, daß Männer in ihrer Heimath aufgegriffen und vier Monate lang eingekerkert waren und nach vier Monaten als unschuldig freigesprochen wurden. Ich nenne Ihnen einen solchen Mann. Es ist der Fabrikbesitzer Schöffel. So, meine Herren, empfehle ich diese Petition, die Sache des Rechts und der Wahrheit, Ihrem Schutz. Ihr Urtheil wird mich zufriedenstellen.

Justiz-Minister Udden: Ich muß mir die Bemerkung erlauben, daß der Redner, der so eben gesprochen, Details angegeben hat, wie sie ihm von der Untersuchung wider den Grafen von Reichenbach bekannt geworden sind. Doch hätte derselbe in dieser Beziehung, in seiner Rede ein wenig zurückhaltender sein können, da diese Details nicht von der angegebenen Art sind. Die Sache ist die: wider den Grafen von Reichenbach ist denunziert worden, daß er eine Schrift verbreitet habe, die Majestäts-Beleidigung enthielt, und das Ober-Landgericht in Raitbor hat noch mehr darin gefunden, nämlich den Versuch des Hochverrats. Das Kammergericht, zum Gutachten darüber aufgefordert, ist aber

der letzteren Ansicht nicht beigetreten. Was die Majestät-Befehligung betrifft, so müssen wir die Entscheidung darüber dem kompetenten Richter überlassen und ich muß bitten, mir die Details zu erlassen, denn die Untersuchungs-Akten sind bis jetzt noch für keinen offen. Der kompetente Richter hat die Untersuchung eingeleitet und wir müssen erwarten, was dieser darüber erkennen wird.

Abgeordn. Werner (Apotheker aus Brieg): Ich bin Antragsteller und habe zu bemerken, daß ich in dieser Sache ein Amendement angemeldet habe. Ich schicke voraus, daß ich die Bemerkung des Herrn Justiz-Ministers für ganz richtig halte und nicht weiter darauf eingehe. Nach meiner Ansicht und nach dem schon früher ausgesprochenen ist der Graf von Reichenbach unbedingt ein ehrenweither Mann, das ist es, was mich prinzipiell bewegen hat, den Antrag zu stellen, indem er nach meinem Dafürhalten in seinem Rechte verletzt worden ist. Es war ferner meine Schuldigkeit, diesen Antrag zu stellen, weil in der Stadt, welche ich zu vertreten die Ehre habe, die Wahl vorgenommen ist, der Bevollmächtigte der Stadt Brieg bei der ersten und zweiten Wahl gegenwärtig und einer derjenigen war, welcher gegen die zweite Wahl als nicht geschäftig protestirte. Ich muß mein Bedauern darüber ausdrücken, daß die Abtheilung es nicht für gut befunden hat, die Akten einzufordern, sondern sich nur mit einem Promemoria begnügt hat. Das Gutachten veranlaßt mich, einige nähere Daten zu geben, namentlich darüber, was die Zeit anbetrifft. Im Anfange des September war die Wahl des Grafen von Reichenbach in Brieg, und bis zum Anfang des Dezember ist von einer Kriminal-Untersuchung nicht die Rede gewesen; es sind also 10 Wochen verstrichen, ehe der Graf von Reichenbach in die Untersuchung verwickelt gewesen ist. Daß dies ein unangenehmes Gefühl erregen muß, ist natürlich, wenn man bei einer so einfachen Sachlage mit der Prüfung der Wahllisten zehn Wochen wartet. Wir haben früher schon einmal gehört, daß wir in Libérale, und solche, die der Regierung angenehm sind, eingetheilt werden, und ich fürchte daher, daß dieser Ausschub von zehn Wochen daran gelegen habe, weil man den Grafen von Reichenbach zu den Liberalen gezählt habe. Sei dem, wie ihm wolle; ich glaube, daß eine Einleitung in Kriminal-Untersuchung schlechterdings nicht hinreichend sei, jemanden zu veranlassen, auszusprechen: der oder der ist bescholten; nur dann, wenn die Untersuchung ergeben hat, daß das, was man ihm zur Last gelegt hat, wahr ist, kann er für bescholten gehalten werden. Die Versammlung hat sich schon dahin erklärt, daß man nicht wohl annehmen kann, daß jemand, der in Untersuchung ist, auch schon bescholten sei. Ich will nur noch einige kleine Umstände, welche hier in dem Gutachten ausgesprochen sind, einer Kritik unterwerfen, und verspreche, mich darin sehr kurz zu fassen, und ich fange gleich bei der neunten Seite an. „Der Graf Eward von Reichenbach hatte noch gar kein volles ständisches Recht; es konnte daher auch von einem zeitweisen Ruhen, von einer bloßen Suspension nicht die Rede sein.“

Das bezweifle ich, und daß derjenige, der gewählt ist, noch kein ständisches Recht hat. Durch die Wahl hat nach meiner Ansicht ein Jeder schon ein ständisches Recht erworben, ob hernach die Gesetze anders ausgelegt werden können, weiß ich nicht; was aber den Wahlakt im zweiten Termine anbetrifft, da ist allerdings gesagt worden: daß nur im Allgemeinen gegen die Wahl protestirt sei, ob sie als faktische Wahl anzunehmen sei. Ich muß dagegen sagen, daß hier gegen die Wahl protestirt und die Anderen gesagt haben, die neue Wahl ist besolten, und darum müssen wir noch einmal wählen. Es ist mir lieb, daß ich nicht einer der Wähler bin. (Großes Geräusch.)

Marschall: Ich muß bemerken, daß es nicht erlaubt ist, Persönlichkeiten einzumischen.

Abgeordn. Werner: Ich erlaube mir nur noch, mein Amendement vorzutragen:

- „1) Se. Majestät allerunterthänigst zu bitten, Allergnädigst befehlen zu wollen, daß unter Bestätigung der gesetzlich erfolgten Wahl des Grafen Eward von Reichenbach, dessen Stellvertreter, Landrath Hoffmann, einberufen werde, indem die Rechte des Ersteren nur, so lange die Kriminal-Untersuchung dauere, als ruhend zu betrachten wären; ev. nt.
- „2) Se. Majestät Allerunterthänigst zu bitten, die gesetzlich erfolgte Wahl des Grafen von Reichenbach sodann Allergnädigst bestätigen zu wollen, wenn derselbe in der über ihn verhängten Kriminal-Untersuchung freigesprochen werde, seine vollkommene Unbescholtenheit mithin hierdurch gesetzlich feststehe.“

Ich bitte Sie, zu bedenken, daß, wenn die vollständige Freisprechung erfolgt ist, wie kommt es, daß er sechs Jahre lang dem Urtheil des Oberpräsidenten sich fügen muß, weil man den Letzteren für befugt erachtet, ihn bloß aus dem Grunde, weil er in eine Kriminal-Untersuchung verwickelt war, von den ständischen Rechten auszuschließen; ich empfehle deshalb das Amendement der verehrten Versammlung und bitte nur noch, daß wir hier vorzüglich zeigen können, daß es gilt, nicht die schroffe Auslegung der Buchstaben des Gesetzes zu wahren, sondern zu zeigen, daß wir unser Recht wahr wollen, wie es in der Brust des Biedermannes sich findet.

Justiz-Minister Uhden: Die Sache ist so dargelegt worden, als wenn die Einleitung der Untersuchung

absichtlich bis auf 10 Wochen ausgesetzt wäre. Ich habe schon früher bemerkt, daß das Oberlandesgericht zuerst der Ansicht gewesen, daß das Kammergericht kompetent wäre, die Untersuchung einzuleiten. Das Kammergericht hat indessen zuerst aus formellen Gründen Anstand genommen, das Gutachten zu erstatten. Nach Befestigung dieses Bedenkens hat es das erforderliche, schon oben gedachte Gutachten abgegeben. Zieht man den gewöhnlichen Geschäftsgang in Erwägung, so ist es einleuchtend, daß die Untersuchung nicht früher eröffnet werden konnte, und daß die Verzögerung der Untersuchung nur durch das Hin- und Herschreiben entstanden ist.

Landtags-Kommissar: Der geehrte Redner, welcher zuletzt die Redner-Tribüne verlassen, hat auch dieser Angelegenheit die Wendung geben wollen, als sei sie eine Tendenz-Angelegenheit, als sei der Graf von Reichenbach deshalb als Landtags-Deputirter nicht bestätigt worden, weil er einer Partei angehöre. Ich glaube, daß das Gouvernement seit den 24 Jahren des Bestehens unserer provinzialständischen Verfassung in Beziehung auf die Respektirung der Wahlfreiheit sich einen sehr guten Ruf erworben hat. In dem vorliegenden Falle ist wenigstens die Central-Verwaltung vollkommen unbetheilt, indem dieselbe erst nach der Beendigung der Wahlen von dem Sachverhältnis in Kenntniß gesetzt ist, ob der Oberpräsident sich den Ruf erworben hat, wegen Tendenzen und Meinungen Ungechtigkeiten zu begeben, das möge die Versammlung, das mögen namentlich die Mitglieder aus der Provinz Schlessien beurtheilen.

(Viele Stimmen: Nein!)

Was nun den zehnwöchentlichen Aufenthalt zwischen der Wahl und der Bestätigung anlangt, so muß ich bemerken, daß auch hieraus auf keine Tendenz geschlossen werden kann, weil erst sämtliche Wahlen vollendet sein müssen, ehe die Wahllisten an das Ministerium des Innern und von dort an die ständische Immediat-Kommission eingereicht werden, und mithin eine ungewöhnliche Verzögerung in keiner Weise stattgefunden hat.

— Meiner Ansicht nach, handelt es sich übrigens nicht darum, ob der Graf Reichenbach zur Zeit seiner Wahl bescholten war oder nicht, ob er jetzt bescholten ist oder nicht. Es handelt sich auch nicht darum, ob der Wahl-Kommissarius, indem er eine neue Wahl anordnete, in seinem Rechte war, oder nicht; sondern es handelt sich lediglich darum, wer von den beiden gewählten Personen rite und vollständig gewählt worden ist, und wer nicht. Hier liegt aber eine unvollständige Wahl vor, diejenige des Grafen Reichenbach, weil ihr die Bestätigung fehlt, und eine nach allen Formen vollständige und bestätigte Wahl, diejenige des Grafen Strachwitz; deshalb hat der Graf Strachwitz ein volles und wohlverdientes Recht, Mitglied dieser Versammlung zu sein, auch wenn der Oberpräsident seine Wahl mit Unrecht angeordnet hätte. Daher kann, meiner Ueberzeugung nach, in keinem Falle der Antrag gestellt werden, eine nicht vollständig gewählte Person statt der vollständig gewählten einzuberufen, sondern es könnte sich nur um eine Beschwerde wider den Wahl-Kommissarius handeln. Eine solche Beschwerde dürfte aber der hohen Versammlung nicht zustehen, da sich dieselbe mit allgemeinen Landes-Angelegenheiten, nicht mit Einzel-Beschwerden gegen Beamte, zu befassen hat.

(Nachdem noch 2 Redner gesprochen, wurde der Ruf nach Abstimmung und nach Vertagung der Debatte laut.)

Marschall: Ich frage nun, ob der Wunsch, die Debatte zu schließen, Unterstützung findet?

(Einige Stimmen: Heute oder überhaupt?)

(Die Mehrzahl unterstützt den Antrag.)

Jetzt will ich den Antrag zur Frage stellen: ob überhaupt die Debatte geschlossen, nicht ob sie vertagt werden solle? Diejenigen, welche wünschen, daß es zur Abstimmung komme, bitte ich aufstehen.

(Das Stimmverhältnis konnte nicht übersehen werden, weshalb der Marschall durch die Ordner die Stimmen zählen läßt.)

Das Resultat der Abstimmung ist folgendes: für den Schluß der Debatte sind 216 Stimmen, für die Fortsetzung derselben 262 Stimmen.

(Bravo!)

Da die Zeit zu weit vorgeückt ist, so schließe ich heut die Sitzung. In der morgenden Sitzung, die um 10 Uhr beginnt, wird zuvörderst die heutige Debatte fortgesetzt; dann sind an der Tages-Ordnung: die Gutachten über das Petitionsrecht, über die ständischen Wahlen in Beziehung auf die Dissidenten; dann folgt das Gutachten über die Ergänzung der Herren-Kurie und das Gutachten über das Schutzgeld.

(Schluß der Sitzung nach 4 Uhr.)

Sitzung der Kurie der drei Stände am 18. Mat.

Die Sitzung beginnt unter dem Vorsitz des Landtags-Marschalls von Kochow um 10 Uhr 20 Min.

Marschall: Der Herr Abgeordnete von Schenkendorf hat die Bitte, welche die Versammlung an Se.

Majestät den König in Beziehung auf den Nothstand richten will, abgefaßt. Ich bitte, den Entwurf vorzutragen.

Abgeordn. von Schenkendorf (liest vor *):

Marschall: Herr Referent von Katte hat ebenfalls den Entwurf des Bittschreibens, betreffend die Abänderung des Geschäfts-Reglements, abgefaßt; derselbe ist bereits durch die Abtheilung gegangen und dort genehmigt worden.

Referent von Katte: (liest den vorerwähnten Entwurf vor **).

(Es werden nun mehre kleine und unwesentliche Abänderungen vorgeschlagen und angenommen.)

Marschall: Wir werden jetzt in der gestern abgebrochenen Berathung fortfahren. Ich bitte den Herrn Referenten, seinen Platz einzunehmen.

Der Herr Abgeordnete Graf Renard hat das Wort verlangt.

Landtags-Kommissar: Ich muß mir erlauben, eine kurze Erklärung abzugeben. Ich habe nach der gestrigen Sitzung erfahren, daß mehrere Mitglieder der Versammlung Anstoß an meiner Aeußerung genommen haben, welche dahin ging, daß, wenn sich der Antrag auf eine Beschwerde gegen den Oberpräsidenten von Webell reduzieren sollte, diese kein Gegenstand der Verhandlung der hohen Versammlung sein werde. Ich habe bei dieser oder einer ähnlichen Aeußerung allerdings den § 13 des Gesetzes vom 3ten Februar im Auge gehabt, welche lautet:

„Dem vereinigten Landtage steht das Recht zu, Uns Bitten und Beschwerden vorzutragen, welche innere Angelegenheiten des ganzen Staates oder mehrerer Provinzen betreffen, wogegen Bitten und Beschwerden, welche allein das Interesse der einzelnen Provinzen betreffen, den Provinzial-Landtagen vorbehalten.“

Hieraus habe ich geschlossen, daß die Beschwerde gegen einen Beamten in einem einzelnen Falle, wegen einer Verfügung, die sich nicht auf das Ganze der Monarchie oder mehrere Provinzen bezieht, kein Gegenstand der Bitte oder Beschwerde der hohen Versammlung sein könne. Ich gebe aber gern zu, daß, wenn ein Prinzip durch eine solche singuläre Bitte oder Beschwerde belegt oder gleichsam erläutert werden soll, dann allerdings die Cognition der hohen Versammlung nicht ausgeschlossen ist; daß, wenn also in dem vorliegenden Falle Se. Majestät gebeten werden sollten, das Prinzip anzuerkennen, daß der Oberpräsident von Webell nicht befugt gewesen sei, die Wahl des Grafen von Reichenbach zu beanstanden, in formeller Beziehung nichts zu erinnern wäre. — Ich hoffe, daß der Gegenstand durch diese Erklärung seine Geledigung gefunden haben wird.

Abgeordn. Graf Renard: Ich nenne es eine persönliche Angelegenheit, wenn ich mir erlaube, zwei hier in der Versammlung Abwesende in ihrer Persönlichkeit zu vertreten. Es ist gestern von dieser Stelle ein Wort gefallen. Ich will es nicht ein Wort des Tadelns nennen, aber eine Ansicht, die leicht als Tadel gedeutet werden könnte über das Benehmen des Mannes, der hier an der Stelle des Grafen Reichenbach sitzt. Abgesehen von allen nicht hierher gehörigen Vorgängen bei der Wahl, wo es die persönliche Ehre, die Standesehre, dem geehrten Mitgliede gebot, die Wahl anzunehmen, halte ich mich bloß an die hierher gehörige Sache. Wenn jeder der hier Versammelten das große Opfer, seine Privat-Interessen, dem öffentlichen Wohle bringt, wenn eben deshalb, weil es ein Opfer ist, ich die Annahme der Wahl für eine Pflicht halte, wenn es unter uns Mitglieder giebt, von einer so regen Vaterlandsliebe begeistert, daß sie ihr eigenes Selbst in der Art opfern, daß sie die schwerste Pflicht, die eines Landtags-Marschalls, ohne Widerrede übernehmen, wenn ich dies Alles voraussetze, so kann ich das Benehmen eines Mannes nicht tadeln, der von seinen Kommittenten beinahe einstimmig gewählt, vom Könige berufen, durch sein Erscheinen ganz einfach seiner Pflicht Genüge leistet. Wenn ein Theil der geehrten Redner, die gestern von diesem Plaze aus gesprochen haben, das Benehmen des schlessischen Landtags-Kommissarius tadelten, daß er seine Pflicht, seine Befugniß überschritten habe, so glaube ich, müssen wir zwei Standpunkte verlassen, von denen die geehrten Redner ausgingen, und andere Standpunkte die zu Recht bestehen, einnehmen. Ein Theil der geehrten Redner schien mir von dem Standpunkt des Gesichts über die Bescholtenheit abzugehen, das letztlich unserer Berathung vorgelegen hat. Dieses Gesicht ist noch nicht zu Recht bestehend. Für den Landtags-Kommissar von Schlessien war bloß zu Recht bestehend das Gesicht, das ihm die Pflicht auflegte, die Wahlen zu prüfen. Die Prüfung dieser Wahlen ist in diesem Gesicht nicht an das Urtheil der Kreisstände geknüpft, sie ist seinem Ermessen überlassen. Wir müssen ferner den Standpunkt verlassen, den einige geehrte Redner angenommen haben, wenn sie sich hier als Wahlberechtigte, als Kreisstände

* Der Entwurf wird nachgeliefert werden.
** Der Entwurf wird nachgeliefert werden.

denken, wir müssen den Standpunkt einnehmen, den der Landtags-Kommissar als solcher einzunehmen hat. Dem Landtags-Kommissar lag ganz einfach das Faktum vor, daß das Oberlandesgericht von Schlesien der Ansicht war, es läge hier ein Fall des Hochverrats vor, da der Begriff dieses Wortes nicht scharf definiert ist, so war das Ober-Tribunal nicht dieser Ansicht. Hierauf hat das schlesische Oberlandesgericht eine Kriminal-Untersuchung wegen Majestätsbeleidigung...

Abgeordn. Milde: Das ist kein persönliches Faktum, das ist der Diskussion vorgegriffen.

Marshall: Allerdings muß ich bemerken, daß der Vortrag ein wenig über die Grenze einer bloß persönlichen Bemerkung hinausging.

Abgeordn. Graf Renard: Ich habe das Recht, die Tribüne zu betreten, gewiß noch nicht überflüssig in Anspruch genommen. Der erste Fall, von dem ich sprach, betraf die Persönlichkeit eines Abwesenden, der zweit, den ich hier in Berührung ziehe, ist die Persönlichkeit eines gleichfalls Abwesenden, sonst würde ich mir nicht erlauben haben, außer der Reihe die Tribüne zu betreten. Ich fahre fort. Ich bitte die Versammlung und jeden Einzelnen, sich ganz einfach auf den Standpunkt eines Landtags-Kommissars zu stellen. Muß dieser nicht eine solche Wahl für bedenklich halten? Ich kenne den Grafen Reichenbach nicht, ich habe ihn nie gesehen, ich würde, hätte ich der Kreisversammlung beigewohnt, ihn, so lange die Untersuchung kein Resultat gewährt hat, auch für unbescholten erklärt haben. Allein anders stellt sich meine Stellung heraus gegen die des Landtags-Kommissars. Wenn der Graf Reichenbach ein Ehrenmann ist, was ich hier auch nicht in Zweifel stellen will, und er wäre Landtags-Kommissar gewesen, so hätte er auch nicht anders handeln können, wie der Oberpräsident gehandelt hat. Ich bitte mir das Wort noch zu Ende...

Marshall: Der Herr Abgeordnete hat das Wort in einer gewissen Reihenfolge, und ich werde bitten, dann erst auf das Materielle der Sache einzugehen. Dabei will ich bemerken, daß, was den ersterwähnten Fall betrifft, der Herr Redner, der gestern darüber gesprochen hat, von mir erinnert worden ist, daß es nicht in der Ordnung sei, sich in Persönlichkeiten einzumischen. Derselbe hat dies anerkannt und hat zugleich erklärt, daß es durchaus nicht seine Absicht sei, durch das, was er gesagt habe, irgend eine Person anzugreifen. Ich glaube also, daß diese Sache erledigt ist.

Abgeordn. Graf Renard: Ich habe nichts gegen den geehrten Redner sagen wollen, ich wollte nur einer Mißdeutung vorbeugen.

Marshall: Um so mehr ist diese Sache erledigt, und ich werde nun die Redner nach der Reihenfolge aufrufen.

Abgeordn. Milde: Es scheint mir ein sehr gefährliches Präcedenz, wenn im Laufe der Debatte irgend ein Redner über ein persönliches Faktum das Wort erbittet und dann auf die Sache selbst eingeht und so eigentlich der Diskussion vorgeht.

Marshall: Das ist auch jetzt gerügt worden. Der Herr Redner hat das selbst eingesehen und ist abgetreten. Es wird nun die Reihenfolge beobachtet werden. Ich fordere zuerst den Herrn Abgeordneten Schneider auf.

Abgeordn. Schneider (aus Schönebeck in der Provinz Sachsen. Derselbe erklärt sich gegen das Gutachten der Abtheilung und stellt folgenden Antrag:

„Se. Majestät den König allerunterthänigst zu bitten, die subsidiarische Wahl des Grafen Eduard von Reichenbach zum Landtags-Abgeordneten für die Ritterschaft der Kreise Briesg, Oppeln, Kreuzburg und Falkenberg — weil sich gesetzlich gegen sie nichts erinnern läßt — aufrecht zu erhalten und den Grafen Eduard von Reichenbach — da die prinzipale Wahl die Allerhöchste Dispensation nicht erhalten — sofort zum vereinigten Landtage gnädigst einzuberufen, oder, falls die gegen den Grafen Eduard von Reichenbach eingeleitete Kriminal-Untersuchung dieserhalb Hindernisse in den Weg legen sollte, den Letzteren bis zur gerichtlichen Entscheidung durch seinen Stellvertreter, Landrath Hoffmann, vertreten zu lassen.“

(Abgeordn. Febr. von Wincke der nun den Rednerstuhl bestieg, erklärt in einer sehr ausführlichen und motivierten Rede, er sei der Ansicht, daß dem Oberpräsidenten weder die Kompetenz zuzustand, die vorliegende Frage zu entscheiden, noch daß er für den Fall, daß man diese Frage bejahen möchte, von dieser Kompetenz den rechten Gebrauch gemacht hat.)

Abgeordn. Milde: Ich werde mich überheben können, nach dem, was von beiden geehrten Rednern vor mir gesprochen und über den Gegenstand geäußert worden ist, darauf einzugehen und die Gründe nachzuweisen, um weshalb auch ich deren Meinung vollkommen theile, daß die gegenwärtige Lage der Gesetzgebung keinesweges einem Administrativ-Beamten, so hoch er auch stehe, das Recht zuzumist oder giebt, über die Bescholtenheit eines Mannes abzuurtheilen. Es ist in unserer ganzen Gesetzgebung vielmehr durchgehendes Grundgesetz geltend, daß eben nur die Standschaft über die Bescholtenheit eines Mannes zu urtheilen habe, und es ist sehr richtig von dem Redner, der vor dem Herrn Justizminister gesprochen hat, hervorgehoben worden, daß

die Bestätigung bei und für die Wahl der Landtags-Abgeordneten dieselben zu solchen nicht erst mache, sondern daß die Bestätigung einfach einer Prüfung gleich zu achten ist, in welcher allein festgestellt wird, ob der Gewählte die gesetzlichen Erfordernisse in sich vereine, jedoch mit Ausschluß der Frage über den bescholtenen Ruf, welcher, wie ich glaube, allein von den Standesgenossen festzustellen ist. Auf den speziellen Fall eingehend, werde ich einige Aeußerungen machen müssen, die unangenehm berühren, die aber zur Kenntniß der Sache mir allerdings nöthig erscheinen. Nach meiner innigsten Ueberzeugung würde das Gutachten der dritten Abtheilung ganz anders ausgefallen sein, wenn statt eines Promemoria die gesammten Akten vorgelesen hätten, denn es würde sich daraus hervorgegestellt haben, daß sich der Graf Reichenbach mehr oder weniger in diesem ganz speziellen Falle — ich lege darauf eine besondere Betonung, — in diesem ganz speziellen Falle als ein Opfer seiner politischen Ueberzeugung zu betrachten hat. Bei der letzten Anwesenheit Sr. Majestät des Königs in unserer Provinz hat man den Grafen Reichenbach aus der Nähe Sr. Majestät entfernt zu halten gewünscht, ob auf legale oder illegale Art, will ich nicht untersuchen. Der Graf Reichenbach ist wegen seiner politischen Ueberzeugung in manchen Kreisen der Gesellschaft seiner Standesgenossen nicht beliebt, und zwar weil er nicht mit den politischen Ansichten der Majorität dieser Kreise übereinstimmt; er ist dort eine persona ingrata; aber gerade darum um so mehr hätte dies ein Argument sein sollen, daß man gegen ihn die größte Gerechtigkeit und Unparteilichkeit hätte walten lassen müssen, und ich muß zu meinem Bedauern bekennen, daß, wenn in dieser Art eine politische Ueberzeugung, irgend welcher Art sie auch sei, nach welcher Seite sie auch hinneige, die Möglichkeit gäbe, daß Jemand in seinen Rechten oder in Ausübung seiner ständischen Rechte könnte verhindert werden, ich dies tief bedauere, ja alles Erstes gegen solches Verfahren protestieren muß. Ich lege keinen Werth darauf, daß gestirnt von dieser Stelle behauptet worden ist, daß, da die Wählerschaft die zweite Wahl vorgenommen hat, sie auch zu erkennen gegeben habe, wie sie mit den Maßnahmen der Regierung in Bezug auf den Grafen von Reichenbach vollkommen einverstanden wäre, und zwar um so mehr, als von der Minorität ein Protest gegen diese zweite Wahl-Behandlung locirt worden ist. Ich muß bemerken, daß, wenn eine politische Richtung und deren laute Bekennung schon Anlaß geben kann, eine Untersuchung einzuleiten, und zwar, weil diese oder jene Aeußerung, dieser oder jener Aufsatz, welcher abgedruckt ist, dieses oder jenes Buch, welches bei einem solchen gefunden, eine Basis geben könnte, ihn für bescholten momentan zu erklären und in der Ausübung seiner ständischen Rechte zu verhindern, ein solcher Zustand der Dinge allerdings höchst gefährlich wäre, weil es dann überhaupt vorkommen könnte, daß eine, zwei oder drei Wahlen über denselben Abgeordneten erfolgen könnten, bis daß eine persona grata gefunden wäre. In dem Augenblick, als die erste Wahl vollzogen wurde, war der Graf von Reichenbach ein ganz unbescholtenen Mann, selbst auch nach den Begriffen derer, die da glauben, daß eine eingeleitete Untersuchung schon für bescholten erkläre. Als die Wahl vorgenommen wurde, war nämlich noch keine Untersuchung gegen ihn eingeleitet. Erst 8 bis 10 Wochen nachher geschah dies und zwar, wie ich mir zu bemerken erlaube, auf die Aussage eines Denunzianten, der ihm, dem Grafen von Reichenbach, bona fide im freundlichen Verkehr ein Buch abgedorgt hatte, was derselbe 2 oder 3 Stunden vorher in einem Couvert per Post zugesandt erhalten, und welches noch nicht aufgeschritten war. Ich frage Sie, meine Herren, wenn Jemand ein ungeöffnetes Buch bekommt, von welchem er eben nur den Titel gesehen, und es kommt Jemand zu ihm und fragt, ob er nicht von einem solchen Buche gehört, und er antwortet, ja, mit ist es gekommen, und giebt es ihm, ich frage einen Jeden, ob nicht ein derartiger Fall sehr leicht Jedem von uns geschehen kann, und dafür seine ständischen Rechte sifftet zu sehen, ist hart, ja mehr als hart. So ist mir die Lage dieser Angelegenheit hinterbracht, und so sehe ich mich verpflichtet, sie hier darzulegen. — Wenn es demnach überhaupt richtig ist, und ich glaube, es wird Niemand mich zu widerlegen vermögen, daß Jemand um seiner politischen Meinung willen, wie im vorliegenden Falle, sozial und politisch bedrängt werden, aber auch ferner bis zu einem gewissen Grade seiner Standschaft verlustig gehen kann, so ist es hier wichtig, ja unerlässlich, daß die bestehende Gesetzgebung in vollständiger Gültigkeit aufrecht erhalten werde, und daß die Versammlung verlange, so lange kein anderes Gesetz über Bescholtenheit oder Definition des guten Rufes besteht, daß das bestehende erhalten werde, also daß die Bescholtenheit nicht früher ausgesprochen werden kann, als bis ein rechtskräftiges Urtheil erfolgt oder die Standschaft die Bescholtenheit erklärt hat. Ich trete deshalb dem Amendement bei, und ich glaube, daß, indem wir Se. Majestät bitten, die erfolgte Wahl des Grafen von Reichenbach als gültig anzuerkennen, wir namentlich hervorheben, daß wir nicht mehr als das Gesetz, aber das Gesetz wahr haben wollen.

Landtags-Kommissar: Der verehrte Redner hat zuerst eine Beschwerde geführt, daß der Abtheilung die Akten nicht vollständig vorgelegt wären, sondern nur ein Promemoria. Ich kann versichern, daß dieses Promemoria Alles enthält, was aus den Ministerial-Akten zur Sache wesentlich Gehörendes zu entnehmen war. Auf die Akten des Ober-Präsidenten ist nicht zurückgegangen und das Verlangen auch nicht darauf gestellt worden. Ich glaube aber schwerlich, daß man in diesen Akten das Anerkennniß finden würde, daß der Ober-Präsident den Grafen von Reichenbach wegen politischer Tendenz aus geschlossen habe. Ein zweiter Angriff, der gegen das Gouvernement gemacht wurde, lautete dahin, daß der Graf von Reichenbach bei der letzten Anwesenheit Sr. Majestät des Königs in Schlesien von der Allerhöchsten Person durch gewisse Mittel entfernt sei, ob gesetzlich oder ungesetzlich, ließ der geehrte Redner dahingestellt. Ich fordere denselben auf, die Mittel zu nennen.

Abgeordn. Milde: Da ich nur weiß, daß dem Grafen von Reichenbach mittel- oder unmittelbar durch den Präsidenten des Regierungs-Bezirks Oppeln infirmirt worden ist, daß er sich entfernt zu halten habe von einem Feste, welches zur Feier der Anwesenheit Sr. Majestät veranstaltet wurde, und daß der Graf dieses ausgesprochen hatte, tade ich selbst gehört, und ich protestire auf einen Brief, den der Graf von Reichenbach in jener Zeit an Se. Majestät oder an den Herrn Minister geschrieben hat.

Landtags-Kommissar: Ich weiß kaum, was ich hierauf erwidern soll. Ist das Fest von Sr. Majestät dem Könige gegeben worden, so versteht es sich von selbst, daß Allerhöchstdieselben dazu die Gäste einladen mußten; gab Jemand anders ein Fest, so konnte es nur ihm zuziehen, seine Gäste auszuwählen. Ein illegales Mittel, den Grafen von Reichenbach von der Person Sr. Majestät zu entfernen, kann darin aber gewiß nicht gefunden werden. Außerdem aber habe ich noch, was die Bestätigung der Wahl betrifft, etwas zu bemerken. Es ist von zwei Rednern behauptet worden, daß die Wahl perfekt gewesen sei und keine Bestätigung bedarf habe. Dieserhalb muß ich mich zum zweitenmale auf eine authentische Interpretation beziehen, welche Se. Majestät der König in dem Landtags-Abschiede für die Provinz Westfalen zu geben geruht haben. Darin heißt es: „Wenn aber Unsere getreuen Stände ferner beantragen, daß künftig eine Bestätigung der Wahlen nicht mehr stattfinden möge, so machen Wir denselben bemerkt, daß nach § 28 des Gesetzes vom 27. März 1824 der Landtags-Kommissarius zu prüfen hat, ob die Wahlen in der Form und nach den Eigenschaften der Abgeordneten der Vorschrift gemäß geschehen sind, die vorgeschriebene Prüfung aber das Recht der Verwerfung oder Anerkennung einschließt, und lediglich unserer Entscheidung vorbehalten bleiben muß, ob Wir dieses Recht selbst ausüben oder anderweitig delegiren wollen.“ Der Regel nach haben Se. Majestät der König dieses Recht auf die ständische Provinzial-Kommission delegirt, wie wir dies hier mehrfach vernommen haben. In dem vorliegenden Falle aber haben Allerhöchstselben die Entscheidung treffen müssen, weil es sich darum handelte, ob die Wahl des Bruders des Grafen, bei welchem der 10-jährige Witt nicht nachgewiesen werden konnte, im Wege der Dispensation zu bestätigen sei. Se. Majestät der König haben diese Bestätigung nicht ertheilt und bei dieser Veranlassung den in subsidio rite gewählten Grafen von Strachwitz bestätigt. Demnach beharre ich dabei, daß hier eine vollständige und eine nicht vollständige Wahl in Frage steht; der einen fehlt die Bestätigung, sie ist daher unvollständig; die andere Wahl des Grafen von Strachwitz ist durch die Bestätigung perfekt und rechtsbeständig. Deshalb komme ich auf meine gestrigen Bemerkungen zurück, daß die Versammlung davon abstrahiren möge, ob der Graf von Reichenbach bescholten sei oder nicht; ich meinerseits erkenne gern an, daß ihn durch die Einleitung der Kriminaluntersuchung noch nicht für bescholten halte, — ich bitte aber nochmals, von dieser Untersuchung zurückzukommen, weil es sich davon hier nicht handelt, sondern davon, welche Wahl die rechtsbeständige sei, weil nur diese aufrecht erhalten werden kann.

Abgeordn. Milde: Nur ein Wort habe ich darauf zu antworten, was der Herr Landtags-Kommissar vorhin zu sagen beliebte. Es kann sich nicht davon handeln, daß der Graf von Reichenbach nicht zu einem Feste eingeladen worden ist, welches Se. Majestät der König gegeben hat, sondern es ist von einer einfachen Präsentation der Stände bei Sr. Majestät dem Könige oder einem Feste, welches die Stände zu Ehren der Anwesenheit des Landesherrn veranstaltet hatten, die Rede, und von dieser Präsentation oder Feste ist derselbe zurückgehalten worden, und hat sich, wie ich selbst gehört, der Graf von Reichenbach darüber beschwerend an Se. Majestät den König gewendet.

Eine Stimme: Nur eine Bemerkung will ich mir erlauben...

(Fortsetzung in der fünften Beilage.)

Marshall (unterbrechend): Soll diese Bemerkung eine persönliche sein, dann kann ich das Wort gestatten, wo nicht, so muß ich es der Reihe nach geben.

Abgeord. Frh. von Vincke: Ich bitte ums Wort zur Berichtigung eines persönlichen Faktums. Das, was der Landtags-Kommissar über die Bestätigung der Wahlen gesagt hat, ist ganz genau dasselbe, was ich auch gesagt habe.

Abgeordn. Graf von Schwerin: Meine Herren, ich würde mir nicht erlauben, in dieser, wie es mir scheint, sehr einfachen Sache noch das Wort zu nehmen, wenn ich nicht gläubte, daß, nachdem zwei beredte Redner gegen das Abtheilungs-Gutachten gesprochen haben, es wünschenswerth sein könnte, auch noch etwas für dasselbe anzuführen. Der verehrte Abgeordnete von Westfalen hat auch heute, wie immer, mit beredten Worten seine Meinung dargelegt. Ich muß aber gestehen, daß dieselben für mich heute wenig Ueberzeugendes gehabt haben. Ich kann ihm nicht im Einzelnen folgen, ich glaube indessen, es wird auch genügen, kurz auf die Sache einzugehen und meine Meinung darzulegen; in dieser wird sich die gegenüberstehende Ansicht erkennen lassen. Wie der Herr Kommissar bereits gestern hervorgehoben hat, handelt es sich in diesem Augenblick um zwei Punkte; der eine ist der, ob die Wahl des jetzigen Abgeordneten von Strachwitz rite vollzogen sei, woraus folgen würde, daß die Einberufung des Grafen von Reichenbach nicht erfolgen könnte. Was diesen Punkt betrifft, so kann es wenig zweifelhaft sein, daß, wenn auch der Oberpräsident als Wahl-Kommissarius gefehlt haben sollte, indem er die Wahl des Grafen Reichenbach für nicht rite vollzogen erachtete, dies Verfahren vollständig ausgeglichen worden durch den Akt der neuen Wahl, die Wahl-Versammlung hat dadurch anerkannt, daß das, was der Oberpräsident von Wedell verfügt, richtig und die neue Wahl nothwendig sei, sie hat die Wahl statifinden lassen und nachdem sie stattgefunden, ist sie geprüft und anerkannt worden, und es kann daher nicht der geringste Zweifel mehr darüber obwalten, daß in diesem Augenblicke der Herr Graf von Strachwitz Abgeordneter sei, und er muß nunmehr für diese Wahlperiode es bleiben, es erledigt sich also danach die verlangte Einberufung des Grafen von Reichenbach von selbst. Der andere Punkt ist die Beschwerde gegen den Ober-Präsidenten von Wedell. Bei dieser würde es darauf ankommen, ihm nachzuweisen, daß er sich in dieser Angelegenheit nicht innerhalb der Grenzen des Gesetzes gehalten habe, und da bitte ich doch zunächst zu erwägen, es kann eine solche Beschwerde nicht angebracht werden, wenn

es nur zweifelhaft ist, ob der Ober-Präsident von Wedell sich innerhalb des Gesetzes gehalten, sondern nur dann, wenn es ganz unzweifelhaft ist, daß er es nicht gethan hat. Es handelt sich darum, den Antrag zu stellen, einen Beamten wegen Pflichtverletzung zur Verantwortung zu ziehen, und es ist also eine sehr wichtige Sache, die nicht genau genug von uns erwogen werden kann. Weil ich mich danach für verpflichtet halte, die Sache genau zu prüfen, so bin ich die Gesetze durchgegangen und habe zu keinem andern Ueberzeugung kommen können, als zu der, daß der Ober-Präsident sich innerhalb der Grenzen des bestehenden Gesetzes bewegt habe, und ich glaube dies ausdrücklich anführen zu müssen, weil dies in den verschiedenen Erörterungen, die wir namentlich gestern gehört haben, in Abrede gestellt wurde. Es ist doch zu scheiden, was man grundsätzlich richtig halten möchte, und was man daher bei Gelegenheit der Gesetzgebung wünschen möchte, und was das bestehende Gesetz ist. Dies ist aber ganz einfach in dem ständischen Gesetz für Schlesien im § 29 enthalten; es heißt: Die geschehene Wahl der Wähler und Abgeordneten aber dem Landtags-Kommissarius, mit Einsendung der Wahl-Protokolle, anzuzeigen. Letzterer hat zu prüfen, ob solche in der Form und nach den Eigenschaften der Abgeordneten, der Vorschrift gemäß, geschehen sind. Nur wenn er in dieser Beziehung Mangel findet, ist er berechtigt, eine andere Wahl zu erfordern.

Es ist also in die Beurtheilung und Prüfung des Ober-Präsidenten gestellt, ob er die Eigenschaften als vorhanden annehmen will oder nicht. Es ist von dem Redner aus der Provinz Westfalen ein Unterschied darin gemacht worden, ob dieser Mangel bereits stattgefunden habe bei dem Wahl-Akte selbst, und es war Werth darauf gelegt, daß er es nicht gewesen, sondern erst später zur Kenntniß des Ober-Präsidenten gekommen ist, daß die Untersuchung eingeleitet sei. Ich glaube aber, dies ist von keinem Effect, bin vielmehr der Meinung, daß es ganz gleichgültig, ob dieser Mangel, den der Ober-Präsident erkannte, bereits da war beim Wahlakte oder eintrat während der Zeit, als sich die Wahlakten bei ihm zur Prüfung befanden. Ich kann also nicht anders urtheilen, als daß der Ober-Präsident die Befugniß hatte, darüber zu entscheiden, ob der Gewählte als Kandidat zulässig wäre oder nicht. Der Ober-Präsident hat diese Entscheidung gefällt, er hatte das Recht, diese nach seinem subjektiven Urtheil über das Vorhandensein der Wahl-Qualifikation zu fällen, und es kann ihm gesetzlich kein Vorwurf da-

rüber gemacht werden, daß er es gethan. Aber der Sache nach konnte er es nicht anders fällen, denn es wurde ihm zur Kenntniß gebracht, daß gegen den Grafen von Reichenbach von einem kompetenten Gerichte eine Kriminal-Untersuchung wegen Majestäts-Beleidigung eingeleitet, auf das der Verlust der National-Kolarde gesetzt ist. Daß eine solche Untersuchung eingeleitet werden konnte für eine solche That, muß hier außer Beachtung bleiben, darauf kann es nicht ankommen. Ich will diesen Punkt nicht weiter berühren, sondern nur sagen, daß sich das zu allen Zeiten finden wird, daß in einzelnen Punkten die Sitte nicht ganz mit dem Gesetze im Einklange sein wird. Daß in Bezug auf die Gesetze wegen der verbotenen Schritten und auf die Definition des Verbrechens der Majestäts-Beleidigung dies jetzt nicht ganz mehr der Fall ist, wird man zwar wohl nicht bestreiten wollen, aber doch zu geben müssen, daß es auf den vorliegenden Fall von keinem Einfluß sei. Die Kriminal-Untersuchung war eingeleitet, also vollständige Ursache, dem Abgeordneten, der gewählt worden war, der aber noch keine Bestätigung der Wahl hatte und daher nur Kandidat war, die Qualifikation als solcher abzuspochen. Ich komme jetzt auf den Punkt, ob der Oberpräsident von Wedell recht gethan habe, daß er, nachdem er den Grafen von Reichenbach für den Augenblick nicht für qualifizirt erachtete, nicht den Stellvertreter einberief, sondern eine neue Wahl veranlaßte, den Punkt, der auch im Gutachten erwähnt und den bereits mehrere Redner hervorgehoben haben. In dieser Beziehung deduzire ich nun: wenn ein Abgeordneter da ist und verhindert ist, zu erscheinen, tritt für ihn der Stellvertreter ein; dies war aber hier nicht der Fall. Es gehören bei uns zwei Akte dazu, einen Abgeordneten zu machen, die Wahl und die Anerkennung der Behörden, daß alle Wahlbedingungen vorhanden. Das Letztere war nicht der Fall, also kein zu vertretender Abgeordneter, sondern ein nicht qualifizirter Kandidat vorhanden, und somit war der Oberpräsident ganz in seinem Rechte, daß er nicht den Stellvertreter des Grafen von Reichenbach einberief, wenigstens war für ihn keine Verpflichtung vorhanden, anders zu handeln, vielmehr halte ich es ganz vollständig in der Ordnung, daß der Oberpräsident eine neue Wahl angeordnet hat. Es ist daher überall kein Grund der Beschwerde. (Schluß folgt.)

(Schluß folgt.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Nimbs.

Tägliche Züge der Oberschl. Eisenbahn vom 1. Mai ab.

A. Personen-Züge.

Abfahrt von Myslowitz Morg. 8 u. 15 M. Ankunft in Breslau Nachm. 3 u. — M.
Abfahrt von Breslau Mittags 12 u. 15 M. Ankunft in Myslowitz Abends 7 u. 2 M.

B. Güter-Züge.

Abfahrt von Breslau Morg. 7 u. 30 M. Ankunft in Myslowitz Nachm. 4 u. — M.
Abfahrt von Myslowitz Mitt. 12 u. 40 M. Ankunft in Breslau Abends 8 u. 47 M.
Abfahrt von Breslau Nachm. 5 u. 35 M. Ankunft in Oppeln Abends 8 u. 50 M.
Abfahrt von Oppeln Morg. 6 u. 5 M. Ankunft in Myslowitz Vorm. 11 u. — M.
Abfahrt von Myslowitz Nachm. 5 u. 45 M. Ankunft in Gleiwitz Abends 7 u. 15 M.
Abfahrt von Gleiwitz Morg. 5 u. — M. Ankunft in Breslau Vorm. 10 u. 30 M.

Tägliche Züge der Niederschl.-Märk. Eisenbahn vom 1. Mai ab.

Personen-Züge.

Abfahrt von Berlin Morg. 7 u. — M. Ankunft in Breslau Abds. 8 u. 19 Min.
Abfahrt von Berlin Abends 10 u. 45 M. Ankunft in Breslau Vorm. 11 u. 14 Min.
Abfahrt von Breslau Morg. 7 u. — M. Ankunft in Berlin Abds. 7 u. 33 Min.
Abfahrt von Breslau Nachm. 4 u. — M. Ankunft in Berlin Morg. 5 u. — Min.
Abfahrt von Berlin Abds. 6 u. — M. Ankunft in Frankfurt Abds. 8 u. 35 Min.
Abfahrt von Frankfurt Morg. 7 u. 15 M. Ankunft in Berlin Morg. 9 u. 50 Min.
Abfahrt von Koblifurt Mgs. 6 u. 38 M. Ankunft in Görlitz Mgs. 7 u. 30 Min.
Abfahrt von Koblifurt Vorm. 11 u. 37 M. Ankunft in Görlitz Mitt. 12 u. 29 Min.
Abfahrt von Koblifurt Nachm. 2 u. 53 M. Ankunft in Görlitz Nachm. 3 u. 45 Min.
Abfahrt von Koblifurt Abends 8 u. 15 M. Ankunft in Görlitz Abds. 9 u. 37 Min.
Abfahrt von Görlitz Morgs. 5 u. 45 M. Ankunft in Koblifurt Mgs. 6 u. 7 Min.
Abfahrt von Görlitz Vorm. 10 u. 22 M. Ankunft in Koblifurt Vorm. 11 u. 14 Min.
Abfahrt von Görlitz Nachm. 1 u. 38 M. Ankunft in Koblifurt Nachm. 2 u. 30 Min.
Abfahrt von Görlitz Abends 7 u. 15 M. Ankunft in Koblifurt Abds. 8 u. 7 Min.

Tägliche Züge der Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn vom 1sten Mai ab.

von Breslau Morgens 6 u. — Nachm. 2 Uhr — Abends 5 Uhr 30 Min.
" Schweidnitz " 6 " 15 M. — " 1 " 10 Min. — " 7 " 40 "
" Freiburg " 6 " 18 " — " 1 " 15 " — " 7 " 45 "
" Schweidnitz zum Anschluß nach Freiburg Abends 6 Uhr 40 Minuten.

Im Verlage von Graf, Barth und Comp. in Breslau und Oppeln ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen, in Brieg durch J. F. Ziegler:

Neuere Geschichte der Deutschen von der Reformation bis zur Bundesakte von Karl Adolf Menzel,

Königl. preussischem Consistorial- und Schulrath. Zwölfter Band. Erste Abtheilung. Die Zeit Friedrichs II. und Josephs II. 8. 2 Rthl. 15 Sgr.

Im Verlage von Graf, Barth u. Comp. in Breslau u. Oppeln ist erschienen, und durch alle Buchhandlungen zu beziehen, in Brieg durch J. F. Ziegler:

Die Pyrenäen.

Von

Eugen Baron Baerst.

2 Bände. 8. Geh. 4 Rthl.

Inhalt: Zueignung. Quellen. Reise nach Marseille. Die Provence. Catalonien. Geschichte von Roussillon. Pau. Die Pyrenäen. Geschichte von Bearn. Spanien. Die baskischen Provinzen. Die Karlisten. Reise zu den Karlisten. Aufenthalt bei denselben. Heimkehr.

Im Verlage von Graf, Barth u. Comp. in Breslau und Oppeln ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben, in Brieg bei Ziegler:

Kurze Anleitung

zum künstlichen Holz-Anbau

von Julius v. Pannewitz, Königl. preuss. Oberforstmeister.

Zweite vermehrte Auflage, nebst Anhang, enthaltend die Vergleichung der verschiedenen Maße, Gewichte und Münzen mit den preussischen.

8. Geh. 12 Sgr.

Im Verlage von Graf, Barth und Comp. in Breslau und Oppeln ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen, in Brieg durch J. F. Ziegler:

L u t h e r.

Tragödie von Hans Köster. Erster Theil.

8. broch. 22 1/2 Sgr.

Vorschriftsmäßig — (nach der Verordnung vom 15. Februar 1811 und dem Publikandum vom 13. März 1813) — angefertigte

Mühlenwaage-Tabellen,

das Exemplar zu 3 Bogen — 6 Sgr.,

sind vorrätzig zu haben in der Stadt- und Universitäts-Buchdruckerei von

Graf, Barth und Comp.,

Breslau.

Herrenstraße Nr. 20.

Im Verlage von **Graf, Barth Comp.** in **Breslau** und **Oppeln** ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen, in **Brieg** durch **J. F. Ziegler:**

Berghaus, Grundriß der Geographie. 8. Cart. 5 Rthl. 20 Sgr.

Bornmann, Confirmations-Scheine. 1. Sammlung. 7 1/2 Sgr.

Bräuer, Auszüge aus dem Zeichenenunterricht von Hippus. Nebst 4 Tafeln in Steindruck. 8. Geh. 15 Sgr.

Bräuer, Gutachten über das Erheben der schrägen Schrift zur Schulvorschrift nebst 8 Tafeln Vorschriften zum Schreibenlernen in der Volksschule. 7 1/2 Sgr.

Fülle, Lehrbuch der Stereometrie für die obern Klassen der Gymnasien und Realschulen. 8. 15 Sgr.

Fülle, Auszug aus dem Lehrbuch der Stereometrie. 8. 10 Sgr.

Gravenhorst, Vergleichende Zoologie, nebst 12 tabell. Uebersichten. 8. 3 Rthl.

Gravenhorst, Naturgeschichte der Infusionsthiere nach Ehrenbergs großem Werke über diese Thiere, in einer gedrängten vergleichenden Uebersicht dargestellt. (Ein Supplement zur vergleichenden Zoologie.) 8. 10 Sgr.

Gravenhorst, das Thierreich nach den Verwandtschaften und Uebergängen in den Klassen und Ordnungen desselben dargestellt. Mit 12 lithograph. Tafeln. 8. Geh. 1 Rthl. 7 1/2 Sgr.

Hänel, freundliche Stimmen an Kinderherzen, oder Erweckung zur Gottseligkeit für das zarteste Alter, in Erzählungen, Liedern und Bibelsprüchen. 8. Geh. 17 1/2 Sgr.

Hanke, Chlorzink als Heilmittel gegen Syphilis, chronische Grantheme und Ulcerationen. 8. 1 Rthl. 10 Sgr.

Herzog, der katholische Seelsorger nach seinen Amtsverpflichtungen und Amtsverrichtungen. Mit besonderer Bezugnahme und Rücksicht auf die Geseze des königl. preuß. Staats. Mit hoher Approbation des hochwürdigsten Bischofs von Culm. 3 Theile. 8. 4 Rthl. 15 Sgr.

Hoffmann, Verhältniß des preuß. Gewichts und Maaßes zu dem Breslauer oder Schlesienschen, sowie das Verhältniß des Breslauer, Amsterdamer, Haraburger, Kopenhagener, Londoner, Petersburger, Wiener und Leipziger Gewichts und Maaßes zu dem preuß. Gewicht und Maaße. In 10 ausführlichen Vergleichungs-Tafeln. 8. Geh. 10 Sgr.

Jungmann, die orientalische Blumen- und Frucht-Malerei, oder deutliche Anweisung, binnen wenigen Stunden diese Art der Malerei vollkommen zu erlernen. Nebst einer Farbentabelle zum Gebrauche für die noch Ungeübten in dieser Kunst. 8. Geh. 15 Sgr.

Knie, alphabetisch-topographisch-statistische Uebersicht aller Orte der Provinz Schlesiens. Gr. 8. Cart. 3 Rthl. 20 Sgr.

Knüttel, die Dichtkunst und ihre Gattungen. Ihrem Wesen nach dargestellt und durch eine nach den Dichtungsarten geordnete Muster-Sammlung erläutert. 4. Cart. 1 Rthl. 10 Sgr.

Köster, Ulrich von Hutten. Ein historisches Trauerspiel. 8. Geh. 22 1/2 Sgr.

Köster, Luther. 1r. Theil. Tragödie. 8. Geh. 22 1/2 Sgr.

Kudraß, R. J., Religiöse Dichtungen. 8. Geh. 1 Rthl. 10 Sgr.

Kudraß, A., Verhältnisse des preussischen Gewichts zu dem Zollvereinsgewicht, und des Letzteren, sowie die Verhältnisse des Amsterdamer, des Belgischen und Französischen, des Hamburger, des Kopenhager, des Leipziger, des Londoner, des Petersburger und des Wiener Gewichts zu dem Zollvereinsgewicht. In 10 Vergleichungstafeln. 8. Geh. 7 1/2 Sgr.

Löschke, merkwürdige Begebenheiten aus der schlesischen und brandenburgisch-preussischen Geschichte. 8. 7 1/2 Sgr.

Löschke, Erzählungen aus der Geschichte alter und neuer Zeit, mit besonderer Berücksichtigung Deutschlands und der christlichen Kirche. 8. 12 1/2 Sgr.

Löschke, die religiöse Bildung der Jugend und der sittliche Zustand der Schulen im 16ten Jahrhundert. Gr. 8. 1 Rthl.

Menzel, neuere Geschichte der Deutschen von der Reformation bis zur Bundesakte. 1—11r. Band. 8. 26 Rthl.

Morgenbesser, biblische Geschichten aus dem alten und neuen Testamente, mit nützlichen Lehren begleitet, besonders für Bürger- und Landschulen. 8. 6 Sgr.

Morgenbesser, Aufgaben zur Erlernung und Uebung der im bürgerlichen Leben vorkommenden Rechnungsarten. 1—3s. Heft. 8. à 6 Sgr. Auflösung der Rechenrempel hierzu. 1—3s. Heft. 8. à 3 Sgr.

Nees von Eienbeck, Naturgeschichte der europäischen Lebermoose, mit besonderer Beziehung auf Schlesien und die Dertlichkeiten des Riesengebirges. 3ter und 4ter Band. 8. à 2 Rthl.

Ordnung für sämtliche Städte der königl. preuß. Monarchie. d. d. Königsberg den 19. Novbr. 1808. Nebst den durch die Allerhöchste Kabinetts-Ordre vom 4. Juli 1832 bestätigten nachträglich ergänzenden und erläuternden Bestimmungen. 8. Geh. 6 Sgr.

v. Pannewitz, Anleitung zur Anlage lebendiger Hecken oder Grün-Zäune. 8. G. h. 7 1/2 Sgr.

v. Pannewitz, kurze Anleitung zum künstlichen Holzanbau. Gr. 8. Geh. 12 Sgr.

Prudlo, Bergausichten, oder was sieht man von den verschiedenen Bergen des schlesischen und Gläzer Gebirges? Ein Handbuch für Freunde schöner Ausichten, namentlich für Reisende, Badegäste und für angehende Pflanzensucher. 8. Geh. 15 Sgr.

Prudlo, die vorhandenen Höhenmessungen in Schlesien beider Antheile, der Grafschaft Glog, der preussischen Lausitz und den Angrenzungen, vorzüglich in den gebirgigen Theilen. 8. 20 Sgr.

Ruppricht, Dr., Von der Natur und Gesundheitspflege des Weibes in körperlicher und geistiger Beziehung als Mädchen, Jungfrau und Frau. 8. Geh. 27 1/2 Sgr.

Ruppricht, Dr., Anweisung für das weibliche Geschlecht zur Pflege der Schönheit und zur Abhülfe mehrerer Schönheitsmängel. 8. Geh. 1 Rthl.

Schnabel, Erstes Buch für Kinder, oder Uebungen im Lesen, Sprechen und Denken. Nebst einigen Uebungsblättern zum Schreiben, zur Beschäftigung der Kinder außer den Schulstunden. 8. 3 Sgr.

Schnabel Zweites Buch für Kinder, oder Lese-Uebungen zur Bildung des sittlichen Gefühls, zur Uebung der Denk- und Urtheilskraft. 8. 8 Sgr.

Schneider, Karte von Schlesien. 4 Blatt. 6 Rthl.

Scholz, Systematische Uebersicht des Thierreichs. 8. Geh. 5 Sgr.

Scholz, Das Wissenswürdige aus der Mineralogie für die Volksschulen Schlesiens. 8. 5 Sgr.

Scholz, Das Wissenswürdige aus der Thierkunde für Volksschulen. 1s. Bbchn. 8. 12 1/2 Sgr.

Stolá-Tax-Ordnung für sämtliche evangelische Kirchen des städtischen Patronats zu Breslau. 4. Geh. 7 1/2 Sgr.

Tagmann, Berechnung der Zinsen zu 2, 2 1/2, 3, 3 1/2, 4, 4 1/2 und 5 Rthl. vom Hundert jährlich von 5 Silbergroschen bis 100,000 Rthl. auf 1 Jahr, Halbjahr, Vierteljahr, einen Monat und einen Tag. 4. Geh. 12 1/2 Sgr.

Thiemann, Vorübungen zur Erlernung der französischen Sprache für Anfänger. 8. 7 1/2 Sgr.

Ulrich, Auflösungen der Aufgaben für's Tafelrechnen. 8. 2 Sgr.

Verhandlungen des schlesischen Forstvereins 1841. 8. Geh. 20 Sgr., 1842. 8. Geh. 25 Sgr., 1843. 8. Geh. 25 Sgr., 1844. 8. Geh. 25 Sgr., 1846. 8. Geh. 25 Sgr. — Bericht der 9ten Versammlung deutscher Land- u. Forstwirthe. Enthaltend die Verhandl. von 1845. 8. Geh. 2 Rthl.

Vogt, die preussischen Bau- und Feuer-Polizei-Geseze. 8. Geh. 10 Sgr.

Wachler, Lehrbuch der Geschichte zum Gebrauche in höhern Unterrichtsanstalten. 8. 1 Rthl. 15 Sgr.

Wedell v., Leitfaden für den Selbstunterricht eines Unteroffiziers in den Elementarwissenschaften, sowie zum Gebrauche für Bataillons- und Regimentschulen der preuß. Armee. 8. Geh. 12 1/2 Sgr.

Druck und Verlag von **Graf, Barth u. Comp.**

Extra-Blatt zur Breslauer Zeitung.

Dinstag, den 25. Mai 1847.

Landtags-Angelegenheiten.

Sitzung der Kurie der drei Stände
am 18. Mai.
(Schluß.)

Abgeordn. Hansemann: Meine Herren! Über den Rechtspunkt in der vorliegenden Frage ist von mehreren Seiten, insbesondere mit besonderem Scharfsinn von dem geehrten Abgeordneten der Provinz Westfalen, so Manches angeführt, daß ich mich enthalte, darüber etwas Weiteres zu sagen. Für mich steht es fest, daß das Gesetz nicht hat sagen wollen, der Oberpräsident könne eine Thatsache, die nicht ermittelt ist, nach seinem eigenen Ermessen feststellen. Es sind aber andere Punkte bei dieser Angelegenheit, die ich glaube, berühren zu müssen. Von der ständischen Ehre, von der Ehre dieser Versammlung haben wir viel bei Gelegenheit des Bescholtenheitsgesetzes und bei Veranlassung des gegenwärtigen Falles reden hören.

Ich halte viel auf diese Ehre. Aber mir scheint es eine der größten Aufgaben der Versammlung zu sein, nicht nur die eigene, sondern auch die Ehre eines Jeden zu schützen. Es ist eine der größten Aufgaben für eine ständische Versammlung, die Ehre derjenigen zu schützen, welche die Staatsgewalt durch Anwendung ihres subjektiven Ermessens aus unserer Mitte zieht. Ich fordere Sie darum auf meine Herren, daß Sie diesen Punkt der ständischen Ehre, die Beschützung des Unterdrückten gegen die Staatsgewalt, besonders berücksichtigen mögen.

(Mehrere Stimmen: „Sehr gut.“)

Ein anderer Punkt, der hierbei zur Erwägung kommen muß, ist der: Ist es wahr, was der ehrenwerthe Abgeordnete von Breslau angeführt hat, daß die politische Tendenz des Grafen von Reichenbach eine Veranlassung gewesen ist zu dessen Bescholtenheits-Erklärung. Ich glaube, daß gerade jetzt, wo das Interesse für Politik im Lande immer lebhafter wird, wir um so mehr Ursache haben, dahin zu streben, daß von keiner Seite jemals politische Ansichten eines Individuums auf die Entscheidung über politische Rechte einwirken mögen. Wir haben zu diesem Streben um so mehr Grund, weil man nie wissen kann, wie die Dinge sich wenden. Ansichten können sich ändern, und heute kann verfolgt werden, wer gestern nicht verfolgt wurde. Gerechtigkeit also, welcher Meinung man auch angehört, ist die erste Pflicht, die geübt werden muß. Nun gestehe ich meinerseits, daß ich allerdings die Ansichten des geehrten Abgeordneten von Breslau insofern theile, als die Staats-Regierung einen Werth darauf legt, politische Schriftsteller, welche Ansichten vertreten, die der Regierung entgegen sind, unwirksam zu machen. Um dieses zu erweisen, meine Herren, erlaube ich mir ein paar Fälle anzuführen . . .

(Es entsteht Widerspruch und Lärm.)

Ich bitte sehr; ich bin in meinem vollen Recht. Vor Allem muß ich Sie darauf aufmerksam machen, daß man hier einen Prozeß angefangen hat, wegen eines Gegenstandes, der wirklich in seiner Art, wie er hier vorliegt ein höchst geringfügiger ist, wegen einer Handlung, die, wie schon von einem Redner bemerkt wurde, schon von Vielen unter uns begangen worden ist.

(Missbilligung von mehreren Seiten.)

Es ist nämlich der Fall, daß Jemand ein Buch, worin verbotene Dinge stehen, einem seiner Bekannten gegeben hat. Wer hat dies mehr gethan, verbotene Schriften, hochverrätherische Ansichten zu verbreiten, als gerade die Staats-Regierung selbst.

(Vielseitiger Widerspruch.)

Marshall Ich bitte den Redner auszusprechen zu lassen, um zu hören, wie er das erklärt.

Abgeordn. Hansemann: Die Staats-Regierung hat in ihrer hier erscheinenden Allg. Preuß. Zeitung Auszüge aus Schriften veröffentlicht lassen, die gewiß im höchsten Grade strafbar waren, so strafbar, wie, nach meinem Wissen, schwerlich das Buch gewesen ist, wovon es sich hier handelt. Die Verbreitung dieser Schriften ist durch die Zeitung unter die ganze Nation erfolgt. Ich table die Regierung darum durchaus nicht, im Gegentheil, ich lobe sie deshalb; denn sie hat zu erkennen gegeben, daß solche Schriften für das Volk nicht gefährlich sind; und da sie dieses erklärt hat, so mag sie in dieser Beziehung auch weniger ängstlich sein.

(Sehr wahr, sehr wahr!)

Meine Herren! Ich führe Ihnen noch einen Fall an, woraus Sie auch ersehen, daß man einen Prozeß gegen einen Schriftsteller angefangen hat, der offenbar in sich die größte Unbegründetheit trug. Wie konnte man sich nur denken, daß ein begüterter Fabrikant kommunistisch-revolutionäre Umtriebe gemacht habe. Und dennoch hat die Staats-Regierung einen Polizei-Agenten unter falschem Namen im Lande herumreisen lassen und

es dadurch so weit gebracht, daß man jenen Mann verhaftete.

(Merkmale großer Sensation in der Versammlung.)

Ja, meine Herren! Es ist Wahrheit. Sie steht aktenmäßig fest. Dieser Mann wurde in Kriminal-Untersuchung genommen, mußte aber vollständig freigesprochen werden. Ich könnte Ihnen, meine Herren, noch mehr dergleichen Fälle anführen, ich will es aber unterlassen, insofern die Staats-Regierung nicht selbst wünscht, daß ich fortfahre. Ich bin bereit dazu.

Landtags-Kommissar: Ich habe nichts dagegen zu erinnern.

Abgeordn. Hansemann: Meine Herren! Ein anderer Fall!

(Es entsteht große Unruhe.)

Wollen Sie nichts mehr hören, meine Herren?

(Viele Stimmen zugleich: „Nein!“)

Sie nehmen also doch an, daß es dergleichen Fälle noch mehr gäbe. Wenn Sie das annehmen, kann ich die Aufzählung unterlassen.

Marshall: Der Herr Vertreter der Regierung hat erklärt, daß er nichts dagegen habe, wenn weitere Fälle aufgezählt werden; er hat aber auch keinen Wunsch geäußert, daß es geschehe.

Abgeordn. Hansemann: Nun, meine Herren, ich komme also zur Nukanwendung. Es sind gewiß in wohlmeinender Absicht die Minister auf das Wohl des Staates so gut wie einer von uns bedacht; allein in ihrer Auffassungsweise werden, wie ich dargestellt habe, gegen politische Schriftsteller Untersuchungen aus politischen Gründen eingeleitet, die nicht in anderer Beziehung wichtig sind. Ich wünsche nun, daß die Staats-Regierung diesen Weg verlassen möge. Die darin liegende Tendenz ist die nämliche, wie die, welche in den Bestimmungen des Bescholtenheits-Gesetzes, welche wir verlesen haben, sichtbar war. Ich wünsche, daß die Mitglieder des Ministeriums diese Tendenz verlassen, daß sie das Vertrauen zur Nation zur Wahrheit werden lassen, daß Jeder, der nicht das Vertrauen seiner Stangenossen verloren hat, auch hier zu sitzen das Recht habe.

Königlicher Kommissar: Ich muß in Abwesenheit der beiden Herren Justiz- u. Minister auf das so eben Gesagte mit einigen Bemerkungen antworten. Es ist von einem früheren Redner hervorgehoben worden und jetzt darauf Bezug genommen, welches die eigentlichen Gründe der Untersuchung gegen den Grafen von Reichenbach seien. Mir sind die Akten nicht bekannt, dem Justizminister wahrscheinlich auch nicht, und ich glaube, daß keiner in der Versammlung sie gesehen hat. Darum kann ich die angeführten Behauptungen nicht widerlegen, es kann aber auch darauf nicht ankommen, was die Ursache der Untersuchung sei, da das Faktum feststeht, daß das kompetente Kriminalgericht die Untersuchung wegen Majestätsbeleidigung gegen den Grafen von Reichenbach erkannt hat. Alles Andere erscheint hier als ein fremder Gegenstand. Es ist ferner darauf hingewiesen, daß die Staats-Regierung ein viel größeres Verbrechen begangen habe, als Graf von Reichenbach, indem dieselbe Auszüge aus verbrecherischen Schriften durch die Allgemeine Preussische Staatszeitung publizirt habe. Da ich, wie bereits erwähnt, das Verbrechen des Grafen von Reichenbach nicht kenne, so kann ich auf eine Vergleichung der beiden angeblichen Verbrechen nicht eingehen, was aber den Verbrecher selbst betrifft, so muß ich bemerken, daß die Allgemeine Preussische Zeitung nur in ihrem amtlichen Theile eine amtliche ist, und daß das, was in ihrem nichtamtlichen Theile erscheint, nicht von der Regierung ausgeht, daß also der angegriffene Aufsatz kein Aufsatz der Regierung war, sondern daß er nur durch die Censur hätte gestrichen werden können. Da, so viel mir bekannt, der geehrte Redner nicht zu denjenigen gehört, welche unsere Censur als zu lax zu bezeichnen pflegen, so glaube ich nicht, daß er jene Unterlassung der Regierung zum Vorwurf machen werde. Was endlich den Fall des Fabrikanten aus dem Riesengebirge betrifft, so fällt derselbe in eine Zeit, wo ich dem Ministerium des Innern noch nicht die Ehre hatte vorzustehen. Es ist keiner der Justiz-Minister anwesend, die vielleicht besser unterrichtet wären, doch glaube ich das Faktum mit ziemlicher Sicherheit berichten zu können, daß von mehreren Personen eine Verschwörung gegen das Leben Sr. Majestät des Königs und auf Umwälzung der Staatsverfassung gerichtet, zu amtlichem Protokoll entdeckt wurde; daß, nachdem diese Denunciation hier eingetroffen war, es allerdings in der dringenden Pflicht der Staats-Regierung lag, diese Indizien oder vielmehr bestimmte Denuncationen zu verfolgen und zwar um so mehr, als es sich auf einen Ort bezog, welchen Se. Majestät der König jährlich auf einige Zeit zum Aufenthalte zu wählen pflegen.

— Wenn nun unter diesen Zeugen Jemand oder Mehrere den — ich mag ihn nicht nennen — den Fabrikanten aus dem Riesengebirge als einen Komplizen bestimmt bezeichneten, so glaube ich, daß es in der Befugniß nicht nur, sondern in der Pflicht des kompetenten Kriminalgerichts gelegen hat, ihn deshalb zur Untersuchung zu ziehen, und ist er später freigesprochen worden, so ist das ein Vorgang, der hundertmal nicht nur bei uns, sondern in allen Staaten der Welt vorkommt. Keiner, meine Herren, ist sicher davor, auch bei vollkommener Unschuld in eine Kriminaluntersuchung verwickelt zu werden. — Wer bürgt mir selbst dafür, daß heute zwei oder drei Zeugen aufstehen und mich des Hochverraths bezüchtigen; ich werde dann zur Kriminal-Untersuchung gezogen, ohne daß ich deshalb eine andere Beschwerde erheben könnte, als diejenige gegen den falschen Denuncianten. Etwas Anderes ist dem Fabrikanten aus dem Riesengebirge auch nicht geschehen. — Außerdem hat der verehrte Redner auch noch den Wunsch ausgesprochen, daß die Staats-Regierung und ihre höchsten Diener auf dem Wege des Mißtrauens nicht weiter fortgehen, sondern den Weg des Vertrauens betreten möchten. Ich weiß nicht, worauf dieser gute Rath sich bezieht. — Soll es sich blos auf die beiden Fakta beziehen, die eben vorgebracht worden sind, so glaube ich den Vorwurf des Mißtrauens in dieser Beziehung nicht zulegen zu haben. Ueberdies aber kann ich versichern, daß wir weit lieber den Weg des Vertrauens als den des Mißtrauens gehen, ja daß uns der Weg des Mißtrauens fern ist. Möchte aber das Verlangen des Vertrauens so weit gehen, daß wir bei bestimmten Anzeichen der schwersten Verbrechen in dem Vertrauen, das Verbrechen sei nicht vorhanden, die Sache auf sich beruhen lassen sollten, dann freilich müßte ich erklären, daß das von des Königs Majestät mir anvertraute Amt ein so weit ausge dehntes Vertrauen verbietet, indem es mir die Pflicht auferlegt, das Verbrechen und seine Spuren zu verfolgen.

(Vielstimmiges Bravo. — Ruf nach Abstimmung.)

Marshall: Es haben sich noch viele Redner gemeldet und es sind darunter noch vier von gestern, denen ich damals das Wort zugesichert habe. Es wird indeß von der hohen Versammlung ab hängen, ob sie den Schluß der Diskussion wünsche.

Abgeordn. Graf Renard: Ich habe ein Amendement zu stellen. Ich bin vorhin in der Rede unterbrochen worden und verzichte nicht aufs Wort, weil ich ein Amendement stellen wollte.

Abgeordn. Hansemann: Ich gehe nicht darauf ein, Mehreres, was der Herr Landtags-Kommissar gesprochen hat, zu berichtigen, weil mir dazu nicht das Wort gegeben ist, sondern ich berichtige nur das, wo der Landtags-Kommissar sich auf meine persönliche Ansicht bezogen hat: nämlich auf die Ansicht über die Censur. In dieser Hinsicht bemerke ich, daß ich vollkommen überzeugt bin, daß der Landtags-Kommissar dergleichen Artikel nicht in einer anderen Zeitung stehen lassen würde, und daß, weil die Censur es hier hat stehen lassen, es einzig und allein mit dem Willen der Regierung geschehen ist.

(Vielstimmiger Ruf: Abstimmung!)

Abgeordn. v. d. Heydt: Der Hr. Landtags-Kommissar hat gestern und heute die Ansicht ausgesprochen, daß der vorliegende Gegenstand durch die königliche Bestätigung seine Erledigung erlangt habe. Ich kann diese Ansicht nicht theilen. Wenn die königliche Bestätigung überhaupt erforderlich war, was übrigens aus den von einem früheren Redner ausgeführten Gründen nicht zu gegeben werden kann, so würde doch die Bestätigung ein Accessorium sein; es hätte immer eine rechtsgültige Wahl vorangehen müssen. Wäre z. B. A. rechtsgültig gewählt und B. zur Bestätigung präsentirt worden, so würde nichts entgegenstehen, Se. Majestät zu bitten, die Bestätigung des B. zurückzunehmen, weil A. auf Bestätigung Anspruch hat. Dasselbe scheint mir hier der Fall zu sein, wenn nämlich der jetzt Bestätigte nicht rechtsgültig gewählt ist. — Ich kenne die Ursachen nicht, welche zu der Kriminal-Untersuchung Anlaß gegeben haben, und es scheint mir, daß es auch nicht in unserer Kompetenz liege, sie zu untersuchen, weil die Selbstständigkeit der Gerichte anerkannt werden muß. Aber die Ansicht, welche die Abtheilung ausgesprochen hat, daß es im Volke tief wurzle, daß Einem der in Kriminal-Untersuchung gezogen sei, die Ehrenhaftigkeit mangle, hat der Herr Landtags-Kommissar selbst schon als unrichtig bezeichnet. Der Landtag selbst hat eine andere Ansicht in der Berathung über das Bescholtenheits-Gesetz ausgesprochen, und der königliche Kommissar hat selbst zugegeben, daß Jemand, der in Kriminal-Untersuchung sich befinde, nicht bescholten sei, er hat ferner anerkannt, daß auch der Graf Reichenbach wegen

der Kriminal-Untersuchung nicht als bescholten anzusehen sei. Ist aber der Graf Reichenbach nicht bescholten so konnte ihm auch die Befähigung zum Eintritt in den Landtag nicht auf sechs Jahre hin genommen werden höchstens konnte es sich nur darum handeln, ob das Recht ruhen solle. Man hat nun daraus, daß die Wähler von neuem gewählt haben, folgern wollen, daß wenn eine Nichtigkeit erfolgt sei, diese dadurch gebadet sei. Dies könnte indeß höchstens in Beziehung auf die Wähler geltend gemacht werden können, indem Graf Reichenbach gegen die Wahl protestirt hatte. Aber auch gegen die Wähler kann dies nicht geltend gemacht werden, weil den Wählern, als die neue Wahl gefordert wurde, nicht erklärt wurde, daß Graf Reichenbach bescholten sei. Es konnte den Wählern die Möglichkeit vorschweben, daß vor Eröffnung des Landtags eine Verurtheilung erfolge. Es ist ihnen nun keine Verurtheilung gegeben, sich für oder gegen die Bescholtenheit auszusprechen. — Jedenfalls konnte auch die Bescholtenheit nicht erfolgen, so lange nicht Graf Reichenbach ausdrücklich für bescholten erklärt war, und bis jetzt ist, wie mir scheint, die Bescholtenheit noch nicht ausdrücklich erklärt worden. Folglich scheint mir nichts entgegenzusetzen, dem Amendement beizutreten, dem ich meinerseits auch beitreten werde.

Abgeordn. von Massow: Meine Herren, das Verfahren des Herrn Ober-Präsidenten von Wedell ist in dem Abtheilungs-Gutachten und von vielen Herren Rednern ausführlich beleuchtet und nach meiner Uebersetzung vollständig gerechtfertigt worden. — Ich will jetzt, so gern ich dies unter anderen Umständen gethan hätte, nicht darauf zurückkommen. — Das Verfahren des Ober-Landesgerichts zu Ratibor zu beurtheilen, sind wir eben so wenig im Stande, als ein Urtheil zu haben, über die That oder das Vergehen des Herrn Grafen von Reichenbach, es fehlen uns dazu alle und jede Materialien. Mit welchem Rechte dürfen wir aber wohl annehmen, daß ein königl. Gerichtshof seine Befugniß überschritten habe? Ich meine, wir sind dem preussischen Richterstande schuldig zu glauben, das königliche Ober-Landesgericht werde nur seine Pflicht und Schuldigkeit gethan haben, indem es den Grafen von Reichenbach zur Untersuchung zog, es werde dazu gewichtige und hinreichende Gründe gehabt haben. — Ich will anerkennen, daß es möglich sei, vollkommen möglich, der Graf von Reichenbach sei unschuldig. — Das liegt in der Unvollkommenheit aller menschlichen Dinge und Einrichtungen — dann wird auch seine Unschuld zu Tage kommen, er wird freigesprochen werden, und in der künftigen Wahlperiode mag er mit Ehren seinen Platz dann unter uns einnehmen. — Jetzt aber, meine Herren, walten Zweifel ob über diese Unschuld. Das Ober-Landesgericht hat den Herrn Grafen von Reichenbach zur Kriminal-Untersuchung gezogen, und zwar wegen Majestätsbeleidigung. — Kann es nun wohl der Würde und Ehrenhaftigkeit dieser hohen Versammlung angemessen sein, verträgt es sich mit der Achtung, die wir Sr. Majestät dem Könige schuldig sind, mit der Liebe, die wir Alle für unseren König und Herrn im Herzen tragen, so verschieden unsere politischen Ansichten auch sein mögen, daß wir darum bitter, den Grafen von Reichenbach unter solchen Umständen, bei einer solchen gegen ihn erhobenen Anklage, in unsere Mitte rufen zu dürfen, damit er Platz nehme dem Throne gegenüber? Ich sage Nein! Es haben hier Stimmen Ja gesagt, möchten sie doch bei reiflicher Ueberlegung dieses Ja zurücknehmen, möchte einmal dieser vereinigte Landtag, und zwar bei dieser ersten Gelegenheit, ein einiger Landtag sein! ein einiger Landtag in der Achtung seiner selbst! das sind die Gründe, aus welchen ich für die Zurückweisung der Petition spreche.

Abgeordn. Steinbeck: Fast nur reasumiren kann man dasjenige, das oft und viel und von manchen Seiten in dieser hochwichtigen Angelegenheit gesagt und beleuchtet wurde. Die Kompetenz des hohen vereinigten Landtages ist bereits von dem Herrn Regierungs-Kommissar in das richtige Licht gestellt worden. Handelte es sich um eine einfache Beschwerde gegen einen Staats-Beamten, so fielen diese Kompetenz weg; es handelt sich aber um die gewichtige Frage, ob ein Staatsbeamter innerhalb seiner Grenzen geblieben, ob er sie überschritten, ob ihr Recht, das Recht der Stände, durch ihn verletzt worden ist. Dank den Männern, die nach ihrer Ueberzeugung, gleichviel, ob sie richtig oder unrichtig, hier auftraten und männlich und kräftig sagten: Wir glauben, der Regierungs-Kommissar der Provinz Schlessien für die dortigen Wahlen hat seine Befugniß überschritten! Wohlan, wir wollen die Partei, die Richter und den Gegenstand ins Auge fassen. Es ist eine allgemeine Rechtsregel, daß jeder so lange für unbescholten und in seiner Ehre ungekränkt, für moralisch gut gelten muß, bis das Gegentheil davon erwiesen ist, und auch der Graf von Reichenbach hat auf diese Präsomption seinen Anspruch, ja er hat noch weitere Ansprüche: Er kann begehren, daß angenommen werde, auch der gegen ihn erhobene Verdacht sei ungegründet; — auch dieser Anspruch muß ihm eingeräumt werden. Es ist zu wünschen und vielleicht auch zu hoffen, daß er in der gegen ihn schwebenden Untersuchung freigesprochen werde, und wir haben zu seiner Vertheidigung interessante Da-

ta vernommen; aber das Faktum steht fest: er ist in Kriminal-Untersuchung begriffen; es steht fest: diese Untersuchung ist im gesetzlichen Wege durch das Gericht eröffnet worden, und es bleibt nur die Frage noch übrig: ist diese Kriminal-Untersuchung und das bloße Faktum, daß sie da ist, hinreichend, um seinen Ruf in der U. wenigstens vorübergehend zu verletzen, daß er u. s. w. sei, in die Stände-Versammlung einzutreten? — Wir haben von mehreren ehrenwerthen Mitgliedern dieser Versammlung, die ihn genau kennen, ein so ausgezeichnetes Bild des Angeklagten vernommen, daß wir nur mit Bedauern annehmen müssen, dem sei also. Dem ist aber so. Formell und materiell muß es eine Entscheidung über die Frage geben, ob ein Staatsbürger wählbar für den Landtag sei oder nicht. Daß die Gesetze bisher dies nicht bestimmt ausgesprochen haben, ist anerkannt, darauf ist die Vorlage des sogenannten Unbescholtenheitsgesetzes gegründet worden. Aber was nach einem Gesetze verfahren wollte, was nur im Entwurf existirt, was noch gar nicht emanirt ist, der beginge auf jeden Fall eine Ungefehllichkeit, und somit würde der Wahl-Kommissar von Schlessien durch sein Verfahren eine Ungefehllichkeit begangen haben, wenn er andere Formen beliebt hätte, als die bis dahin vorgeschrieben waren. Man hat den Kommissar als einen Administrativ-Beamten bezeichnet und dadurch die Stellung, die er einnimmt, in ein falsches Licht gestellt. Der Kommissar ist kein Administrativ-Beamter, sondern ein königlicher Kommissar, der Ausüßer der von des Königs Majestät ihm zur Ausübung übertragenen Hoheitsrechte. Der war er, als er handelte; nun aber mußte er in dieser Eigenschaft so handeln, wie er wußte, daß es dem Willen Sr. Majestät und des Gouvernements entsprach. Der Wille Sr. Majestät ist aber klar: Er geht dahin: wo der gute Ruf auch nur momentan verletzt ist — ich wiederhole dies ausdrücklich — da muß die Wahlfähigkeit, die aktive wie die passive, ruhen. In dem westfälischen Landtags-Abschiede ist es deutlich als Wille Sr. Majestät ausgesprochen, daß jener Fall eintritt, sobald die Kriminal-Untersuchung gegen Jemanden eröffnet worden ist. Wir haben über diesen Gegenstand bei Gelegenheit des Bescholtenheits-Gesetzes genug gesprochen, und ich werde nicht wiederholen, was damals diskutiert worden ist. Wäre dieses Gesetz schon ertheilt, so würde Niemand in der Stellung des Ober-Präsidenten von Schlessien anders handeln dürfen, als nach dem bestehenden Gesetze entscheiden, was der Ober-Präsident gethan haben würde, wenn er den Grafen von Reichenbach für unverletzt erklärt hätte. Und wenn nun aber der Graf von Reichenbach in diese Versammlung getreten wäre und in dieser Versammlung Stimmen laut geworden wären, welche erklärt hätten, daß er sich in Kriminal-Untersuchung befindet, und daß er sich wieder entfernen müsse, wie dann? Zwischen zwei Parteien stand der Regierungs-Kommissar, zwischen zwei Parteien mußte er entscheiden, und er hat nach dem Gesetze entschieden. Nun muß ich mir noch eine Frage erlauben, und zwar die: Sollte er die Wählbarkeit des Grafen von Reichenbach, wie geschehen, für diesen Moment als besitzig erklären, oder sollte er die Wahl zulassen, sie bestätigen und nur das Erscheinen des Grafen von Reichenbach suspendiren? Diese Frage ist ganz juristischer Natur. Wir haben von berechneten, vorher aufgetretenen Rednern über den Begriff der Bestätigung dasjenige vernommen, was allerdings gesetzlich richtig ist. Aber die Bestätigung erfordert eine Basis in Form und Materie. In der Form ist diese Basis gegeben, denn die Wahl des Grafen von Reichenbach war äußerlich ganz richtig vollzogen; in der Materie war aber jene Basis nicht vorhanden, weil der Graf von Reichenbach sich in Kriminal-Untersuchung befand und sein Ruf also momentan verletzt war. Und so handelte der Kommissar ganz recht, daß er die Bestätigung der Wahl versagte, versagte er aber die Bestätigung, so that er nichts weiter, als das er das dem Grafen Reichenbach durch die geschehene Wahl bedingungsweise eingeräumte Recht nicht perfectioniren ließ, und ein nicht perfectionirtes Recht ist kein Recht.

Abgeordn. v. Gilgenheimb: Ich will mich kurz fassen, um ihre Geduld nicht zu ermüden. Ich wohne in dem Kreise, wo der Graf von Reichenbach angefallen ist, ich habe der Kreis-Versammlung beigewohnt, in welcher ausgesprochen wurde, daß er nicht bescholten sei, habe also thatsächlich dazu beigetragen, daß er unbescholten dastehe; trotzdem aber kann ich nicht leugnen, daß ich das Verfahren des Ober-Präsidenten für gerechtfertigt halte. Als diesem die amtliche Mittheilung wurde, daß die Kriminal-Untersuchung eingeleitet war, war die Abstimmung der Kreis-Versammlung, in welcher der Graf von Reichenbach für unbescholten erklärt wurde, noch nicht erfolgt; der königl. Kommissar konnte sich einer Prüfung der Kriterien der Wahl nicht entziehen. Da nach seiner Ueberzeugung die eingeleitete Untersuchung eine Bescholtenheit involvirte, so blieb ihm nichts übrig, als eine neue Wahl zu veranstalten. Diese Wahl nun ist dahin ausgefallen, daß ein neuer Deputirter gewählt worden ist. Dieser ist hier

anwesend und mußte natürlich seiner Deputirtenstellung nachkommen. So wenig ein Mandatarius noch ein Geschäft ausführen kann, wenn der Mandant das Mandat zurückzieht, so wenig kann der Graf von Reichenbach demnach hier anwesend sein, nachdem an seiner statt eine andere Wahl von den Wahlberechtigten erfolgt ist. Demnach werde ich mich für das Gutachten des Ausschusses erklären, bei den einzelnen eingegangenen Amendements mit aber noch das Wort vorbehalten, wenn sie zur Berathung gestellt werden sollten.

Marshall: Der Herr Graf von Renard hat nun das Wort.

Abgeordn. Graf von Renard: Die hohe Versammlung wünscht, daß nicht noch mehr Zeit verloren gehe, und somit will ich mich sehr kurz fassen. Ich würde nicht das Wort ergriffen haben, wenn ich nicht hoffte, daß wir uns über diesen Punkt einigen können. Auf die Sache selbst lasse ich mich nicht ein, weil ich glaube, daß der Antrag auf Einberufung des Grafen Reichenbach doch nicht zur Petition erhoben werden kann, aber einige Redner vermissen die Uebereinstimmung desjenigen Gesetzes, welches dem Landtags-Kommissar seine Pflicht vorschreibt, mit demjenigen Gesetze, welches den Kreisständen das Urtheil über die Bescholtenheit zuweist, auch ich kann diesen Einklang nicht finden, und dies ist das Amendement, welches ich mir zu leisten erlaube, daß ein Antrag auf Uebereinstimmung dieser Gesetze gestellt werde. Wenn mir entgegen wird, daß das neue Gesetz über die Bescholtenheit diesen Einklang herbeiführe, so muß ich das in Abrede stellen, weil dieses Gesetz mit sich selbst nicht in Einklang ist. Nach diesem Gesetze kann nämlich der Fall vorkommen, daß Einer, der wie eben der Graf Reichenbach in zwei Kreisen begütert ist, von den Kreisständen des einen Kreises für unbescholten, von den Ständen des andern Kreises für bescholten erklärt wird; ich kann aber unmöglich zur Hälfte bescholten, zur andern Hälfte unbescholten sein, ich bin in 5 Kreisen angefallen und könnte leicht drei Fünftel bescholten, zwei Fünftel unbescholten werden. Wenn übrigens von diesem Plage aus Besorgnisse angedeutet worden sind, daß Tendenzumtriebe bei Wahlen stattfinden können, so theile ich diese Besorgnisse durchaus nicht und es mögen diese Herren ihre Besorgnisse offen aussprechen und ein Gesetz beantragen, was solche Tendenzen unmöglich macht. Ich kann mir aber nicht denken, daß eine Versammlung solche Besorgnisse auf einen singulären Fall übertrage, wo nichts der Art stattgefunden hat. Mein Amendement geht also dahin, daß man den vorliegenden Antrag fallen lasse und Einklang zwischen den Gesetzen beantrage, welche die Wahlprüfung dem Landtags-Kommissar und das Urtheil über die Bescholtenheitsfrage den Kreisständen überweisen.

Marshall: Ohne mich über die Zweckmäßigkeit dieses Amendements überhaupt äußern zu wollen, bemerke ich doch, daß es ein ganz neuer, ganz unvorbereiteter Antrag ist, und daß wir schwerlich im Stande sein werden, uns sogleich ein Urtheil darüber zu bilden. Da das Amendement nicht angekündigt worden ist, so befinde ich mich in meinem Rechte, wenn ich es nicht zur Abstimmung bringe. Ich glaube voraussetzen zu dürfen, daß die hohe Versammlung jetzt den Schluss der Debatte wünscht, ich werde aber doch ausdrücklich fragen, um das Recht derjenigen Redner, welche sich bereits um das Wort gemeldet haben, dadurch nicht abzuschneiden. Ich bitte diejenigen, welche den Schluss der Debatte wünschen, aufzustehen.

(Fast einstimmig.)

Der ursprüngliche Antrag, welcher der Abtheilung vorgelegen hat, geht dahin:

„Se. Majestät den König allerunterthänigst zu bitten, daß der Graf Reichenbach als gesetzlich gewählter Abgeordneter zu dem vereinigten Landtage einberufen werde.“

Dazu sind nun einige Amendements gemacht worden: das eine geht dahin, daß, wenn dieser Antrag nicht die Unterstützung der hohen Versammlung finden sollte, alsdann Se. Majestät der König allerunterthänigst gebeten werde, zu befehlen, daß der Stellvertreter des Grafen Reichenbach — Landrath Hoffmann — zu diesem Landtage einberufen werde. Endlich aber, daß, wenn auch dieser Antrag hier nicht eine Majorität findet, sollte, dann des Königs Majestät gebeten werde, dem Grafen Reichenbach, sobald derselbe in der Kriminal-Untersuchung, in der er sich jetzt befindet, freigesprochen werde, als Abgeordneter zu bestätigen. Nach meiner Ansicht ist zuerst das ursprüngliche Amendement zur Abstimmung zu bringen, nämlich die Frage: ob die hohe Versammlung beschließt, Se. Majestät den König allerunterthänigst zu bitten, daß der Graf Reichenbach als gesetzlich gewählter Abgeordneter zu dem vereinigten Landtage einberufen werde. Sollte diese Frage vernimmt werden, so werde ich die übrigen Amendements zur Abstimmung bringen.

Abgeordn. Graf von Schwerin (vom Plage aus): Es scheint doch, daß wir uns in einer eigentümlichen Lage befinden, wenn wir über dieses Amendement stimmen sollen, denn wir haben eine Petition vor uns und keine Proposition. Es scheint mir, daß wir die Petitionsanträge nur verwerfen oder annehmen, nicht aber

die Erfahrung eine Aenderung als wünschenswerth werde herausgestellt haben. Auch wollte die Minorität das den einzelnen Unterthanen zustehende Petitionsrecht als Motiv für den vorliegenden Antrag nicht als zutreffend anerkennen, indem es in der Wirkung ein erheblicher Unterschied sei, ob sich ein einzelner Unterthan oder ob sich eine ständische Versammlung mit einer Petition an den Thron wende. — Bei der von dem Herrn Vorfizer schließlich veranlaßten Abstimmung erklärte sich die Abtheilung mit einer Majorität von 11 gegen 5 Stimmen für die Bevorzugung des Antrages, der dahin geht:

daß Se. Majestät gebeten werde, die exceptionelle Bestimmung einer Majorität von zwei Dritttheilen für anzubringende Bitten und Beschwerden aufzuheben, resp. dahin Allernädigst zu modifiziren, daß nicht nur in der Regel, sondern bei allen Abstimmungen einfache Stimmenmehrheit entscheide.

Marshall: Diesen Hauptantrag der Abtheilung stelle ich zur Diskussion und gebe dem Herrn Abgeordneten Grafen von Renard zuerst das Wort.

Abgeordn. Graf von Renard: Ehe ich, meine Herren, auf den Antrag der Abtheilung selbst eingehe, sei mir erlaubt, das Petitions-Recht in seiner allgemeinen Auffassung zu beleuchten. Seiner Natur und dem Wortlaut nach, ist das Recht, zu bitten, ein Recht, das nicht verliessen werden kann, weil es ein angeborenes Recht ist, das Niemanden verweigert werden kann. Wenn es in seiner Allgemeinheit, in seiner Unbegrenztheit kein Recht ist, so kann es nur ein Recht werden durch Sonderung, durch Abgrenzung, durch Beschränkung. Thatsächlich besaß und besitzt jeder Preuße das unverkürzte Recht, seinem Regenten sich jederzeit mit jeder Bitte zu nahen, und es hat sich dieses schöne fromme väterliche Herkommen durch alle Generationen unseres Herrscherhauses unverkürzt erhalten und wird auch fortan bestehen. Es drängt sich nun die Frage auf, warum dieses Recht dem vereinigten Landtage so eingeschränkt wird, warum den Vertretern des Volks so enge Grenzen gezogen werden, während jedem Einzelnen im Volk in seiner Selbstvertretung dieses Recht unbegrenzt zusteht. So nahe die Frage liegt, so nahe die Antwort. Wie Wasser und Luft in ihrer Allgemeinheit, in ihrer Unbegrenztheit nie Gegenstand des Eigenthumsrechts Einzelner werden können, sondern nur durch Sonderung und Abgrenzung, so ist es auch mit dem Petitionsrecht. Die Bitte Einzelner wiegt nur nach den sie motivirenden Gründen, die Bitte Mehrerer wiegt nach Zahl und Maß dieser; die Bitte des vereinigten Landtags, wenn selbe die allerdings schwierigen Stadien, die vorgeschrieben sind, durchlaufen hat, ist an sich selbst ohne alle Gründe, ein Grund, eine Macht. Sie vertritt die öffentliche Meinung, und so segne ich die Weisheit des Erlasses vom 3. Februar, welches, meiner Meinung nach, die rechte Bahn gefunden hat, jede Bitte, nach Zahl und Maß derjenigen, die ihr beitreten, ihre volle und richtige Bedeutung zu geben. Damit eine Bitte ihre volle Wirksamkeit äußere, ist nicht notwendig, daß sie in beiden Kurien mit zwei Dritteln der Stimmen durchgehe. Auch eine solche Bitte, die auf ihrer Bahn unterbrochen worden, selbst eine, die unterlegen ist, auch einer solchen Bitte wird durch genaue Bezeichnung der Zahl der ihr Zustimmenden der Stempel ihres Gewichtes aufgedrückt. Die Nothwendigkeit, daß zwei Drittel jeder Kurie beistimmen, erheischt die sorgfältigste Stimmzählung, und nur eine solche Stimmzählung sichert jeder Bitte ihr volles Recht. Bei der regen Theilnahme, welche Se. Majestät der König, nach Seinen eigenen königlichen Worten, den Verhandlungen unserer Versammlung widmet, wird Seine Weisheit das Gewicht jeder Bitte zu würdigen wissen, wenn eine solche auch nicht unmittelbar an Seinen Thron gelangt. Und eben im Interesse des Petitionsrechts bei der großen Wichtigkeit der genauesten Stimmzählung, jeder Majorität oder Minorität muß ich mich gegen Lösung der Fesseln erklären, welche auf die Zahl der Zustimmenden festgesetzt sind. Jede Erweiterung dieser Fesseln würde eine Verminderung des empfangenen Rechts sein, des Rechts, welches in seiner Gebundenheit mächtig, in seiner Allgemeinheit vollkommen werthlos ist.

Abgeordn. Dietrich: Der verehrte Redner vor mir hat gesagt, gegen das Petitionsrecht nach einfacher Majorität lasse sich einwenden, daß die Bitten Einzelner nur nach Gründen beurtheilt würden, die Bitten des Landtags seien ohne alle Gründe ein Grund, denn sie sprächen die öffentliche Meinung aus, und darum müsse das Petitionsrecht beschränkt werden. Nach meiner Ansicht ist diese Folgerung geradezu umzukehren, denn je Mehrere bitten, desto mehr Gründe liegen in diesen einzelnen Bitten. Also wenn nach vorausgegangener Prüfung einer solchen Versammlung, wie die gegenwärtige ist, eine Bitte durch die Mehrheit als genehmigt angesehen wird, um Sr. Majestät vorgelegt zu werden, dann halte ich die Bitte, die durch so viele einzelne Gründe unterstützt wird, als eine um so gewichtigere, und glaube, daß eine einfache Mehrheit ein solches Gewicht hat, daß sie werth ist, auch Sr. Majestät vorgelegt zu werden. Ich beantrage deshalb, daß das Gutachten der Abtheilung von der hohen Versammlung angenommen werden möge.

Abgeordn. Hirsch: Ich schließe mich dem an, was ein verehrter Redner aus Schlesien über Verschiedenheit der Petitionen des Einzelnen und der Petitionen des vereinigten Landtags gesagt hat, daß nämlich die Bitte

eines Einzelnen nicht das Gewicht habe, wie die Bitte des vereinigten Landtags. Die Bitte des Einzelnen, gegenüber der Bitte des vereinigten Landtags, zieht wie ein Strohhalm gegen einen Felsblock. Auf der anderen Seite läßt sich aber auch nicht übersehen, daß nach unseren Verfassungsgesetzen eine Mehrheit von zwei Dritteln beider Kurien erforderlich ist, um eine Petition Sr. Majestät vorzulegen, daher eine Stimmzahl von 27 Mitgliefern in der zweiten Kurie, ja, eine einzige Stimme, welche zu zwei Dritteln der Majorität der zweiten Kurie fehlt, genügend ist, jeder Petition des vereinigten Landtags, den wichtigsten Interessen des ganzen Landes das Gegengewicht zu halten. Eine einzige Stimme in der zweiten Kurie kann das wichtigste Landes-Interesse der Berücksichtigung der Regierung entziehen. Nun frage ich, ob die Interessen des Landes, ob die Bemühungen des ganzen Landtags auf eine so scharf zugespitzte Spitze gestellt werden können?

Abgeordn. Graf von Helldorff: Meine Herren, ich bitte um die Erlaubniß, einige Gründe gegen das Gutachten der Abtheilung mit schlichten Worten Ihnen vorzutragen zu dürfen. Je mehr, nach meiner Ansicht, das Recht zu Petitionen und Beschwerden zu achten und als eines der wesentlichsten Vorrechte zu wahren ist, je mehr muß es von einer ständischen Versammlung mit Vorsicht und Zurückhaltung ausgeübt werden. Ich erlaube mir, einige der Gründe, welche die Abtheilung in ihrem Gutachten für ihre Ansicht ausgeführt hat, zu beleuchten und zu widerlegen. Die Abtheilung legt ein großes Gewicht gerade darauf, daß eine einfache Stimmenmehrheit allein die genügende Sicherheit schon gäbe, die öffentliche Meinung und die Stimme des Landes hinlänglich zu bekunden. Eine einfache Stimmenmehrheit aber — ich glaube, wir haben selbst schon die Erfahrung während der Dauer dieses Landtages gemacht, — kann wirklich ein Werk des Zufalls sein. — Nach meiner Meinung hingegen giebt gerade eine Mehrheit von zwei Dritteln die größere und sichere Garantie dafür, daß der aus ihr hervorgegangene Antrag wirklich der Ansicht des Landes, der öffentlichen Stimme vollkommen entspreche. Es ist ferner gesagt worden, wie aus dem Umstande, daß mehrere Angelegenheiten, die der Entscheidung des Landtages unterliegen, also namentlich Zustimmungen zur Erhebung neuer Steuern, zu Anleihen und Garantien, mit der einfachen Stimmenmehrheit berathen und beschloffen würden, zu folgen, daß auch eben so Petitions-Anträge durch Stimmenmehrheit allein an die Krone gebracht werden können. Hierbei gebe ich aber zu bedenken, daß die eben von mir erwähnten Angelegenheiten nicht von einer Kurie allein, sondern von beiden Kurien in einer ungetheilten Versammlung berathen werden, und gerade weil durch die Mischung der verschiedenen Elemente, welche in beiden Kurien vorhanden sind, die vorherrschenden Prinzipien der einen oder anderen gewiß auf eine angemessene Weise neutralisirt werden, — gerade darum glaube ich, daß für diesen Fall die Bestimmung der einfachen Stimmenmehrheit keinesweges nachtheilig sei. Das Gutachten hat gegen das Prinzip der Mehrheit von zwei Dritteln ferner den speziellen Umstand angeführt, es sei ja möglich, daß der Stand der Ritterschaft die von den beiden anderen Ständen einstimmig votirten Anträge auf solche Art leicht beseitigen könnte. Dieses Beispiel ist nach meiner Ansicht keinesweges schlagend, da nach dem Stimmverhältniß der einzelnen Stände sich auch das ereignen könnte, daß der Stand der Städte Anträge, welche von Ritterschaft und Landgemeinden einstimmig votirt worden, einseitig verhindere. — Uebrigens erlaube ich mir, meine Herren, daran zu erinnern, wie der Fall, daß ein ganzer Stand einstimmig votire, im ganzen Laufe der Verhandlungen noch nicht stattgefunden, wohl auch niemals stattfinden kann. Ich habe in dieser Versammlung mehrmals ausgesprochen und anerkannt worden, daß die Anträge, welche auf die allgemeine Wohlfahrt sich gründen und unter Beachtung wie Wahrung des Rechtsprinzips gestellt werden, gewiß auch jeder Zeit der größten Majorität, ja, weit über zwei Dritteln hinaus, sich zu erfreuen haben dürften. Endlich muß ich noch eine Einwendung gegen das Gutachten der Abtheilung aufzustellen mir erlauben. Ich gebe Ihnen nämlich anheim, meine Herren, zu bedenken, daß bei den Anträgen, welche durch einfache Stimmenmehrheit an die Krone gelangen, und denen eine fast nicht minder imposante Minorität entgegensteht, die Krone und deren Räte darüber in der größten Verlegenheit sein möchten, wo und wie die wahre Meinung des Landes sich wirklich ausspreche. Ich glaube, derartige Verlegenheiten und Zweifel müssen mir bemüht sein, der Krone und ihren Räten zu erparen. Hingegen ist wohl mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß Anträge auf Bitten und Beschwerden, welche von einer Majorität von zwei Dritteln und mehr ausgehen und an die Krone gelangen, die irgend nur geeignete Gewährung finden werden. — Es giebt übrigens ein sicheres Mittel, um die Einwendungen gegen das Erforderniß einer Majorität von zwei Dritteln zu beseitigen, und dieses Mittel finde ich in dem mir vorliegenden Antrage, daß alle Bitten und Beschwerden einer Kurie nicht von dem Beschlusse der anderen Kurie abhängig

gemacht werden — daß diese vielmehr nur begutachten, nicht zurückweisen können.

Ich bedaure herzlich, daß die Abtheilung in ihrem Gutachten diesen Antrag nicht so gewürdigt hat, wie er wohl nach meiner Meinung verdient. Es liegt in einem Theile des Antrages des Herrn von Sacken.

Marshall: Darüber hat der Referent noch keinen Vortrag gehalten; das würden wir also voraussetzen müssen.

Abgeordn. Graf Helldorff: Ich behalte mir so nach vor, darauf zurückzukommen.

Abgeordn. Möwes: Im Eingange des Berichtes der Abtheilung ist einer Petition der Abgeordneten der Stadt Berlin Erwähnung gethan, die darauf gerichtet ist, eine Modifikation der gesetzlich bestimmten Stimmen-Mehrheit von zwei Dritteln sowohl bei provinzialständischen Versammlungen und Verhandlungen, als auch des § 17 der Verordnung vom 3. Februar zu erbitten, also überhaupt die Bitte vorzutragen, daß bei allen ständischen Beschlüssen absolute Mehrheit der Stimmen entscheide. Ob andere Petitionen, die hier mit verzeichnet sind, den Antrag in diesem ausgedehnten Umfange enthalten, weiß ich nicht — jedenfalls aber gehört dieser Antrag in seinem ganzen Umfange zu demjenigen Abschnitte, der mit Eins bezeichnet ist. Die Ausführung der Abtheilung im Abschnitte I. hat aber in mir die Vermuthung geweckt, daß der Antrag, wie der Schluß des Abschnittes andeutet, nur darauf gerichtet sein soll, die Bitte in Beziehung auf die Beschlüsse des vereinigten Landtages vorzutragen, nicht aber in Beziehung auf provinzialständische Versammlungen. In dieser Vermuthung werde ich dadurch bestärkt, daß im Abschnitte IV. ausdrücklich gesagt wird, daß bei der Ungewißheit darüber, wie nach der Einsetzung des vereinigten Landtages künftig die Bedeutung und Wirksamkeit der Provinzial-Landtage sich praktisch gestalten werde, es gewissermaßen nicht an der Zeit sei, einen Antrag hierauf gleich mit in Erwägung zu ziehen. Einen Grund zur Trennung der Anträge und der Versammlungen rücksichtlich der Stimmzahl für den vereinigten Landtag und für die Provinzial-Landtage habe ich nicht auffindig machen können, noch weniger aber einen Grund gefunden, daß der Beschluß ausgesetzt werden soll. Dieselben Gründe, welche für den Antrag in Beziehung auf den vereinigten Landtag sprechen, sprechen auch für die Provinzial-Landtags-Versammlungen. Diese Gründe sind im Abtheilungs-Gutachten und zwar im ersten Abschnitte desselben vollständig aufgeführt. Sie sind meines Erachtens so überzeugend, daß ich hoffe, die hohe Versammlung werde ihnen ihre Bestimmung nicht versagen. In der Natur der Sache aber liegt, daß, wenn Se. Majestät der König auf die Bitte eingehen möchte, für die Beschlüsse des vereinigten Landtages absolute Majorität eintreten zu lassen die hiermit erzielte Begünstigung auch den Provinzial-Landtags-Versammlungen zu Gute kommen muß. Nach § 12 der Verordnung vom 3. Februar ist aber gerade der vereinte Landtag der Ort, an welchem die Frage auch hinsichtlich der Provinzial-Stände zur Sprache gebracht werden muß, und ich erlaube mir daher, an den hochverehrten Herrn Marshall und die geehrte Versammlung die Bitte zu richten, daß beide Fragen im Zusammenhange bei diesem Abschnitte zur Berathung und Beschlussempfehlung gebracht werden. Was den Werth des Stimmverhältnisses betrifft, von dem so eben an dieser Stelle gesprochen worden ist, so beziehe ich mich auf die Ansicht, welche der Redner aus Schlesien — Herr Sekretär Dietrich — angeführt hat, und sehe nicht ein, wie überhaupt von dem Zahlenverhältnisse der Werth einer Petition abhängen soll und wie Se. Majestät der König sich durch Zahlenverhältnisse werde bestimmen lassen, auf eine Petition einzugehen, wenn ihr innerer Inhalt und Werth nicht dazu Anregung giebt. Ich zweifle auch gar nicht daran, daß diese hohe Versammlung das rechte Maß und die rechte Vorsicht anzuwenden wissen wird, wenn auch eine absolute Majorität festgesetzt wird, das Petitionsrecht im ausgedehntesten Maße gegeben wird. Ich stimme daher dem Antrage der Abtheilung bei.

Referent von der Heydt: Was die Bemerkung betrifft, daß gleichzeitig auch über die Stimmenmehrheit bei Provinzial-Landtagen abgestimmt werden möge, so hat die Abtheilung geglaubt, daß der Fall nicht gerade gleich sei. Es ist nämlich darauf Werth gelegt worden, daß gerade bei dem vereinigten Landtage die Anwesenheit des königlichen Kommissars dazu beiträgt, daß nicht leicht ein Mißverständnis vorkommen könne, das nicht im Laufe der Verhandlung berichtigt werden würde. Es ist weiter erwohnen worden, daß, wenn eine Petition die Majorität beider Kurien erlangt hat und der königliche Kommissar in beiden Kurien an der Berathung Theil genommen habe, dies ein anderer Fall sei, als wenn eine Petition bei einem Provinzial-Landtage eingeleitet werde, wo ein königlicher Kommissar nicht zugegen sei. Ich würde daher, ohne mich in der Hauptsache dem Antrage zu widersetzen, vorschlagen, die Abstimmungen zu trennen.

Marshall: Ich muß doch auch der Ansicht sein, daß es besser sein wird, die Fragen getrennt zu lassen. (Fortsetzung in der ersten Beilage.)

Das Schließt nicht aus, daß man sich nachher darüber auf das gründlichste auslassen kann.

Abgeordn. Knoblauch: Ich habe nicht vorher gewußt, daß ich unmittelbar nach meinem verehrten Kollegen das Wort erhalten würde. Im Wesentlichen ganz mit ihm übereinstimmend, bin ich indessen der Meinung, daß seine Bemerkungen in Bezug auf das hier ebenfalls in Betracht kommende provinzialständische Verhältnis bei einem späteren Abschnitte des Gutachtens ihre Erledigung finden werden. Im Allgemeinen wollte ich nur aussprechen, daß das Gutachten in allen seinen Punkten so vollkommen aus meiner Seele geschrieben ist, daß ich es für überflüssig gehalten haben würde, irgend etwas zu seiner Vertheidigung noch anzuführen. Dies scheint mir aber jetzt in einem gewissen Grade nöthig, weil das Gutachten in seinem wesentlichsten Punkte zuerst von einem ritterschaftlichen Abgeordneten aus Schlessen angegriffen worden ist. Ich bin mit den Vorderfragen des gedachten Herrn Redners vollkommen einverstanden, insofern sie die Natur des Petitionsrechtes selbst betreffen; mit seinen Schlussfolgerungen befinde ich mich aber in dem entschiedensten Gegensatze. Ich halte das Petitionsrecht von einer so großen, überwiegenden Wichtigkeit, daß ich es in keiner Art beschränkt, sondern vielmehr auf jede mögliche Weise erleichtert wissen möchte. Gerade dieses Recht ist das beste Mittel, wodurch sich eine ständische Versammlung mit der Krone zu vereinigen im Stande ist. Auch giebt es ja kein sicheres Zeichen, um ein wahres, volles Vertrauen zu äußern, als eben das, eine Bitte auszusprechen. Zugleich muß es für die Regierung von der größten Wichtigkeit sein, die Wünsche und Bedürfnisse, welche im Volke aufstauen, gerade auf diesem Wege kennen zu lernen und dadurch eine Gelegenheit zu finden, dieselben Wünschen die rechte, gesetzmäßige Richtung zu geben, bevor sie mit einer unabweislichen Nothwendigkeit nahen und Berücksichtigung erheischen. Außerdem halte ich die einfache Majorität für das allerbeste Mittel, wodurch sich eine bestimmte, in der Versammlung vorherrschende Meinung dokumentiren kann. Gerade durch eine einfache Majorität wird es viel leichter möglich, daß sich bei einem Antrag sowohl im Ganzen als in seinen einzelnen Theilen die eigentliche Absicht einer zahlreichen Versammlung deutlich ausdrückt. Die Anforderung, daß stets zwei Drittel derselben sich dafür erklären müssen, um eine Bitte an den Thron gelangen zu lassen, ist indagegen, meiner Erfahrung nach, außer der darin liegenden überaus großen Erschwerung der Sache selbst, auch große Verlegenheiten bei der Abstimmung herbeiführt. Durch die Combination verschiedener Ansichten erhät der eine Abschnitt des betreffenden Gegenstandes vielleicht die erforderliche Zahl von zwei Drittel der Stimmen, während ein genau damit zusammenhängender anderer Theil ein so beträchtliches Stimmen-Verhältniß nicht gewinnt, was natürlich in dem Vortrage der Bitte eine große Ungleichheit herbeiführen muß. — Am meisten spricht, aber meines Erachtens, gegen die Anforderung einer Stimmen-Mehrheit von zwei Drittel zur Gültigkeit eines Beschlusses der Umstand, daß dadurch der Minorität in der Versammlung geradezu die Macht eingeräumt wird, das Zustandekommen eines Beschlusses überhaupt zu verhindern. Ferner ist die Lage der Sache auf dem vereinigten Landtage eine ganz andere, als bisher, denn wenn die Majorität, welche in der einen Versammlung sich dafür ausspricht, auch wirklich nur eine geringe wäre, so ist es doch ein ganz unabweisliches Erforderniß, daß zu derselben außerdem die Majorität in der anderen Kurie hinzutreten muß. Hierdurch erhält die Sache aber, meines Erachtens, diejenige vollständige Unterstützung, welche, neben den wohlwollenden inneren Gründen, geeignet sein dürfte, um sie Sr. Majestät zu empfehlen. Ich habe aber auch noch einen anderen Grund für die Unterstützung dieser Bitte. Es ist nämlich in dieser Versammlung bei vielen Gelegenheiten von der Nothwendigkeit einer historischen Begründung für die zu ergreifenden Maßregeln die Rede gewesen, und ich erkenne dieselbe auch vollkommen an, indem ich als unzweifelhaft voraussetze, daß jede Zeit ihr volles und gleiches Anrecht an eine solche historische Gestaltung hat. Wenn ich aber in dieser Beziehung die in Rede stehende neue Bestimmung, daß nämlich zwei Drittel der Stimmen in jeder der beiden verschiedenen Kurien zur Beschlußnahme über eine Petition nothwendig sein sollen, näher prüfe, so suche ich vergebens nach dem historischen Boden dieser Maßregel und bemühe mich vergeblich, die Gründe und Veranlassung dazu aufzufinden. — Im Gegentheil zeigt sich, daß da, wo Stände, deutsche Stände zusammen gekommen sind, zu allen Zeiten auch Bitten und Beschwerden rückhaltlos und vertrauensvoll ausgesprochen worden sind, und daß dies stets der sicherste Weg zur Verständigung mit dem Landesherren und zum Wohl des Vaterlandes gewesen ist. Endlich finde ich für die Zweckmäßigkeit und Rathsamkeit, die Petitions-Befugniß auf alle Weise zu

erleichtern, in dem beinahe dreißigjährigen Entwicklungsgange unserer provinzialständischen Institution den schlagendsten Beweis. Denn gerade dadurch, daß die Provinzialstände das Petitionsrecht in einem größeren oder geringeren Umfange, aber auf eine würdige Weise geübt haben, hat ihre Thätigkeit in dem öffentlichen Leben tiefe Wurzeln geschlagen. Gerade dadurch, daß Kommunen und Corporationen und einzelne Abgeordnete ihre wohlbegründeten Bitten ausgesprochen haben, und daß die Regierung darauf wohlwollend eingegangen ist, ungeachtet das betreffende Gesetz dies nur in einem beschränkteren Maße gestattete, gerade dadurch hat die provinzialständische Verfassung in der öffentlichen Meinung dasjenige Gewicht erhalten, dessen sie sich in den letzten Jahren in immer steigendem Grade erfreut hat. Meine angelegentliche Bitte geht also dahin, daß dieses Recht nicht nur unbeschränkt erhalten und von allen neuen Hindernissen befreit bleiben, sondern auch in der beantragten Art erweitert und daß dieser Wunsch von einer zahlreichen Mehrheit dieser Versammlung unterstützt und von den hohen Räten der Krone bevorwortet werden möge.

Abgeordn. von Massow: Meine Herren, auch ich erkenne gewiß das Recht, Bitten und Beschwerden an Se. Majestät den König gelangen zu lassen, als eines der wichtigsten und heiligsten an, welches einer Nation zu Theil werden könne; Bitten und Beschwerden können in unserem Staate sowohl von Einzelnen als von Gemeinden und Corporationen an den Thron Sr. Majestät gelangen, ohne alle Schwierigkeiten. Hier handelt es sich aber von Bitten und Beschwerden, die aus dieser hohen Versammlung an den König gelangen sollen, und diese sind als solche eben nicht Bitten und Beschwerden Einzelner oder einzelner Corporationen, sondern Bitten und Beschwerden, welche die Wünsche des ganzen Landes repräsentiren. Darum hat eben der Gesetzgeber, früher bei den Provinzialständen und jetzt durch das Gesetz vom 3. Februar, vorgesehen, daß eine wirkliche und ansehnliche Majorität vorhanden sein müsse, um auch solche Wünsche der Nation darstellen und begründen zu können. Jeder, der nur Abstimmungen in ähnlichen Versammlungen, wie die unsrige, beigewohnt hat, wird zugeben müssen, daß die Abstimmung bei einer absoluten Majorität häufig von Zufälligkeiten abhängt, nur ein Schnupfen kann einen Einzelnen vom Erscheinen in dieser Versammlung abhalten, und wenn die Abstimmungen oftmals sehr schwankend sind, wenn es nur auf eine oder wenige Stimmen ankommt, die Majorität darzustellen, so wird Jeder zugeben müssen, daß es zweifelhaft bleibt, ob solches Resultat der Abstimmung wirklich der Wunsch und die Meinung des Landes gewesen sei. Ich glaube, daß aus diesem wichtigen Grunde der Gesetzgeber verlangt hat, daß eine größere als bloß absolute Majorität vorhanden sein müsse. Ich stimme jedoch nicht bloß aus diesen angeführten Gründen gegen die absolute Majorität, sondern auch aus denen des schon bestehenden Rechtes, und kann mich daher nur für die Minorität der Abtheilung erklären.

Abgeordn. Sommerbrodt: Das geehrte Mitglied der Ritterschaft von Schlessen hat mit beredten Worten das Gutachten angegriffen und besonders hervorgehoben, daß durch Zählung von zwei Dritteln der Stimmen man am sichersten erfahre, ob es die Stimme des Volkes sei, welche an die Stufen des Thrones gelangen soll. Ich frage aber dagegen: ist es denn ein so großer Nachtheil, wenn durch absolute Stimmen-Anzahl ein paar Bitten mehr an den Thron gelangen, die demnach vielleicht nicht alle die Stimme des Volkes in sich trügen, oder ist es von größerer Wichtigkeit und Bedeutung, wenn durch absolute Stimmenmehrheit neue Schulden und neue Steuern im Namen des Volkes bewilligt werden sollen? wozu, wenn die Erklärung richtig ward, die Stimme des Volkes doch gewiß am meisten zu berücksichtigen sei, dazu verlangt das Gesetz aber nur die absolute Majorität. Genügt diese dafür, so muß sie auch im anderen Falle ausreichend sein. Jedes Richter-Kollegium erkennt über Tod und Leben nach absoluter Stimmenmehrheit, und der Landesvater sollte die Bitten seines Volkes durch die von ihm einberufenen Stände nicht hören dürfen durch absolute Majorität? Mir unterliegt es keinem Zweifel, daß daher Jeder nur für das Gutachten sich erklären kann, denn mögen Bitten auch abgeschlagen werden, hören mag sie aber Se. Majestät der König.

Abgeordn. von Gottberg: Die vorliegende Frage ist im Gutachten der Abtheilung so ausführlich behandelt, daß es beinahe unmöglich ist, was man demselben beistimmt, noch neue Gründe dafür anzuführen, und ich werde mich daher darauf beschränken, ganz kurz die Ansichten, weshalb ich dafür stimme, auseinanderzusetzen. Die Abstimmung soll überhaupt nur dazu sein, die Ansicht der Versammlung zu dokumentiren; aber nicht al-

lein die Ansicht der Versammlung, sondern auch die Ansicht des Landes, da man doch annehmen muß, daß die Mehrheit der Versammlung die Mehrheit des Landes als solche repräsentirt. Wenn man nun annimmt, daß die Entscheidung bei irgend einer Frage über eine vorgelegte königliche Proposition wichtiger ist, als eine bloße Bitte, wenn man also annimmt, daß, wenn man einer Versammlung das Recht zugestehet, durch einfache Stimmenmehrheit bei königlichen Propositionen zu entscheiden, so kann es nicht konsequent sein, wenn man ihr bei bloßen Bitten diese Befugniß nicht zuerkennen will, ihr dieses Recht nicht einräumt, sondern verlangt, es sollen mehr Stimmen dafür vorhanden sein. Und so glaube ich, man kann nicht anders, als dem Abtheilungs-Gutachten beistimmen. Ich glaube, daß bei Petitionen wohl eben so wenig Gefahr ist, und wohl noch weniger, als bei der Entscheidung über Schulden und Steuern, und wenn also hier das Gouvernement angenommen hat, daß die absolute Mehrheit die Meinung des Landes sei, nämlich bei der Entscheidung über Staatsschulden und Steuern, so muß konsequent das Gouvernement auch annehmen, daß diese Mehrheit der Versammlung auch die Mehrheit des Landes bei Petitionen repräsentirt. Aus diesem Grunde entscheide ich mich für das Gutachten der Abtheilung.

Abgeordn. von Uerswald: In Betreff der Frage oder vielmehr des Antrages, daß nicht nur in der Regel, sondern bei allen Abstimmungen die einfache Stimmenmehrheit gelten soll, beschränke ich mich nach der vortrefflichen Ausführung des Gegenstandes seitens der Abtheilung meines Theils auf die einfache Erklärung, daß von allen formellen Bestimmungen in Bezug auf unsere Landtags-Verhältnisse mir von jeher keine auffallender gewesen ist, als die, daß nicht die einfache Stimmenmehrheit in einer Versammlung, wie die unsere, unter allen Umständen gelten soll. Seit den Anfängen der Geschichte, die uns die Genesis erzählt, bis auf den heutigen Tag ist es ein gewiß selten, vielleicht nirgends vorgekommener Fall, daß von ähnlichen Versammlungen, wie die unsrige, eine andere Entscheidung, als die durch Stimmenmehrheit, gefordert wird. Unter allen Gründen, die dafür angeführt worden sind, ist mir im Allgemeinen und an sich kein anderer begründet erschienen, als der, daß man dadurch zu schnellen, übereilten, nicht reiflich erwogenen Abstimmungen in wichtigen Fällen vorbeugen wolle. Aber, ich frage Sie, meine Herren, auf wen will man diese Besorgniß hier anwenden? Meine Herren, wir sind Deutsche, es ist Keiner unter uns da, es darf Keiner unter uns sein, der nicht wenigstens ein Menschenalter sah, es darf auch kein Besigloser unter uns sein. Darum darf man wohl voraussetzen, daß eine Versammlung, wie die unsrige, sich nicht leicht zu Beschlüssen vereinen werden könne, die nicht reiflich erwogen worden sind. Ich weiß nicht, was für Erwägungen und Gründe die Regierung bewegen haben könnten, diese Bestimmung außer der angeführten aufzunehmen. Ich kann mir ferner wohl denken, daß, als größere ständische Institutionen ins Leben gerufen wurden, vor einigen 20 Jahren man damals dergleichen Besorgnisse über den Gebrauch der Rechte seitens der Versammlungen hegen mochte; wir haben aber nun wieder die Erfahrung fast eines Lebensalters hinter uns, und ich glaube, sie hat uns das Recht gegeben, zu verlangen, daß man uns traut und annimmt, wir werden unsere Aufgaben reiflich und ernstlich erwägen. Ich wage, wie schon bemerkt, nicht etwanige andere Gründe zu beurtheilen, oder vielmehr, ich kann sie nicht beurtheilen, welche die Regierung zu der betreffenden Bestimmung veranlaßt haben mag, da ich sie nicht kenne; aber, meine Herren, in diesem Augenblicke ist diese Frage an uns selbst gekommen! Wir haben nicht in dem Rathe gesessen, der den Entwurf gemacht hat, dort konnten wir nicht dafür, nicht dawider stimmen, wir haben auch die bewegenden Gründe nicht gehört; jetzt aber liegt uns die Frage vor, es ist jetzt unsere Sache, uns selbst über unsere Befähigung nach unserer Ueberzeugung zu erklären, und ich bitte und beschwöre Sie, lassen Sie uns nicht über uns selbst das Urtheil fällen.

Abgeordn. Graf von Schwerin: Ich will die hohe Versammlung nicht lange aufhalten; nur ein einzelnes Moment will ich dem hinzufügen, was der geehrte Redner, der vor mir auf der Tribune war, gesagt hat. Ich stimme im Resultat und in der Begründung ganz mit seiner Meinung überein und will nur hinzufügen, daß ich die Annahme des Abtheilungs-Gutachtens gerade im Interesse des Gouvernements wünsche. Ich bin der Ueberzeugung, daß alles das, was im Schooße der Zeit liegt, geboren werden muß, mag man die Schranken so eng ziehen, wie man will. Es ist am Ende im ständischen Interesse, im Interesse der Entwicklung unserer Verhältnisse von geringem Belange, ob einmal früher oder später ein Antrag an Se. Majestät den König gerichtet wird; ganz anders aber liegt die Sache in Be-

tige Rhaberei zu heben und den Wohlstand der Ostsee-Provinzen, welche alle Elemente für das Gedeihen einer großartigen Rhaberei haben, zu fördern.

Referent Graf von Ikenplig: Ich erlaube mir zunächst das Votum der Abtheilung, welcher diese Petition zur Begutachtung vorgelegen hat, vorzutragen. Insofern es gewünscht wird, werde ich weiter auf den Gegenstand eingehen, wünsche aber zuerst der hohen Kurie Rechenschaft darüber zu geben, welche Ansicht die Abtheilung gehabt hat. Das Gutachten der Abtheilung lautet so:

Die Abtheilung hat die anliegende Petition nebst dazu gehöriger Denkschrift in Erwägung gezogen, auch über die Lage der dabei obwaltenden Verhältnisse die geeigneten Eröffnungen des Herrn Finanz-Ministers Excellenz entgegengenommen.

Dieselbe ist der Ansicht, daß der Kampf der Meinungen über: eine erhebliche Erhöhung der Eingangszölle, namentlich auf Baumwollen- und Leinwand, unter Bewilligung von Rückzöllen für gewebte und gefärbte Stoffe, und über:

Einführung von Differenzial-Zöllen zur Hebung der Industrie und Rhaberei, durch die Resultate der letzten Zoll-Konferenzen und die Zoll-Erhöhungen, welche die Allerhöchste Kabinets-Ordnung vom 28. Oktober 1846 publizirt, eine befriedigende und schließliche Erledigung noch nicht erhalten hat; und daß namentlich die durch das vorallegirte Gesetz angeordneten Zoll-Erhöhungen den Webern, Druckern und Färbern schaden werden, ohne den Spinnereien genügend zu nützen.

Demnach hält die Abtheilung dafür, daß die im Eingange beregten Fragen, über: Garnzölle und Rückzölle,

und über: ein Differenzial-Zoll-System nach vorhergegangener Anhörung von Sachverständigen, namentlich der betreffenden Fabrikbesitzer, und unter Beachtung der Feuerungen der Handels-Kammern der westlichen und der Korporationen der Kaufmannschaften der östlichen Provinzen der Monarchie (seitens der preussischen betreffenden Behörden) bei der nächsten Zoll-Konferenz noch einmal preussischerseits zur Erörterung zu stellen sein werden. — Das folgerechte Durchführen eines Systems dürfte heilsamer sein, als eine veruchte Zwischenmaßregel, welche vielleicht Niemanden recht befriedigt.

In dieser Tendenz beantragt die Abtheilung: daß die Herren-Kurie die anliegende Petition nebst Denkschrift im gesetzlich vorgeschriebenen Wege Sr. Majestät dem Könige vorlegen und den Wunsch aussprechen möge, daß der Inhalt derselben, nach der ferneren Anhörung von Sachverständigen, bei der nächsten Zoll-Konferenz beachtet und zur Erwägung gezogen werde.

Berlin, den 7. Mai 1847.
Adolph Prinz zu Hohenlohe. Graf von Arnim.
Graf zu Dohna-Lauk. von Lichnowsky. von Krosigk.
von Rabzwill. von Quast. Graf von Schaff.
Gotsch-Maiwaldau. von Ikenplig. Sierstorpf.
von Keltch. von Reysersing.

Ich glaube, daß es mir als Referent zunächst obliegen dürfte, den Beschluß der Abtheilung mit einigen Worten zu motiviren. Ich glaube, daß das sehr leicht sein wird. Es ist der Gegenstand, den wir hier verhandeln, einer der allerwichtigsten, er ist außerdem ein solcher, über den die ersten Gelehrten und Staatsmänner oft verschiedener Ansicht sind. Es ist außerdem dabei zu berücksichtigen, daß hierbei die verschiedenen industriellen Interessen zuweilen einander feindselig entgegnetreten, wie die Spinner gegen die Weber. Es ist ferner zu beachten, daß der preussische Staat über diese Angelegenheit nicht allein zu bestimmen hat, daß auf den Zoll-Kongressen auch nicht einmal nach der Majorität Beschlüsse gefaßt werden können, sondern daß zu jeder Abänderung Einstimmigkeit erforderlich ist. Es ist endlich zu beachten, daß eine jede Aenderung der Zollgesetze immer störend auf die Unternehmungen der Industriellen einwirken, als Kapitalien zu neuen Anlagen verwendet werden, je nachdem die Industriellen glauben, daß sie bei den bestehenden Zollgesetzen Vortheil von einem Unternehmen erwarten können oder nicht. Dieses bringt die Schwierigkeit mit sich, irgend eine Aenderung einzutreten zu lassen. Denn wenn ein solches Gesetz auch nur kurze Zeit gegolten hat, so sind die Kapitalien gewissermaßen im Vertrauen auf die gegenwärtige Gesetzesgebung angelegt worden. Diese zu ändern, ist deshalb schwierig und bedenklich. Aus allen diesen Rücksichten rechtfertigt sich wohl vollkommen die große Vorsicht, mit welcher die Abtheilung sich über diesen Gegenstand ausgesprochen hat, und daß die Abtheilung ein tieferes Eingehen in dieses große Gebiet nur insoweit für gut gehalten hat, als die Denkschrift dazu nähere Data an die Hand gab — und das ist namentlich hinsichtlich der sehr wichtigen Frage der Besteuerung des Baumwollengarnes, Zwistes und der damit in Verbindung stehenden und eventuell in Verbindung zu stehenden Rückzölle, und zweitens in Beziehung auf ein eventuelles Differenzial-Zoll-System zur Hebung der Industrie, Schiffahrt und Rhaberei gesehen. In dieser Beziehung war zunächst die Petition in Erwägung zu ziehen, und schien es, daß dieser Gegenstand mit den Resultaten der letzten Zoll-Konferenz noch nicht als abgeschlossen zu betrachten sei. Die Abtheilung hat ferner gesagt, sie glaube, daß diejenigen Zoll-Erhöhungen, welche die Kabinets-Ordnung vom Oktober v. J. in Folge der letzten Zoll-Konferenz-Beschlüsse publizirt hat, noch einmal in Betrachtung gezogen werden möchten. Ich glaube, daß dies durchaus nothwendig ist. Die Abtheilung hat ferner auch schon angedeutet, daß sehr zu bedenken sei, ob nicht diese Erhöhungen mehr geschadet als

genutzt haben. Je mehr ich bemüht gewesen bin, über die Sache nachzudenken und mich zu informiren, um desto mehr bin ich in dieser Ansicht bestärkt worden, und ich würde heute, was meine unvorgreifliche Ansicht betrifft, nicht nur aussprechen, was ich schon in der Abtheilung gesagt habe: es sei zu fürchten, daß die letzte Zoll-Erhöhung mehr geschadet als genutzt habe, sondern ich würde heute weiter gehen und sagen, sie hat wohl sicher mehr geschadet als genutzt, und ich würde, was meine unvorgreifliche Meinung betrifft, darauf antragen, daß es nützlich sein würde, sie wieder aufzuheben. Ich habe mehrere Notizen darüber von Gewerbetreibenden erhalten, die in verschiedenen anderen Punkten verschiedener Meinung sind, und von denen Einige aussprechen: man erhöhe den Twistzoll bedeutend und bewillige Rückzölle; während Andere meinen: man solle die früheren Zölle gar nicht erhöhen, sondern den freien Handel begünstigen. Diese Alle stimmen aber darin überein, daß die letzte Erhöhung gar nicht günstig eingewirkt habe, wenn sie auch über das verschiedene Meinung sind, was weiter geschehen soll. Das ist der Hauptpunkt und darüber dürfte das Nöthige gesagt sein. Was die Rückzölle betrifft, so ist das eine der bestrittensten Materien. Die Industriellen, welche im Jahre 1845 hier vernommen worden sind, haben mit großer Bestimmtheit Rückzölle verlangt und verlangen sie noch. Ich glaube aber, daß uns obliegt, auch die Gegengründe gleich mit ins Auge zu fassen, und diese dürften im Wesentlichen, wie ich glaube, darin bestehen, daß von der rohen Baumwolle und dem Baumwollengarn, was bei uns eingeht, nach den vorliegenden Notizen nur $\frac{1}{4}$ oder $\frac{1}{5}$ in verwebten oder verwirkten Stoffen wieder zum Export kommt, der anderweite größere Theil aber, welcher verwebt worden ist, im Gebiete des Zollvereins verbraucht wird. Der Rückzoll bringt nun allerdings den hohen Garnzoll rücksichtlich des Exportes ins Gleichgewicht, rücksichtlich dessen aber, was im Gebiete des Zollvereins verbraucht wird, ist eine solche Ausgleichung nicht anzunehmen, sondern es greift hier Platz, was vielfach von den Gegnern geltend gemacht worden ist, daß hier der Konsument zu Gunsten der Industrie besteuert werde. Es ist dies deshalb allein noch nicht unbedingt zu verwerfen, denn es wirkt das Gedeihen der Industriellen indirekt auch auf den Wohlstand des Ganzen zurück. In dessen wird doch, wie auch das Votum der Abtheilung besfürwortet, die Frage über den Rückzoll nicht als abgeschlossen betrachtet werden können, sondern bei der nächsten Zollkonferenz zu weiterer Berathung wieder aufgenommen werden müssen. Ich habe noch von dem Differenzial-Zoll-System in Beziehung auf die Rhaberei und auf die Industrie im Allgemeinen zu reden. Ich glaube, daß auch hier das Votum gerechtfertigt ist. Die Rhaberei in Preußen selbst befindet sich nicht gerade in einer solchen Lage, daß sie bestimmte Rückschritte gemacht hat. Das kann nicht behauptet werden. Wenn sie früher solche gemacht hat, so hat dies theilweis auch daran gelegen, daß sie früher technisch nicht so betrieben worden ist, wie sie betrieben werden muß. Die Schiffe waren nicht so eingerichtet (gekupfert z. B.), daß sie in allen Zonen Schifffahrt treiben konnten. So hat es früher (vor 20 Jahren) auch mehr als jetzt an tüchtigen Schiffen und Steuerleuten gefehlt. Beide Hindernisse sind nun aus dem Wege geräumt. Die Schifffahrtsschulen haben dahin gewirkt, daß wir so gute Steuerleute, Schiffer und Matrosen haben, wie irgend ein anderer Staat in Europa. Die Rhaberei, welche jetzt Schifffahrt betreiben, pflegen ihre Schiffe so auszurüsten, daß sie in jeder Zone fahren können und die Rhaberei hat solche Anstalten gemacht, um ihr Gewerbe in der ganzen Welt betreiben zu können. Dessenungeachtet sind die Fortschritte doch nur gering zu nennen, und ich glaube, daß aus dem, was ich gesagt habe, gerade hervorgeht, daß von der Rhaberei, welche ihrerseits das Nöthige geleistet hat, nur dann große Fortschritte zu erwarten sind, wenn man ihr von einer andern Seite hier fördernd zu Hülfe kommt. Das dürfte aber dadurch geschehen, wenn man ein Differenzial-Zoll-System einführt, wenn man sagt: wir wollen diese und jene Waaren etwas wohlfeiler in die Zoll-Vereins-Staaten entlassen, wenn sie auf preussischen Schiffen eingeht, und es würde daran leicht anzuknüpfen sein, daß auch den Staaten, die unserer Rhaberei und dem Absatz unserer Fabrikate Vortheile gewähren, auch bei uns ähnliche Vortheile eingeräumt werden können. Ich glaube hiermit das Votum der Abtheilung gerechtfertigt zu haben.

Marschall: Ich eröffne die Berathung.

Prinz Friedrich von Preußen: Wie ich die Petition an dem Tage, wo sie ausgelegt wurde, vor mir liegen sah, habe ich mit der größten Freude gesehen, daß die Herren-Kurie sich mit einer so wichtigen Sache beschäftigt wird, die einen so großen Eindruck im Lande ausüben muß. Ich lebe in einem Lande und in einer Gegend, die von Fabriken froht. Sie können überzeugt sein, daß ich bei meinem dortigen Aufenthalte auch mein Augenmerk darauf richtete, was im Lande vorgeht. Ich habe aber auch leider die Erfahrung machen müssen, und es ist mir dies von allen Seiten von Fabrikherren bestätigt worden, daß

nach den leider bestehenden Verhältnissen der Zölle, wie sie im Lande existiren, die Fabriken nach und nach geringer werden, nach und nach eingehen müssen, die Arbeit immer mehr verringert werden muß und dadurch die Fabrikherren in ihren Vermögensumständen zurückkommen. Ich habe über diese Verhältnisse mit vielen Fabrikherren gesprochen und mich darüber genau unterrichtet und nur Bedauerliches erfahren. Denn, wenn diese Herren in guten Zeiten eine Masse von Menschen ernähren, was entsteht dann, wenn Jahre entstehen, wie das vorige und jetzige? Die Folge ist die, daß die Leute, welche von dem Gelde dieser reichen Fabrikbesitzer sich nähren, welche ihre Einkünfte verringert sehen, die Leute aus der Armuth Mißvergnügen. Ich habe schon jetzt erlebt, daß unsere Armen am Rhein nicht mehr bitten, sondern fordern, und das ist die Sache, die wir im Lande nicht ohne die größte Gefahr aufkommen lassen dürfen. Wenn die Sachen so fortgehen, wie sie gegangen sind, so ist die größte Gefahr vorhanden. Ich kann es nicht aussprechen, ich kann es nicht beweisen, sonst würde ich es vielleicht gewichtiger aussprechen können, aber ich habe gehört, daß in verschiedenen Kreisen jenseits des Rheines gegen 20,000 Menschen aus der Arbeit entlassen worden sind. Ich muß glauben, daß es übertrieben ist. Wir haben bis jetzt kein Beispiel erlebt, daß irgend einer von diesen Leuten sich gegen das Gesetz benommen habe, und ich muß gestehen, ich habe es dort öffentlich ausgesprochen, daß ich meinen Hut vor diesen Leuten abnehme, welche eine solche Achtung vor dem Gesetz gezeigt haben. Wie lange das so fortbauern wird, lasse ich dahingestellt sein, bis jetzt haben sie noch moralische Kraft in sich. Wenn aber diesen Herren, die bis jetzt diese Leute beschäftigt haben, nicht die Mittel gegeben werden, daß sie diese wieder ernähren können und ihre Familien, so sehe ich kommen, daß wir nicht mehr im Stande sind, sie zu erhalten. Die Meisten haben gethan, was sie vermochten; wir haben Alle das Möglichste gethan, um der Noth zu steuern, aber, meine Herren, unsere Mittel geben auch auf. — Wenn diejenigen, denen es obliegt, ihre Arbeiter zu erhalten, nicht mehr im Stande sind, sie zu ernähren und zu unterstützen, so sehe ich, etwas kommen, was wir nicht mehr dann verhindern können. Ich glaube, jetzt ist es noch Zeit, der Sache entgegen zu treten, und sollten wir es versäumen, so habe ich wenigstens mein Gewissen gewahrt und ausgesprochen, daß es meine Schuld nicht ist, wenn daraus ein Unglück entsteht, dem wir jetzt noch vorbeugen können.

Finanz-Minister von Düsselberg: Die Petition betrifft einen Gegenstand von höchster Wichtigkeit, welcher die öffentliche Meinung von so verschiedenen Seiten her, in verschiedenen Zeiten und besonders lebhaft in neuester Zeit, aber auch da wieder in der verschiedensten Richtung beschäftigt hat. Es haben sich über diesen Gegenstand die Vertreter der industriellen Interessen mehrfach vernehmen lassen, namentlich auch bei der Konferenz, die 1845 hier beim Handelsamte stattgefunden hat. Die Stimmen und Ansichten derselben sind im Allgemeinen bekannt und haben zu Verhandlungen bei den General-Zoll-Konferenzen Anlaß gegeben. Dieser Gegenstand betrifft aber nicht ausschließlich nur die industriellen Interessen; er ist von großer und allgemeiner Wichtigkeit, und es kann daher der Staatsregierung nur erwünscht sein, über denselben auch die Vertreter der allgemeinen Interessen zu hören, die Stimme des Landes zu vernehmen, da der Gegenstand nach verschiedenen Richtungen hin den erheblichsten Einfluß äußert. Es wird für die Regierung bei den weiteren Schritten, die sie thut, von der größten Bedeutung sein, zu erfahren, wie das Land nach allen Seiten hin und nach den verschiedenen Interessen über den Gegenstand urtheilt. Das, was das Land in dieser Beziehung ausspricht, wird gewiß der reiflichsten Erwägung bei den weiteren Schritten der Regierung unterworfen werden. Die Lage der Sache ist von der Art, daß es fürs Erste nur darauf ankommt, genau die Ansicht des Landes zu kennen, und es würde noch zu früh sein, wenn die Regierung über einen Gegenstand, in Hinsicht dessen die Stimmen so sehr getheilt sind, hier eine bestimmte Meinung aussprechen und vertreten wollte, wenn sie sich über die Abänderung eines Systems erklären wollte, das gegenwärtig die Grundlage des Zollvereins bildet und zu dessen Abänderung ein einstimmiger Beschluß sämmtlicher Zollvereinsstaaten erforderlich ist. Indem ich also hier keine bestimmte Ansicht vertritt, sondern abwarten werde, wie die hohe Versammlung sich ausspricht, wird es doch von Interesse sein, diesen hochwichtigen Gegenstand nach seinen verschiedenen Seiten hin historisch kennen zu lernen, da derselbe, wie bekannt, nicht erst in neuerer Zeit die öffentliche Aufmerksamkeit erregt hat. Er betrifft einen Kampf, der schon durch viele Jahre sich hinzieht, in verschiedenen Ländern und unter verschiedenen Verhältnissen sich erneuert hat. Ich komme zurück auf die Geschichte dieses Gegenstandes in unserem Staat selbst. Zunächst muß zwischen dem Schutz-Zollsystem und dem System der Differenzial-Zölle unterschieden werden. Beide sind nicht nothwendig mit einander verbunden, sie verfolgen auch zum Theil verschiede-

dene Zwecke. Unser Staat hat bisher ein Differenzial-Zollsystem praktisch nicht gehabt; es ist auch ein solches System bisher kein Gegenstand unserer Gesetzgebung gewesen, es ist vielmehr ein Gegenstand, der erst in neuerer Zeit in Betreff seiner Anwendung auf Preußen in der öffentlichen Meinung sich bestimmt geltend gemacht hat. Was dagegen das System des Freihandels und der Schutz-Zölle betrifft, so bestand bis 1806 in unserer damaligen Aelce-Verfassung ein sehr strenges Protektiv- und Prohibitiv-System. Während der Jahre 1806 bis 1815, in dieser kritischen Zeit, blieb dasselbe bestehen, wurde aber durch die Verhältnisse vielfach durchlöcherter; erst nach 1815 ward es die Aufgabe der Gesetzgebung, diesen Gegenstand vollständig zu ordnen. Bei den sehr weitläufigen und ausführlichen Beratungen fanden beide Ansichten, die für das System des Freihandels, so wie die für das Protektiv- und Prohibitiv-System, ihre Vertreter. Von den Fabrikanten wurde sehr bevorzogen, das bisherige Protektiv- und Prohibitiv-System aufrecht zu erhalten; nach ausführlicher Berathung entschieden aber des hochseligen Königs Majestät durch eine Ordre von 1817, daß das Prinzip der freien Einfuhr fremder Fabrikate gegen Erlegung einer mäßigen Abgabe als Grundlage der Gesetzgebung des preussischen Staates für alle Zukunft aufgenommen werden solle. Diese Grundlage enthält das Zollgesetz von 1818, wodurch der freie Verkehr, der freie Handel ausgesprochen wurde, jedoch mit der Maßgabe, daß der inneren Fabrik- und Manufaktur-Industrie durch angemessene Zölle, die jedoch in der Regel 10 Prozent nicht übersteigen sollten, ein Schutz zu gewähren sei. Dieses System besteht im Wesentlichen noch jetzt und bildet die Grundlage der Zollvereinsverträge, woran ohne einstimmigen Beschluß der sämtlichen Vereinsstaaten nichts geändert werden kann. Es sind nun allerdings von mehreren Seiten her in den letzten Jahren Anträge gekommen, hierin eine Aenderung eintreten zu lassen, diese Anträge haben aber nur in einzelnen Punkten zu Modifikationen geführt und namentlich, was den Twistsoll und den Zoll von Maschinengarn angeht, zu den bekannten Bestimmungen vom Oktober v. J. Wenn von mehreren Seiten öffentlich geäußert worden ist, daß die Industrie, die innere Gewerbetätigkeit, die dem gegenwärtigen Systeme nicht diejenige Entwicklung gefunden habe, deren sie bedürfe und welche ihr zu wünschen sei, so lasse ich dahingestellt sein, inwiefern sie eines höheren Aufschwunges, einer höheren Entwicklung fähig sei; daß aber die innere Gewerbetätigkeit seither wirklich bedeutende Fortschritte gemacht hat, das zeigen die Zahlen, die statischen Nachrichten, die zu verschiedenen Zeiten darüber aufgenommen worden sind. Ich will im Allgemeinen nur anführen, daß von 1831 bis 1843 die Zahl der Webstühle für Seide und Halbside von 8956 auf 16,911, daß die Zahl der Webstühle für Baumwolle und Halb-Baumwolle von 25,464 auf 47,747, eben so die Webstühle für Wolle und Halbwolle von 15,360 auf 17,911, die Webstühle für Strumpfwaren von 2110 auf 2272 gestiegen ist. Ein Rückgang ist nur in Bezug auf die Linnen-Industrie zu bemerken, die allerdings sich nicht mehr in der früheren Blüthe befindet. Was namentlich die Baumwollen-Industrie angeht, so hat sich allerdings der Betrag der Exporte nicht wesentlich verändert, aber doch fortwährend bedeutend die Einfuhr wesentlich überstiegen, und noch im Jahre 1843 bis 1844 beträgt der Ueberschuß über 68,000 Centner. Ich bemerke aber, daß um den Stand einer Industrie zu beurtheilen, es nicht bloß darauf ankommt, wie sich die Einfuhr zur Ausfuhr verhält, sondern es kommt auch wesentlich in Betracht, in welchem Zustande die innere Industrie besteht, wie sich die Gewerbetätigkeit hier vermehrt hat. Ich habe schon Data darüber angeführt, in welchem großen Maße die Zahl der Webstühle gestiegen ist, und es lassen sich noch andere Data anführen, die ebenfalls darauf hindeuten. Die Menge der Twiste, die aus dem Auslande eingeführt und nicht wieder ausgeführt werden, ist seit 1834—36 bis 1843—45 von 242,000 Ctr. auf 438,000 Ctr. und im Jahre 1846 noch um ein Erhebliches gestiegen. Die eingegangene rohe Baumwolle ist seit 1834—36 von 120,000 auf 304,000 Ctr. gestiegen. Es beträgt also die Vermehrung der Einfuhr theils des Halbfabrikats, theils des Rohmaterials mehr als das Doppelte. Nun beträgt aber die Ausfuhr an Baumwollenwaren nur 77,000 Ctr. Es sind also ungefähr $\frac{7}{10}$ von dem, was fabrikt worden ist, innerhalb der Grenzen des Zollvereins in den Verbrauch übergegangen und nur $\frac{1}{10}$ ist exportirt worden, während die Masse des Verbrauchsmaterials erheblich gestiegen ist. Daraus geht hervor, daß die gewerbliche Thätigkeit erhebliche Fortschritte gemacht hat. Die Baumwollen-Spinnerei, in deren Interesse hauptsächlich auch der Schutzoll für Twist in Anspruch genommen worden ist, hat, ohne daß ich genau das Steigen der einzelnen Fabriken, der Spindeln, angeben kann, doch auch erhebliche Fortschritte gemacht, wie daraus erhellt, daß an roher Baumwolle der Mehreingang von 120,000 auf 304,000 Ctr. gestiegen und der bei weitem größere Theil des Mehr im Lande zu Garn verarbeitet ist. Die Fortschritte der Seidenmanufaktur

sind ebenfalls ganz ansehnlich, indem die Webstühle um das Doppelte sich vermehrt haben und gleichzeitig die Ausfuhr bedeutend die Einfuhr übersteigt. In den Jahren 1837—39 betrug z. B. die Mehrausfuhr 2977, in den Jahren 1843—45 aber 4160 Ctr. Es soll indeß damit nicht behauptet werden, daß die Industrie nicht einer noch größeren Entwicklung fähig und daß es nicht wünschenswerth sei, Maßregeln in Erwägung zu ziehen, die zu diesem Ziele hinführen können. Ob die Maßregeln, die dazu in Anregung gebracht worden, auch geeignet sind, den Zweck zu erfüllen, das ist eine Frage, in Hinsicht deren es für die Regierung von höchstem Interesse ist, die Stimme des ganzen Landes zu hören, wozu der dormalen versammelte Landtag gewiß die beste Gelegenheit giebt, auf welchem alle Landes-Interessen ihre Vertreter haben. Was den Twistsoll speziell anlangt, so bemerke ich, daß dieser Gegenstand zunächst mit aus Veranlassung der Aufhebung des Baumwollen-Zolls in England und um dafür den blossseitigen Spinnereibesitzern eine Ausgleichung zu gewähren, im Jahre 1845 auf der Karlsruher Konferenz zur Sprache kam. Es wurde von Preußen eine Erhöhung des Zolls mit Rückzoll in Anregung gebracht, und zwar in einer Weise, daß dadurch der Zoll-Erlaß in England eine Ausgleichung fände. Es wurde angetragen, den Zoll von 2 Rthlr., der bis dahin tarifmäßig war, auf 3 Rthlr. 10 Sgr. zu erhöhen und dafür einen Rückzoll von 1 Rthlr. 10 Sgr. zu gewähren. Dieser Antrag fand keine Zustimmung. Es wurden von anderer Seite ein höherer Eingangs- und Rückzoll und wieder von anderer Seite eine ganz mäßige Erhöhung des Eingangs-Zolls und dagegen eine Bewilligung von Spindel-Prämien in Vorschlag gebracht. Nach langen Verhandlungen wurde preussischerseits der Vorschlag gemacht, den Zoll auf 4 Rthlr. zu erhöhen und dagegen einen Rückzoll von 3 Rthlr. eintreten zu lassen, jedoch mit der Maßgabe, daß über den Rückzoll Konfiskationscheine als Zahlungsmittel zur Berichtigung des Eingangs-Zolls ertheilt werden sollten. Auch dieser Antrag fand keine Zustimmung auf der Karlsruher Konferenz, und so mußte die Sache auf ihrem bisherigen Stande verbleiben. Da auf diese Weise keine Einigung hatte erreicht werden können, so wurde eine außerordentliche Zoll-Konferenz im vorigen Jahre hierher berufen, welche sich hauptsächlich mit diesem Gegenstande zu beschäftigen hatte. Um einigermaßen eine Einigung herbeizuführen, wurde vorgeschlagen, eine mäßige Zoll-Erhöhung eintreten zu lassen, ohne gleichzeitig einen Rückzoll zu gewähren, und nach langen Verhandlungen ist dieser Vorschlag endlich angenommen worden, und zwar mit Rücksicht darauf, daß man doch immer im Auge hatte, den Spinnereibesitzern eine Ausgleichung dafür zu gewähren, daß die Spinnereien in England, wegen Aufhebung des Baumwollen-Zolls, wohlfeiler fabriciren könnten. Es war dabei preussischerseits nicht die Absicht, von den früheren Vorschlägen unbedingt zurückzugehen; diese konnten indessen keine weitere Berücksichtigung finden, nachdem bei der Zoll-Konferenz ausdrücklich über die Frage abgestimmt worden war, ob man einen Rückzoll haben wolle oder nicht, und diese Frage mit überwiegender Majorität verneint worden war. So sind die Bestimmungen wegen des Twistsoll und des leinenen Maschinengarns endlich ergangen, die gegenwärtig von mehreren Seiten, namentlich von den Webern, vielfache Anfechtungen erfahren haben und, wie die Sachen jetzt stehen, allerdings ein Gegenstand neuer Erwägungen werden müssen. Inwiefern überhaupt Rückzölle zu gewähren seien, bedarf der sorgfältigsten Erörterung, und es wird dem Gouvernement von höchster Wichtigkeit sein, zu vernehmen, wie der Landtag darüber denkt. — Was die Differenzialzölle anlangt, so stehen diese mit den Schutz- und Rückzöllen an sich in keiner notwendigen Verbindung. Der Zweck der Differenzialzölle geht bekanntlich dahin, der inländischen Rhederei, der inländischen Fabrikthätigkeit eine größere Beschäftigung, eine größere Ausbreitung zu gewähren, indem man zugleich die direkte Schifffahrt nach den Produktländern befördert und, je nachdem die transatlantischen Produkte auf direktem Wege, auf nationalen Schiffen eingeführt werden oder nicht, einen Unterschied in den Zöllen stattfinden läßt. Die Zölle, die auf den transatlantischen Produkten haften, sind solche, welche hauptsächlich ein finanzielles Interesse haben, es sind die Zölle auf Kaffee, Zucker, Tabak u. s. w. Der Artikel sind nur wenige, aber ihr Ertrag ist von so großem Belange, daß er den aller übrigen Zölle übersteigt; das Differenzial-Zollsystem ist daher für die Finanz-Verhältnisse des Staates von höchster Bedeutung und bedarf in dieser und mancher anderen Beziehung der sorgfältigsten Erwägung. Unserer Zoll-Verfassung ist das Differenzial-Zoll-System bisher im Allgemeinen noch fremd geblieben. Es findet zwar in Bezug auf die Flaggen-Gelder ein Unterschied statt, je nachdem unsere Schiffe mit den nationalen gleich behandelt werden oder nicht; aber diese Differenz ist mit derjenigen, welche aus dem eigentlichen Differenzial-Zoll-Systeme hervorgeht, nicht gleichzustellen. Die Resultate des letzteren sind sowohl kommerziell als pecuniar von weit größerer Bedeutung. Unsere Schifffahrt ist, wie schon erwähnt worden ist, bisher nicht unter dem Schutze eines Differenzial-Zoll-Systems geführt wor-

den, hat aber doch schon, obgleich ihr ein höherer Aufschwung zu wünschen wäre, erhebliche Fortschritte gemacht, wie sich aus der Liste der Schiffe genau nachweisen läßt. Im Jahre 1846 hat sich die Zahl der Seeschiffe durch neue Erbauung um 40 von mehr als 7000 Lasten vermehrt. Auch der Antheil unserer inländischen Schifffahrt hat sich bei dem Seehandel in keiner Weise ungünstig in Vergleich zur Theilnahme der ausländischen Rhederei gestellt. An dem Seeverkehr nimmt unsere Rhederei immer noch mit 55 bis 60 pCt. Antheil, ein Verhältniß, welches ein günstiges zu nennen ist, wenn es mit anderen Ländern verglichen wird, namentlich mit Frankreich, wo das Verhältniß der Theilnahme der inländischen zu der der ausländischen Rhederei wie ungefähr $\frac{1}{3}$ zu $\frac{2}{3}$ steht. Ich kann also nur wiederholen, daß im Ganzen unsere Schifffahrt, unsere Rhederei im Fortschreiten begriffen, daß der Antheil, den sie an dem Verkehre nimmt, nicht ein unbedeutender zu nennen ist. Es ist auch für die Rhederei und den Schiffbau vielfach in anderer Weise vom Staate gesorgt worden, namentlich in Bezug auf die Erleichterung der Zoll-Abgabe für das aus dem Auslande zu beziehende Material, als: Kupfer, Anker u. dgl. m. Die Einführung eines Differenzial-Zoll-Systems erfordert, weil es nach verschiedenen Seiten hin so höchst wichtig einwirkt, namentlich auch die Verhältnisse zu anderen Staaten berührt und mehr oder minder zu Kollisionen und Repressiv-Maßregeln führen kann, die größte Vorsicht, besonders auch in der Rücksicht, weil aus unseren Ostsee-Häfen eine sehr bedeutende Ausfuhr von Landesprodukten stattfindet, deren ungestörter Betrieb in jeder Beziehung erhalten werden muß. Dann kommt in Betracht, daß der Zoll-Verein ein Differential-Zoll-System für sich allein kaum mit Erfolg wird durchführen können. Der preussische Staat, der einzige Seeschiffahrt treibende des Zoll-Vereins, hat nur Häfen an der Ostsee. Der Schifffahrts-Verkehr über die Ostsee kann unmöglich dem Bedürfnisse des gesammten Zoll-Vereins genügen, und es kann daher mit einem solchen Systeme nicht vorgeschritten werden, ohne daß noch weitere Vereinbarungen mit anderen Staaten zu machen wären. Darüber, inwieweit dergleichen Vereinbarungen zu Stande kommen werden oder nicht, läßt sich für jetzt noch nicht sagen. Es sind vorläufig Verhandlungen eingeleitet, es ist aber nicht an der Zeit, jetzt Mittheilungen darüber zu machen. Eben so wenig kann ein solches System, wenn es überhaupt für ersprießlich erachtet wird, ohne Uebereinstimmung sämtlicher Zoll-Vereins-Staaten zu Stande kommen. Für jetzt läßt sich also über diesen Gegenstand eine bestimmte Eröffnung nicht machen. Die Momente, die aus den Beratungen des vereinigten Landtages auch in dieser Beziehung hervorgehen werden, werden für die Staats-Regierung von höchster Wichtigkeit sein, und die Staats-Regierung wird sie mit möglichster Sorgfalt erwägen und danach das Weitere einleiten. Eine bestimmte Meinung kann hiernach von Seiten des Ministeriums über die Einführung eines Systems erhöhter Schutz-Zölle mit Rückzöllen und eines Differential-Zoll-Systems nicht geäußert werden. Nur das erlaube ich mir auszusprechen, daß es niemals die Absicht wird sein können, einige Industriezweige bloß als Treibhauz-Plflanzen künstlich durch hohe Schutz-Zölle hervorzubringen. Es muß jede Industrie, die der Staat begünstigen will, ihren Boden im Lande haben, so daß sie ein selbstständiges Leben fortführen kann. Eben so wird immer im Auge behalten werden müssen, daß nicht Wege eingeschlagen werden, die möglicherweise eine solche Rückwirkung auf die Finanz-Verwaltung haben, daß man genöthigt sein könnte, zu anderen Hülfsmitteln die Zuflucht zu nehmen, die nicht so leicht gefunden werden möchten.

Fürst zu Lynar: Was wir vorhin aus hohem Munde vernommen haben, wird gewiß im ganzen Lande Wiederhall finden und den besten Eindruck hervorbringen. Es wird den Beweß liefern, daß die höchst gestellten Mitglieder dieser Versammlung den Nothstand der arbeitenden Klassen anerkennen und mit warmen Herzen gern dazu beitragen möchten, um die Lage derselben zu verbessern. Hiervon durchdrungen, glaube ich auch, daß die hohe Kurie dem Herrn Antragsteller zu großem Danke verpflichtet sei, daß er ihr Veranlassung gegeben hat, über einen so hochwichtigen Gegenstand sich auch ihrerseits auszusprechen. Die Frage über die Differenzial- und Schutz-Zölle ist eine der bedeutungsvollsten, welche die Zeit aufwirft. Einberufene Versammlungen von Sachverständigen und Zoll-Kongresse werfen sich dieselbe seit längerer Zeit, wie in einem Ballspiele, gegenseitig zu, und es scheint an der Zeit, daß die Regierung den Ball endlich selbst auffange und die Frage zur definitiven Lösung bringe. Ich trete daher meinem geehrten Freunde aus Ober-Schlesien in der Abtheilung in dem Wunsche vollkommen bei, daß baldmöglichst wieder Männer von Fach einberufen werden mögen, um nochmals alle einschlagenden Verhältnisse zu prüfen, und daß sodann die hohe Staats-Regierung den Zusammentritt eines Zoll-Kongresses ungekünstelt veranstalten und dahin wirken wolle, daß über diese Frage definitiv entschieden werde. Ich trete meinem verehrten Freunde auch sehr (Fortsetzung in der zweiten Beilage.)

ner darin bei, daß Differenzial- und Reciprocitäts-Zölle gegenwärtig unerlässlich sind, und zwar aus folgenden Gründen: 1) weil dadurch bewirkt werden wird, daß diejenigen Staaten, deren Handels-Politik uns nicht rücksichtsvoll behandelt, gezwungen werden, ihre Politik uns gegenüber, zu ändern. 2) Weil die Nordsee-Staaten sich dadurch veranlaßt finden könnten, dem deutschen Zoll-Verein beizutreten, ein Beitritt, der Gewerbe, Handel und Rhederei in unserem deutschen Vaterlande zur höchsten Blüthe entfalten würde, ja selbst die Idee einer deutschen Kriegsflotte dürfte unter der obigen Voraussetzung nicht mehr als ganz unausführbar erscheinen. 3) Es würde auch die Rhederei, welche jetzt in vielen Häfen ganz darnieder liegt oder doch nicht so blühend ist, wie sie sein könnte, entschieden gehoben werden, und endlich 4) dürften Differenz-Zölle unseren Export vermehren und dieser auf unsere Gewerthätigkeit eine wohlthätige Rückwirkung äußern und mithin auch auf das Wohl der arbeitenden Klassen. Ueber das System der eigentlichen Schutz-Zölle wage ich mich nicht auszusprechen, denn es ist sehr schwierig, sich darüber eine entschiedene Meinung zu bilden. Wenn man das Prinzip der Handelsfreiheit auch grundsätzlich anerkennt, so wird man doch zugeben müssen, daß es Fälle giebt, in welchen sich Ausnahmen rechtfertigen lassen. Ich will die hohe Kurie nicht mit Wiederholung dessen ermüden, was dafür und dagegen in zahllosen Brochüren gesagt ist, und spreche nur den Wunsch aus, daß es dem zu erbitenden Zoll-Kongresse gelingen möge, die Frage so zu lösen, daß die Lage der arbeitenden Klassen an der die hohe Kurie gewiß den lebhaftesten Antheil nimmt — dadurch verbessert werde.

Se. Königl. Hoheit der Prinz von Preußen: Ich werde über das allgemeine System, welches unserem Zollverein zum Grunde liegt, über den sogenannten Freihandels-Verkehr, einige Bemerkungen mit ertönen. Ich glaube, die hohe Kurie davor bewahren zu müssen, der Ansicht zu sein, daß wenn eine Aenderung von uns beliebt würde und sie eintreten sollte, deshalb das ganze Zollsystem geändert würde. Meiner Ansicht nach, glaube ich, daß das Freihandels-System, was unseren Zollverhältnissen zum Grunde liegt, durchaus beibehalten werden müsse. Aber wir haben uns, seitdem es besteht, leider in seinen Wirkungen getäuscht, indem das Ausland nicht in gleichem Maße uns entgegengekommen ist, oder mit anderen Worten: wir haben keine Reciprocität gefunden. Deshalb glaube ich, daß der Wunsch so allgemein geworden ist, es möge etwas geschehen, um diejenigen Artikel, die notorisch bei uns leiden, zu schützen, daß auf diese ein Schutz-zoll gelegt werde, und damit aber ihre Produktion nicht leide, auch ein Rückzoll bei der Ausfuhr statfinde. Wenn dies nur auf einzelne Artikel angewendet wird, so kann ich darin nicht ein Aufgeben unseres Systems, sondern nur einen Weg, einzelne Fabrikzweige zu heben, darin erblicken, die effektiv bei uns leiden. Das ist also die Ansicht, die ich von der Sache habe, so daß ich nicht annehmen kann, daß unser allgemeines Zollsystem durch solche Ausnahmefälle verändert werde. — Was die Differenzial-Zölle betrifft, so stimme ich ganz den Rednern bei, welche über diesen Gegenstand gesprochen haben, daß er nämlich zu denjenigen Gegenständen gehört, zu denen, wie ich glaube, wir gelangen müssen, weil er namentlich ein Unterhandlungsmittel ist, anderen Staaten bei Handels-Verträgen Begünstigungen einzuräumen und uns selbst Begünstigungen zu erwerben, ohne welche wir aber keinen Anknüpfungspunkt haben, weil wir ihnen nichts bieten können. Durch dieses System, wie es angedeutet worden ist, kommen wir aber dazu, Vorthelle uns gegenständig verschaffen zu können, und daher wird die Einführung dieses Systems sehr günstig wirken. Ich glaube auch, daß wir es einführen können, um diejenigen Landesheute, die noch nicht zu dem Zoll-Verein gehören, heranzuziehen, und ich halte daher diesen Gegenstand für einen höchst wichtigen, damit endlich die allgemeine Einigung Deutschlands in dem Zoll-Verbande erreicht werde. Jeder Schritt, der zu diesem Ziele gegangen wird, scheint mir von äußerster Wichtigkeit, ja für so wichtig, daß kein Opfer dafür zu scheuen ist. Ich glaube, daß das Differenzial-Zollsystem namentlich in das Auge gefaßt werden müsse, um zu den Folgen zu gelangen, die ich vorher angeführt habe, und aus diesen Gründen schreibe ich mich dem Antrage, wie er in der Petition abgedruckt ist, an, daß auf die genannten Gegenstände ein Schutz-zoll eintrete und Rückzölle in der Art statfinden, wie sie in dem Gutachten auch der Ansicht sei, daß, ehe weitere Beschlüsse in der Sache gefaßt werden, nochmals und sobald als möglich, Sachverständige einberufen werden mögen. Ich habe vor einigen Tagen in einer Zeitung einen Artikel ge-

funden, wo es hieß, daß keine Fragen vorlägen, die für die industriellen Verhältnisse von Wichtigkeit wären, so daß auch keine Veranlassung zu einem Zoll-Kongress in diesem Jahre vorhanden sei. Ich weiß nicht, ob der Herr Finanz-Minister vielleicht darauf, antwortet, ob das wirklich der Fall, oder ob das nur ein verlorener Zeitungs-Artikel ist, wie ich es hoffe.

Finanz-Minister: Es ist allerdings die Frage gewesen, ob in diesem Jahre eine General-Zoll-Konferenz statfinden soll, weil es erst 8 Monate her ist, daß die letzte Konferenz zusammen war, im nächsten Jahre aber nothwendig eine Konferenz statfinden muß, wo der Tarif generell revidirt wird; es möchte deshalb nicht an der Zeit sein, noch in diesem Jahre eine Konferenz zu halten. Der Zoll-Tarif kann während seiner dreijährigen Periode, die mit dem nächsten Jahre zu Ende geht, nicht süklich abgeändert werden, und erscheint daher in diesem Jahre eine Konferenz nicht angemessen, im Laufe des nächsten Jahres würde sie aber jedenfalls statfinden müssen, auch abgesehen von den großen Fragen, welche hier vorliegen.

Prinz Adalbert von Preußen: Ich schreibe mich aus vollem Herzen dem an, was Sr. K. Hoh. der Prinz von Preußen in Beziehung auf die Differenzial-Zölle ausgesprochen hat. Wodurch ist England groß geworden? Hauptsächlich durch seine Schiffahrts-Gesetzgebung, durch die Navigations-Akte. Ich glaube, daß Deutschland oder richtiger der Zollverein Einrichtungen treffen könnte in derselben Art, wie die Navigations-Akte, jedoch natürlich mit den gehörigen Modifikationen, da ganz und gar dasselbe System bei uns nicht wohl durchgeführt werden kann. Ich halte daher für die Hauptsache, daß man den direkten Verkehr zwischen dem Zoll-Verein und den transatlantischen Tropenländern wo möglich auf jede Weise zu begünstigen sucht, ferner, daß man diesen direkten Verkehr namentlich begünstigt auf Schiffen des Zollvereins, d. h. vorläufig auf preussischen Schiffen, da gegenwärtig der Verein noch keine anderen Handelsschiffe besitzt. Ferner würde ich dafür sein, daß wir dieselben Begünstigungen, die wir der National-Flagge gewähren, auch anderen Flaggen einräumen, vornehmlich den Flaggen der Erzeugnißländer, von wo die Produkte eingeführt werden, daß wir andererseits auch uns vorbehalten, andere deutsche Flaggen mit der unserigen gleichzustellen. Wir gewähren gewissermaßen den fremden Staaten Handelsfreiheit, während wir unsererseits dieselbe Handelsfreiheit nicht bei ihnen genießen. Also sind wir allemal von Hause aus schon in einem gewissen Nachtheile, der nicht zu verkennen ist, und ich glaube, daß Differenzial-Zölle das einzige Mittel dazu sind, um unsere Handelsbeziehungen besser zu gestalten. Endlich schreibe ich mich auch der Ansicht an, daß, wenn wir uns diesem Systeme nähern, wir dadurch allein einen Anschluß der Hansestädte und überhaupt der Nordsee-Küste an den Zollverein anbahnen können. Ich halte die Einheit Deutschlands in See für sehr wichtig und würde mich freuen, wenn Preußen in dieser Beziehung als Beispiel voranginge und die Bahn beträte, welche zu dieser Vereinigung führen kann. Ich würde mich freuen, wenn Preußen den Anschluß des Zollvereins an den Welthandel endlich herbeiführte und später auch auf jede Weise den Schutz des Handels übernehme. Ich halte es für Preußens größte Aufgabe, jenen Anschluß Deutschlands an den Welthandel kräftig zu vermitteln, denn ich glaube, daß ein Land so lange, ich möchte sagen, nicht ganz emanzipirt ist, ehe es nicht an dem Verkehre theilnimmt, der sich über unseren ganzen Planeten verbreitet. Ich stimme darum ganz für den Antrag des Fürsten Lichnowsky und für den der Abtheilung.

Graf Sanderekky: Das geehrte Mitglied aus Weßfalen als Referent des Gutachtens hat gesagt, daß eine Erhöhung der Zwischzölle eine unglückliche Maßregel sei. Dagegen bemerke ich, daß ich sie nicht als die alleinige Veranlassung des gesunkenen Zustandes der Baumwollwebereien halte. Mitwirkend ist zu gleicher Zeit die Erhöhung des rohen Materials um 50 pCt., zweitens die traurigen und allgemein zerrütteten Geldverhältnisse, entstanden durch die Noth der Zeit. Ich stimme gegen jeden Schutz-zoll aus dem Grunde, weil er Veranlassung ist, den Fabrikbetrieb einer Dreihauspflanze gleich zu erziehen. Wie traurig eine solche Dreihauspflanzung dasteht, habe ich Veranlassung gefunden, diesen Winter genau kennen zu lernen, und ich kann nur sagen, daß ich es für wohlthätig halte, wenn man einen solchen künstlich erzeugten Betrieb durch andere Maßregeln, durch andere Beschäftigungen zu vermindern sucht.

Graf v. Schaffgotsch auf Warmbrunn: Ein erlauchtes Mitglied der königlichen Familie hat die trostlosen merkantilischen Verhältnisse am Rhein nicht allein von der politischen Seite beleuchtet, sondern auch dieselben zu einer Gefühlsache gemacht. Dafür sage ich ihm den unterthänigsten Dank. Hiernach bin ich über-

hoben, mich von der Wärme meiner Empfindungen hinreissen zu lassen und die hohe Versammlung mit einem Klage-Gehe, das nicht aufhören würde, zu behelligen. Ich bin geboren und lebe in einer Gegend, die früher die Thäler des schlesischen Riesengebirges, in denen die Handels- und Gewerthätigkeit jetzt so darniederliegt, daß tausend und tausend Arme nicht das tägliche Brod zu erübrigen im Stande sind. Ich darf mir erlauben, mit einigen Worten den Stanz der früheren Zeit zu entwickeln, die Darstellung der jetzigen Noth daran zu reihen und dann einige Mittel anzuführen, die zur theilweisen Abhülfe dienen könnten. Der Export des Leinwandhandels betrug in den Jahren 1780 bis 1790 gegen 15 Millionen Rthlr.; im Jahre 1805 noch die beträchtliche Summe von 12 1/2 Millionen. Es waren uns die spanischen Häfen geöffnet, die Leinwand ging über dort nach den spanischen Kolonien in Amerika. Merkwürdigerweise bezogen dieses heute noch die Etikette auf unseren Waaren. Wir lesen die Namen Creas, Matilles, Bretagnes, Listados, Estopillas u. s. w. Die Signaturen sind geblieben, aber die Millionen sind verloren, und es bleibt uns nichts, als die herzerreißende Erinnerung verlorenen Glückes. Wenn ich von den Mitteln sprechen will, welche diese traurigen Zustände erleichtern könnten, so wurde mir, der ich im Verkehre mit der achtbaren Kaufmannschaft von Hirschberg stehe, von ihr der Wunsch ans Herz gelegt, und ich würde es für eine verlegte Gewissenssache halten, wenn ich einerseits den Wunsch nicht ausspräche und andererseits die Noth von so vielen Tausenden hier nicht öffentlich zur Sprache brächte, den Wunsch, daß wieder Handels-Verträge mit Spanien angeknüpft werden. Ich habe Gelegenheit gehabt, mit dem Herrn Finanz-Minister darüber zu sprechen, welcher mir einen günstigen Bescheid nicht geben konnte. Ich will mich auch bescheiden, da ich nicht tiefer in die Verhältnisse der Handelsbeziehungen der Staaten unter sich zu blicken vermag; die Hoffnung aber lasse ich nicht sinken; aussprechen aber mußte ich es, weil ich den Beruf fühle, als Organ von tausenden dabei Theilnehmenden hier aufzutreten. Ferner halte ich es, nach meiner Ansicht, für dringend nothwendig, wenn die Weber, welche jetzt auf mehr als zwei Stühlen selbstständig arbeiten und 4 Rthlr. Gewerbesteuer, nach der sich auch die Klassensteuer richtet, bezahlen müssen, ermäßigt würden. Wiewohl in unserem Gebirge bisher die Produktion der Leinwand vorherrschend war, so hat sich doch die Thätigkeit, die Arbeit zu heben und Hülfe zu leisten, nach zwei Richtungen hin entwickelt. Die Seehandlung hat durch Anlage einer Spinnfabrik, in derselben und außerhalb, hundert und hundert fleißige und geschickte Hände in Thätigkeit gesetzt, ich sage, geschickte Hände, weil sie von der sehr weisen Vorsicht geleitet wurde, nur gute Arbeit, die man dem Auslande anzubieten hätte, begünstigen zu dürfen, aber tausende Hände sind noch unbeschäftigt und können das tägliche Brod, geschweige alle anderen Bedürfnisse, nicht verdienen. Die zweite Richtung nun, die sich der Produktion der Baumwollwaaren zuwendet, ist durch einen sehr achtbaren Kaufmann, Herrn Kamphausen, verfolgt worden. Kamphausen ist ein Name, der am Rhein einen guten Klang hat. Dieser wackere Mann nun hat sich alle Mühe gegeben, einen neuen Zweig der Industrie, die Anfertigung von Buckskins, aus seiner Fabrik in Neuß nach unserem Gebirge zu verpflanzen, er hat bereits 6 bis 700 Menschen durch Handarbeit in den Wohnungen beschäftigt, dabei unter Sorgen und Schwierigkeiten aller Art es dahin gebracht, in Schmiedeburg ein Lager der schönsten Waaren des oben erwähnten Fabrikats zu begründen, welches ihm auch nur durch eine Unterstützung von der Staats-Regierung möglich geworden ist. Habe ich nun die beiden Richtungen zur Abhülfe des Nothstandes bezeichnet, so gestehe ich, daß ich, so freudig ich Alles anerkenne, was von der Regierung zu Gunsten des Leinwandhandels geschieht, als Einrichtung von Spinnschulen, bessere Bereitung des Flachses u. s. w., ich mich doch mehr dafür hingezogen fühle, den Arbeitern ein neues Werkzeug in die Hand zu geben, ihnen durch eine andere Beschäftigung besseren Verdienst zuwenden. Rückzölle würden, nach meiner Ansicht, weniger den mit Leinen handelnden Kaufleuten und Webern zu Gute kommen, als dem Fabrikanten, welcher zuletzt aufhören muß, zu fabriciren, wenn ihm die erhöhte Steuer von dem von dem Auslande bezogenen Garne auf die nach demselben exportirten Fabrikate nicht vergütet wird. Ich schreibe mich im Allgemeinen ganz dem an, was von dem Fürsten Lichnowsky in seiner Petition sowohl als auch in dem Gutachten der Abtheilung gesagt worden ist, nur wünsche ich, daß früher, als darin in Aussicht gestellt ist, Abhülfe eintreten möchte. Allerdings verhalte hier meine schwache

Stimme, denn dem allgemeinen Zoll-Kongresse soll ja vorerst diese Angelegenheit vorgetragen werden. Eine Erfahrung eigentümlicher Art will ich noch erwähnen, nach der wir oft in einer Provinz, in einem Lande eine Handelsthätigkeit austauschen und sich ausbilden sehen, ohne die Gründe dafür angeben zu können, und eben so in einer anderen Gegend ohne Ursache den Verfall des Handels bedauern müssen, so daß man in Wahrheit sagen kann, die Wege des Handels sind so unerforschlich, als die Wege des Himmels! — Und so spreche ich denn hiermit den Wunsch aus, der in meiner Gegend in den Gemüthern aller Betheiligten vorherrschend ist, den Wunsch für eine Erweiterung der Handelspolitik, und schliesse damit meinen Vortrag.

Referent: Ich habe etwas zu erwidern. Ich muß mich früher nicht deutlich ausgedrückt haben. Ich habe nicht gesagt, daß ich unbedingt jede Erhöhung des Zwistzollles für nachtheilig halte, das würde mit dem Votum der Abtheilung nicht im Einklange stehen. — Ich habe nur gesagt, wie im Gutachten angedeutet worden ist, daß die Erhöhung des Zwistzollles von 2 auf 3 Rthlr. ohne Rückzoll, wie in der letzten Zollkonferenz beantragt worden ist, gar nichts für sich habe und der Art sei, daß es wünschenswerth sei, entweder einen viel höhern Zoll mit einer anderen Maßregel zu Gunsten der Weberei einzuführen oder aber, insofern man sich für höhere Zölle nicht entscheiden möchte und bei dem alten System bleiben wollte, daß man dann auch die Zollerhöhung auf Zwist von 2 auf 3 Rthlr. pro Centner aufheben möge. Ich habe das in der Abtheilung nicht zur Sprache bringen können und glaube das kaum rechtfertigen zu brauchen, denn ich habe dies erst neuerdings aus Schriften geschöpft, die mir damals nicht in Händen waren, und von welchen ich damals noch nicht einmal voraussehen konnte, daß sie mir zu Händen kommen würden. Ich habe ein Promemoria der Fabrikanten zu Chemnitz gelesen, die eine sehr bedeutende Erhöhung für Zwistzölle wollen; es ist darin gesagt, daß die letzte Erhöhung gar nichts helfe, sondern nur schade. — Ich habe ein anderes Promemoria aus Sachsen gesehen, welches sagt, daß die letzte Erhöhung um einen Thaler nichts nütze. — Ich habe drittens ein Promemoria von Sachverständigen von Augsburg vor mir liegen, das wiederum dasselbe sagt und mit der größten Bestimmtheit auspricht, daß dieser Beschluß, den die letzte Zoll-Konferenz herbeiführte, gar nichts genützt und nur geschadet habe. — Also, so wie ich es interpretire und ich glaube im vollkommenen Einklange mit der Abtheilung, ist es nothwendig, daß man die Erörterungen nicht für geschlossen hält, daß man sich entweder für das eine oder andere System entscheide, aber Zwischenmaßregeln vermeide, die Niemand befriedigen. — Ich beziehe das Letzte zunächst nur auf die Erhöhung des Zwistzollles und würde die letztangesehene Meinung nicht auf die Erhöhung des Zolls auf Leinengarn erstrecken, aus zwei Gründen nicht, weil erstens die Erhöhung auf Leinengarn eine viel bedeutendere gewesen ist — dieser Zoll ist von 5 Sgr. auf 2 Rthlr. erhöht worden, und zwar darum, weil man wünscht, daß sich Maschinen-Spinnereien in Leinengarn bald etablieren möchten. Es wäre ja möglich, daß durch diese Erhöhung von 5 Sgr. auf 2 Rthlr. Gewerbetreibende Anstalten gemacht hätten, namentlich in Westfalen wären Leinen-Spinnereien mit Maschinen zu etablieren. — Ich glaube ferner, daß es gut wäre, wenn die neue Information, welche durch die Sachverständigen gewonnen werden soll, möglichst bald erfolgte, und glaube, daß sich dazu noch während des Landtags Gelegenheit darbieten würde, indem manche Gewerbetreibende hier sind und andere sich anreihen könnten. — Schließlich glaube ich, daß es der Ansicht der Kurie entspricht, wenn ich mir auch noch den Antrag erlaube, daß diese Erörterungen mit der Zoll-Konferenz nicht möchten bis ins nächste Jahr verzögert werden, sondern sofort vorgenommen werden. — Dabei wird sich dann auch Gelegenheit finden, auf den zweiten Punkt, nämlich auf die Differenzial-Zölle einzugehen. — Wir werden wahrscheinlich Gelegenheit haben, dieses Thema, noch weiter in Gegenwart der Räte der Krone zu erwägen, indem, wie ich weiß, mehrere Anträge in der anderen Kurie vorliegen, namentlich einer von Herrn von Heyden = Carlow, welcher viel für sich zu haben scheint. — Ich würde also, — wenn es etwa an der Zeit sein möchte, die Debatte zusammenzufassen, bei dem Vorschlage der Abtheilung stehen bleiben, nur mit der Bemerkung, daß man die Sachverständigen baldmöglichst vernehmen und die Sache auf einen Zoll-Kongress, nicht vielleicht erst im nächsten, sondern noch in diesem Jahre vorlegen möge.

General-Steuer-Direktor: Ich wollte nur eine Erläuterung geben. — Es ist die Erhöhung des Zwist-Zollles um einen Thaler als eine durchaus nicht entsprechende um deswillen bezeichnet worden, weil sie keinen Theil befriedigt habe. — Ich muß im Allgemeinen bemerken, daß diese Nichtbefriedigung zweier Extreme einer Regierung, die nicht ins Extrem geht, wohl häufig vorkommt. — Wir hatten aber allerdings hier mit zwei Extremen zu thun, mit denen, denen der Zoll von 2 Rthlrn. unter allen Umständen als ein Maximum vorkam, das nicht mehr erhöht, das nur vermindert

werden soll. Diese Meinung war noch vor gar nicht langer Zeit eine ganz allgemeine oder eine als ziemlich allgemein angenommene. — In dem Augenblicke, als das Königreich Sachsen, welches in der Baumwoll-Spinnerei und Weberei unserm Lande vorgeht und eine intensivere Industrie hat, als Preußen in dem Augenblicke, sage ich, als das Königreich Sachsen über seinen Anschlag an den Zollverein verhandelte, ging der ganz bestimmte Antrag dahin, es müsse dieser Zwist-Zoll herabgesetzt werden. — Es war dieser selbe Antrag, der von Seiten der übrigen Staaten erfolgte, und der, wie die Verhandlungen bekundeten, über zwei oder drei Monate die Verhandlungen verzögert hat. Es war also die einstimmige Meinung, daß man unter keinen Umständen diesen Zoll erhöhen, sondern ihn noch ermäßig machen müsse. — Die andere jener äußersten Meinungen war die, den Zwistzoll sehr zu erhöhen, man sprach von 8 bis 10 Thalern. Man wollte die sogenannten geschützten Zettel noch viel mehr erhöhen, und weil dies allerdings nicht anging ohne einen Rückzoll, so beantragte man Rückzölle, damit dies wieder dem Auslande gegenüber ausgeglichen würde. — Die preussische Regierung glaubte dieser letzteren Ansicht nicht beitreten zu können, aus dem Grunde, weil ein jeder hohe Zoll auf Fabrikate zwar in Beziehung auf das Ausland damit schimbar ausgeglichen werden kann, daß man ihn rückvergüten läßt, daß er aber nicht ausgeglichen werden kann für das inländische Konsumo, und daß also, indem man eine Erhöhung des Zwistzollles anordnet, man dadurch eo ipso auspricht, daß der Fälander seinen Verbrauch an inländischen Fabrikaten um so viel höher bezahlen müsse zu Gunsten des inländischen Spinners. — Dies waren die Gründe, die es der preussischen Regierung bedenklich erscheinen ließen, auf ein solches Extrem einzugehen. Weil sich aber doch die Meinung, die Zwistzölle zu erhöhen, ziemlich allgemein im Jahre 1845 auszusprechen schien, so wollte man doch auch die Bereitwilligkeit zeigen, wo möglich einen übereinstimmenden Beschluß herbeizuführen, und wie der Herr Finanz-Minister schon angeführt hat, kam man dahin, daß man eine mäßige Erhöhung der Zwistzölle mit einem allerdings nur der letzteren entsprechenden, also auch nur mäßigen Rückzolle eintreten ließ. — Dies genügte nicht, und die Karlsruher Konferenz kam zu keinem Beschlusse. — Es hatte sich aber auf der Karlsruher Konferenz nicht eine einstimmige Neigung für das System der Rückzölle ausgesprochen, und wenigstens war durchaus nicht eine allgemeine Zustimmung dazu vorhanden, und als nun im Jahre 1846 die Konferenz hier in Berlin war, blieb es allerdings die Frage, wogin nun der Antrag der preussischen Regierung sollte gerichtet werden. — Man glaubte nicht, daß man so weit gehen könnte, es unbedingt bei dem früheren Satz von 2 Rthlr. zu belassen, aus dem Grunde, weil offenbar die inländischen Baumwollspinnereien durch die Aufhebung des englischen Baumwolloll's um einen Thaler in Nachtheil gekommen waren, und man glaubte daher, daß man, ohne auf die weitergehenden Anträge eingehen zu können und zu dürfen, wenigstens auch diesem Industriezweige schuldig sei, den Status quo aufrecht zu erhalten und zu diesem Behufe den Zwistzoll um einen Thaler zu erhöhen. — Man glaubte ferner, daß man deshalb noch keinen Rückzoll einzuführen brauche, der überdies auch nur von einem geringen Betrage hätte sein können, indem man davon ausging, daß die inländischen Webereien von sechs Siebenteln oder sieben Achteln ihres Verzeichnisses auf dem inländischen Marke eines so bedeutenden Schutzes sich erfreuten, eines Schutzes, der der höchste ist, den wir in unserm Zolltarif haben, daß darum auch diese Erhöhung des Fabrikmaterials um einen Thaler erfolgen könne, ohne daß deshalb zu dem immerhin bedenklichen Mittel der Rückzölle geschritten zu werden brauche. — Die preussische Regierung hatte aber einen Vorgang vom Jahre 1832. — Bis zu diesem Jahre gab das Baumwollengarn in den westlichen Provinzen, wo unsere Haupt-Fabriken für Baumwollengewebe sich befinden, nur 1 Rthlr., und es entspann sich damals dieser Kampf zwischen Webern und Spinners, der jetzt noch fortgesponnen wird. Man suchte ihn dadurch zu schlichten, daß der Zwistzoll auch für die westlichen Provinzen von einem bis auf zwei Thaler erhöht wurde, und dieselbe Klage, wie jetzt, erkante auch damals; sie hat auch einige Jahre vielleicht noch angehalten, sich aber dann von selbst beschwichtigt. Ob sich die Erfahrung, die sich im Jahre 1832 beständig gefunden hat, auch dieses Jahr bestätigen wird, wissen wir noch nicht; auf jeden Fall, wenn wirklich eine Einstimmigkeit dafür sich zeigt, daß man den Zoll wieder herabsetzt, so würde ich diese Maßregel für weniger bedenklich halten, als die Einführung von Rückzöllen, gegen welche sich, wie schon angeführt ist, namentlich auf der 1846er Konferenz mehrere, und ich kann wohl sagen, beherzigenswerthe Stimmen erklärt haben.

Graf von Solms-Baruth: Wir haben gehört und wissen, daß sehr verschiedene Meinungen darüber obwalten, ob man überhaupt dem freien Handels-System oder dem Prohibitiv-System das Wort reden soll oder nicht. Wir wollen aber hier bei der Sache in der Art bleiben, daß wir uns bei der Noth halten, die vielfach besteht. — Ich glaube, daß es dringend

nothwendig ist, daß man sich davon überzeuge, daß die Industrie leidet, und erwäge, auf welche Weise man dieser Noth, welche die Fabrikanten und ihre Arbeiter wahrhaft in großem Umfange jetzt trifft, am besten begegnen kann. — Ich glaube, daß das Mittel, welches der Ausschuss vorgeschlagen hat, ein geeignetes ist, es wird uns von extremen Maßregeln fern halten, und man wird sich dadurch am sichersten überzeugen, auf welche Weise die Regierung vorgehen muß, um der Industrie zu helfen, auf der anderen Seite aber nicht auf einen Abweg zu gerathen, der wieder für die Konsumenten nachtheilig und drückend sein dürfte. Ich stimme daher für den Antrag des Ausschusses.

Graf von Dvorn: Wir haben des Finanz-Ministers Excellenz aussprechen hören, daß das königliche Gouvernement erwarte, wie der hohe Landtag sich über diese wichtigste aller Fragen aussprechen würde, ohne in irgend einer Richtung seinem Ausspruch vorzugreifen. Soll nun der Antrag der Abtheilung und die in ihm empfohlene Petition eine Erklärung für das Schutzzoll-System sein, so kann ich mich derselben nicht anschließen, denn das Gegentheil, das Freihandels-System, nur nach der äußersten Nothwendigkeit moderirt, ist das System des Zollverbandes, wie auch ein erlaucht. Mund eben anerkannt hat, und die Ergebnisse, welche laut der Angaben des Herrn Finanzministers die Industrie unter diesem alten System, wie es hier vor mir schon genannt worden ist, erreicht hat, sind, glaube ich, nicht so traurig gewesen, daß die Bitte, dasselbe zu verlassen, genussam begründet würde. Soll also der Antrag ein Verlassen des Systems des Zollvereins sein, so kann ich mich demselben nicht anschließen. Es ist mir aber nicht nur zweifelhaft, ob er bloß auf Erhöhung einzelner Zollsätze anträgt, sondern ich glaube gegentheils, daß er eben ein Verlassen dieses Systems des Zollvereins, des freien Handelsystems beabsichtigt. Ich werde mir nicht anmaßen, irgend etwas noch über den Nutzen oder Nachtheil, über das Vernünftige oder Unvernünftige der beiden Systeme, die jetzt einander in großartigem Kampfe bekämpfen, und die ganze Welt erschüttern, zu sagen. Es ist, glaube ich, kein Wort übrig, was nicht die geist- und kenntnißreichen Vertreter beider Systeme schon gesagt haben. Ich wenigstens weiß nichts mehr und muß nur bekennen, daß Alles, was ich zum Vortheile der Schutzzölle gelesen habe, mich im Grunde in einem bannenden Kreise herumgeführt hat, den ich in folgender Formel auszudrücken mich bestrebe. Wenn ein Schutzzoll A. beliebt wird, so muß er zugeben, daß dieser B. Schaden bringt, und wieder B. erbittet einen Schutzzoll, von dem für A. will er dagegen nichts wissen. Beide aber stellen sich als die nöthigsten Industrien dar, die es gäbe und das Land beglücken. Aus diesem Kreise bin ich nicht herausgekommen, und freue mich um so mehr, daß mein Kollege aus Schlesien, und zwar aus einer Gegend, welche am meisten durch Fabriken belebt ist, der wohl am ehesten Gelegenheit hatte, die beste Erfahrung über die Wirkung der Zölle zu machen und, wie ich voraussetzen darf, von den Betheiligten die besten Materialien zur Begründung seines Urtheils empfangen hat, so entschieden gegen die Schutzzölle sich erklärt. Eben so freue ich mich, daß ein anderes Mitglied aus der Gegend, in welcher sonst die größte schlesische Industrie geblüht hat, ganz andere Maßregeln wünscht und vorgeschlagen hat, um die Noth der verarmten Industrien zu lindern, und bemerke nur, daß das Sinken jener großartigen Industrie des Riesengebietes nicht durch Mangel an Schutzzöllen, sondern zu einer Zeit erfolgt ist, wo sich der Kontinent der größten Schutzzölle, die es geben kann, ich möchte sagen, des leibendigen gewordenen Ideals des Schutzes, erfreute, um einmal mit den Worten der Freunde der Schutzzölle zu sprechen, nämlich zur Zeit der Kontinentalperce. Gerade in jener Zeit ist unsere Leinen-Industrie gefallen, weil unser Schutzzollsystem die Engländer klug gemacht hat. Es brachte sie auf die großen Gedanken, uns entgegen zu können; und da sie sonst Geld und Industrie genug besaßen, so haben sie den Versuch gemacht, und er ist ihnen gelungen. Ich glaube nicht, daß es möglich ist, daß solche Weltkatastrophen von irgend einem Gouvernement, sei es durch Schutzzölle oder irgend etwas Anderes, geleitet werden können. Dies wäre eine unangenehme Forderung an ein Gouvernement. Was die Rückzölle betrifft, so scheinen sie mir eigentlich ein Anerkennung sein, daß die Schutzzölle eine Besteuerung des Publikums zu Gunsten einiger Industrien sind. Zur Begründung dieses Ausspruchs erlaube ich mir, auf das schon angeführte Beispiel zurück zu kommen. A. sagt: Ich kann nicht mehr spinnen, das Garn muß höher besteuert werden. Es wird höher besteuert; da kommt B. und erklärt: Ich kann nicht mehr weben, wenn das Garn um so viel theurer ist. B. bekommt also für sein Leinen keinen Rückzoll, damit er mit den Webern des Auslandes konkurriren kann. Wer muß nun diesen Rückzoll bezahlen? Niemand als das Publikum. Wer gewinnt? Nur der einzelne Fabrikant. Diese Erfahrung haben wir eben bei der letzten Erhöhung des Schutzzollles auf Leinenwand von 5 Sgr. auf 2 Rthlr. gemacht. Es ist uns damals gesagt worden, sie geschähe, um den Flachsbau, der allerdings viele Hände beschäftigt, zu befördern. Davon habe ich aber noch nichts bemerkt. Ich treibe den Flachsbau in ziemlich bedeutendem Umfange, und kann versichern, daß die Spinner diesen Schutzzoll zwar gern angenommen haben, aber ich noch nichts von dem Profiten bezogen worden bin, welche sie für mich von dem Gewinn berechnet hätten. — Auch ich erkenne die gegenwärtige Noth, welche die industriellen Distrikte drückt, ja erkenne keine kleine Gefahr, welche ihnen droht, an, und freue

nich, daß alle geistigen Kräfte aufgeboden werden, Hülfe dagegen zu erfinden, kann aber als solche die Schutzzölle nicht gelten lassen. Ich glaube, daß die Noth:

- 1) in anderen Constellationen begründet ist, und
- 2) daß darum durch einen Schutz Zoll ihr nicht bleibend, sondern immer nur momentan abgeholfen wird.

Schließlich erlaube ich mir, ein Exempel anzuführen, welches für mich von Allem, was ich über diese Materie gelesen und von Sachverständigen gehört habe, den schlagendsten Beweis enthält, daß Schutzzölle nie ausreichen, und der Punkt, bis zu welchem ihr Steigen gewährt werde, nie vorher bestimmt werden kann. Zwei hundert Fabrikanten können in irgend einem Lande bei einem Schutz Zoll von 10 Prozent die Konkurrenz des Auslandes nicht länger ertragen; der Gesetzgeber geht auf ihr Gesuch ein. Der Schutz Zoll wird von 10 auf 20 Prozent erhöht. Nun ist, um mich trivial auszudrücken, in diesem Geschäfte Geld zu verdienen. Wo Geld zu verdienen ist, ziehen sich Kapitalien hin, und es dauert nicht lange, so sind aus den 200 Fabriken 400 geworden. Nach 10 Jahren erklären diese 400: Wir können bei einem Schutz Zolle von bloß 20 Prozent nicht weiter arbeiten. Der Gesetzgeber kann aber auf ihr Gesuch um Erhöhung des Schutzes diesmal nicht eingehen. Das Land steht also auf derselben Stelle, wo es mit 200 Fabriken vor 10 Jahren gestanden hat, nur mit dem großen Unterschiede, meine Herren, daß, während der Fall jener 200 Fabrikanten nur 10,000 Menschen, der Sturz dieser 400 aber vielleicht 20,000 Menschen arbeitslos gemacht haben könnte, und daß also durch den gewährten Schutz Zoll nur das Proletariat um das Doppelte vermehrt worden ist.

Graf zu Dohna-Lauca: Ich will zunächst Bezug nehmen auf eine Aeußerung des Herrn Finanzministers. Er hat angeführt, es sei dem Gouvernement unter den jetzigen Verhältnissen besonders wünschenswerth, die Stimme des Landes in der vorliegenden Sache zu vernehmen, und zwar nicht nur diejenigen, welche zunächst dabei interessiert sind, nämlich die Fabrikanten, sondern auch die Konsumenten zu hören. Da ich in dieser Beziehung zu den Konsumenten gehöre, so habe ich es für angemessen gehalten, auch meine Meinung auszusprechen. Zunächst gehe ich von dem Grundsatz aus, daß eine blühende Fabrik-Industrie für den Wohlstand eines Landes wünschenswerth sei und in einem richtigen Verhältnisse zu den ackerbaureibenden Gewerben stehen muß. Wirft man einen Blick auf unsern Staat, so kann man nicht ableugnen, daß die Fabrik-Industrie in einem Theile der Provinzen, zumal im Osten unsers Staats, noch sehr darnieder liegt, und daß es wünschenswerth sei, dort jene Industrie zu einem höhern Grade gesteigert zu sehn. Dieses als Grundsatz angenommen, glaube ich, daß man keinen Anstand nehmen darf, auch die Mittel zu ergreifen, die zur Förderung einer naturgemäßen Fabrik-Industrie nöthig sind. Ich bekenne mich hierbei zu keinem ausschließlichen Systeme, weder zu einem freien Handelsystem, noch zum absoluten Schutz Zollsystem, sondern ich gebe auf die Mittel zurück, die durch vielfache, ja durch die Erfahrungen von Jahrhunderten sich als die zweckmäßigsten gezeigt haben. Wenn man den Blick in die Geschichte der Fabrik-Industrie richtet, so steht als Wahrheit fest, daß gerade die Nationen, die zum Schutze ihrer Industrie angemessene Zölle eingeführt haben, mit derselben auch in einen blühenden Zustand gekommen sind. Daß man mit diesen Maßregeln zu weit gehen kann, wenn man ein absolutes Prohibitiv-System einführt, das liegt auf der Hand; aber ich glaube, wenn man die Augen nicht verschließen will, so dürfte der Erfahrungssatz einleuchten, daß gerade die Schutzzölle, in vernünftigem Grade angewendet, die Fabrik-Industrie in allen Fällen gesteigert haben; wogegen sich von der Anwendung des absolut freien Handels-Systems gewiß nur wenige, vielleicht gar keine Beispiele eines eben so günstigen Erfolges anföhren lassen. Das ist der allgemeine Grundsatz, von dem ich ausgehe. Inwiefern er nun auf unsere Verhältnisse im Einzelnen Anwendung finden kann und darf, unterliegt einer vielfachen Erwägung. Es ist vom Herrn Finanzminister gesagt worden, daß man bei Gründung des Zollvereins von dem früheren Systeme, welches ein absolutes Prohibitiv-System war, abgegangen sei und das freie Handels-System ins Auge gefaßt habe. Ich muß gefestigt sein, ich kann das System, wie es im Zollverein besteht, kein Freihandels-System nennen, sondern muß es als das System eines vernünftigen Schutz Zolles bezeichnen. Darauf kommt es aber nicht an, sondern auf das Praktische in der Sache, auf den Nutzen, den das System gehabt hat. Nun ist doch nicht zu läugnen, daß gerade seit Einführung des Zollvereins die Industrien und nur in geringem Grade bestand, sich außerordentlich gehoben hat. Der königliche Kommissar hat durch Zahlen dargethan, daß, den Behauptungen gegenüber, die Industrie wäre in Preußen während der letzten Jahre zurückgegangen, dieselbe vielmehr zwar langsam, aber doch stets vorwärts gegangen und Fortschritte gemacht habe. Vorausgesetzt, dies sei der Fall gewesen, so bin ich doch der Meinung, die Industrie hätte möglicherweise noch größere Fortschritte machen können, und zwar vielleicht auch durch Anwendung noch höherer Schutzzölle. In das Spezielle einzugehen, dazu fühle ich mich gegenwärtig außer Stande, denn dazu gehört eine umfassende Uebersicht aller statistischen Nachweisungen aus den Zoll-Listen, wie eine genaue Kenntniß aller Handels- und Fabrikverhältnisse. Wenn man sich aber die Stimmung des Publikums im Allgemeinen vergegenwärtigt, so glaube ich sagen zu dürfen, daß die Stimmen, welche einen Schutz Zoll verlangen, die weit überwiegenden zu sein scheinen. Aus diesem Grunde würde auch ich mich für die Erhöhung des Schutz Zolles auf

den Tross glauben erklären zu müssen. Daß die Ausfuhr einer solchen Erhöhung mit Bezug auf unseren Zollverein, wo die Zustimmung aller Teilnehmer zur Bedingung gemacht ist, große Schwierigkeiten haben mag, ist leicht einzusehen. Wenn man, wie der königliche Kommissar erwähnt, auch mit Rücksicht auf die Konsumenten Anstand genommen hat, die Erhöhung des Zolls auf Zwist eintreten zu lassen, so glaube ich hierauf entgegen zu können, daß diejenigen Konsumenten, welche das Emporblühen der Industrie wünschen, sich nicht gegen eine Erhöhung der Schutzzölle erklären werden. Hierbei muß ich bemerken, daß ich jeden Schutz Zoll nur als eine temporäre Maßregel betrachte, die einer Industrie nur so lange gewährt werden darf, bis sie erstarkt ist, um die Konkurrenz der ausländischen Industrie, die ihr in den Weg getreten ist, aushalten zu können. Ich glaube nicht, daß man zu befürchten habe, es würden, wie einer der früheren verehrten Redner behauptet, in Folge des Schutz Zolles Fabriken ohne Zahl entstehen, oder daß das Uebel wie Lawinen fortwachsen würde, dem man keinen Einhalt mehr thun könnte. Dieses ist durchaus nicht zu befürchten. Aus den von mir angeführten Gründen werde ich mich daher, was diesen Theil der Petition betrifft, dem gestellten Antrage anschließen insofern die eventuelle Zollerhöhung unter Zuziehung von Sachverständigen festgestellt werden soll. Jetzt komme ich zum zweiten Theile der Petition, zu den Differential-Zöllen. Der Herr Finanzminister hat erwähnt, daß dieser Theil der Zoll-Gesetzgebung bisher noch nicht wäre berücksichtigt worden. Mir erscheint dieser Theil der Zoll-Gesetzgebung aber als höchst wichtig. Es mögen hierbei allerdings viele Bedenken und Rücksichten obwalten; so viel ist mir aber klar und zweifellos geworden selbst aus dem Gutachten aller Sachverständigen, die ich vernommen, daß zwei Dinge durch Einführung eines Differential-Systems unsehbar würden berichtigt werden, nämlich eine direkte Verbindung mit den transatlantischen Ländern und dann die Vermehrung und Steigerung unserer inländischen Schiffahrt und Rhederei. In diesem Punkte hat mir noch Niemand widersprechen können. Dieses dürfte also feststehen. Ob dieser Vortheil möglicherweise nicht noch durch andere kleine Nachtheile erkauft werden müßte, will ich nicht bestreiten. Ich glaube aber, daß die Nachtheile kleiner sein werden, als die zu erlangenden Vortheile, nämlich die Vermehrung, einer direkten Verbindung mit den Produktionsländern der von uns gesuchten Kolonialwaaren und die Begünstigung unserer Rhederei und Schiffahrt. Der Herr Finanzminister hat hierbei erklärt: daß die Differential-Zölle gerade ein Punkt wären, wo das Finanzinteresse sehr in Betracht komme, und dann auch mögliche Erübungen des freundschaftlichen Verhältnisses mit manchen auswärtigen Mächten dadurch herbeigeföhrt werden könnten. Er hat angeführt, daß Repressalien gegen uns daraus entstehen könnten. Ich glaube, daß diese Gründe nicht von der Erstrebung so wichtiger Zwecke abhalten dürfen, sondern daß durch die Vermehrung unserer Schiffahrt nach den Erzeugniß-Ländern der Kolonialprodukte der besorgte Ausfall in den Finanzen nicht eintreten, sondern sich vollständig ausgleichen würde, ja möglicherweise die künftige Zoll-Einnahme die jetzige übersteigen könnte. Was ferner die Repressalien der fremden Mächte betrifft, so fürchte ich dieselben nicht und muß nach meiner Ueberzeugung dafür stimmen, daß man auf die auswärtigen Mächte nicht so viel Rücksicht nehmen möge. Dieselben nehmen, bei Verfolgung ihrer Handelszwecke, wohl wenig Rücksicht auf uns, so daß wir immer einmal den Versuch machen könnten, eine selbstständigere Handelspolitik zu verfolgen. Ich glaube, der Nachtheil würde nicht groß sein, im Gegentheil ein wesentlicher Nutzen daraus erwachsen. Also auch in dieser Beziehung, nämlich in Betreff der Einführung eines Differential-Zollsystems, muß ich mich der Petition des geehrten Mitgliedes aus Schlesien anschließen.

Finanzminister: Ich habe eine kurze Bemerkung zu machen. Ich habe nicht geäußert, daß die Verhältnisse, in denen wir zu auswärtigen Staaten stehen, so wie die Rücksicht, die wir auf das Finanzwesen zu nehmen haben, uns abhalten müßten, Differential-Zölle einzuföhren. Ich habe nur gesagt, es seien dies zwei wichtige Momente, die auch erwogen werden müßten, wie überhaupt der Gegenstand von der Art wäre, daß man ihn von allen Seiten auf das Sorgfältigste zu erwägen habe. Ich habe von vornherein gesagt, daß ich nicht die Absicht hätte, irgend eine bestimmte Ansicht zu vertreten, sondern daß es Wunsch der Regierung sei, die Vertreter des Landes zu hören, damit die Regierung in der Lage sei, diejenigen Beschlüsse zu fassen, die dem Wohle des Landes entsprechen.

Graf v. Dyrn: Dem verehrten Redner, der soeben behauptete, es gäbe kein einziges Beispiel eines freien Handels, will ich die Schweiz nennen. Die Schweiz hat eine bedeutende Industrie und ist ringsum von Zoll-Linien umgeben, nämlich von Oesterreich, Sardinien, Frankreich und vom Zoll-Verein.

Frhr. Senfft v. Pilsach: Ich wollte nur zwei Punkte widerlegen und mir dann eine Anfrage erlauben. In erster Beziehung bemerke ich, daß die angeführten Beispiele nichts für und nichts gegen den Schutz Zoll beweisen. Die Erhöhung des Zolls auf Leinwand von 5 Sgr. auf 2 Rthlr. ist erst vor ganz kurzer Zeit erfolgt und kann eben deshalb natürlich noch keine umfassenden Folgen hervorgerufen haben. Was das aus dem Commercial-System entnommene Beispiel betrifft, so ist es auch nicht zutreffend. Der schärfste Handel hat nicht durch das Continental-System gelitten, sondern weil er durch den Krieg mit England alterirt wurde. Die erwähnte Anfrage richte ich

dahin: ob ich recht verstanden habe, daß in Karlsruhe auf der Zollkonferenz, von preussischer Seite der Rück Zoll selbst befürwortet worden ist?

Finanz-Minister: Zwei Vorschläge sind gemacht worden. Der erste betraf eine minder erhebliche Erhöhung des Zwist Zolles mit Rück Zoll, bloß zur Ausgleichung der Differenz, welche zum Nachtheile unserer inländischen Spinnerei durch die Aufhebung des Baumwollenzolles in England und die dadurch bewirkte Begünstigung der engl. Spinnereien entstanden war. Die Differenz wurde dadurch auszugleichen gesucht, daß der Zoll auf 3 Rthlr. 10 Sgr., der Rück Zoll auf 1 Rthlr. 10 Sgr. bestimmt werden soll. Es wurden indessen Anträge auf viel höheren Einfuhr Zoll und Rück Zoll gemacht. Allein diese Anträge fanden auch Widerspruch, und zuletzt wurde preussischerseits vorgeschlagen, daß der Eingang Zoll auf 4 Rthlr. und der Rück Zoll auf 3 Rthlr. festgesetzt werde, jedoch mit der Maßgabe, daß der Rück Zoll nicht baar, sondern in Bonifikations-Scheinen gewährt werden sollte. Auch das fand keine Uebereinstimmung, und so löste sich die Karlsruher Konferenz auf, ohne daß man zu einem Beschlusse kam. Da man aber für nothwendig fand, zu einem Beschlusse zu kommen, wurde eine neue Konferenz angefaßt. In dieser Konferenz wurde die spezielle Frage aufgestellt, ob man Rückzölle wolle? Und da war nichts weniger als Einstimmigkeit, ja die Mehrzahl war dagegen, und das Resultat war, daß man sich am Ende in der Erhöhung des Zolles um Einen Thaler vereinigte.

Senfft von Pilsach: Es ist also durch das preussische Gouvernement der Rück Zoll bevormortet worden, und eine Aenderung in den Ansichten des Gouvernements ist nicht eingetreten?

Finanz-Minister v. Düesberg: Es ist dieser Vorschlag geschehen, um zu einer Verständigung zu gelangen. Indem man nachher preussischerseits vorschlug, die Erhöhung von Einem Thaler eintreten zu lassen, hat man den früheren Antrag nicht unbedingt zurücknehmen wollen.

Senfft v. Pilsach: Die preussische Regierung hat also ihrerseits den Rück Zoll bevormortet und ist nur davon abgegangen, weil eine überwiegende Majorität gegen den Rück Zoll war. Aber wenn ich recht verstanden habe, so ist das preussische Gouvernement seinerseits nach wie vor für den Rück Zoll?

Finanz-Minister: An sich war man nicht für dieses System. Man wollte, um die Sache zu einer Verständigung zu kriegen, sich dazu verstehen; daß man aber das System der Rückzölle überhaupt für richtig halte, ist nicht damit gesagt. Das preussische Gouvernement ist dem Grundsatz des Gesetzes von 1818, so wie des von 1838 treu geblieben, wonach die Rückzölle diesem Systeme eigentlich fremd sind, aber mögliche Schutzzölle für Manufaktur- und Fabrikwaaren statfinden und zwar in der Regel von 10 Prozent. Dieser allgemeine Satz variiert aber, er steigt bei einigen Artikeln viel höher, wie er bei anderen geringer ist. Preußen hat hieran bisher festgehalten und nur einige Modifikationen eintreten lassen, und es fragt sich, inwiefern man davon künftig im größeren Maßstabe abgehen wolle. Hauptsächlich sind Baumwollen-Waaren in Frage, aber auch andere Gegenstände der Fabrikthätigkeit.

Fürst v. Lichnowsky: Es sei mir zuerst vergönnt, auf den ersten Vortrag des Herrn Finanzministers zurückzukommen. Es ist ein Punkt in demselben, den ich mir erlaube, hervorzuheben. Er hat mich für die Petition, die ich die Ehre hatte, hier einzureichen, sehr erfreut. Es ist die Anerkennung des Herrn Finanzministers, daß wir uns jetzt in einer Periode befinden, wo derlei Fragen verhandelt werden müssen. Der Herr Finanz-Minister hat mit diesen Worten die Zeitgemäßheit dieser Petition anerkannt und wenn eine Petition, d. h. ein Wunsch, zeitgemäß ist, so ist eine Aenderung eines bestehenden Zustandes als nothwendig anerkannt worden; das ist die logische Folge davon. In dem ich also von diesem ersten Satz des Herrn Finanzministers Akt nehme, gehe ich weiter auf seinen Vortrag über und werde zuerst aus demselben den diplomatischen Theil, wenn ich mich so ausdrücken darf, entfernen. Es steht mir nicht zu, es steht der hohen Kurie überhaupt nicht zu, die größere oder geringere Macht, das größere oder geringere Uebergewicht, welches Preußen bei dem Zollkongress ausübt oder ausüben kann, hier zu ponderiren. Aus der letzten parlamentarischen Conversation, die zwischen dem Herrn Finanz-Minister und meinem verehrten Kollegen, dem Stellvertreter für den Herzog von Arenberg, stattgefunden hat, habe ich mit Freuden ersehen, daß wenn auch nicht offen ausgedrückt, es sich doch klar ergibt, daß nur die Liebe zur Eintracht und zum Frieden die Rückzölle bei dem letzten Kongress preussischerseits hat ausgeben lassen. Ich nehme auch hiervon Akt und kann nun um so mehr diese diplomatischen Punkte verlassen, als sie, wie gesagt, vor unser Forum nicht gehören. — Der Herr Finanz-Minister hat berichtet, eine Reihe von Ziffern vor uns zu entrollen. Ich gestehe, daß ich auf diese Ziffern ebenfalls nicht eingehen kann; denn ich konnte ihnen nicht folgen. Ich muß also von vornherein alle Ziffern perhorresziren. Es kann mir nicht einfallen, mich

Hunger ist der Grund und nicht kommunistische Ideen. Wer des Lebens froh sein will, der muß mehr haben, als das Brot des heutigen Tages, er muß für seine Familie und sich mit ruhigem Blick auf morgen blicken können. So lange ein gesicherter, rechtlicher Erwerb dort war — ich komme auf das zurück, was ich die Ehre hatte mit einem Accent zu bezeichnen, — so lange also ein rechtlicher, gesicherter Erwerb dort war, hat Niemand unter den schlesischen Webern — ich frage jeden meiner Kollegen hier, welchem die Tradition darüber von ihren Vätern überkommen ist, oder die an Jahren so weit vorgerückt sind, um sich selbst jener Zeit zu erinnern, — hat Niemand, sage ich, an kommunistische Umtriebe gedacht. Sie verzweifelten nicht an sich, nicht an ihrem Schicksale, sie verzweifelten nicht an ihrem Könige, nicht an ihrem Gotte, bis endlich die Verzweiflung durch den Hunger herbeigeführt wurde. Mit dem Hunger also kam die Verzweiflung, und neigten sie ihr Ohr zu den stets bereitwilligen Emisariern, über deren lichtscheues Treiben es mir gestattet sei, gleichfalls einen Schleier zu werfen. Diese traurigen Zustände, meinem engeren Vaterlande, Schlesien, diesem Lande der Stärke und der Treue, so nahe, sie sind es, die mit den Muth gegeben haben, über einen Gegenstand in dieser hohen Versammlung das Wort mir zu erbitten, der so viele Wunden geschlagen hat und seine harten Schläge über ganz Preußen, über alle Staaten des Zoll-Vereins ausdehnen kann. Man muß nicht glauben, daß unser Volk schlechter geworden ist, daß es weniger treu an König und Vaterland hängt, weniger treu an so vielen alten Institutionen, die durch lange Jahre hindurch es glücklich gemacht haben. Nein, es ist in Folge falscher und neuerer Maßregeln elender und ärmer geworden, und das ist der Grund zu vielem Uebel. Ich habe ganz gewiß nicht die Amaßung, zu glauben, daß die Petition, die ich eingereicht habe, daß die Worte, die ich zu ihrer Vertheidigung anführe, heute eine entscheidende Maßregel ins Leben rufen werde. Dies ist der Grund, warum ich mich in allgemeinen Ausdrücken gehalten habe, ich überlasse der zweiten Kurie mit ihren Sachverständigen, daß sie für die einzelnen Punkte einstehe. Ich habe wollen, daß die Herren-Kurie die Initiative in dieser Angelegenheit ergreife und für die Tausende von armen Arbeitern unseres Vaterlandes ein ernstes Wort rede; und ich weiß, daß es gut ist, daß in dieser Versammlung, die vor Europa, vor der ganzen Welt debattirt, dieser Punkt, dieser inhaltsschwere Gegenstand zur Sprache kommt und von der wahren Seite beleuchtet wird. Ich habe nur den Wunsch, daß, nachdem von drei durchsichtigsten Herren, von so vielen meiner ehrenwerthen Kollegen, von der Abtheilung einstimmig diese Debatte als Nothwendigkeit anerkannt und vertheidigt worden ist, daß baldigst Sachverständige einberufen und gehört werden. Ich sage baldigst, denn ich sehe keinen Grund, warum nicht in Folge des Begehrens des vereinigten Landtags ein außerordentlicher Zoll-Kongreß berufen werden könnte. — Es soll dann bei demselben das Ergebniß dieser Erwägungen, diese Lebensfrage nicht allein für die materiellen, auch für die politischen Interessen unseres Landes, mit der Kraft, mit dem Nachdruck vertheidigt werden, die Preußen nicht allein mit Kanonen, auch mit den Waffen des Friedens, mit einer sitzenden Intelligenz dem Wohle seiner Völker zu geben wissen wird.

Finanz-Minister: Ich habe vollkommen das Zeitgemäße der Frage anerkannt, aber nach dem Standpunkte, auf den ich mich gestellt, doch nicht aussprechen können, es sei absolut nothwendig, zu ändern. Was zu ändern ist, und in welchem Maße, das ist etwas, worüber die Regierung bestimmen wird, nachdem sie die Stimme des Landes über diese Angelegenheit gehört hat. Ich habe auch nicht zwischen Konsumenten und Produzenten in meinem Vortrage einen scharfen Unterschied gemacht, ich habe nur gesagt, es seien vorzugsweise nur diejenigen gehört worden, die unmittelbar bei der Frage betheilig sind. Aber die Frage verbreitet ihr Interesse in einer sehr weiten Ausdehnung, und es ist zu wünschen, daß auch diejenigen gehört werden, die nicht unmittelbar dabei betheilig sind, auf deren Verhältnisse aber die Frage doch von erheblichem Einfluß ist, und dies ist der Grund, warum die Regierung wünscht, daß der vereinigte Landtag, in dem alle Interessen ihre Vertretung finden, über die Frage sich ausspreche. Was den belgisch-holländischen Vertrag angeht, so hat er allerdings zu vielfachen Beschwerden Anlaß gegeben. Indes ist meinerseits nicht vorgetragen worden, den Gegenstand einer gründlichen Erörterung zu unterwerfen. Er liegt gegenwärtig vorberathen werden. Mehr kann ich in diesem Augenblicke nicht sagen, weil auswärtige Verhältnisse dadurch berührt werden.

General-Steuer-Direktor Kühne: Was den Unterschied zwischen Konsumenten und Produzenten betrifft, so glaube ich, daß der geehrte Redner von vornhin auf eine Aeußerung von mir hat zielen wollen. Ich gebe gern zu, daß es im Allgemeinen schwer ist, zu sagen, was ist Konsument und was ist Produzent. Aber wenn es sich von Spinnern handelt, dann ist der Spinner Produzent und der Nichtspinner Konsument, wenn es sich von Webern handelt, so ist der Weber Produzent und die Nichtweber sind Konsumenten. Das wollte ich nur zur Erläuterung meiner Worte sagen. Es ist außerdem hier sehr viel von dem Elende unter den schlesischen Webern gesprochen worden, ich bezweifle dies keinesweges, im Gegentheil, die Nachrichten liegen im Uebermaße uns vor und mehr, als irgend lieb sein kann. Aber nur dagegen möchte ich mich verwahren und an den hochverehrten Redner die Frage richten, was soll die Regierung in Bezug auf Steuern und Zölle thun, um diesem Elende abzuhelpen? Es ist allerdings richtig, die Leinen-Ausfuhr hat abgenommen, wie hätten wir sie aber in der Höhe erhalten sollen? Sie hat abgenommen einmal dadurch, daß die englische Industrie zugenommen, daß sie durch reisende Fortschritte der Maschinen-Fabrikation uns überflügelt hat, daß sie vor der unseren vorangeschritten ist in der Qualität. Da war kein Mittel für die Regierung, um dieser Konkurrenz im Auslande entgegenzuarbeiten. Wir haben aber auch jetzt gesehen, und das ist der zweite Hauptgrund, der sowohl die preussische als die englische Leinen-Industrie jetzt drückt, daß sie eine große Konkurrenz in der Baumwollen-Industrie erhalten hat und daß in England, von woher der geehrte Redner die Ausfuhr von 1840 anführte, er kann auch die von 1841 anführen, wo die Ausfuhr seit der Zeit ebenfalls abgenommen, erklecklich abgenommen hat. Ich möchte Zahlen nicht aus dem Gedächtnisse anführen, ich kann nur unbestimmt sagen, daß, wenn ich nicht irre, die Leinen-Ausfuhr im Jahre 1846 sich um 1,300,000 Pfd. St. — doch will ich die Zahl nicht vertreten — an Werth sich gegen die Ausfuhr von 1840, oder allenfalls von 1843 bis 1845, verringert hat. Was nun den inländischen Markt betrifft und die Zusammenstellung mit den Woll-Fabrikaten, so will ich bemerken, daß wir ganz und gar kein Fabrikat haben, was von der ausländischen Konkurrenz minder gedrückt wird, als die Leinen-Fabrikate. Der geehrte Redner will kein Gewicht auf Zahlen legen, es sind aber meine Argumente, und ich weiß, wo es sich um dergleichen materielle Interessen handelt, keine anderen. Wenn aber nun durch die allgemeinen Zoll-Listen, deren Zuverlässigkeit ich in Zweifel zu ziehen keine Ursache habe, und die nur um ein höchst Geringes alterirt wird durch etwaigen Schleichhandel, der in Leinwand, wie mir bekannt ist, nicht stattfindet, nachgewiesen ist, daß in den Jahren 1837 bis 1839 in jedem Jahre 1151 Zentner, ich sage Eiss Hundert ein und funfzig Zentner, auf 28 Millionen Bevölkerung, in den ganzen Zoll-Verein eingeführt ist — merkwürdigerweise sind in den Jahren 1839 bis 1842 genau dieselben 1151 Zentner und in den Jahren 1843 bis 1845 1370 Zentner hereingekommen, und das ist die ganze Einfuhr von der Leinwand im Zoll-Verein — so gestehe ich, daß ich kein Mittel weiß, um noch mehr Schutz zu gewähren. Der geehrte Redner hat uns viel von dem Unglück der Weber erzählt und erklärt, daß es nur von dem Mangel an Schutz komme. Ich möchte gern seine nicht minder geehrten Landsleute doch auch darauf aufmerksam machen, daß diese Weber-Unruhen nicht von heute und gestern sind, sondern, daß in den neunziger Jahren Artillerie aus Breslau ausdrücken mußte, um die Weber zu Paaren treiben. Und das geschah zu einer Zeit, wo wir das strengste Accise- und Schutzoll-System hatten. Wir können auf diesen Gegenstand jetzt nicht weiter eingehen, wir würden uns sonst zu weit von dem Gegenstande, um den es sich hier handelt, entfernen. Nur möchte ich darauf aufmerksam machen, daß man gar nicht von einem Systeme, heiße es, wie es wolle, heiße es Schutzoll-System oder Prohibitiv- oder Freihandels-System, welches letztere unser Zoll-System nicht ist, da sehr angemessene und zum Theil sehr hohe Schutzölle für einzelne Artikel darin sind, ich sage, daß wir von keinem Zoll-Systeme in der ganzen Welt glauben mögen, es könne Glückseligkeit verbreiten und allein dazu geschaffen sein, diese Glückseligkeit zu schaffen. Daß Ruhe und Ordnung erhalten wird, daß der Arbeiter, seinem Arbeitsherrn gegenüber, in einem menschlichen Verhältnisse stehen bleibt, daß er als Mensch behandelt wird, das Alles liegt auf ganz anderen Blättern der Politik, als wir Steuer-Systeme haben. Ich habe das nur bemerken wollen, um einem Vorwurfe zu begegnen, den unser Zoll-System wenigstens ganz gewiß nicht verdient.

Graf Sandréky: Provoziert durch die Aeußerung

des letzten Redners aus Schlesien, erlaube ich mir die kurze Bemerkung, daß die gottvertrauenden gesättigten Weber, wie mir mein Vater, der damals Kriegs- und Domainen-Rath und als Deputatus des Kollegiums mit anderen Mitgliedern in das Gebirge delegirt worden war, vielfach erzählt hat, zu Ende des vorigen Jahrhunderts in den Gebirgsstädten Unruhen veranlaßten, und daß gegen sie Prittvis Dragoner instruktive haben einwirken müssen und eingewirkt haben.

Graf Keyserling: Da die hohe Versammlung wohl jetzt dem Abschluß dieser Debatte näher treten dürfte, so erlaube ich mir die Aufmerksamkeit derselben auf das Gutachten und dessen Fassung zurückzuführen. Nach den bisherigen Vorträgen und Vorschlägen würde streng sich die Durchführung eines Systems nicht recht fertigen lassen. Es wird allgemein anerkannt, daß wir faktisch und gesetzlich uns in einem Freihandels-System befinden, in welchem alle Zölle und Steuern als Ausnahmen, als Regel und Präsumtion über Freihandel gelten; nun werden noch andere Ausnahmen vorgeschlagen, deshalb dürfen wir nicht zugleich strenge Durchführung eines Systems dem Gouvernement empfehlen. Ich würde daher vorschlagen, diesen Passus ganz fallen zu lassen.

von Sierstorpff: Es ist zu beklagen, daß Noth im Lande ist. Diese ist aber für mich eben so wenig ein Beweis unserer schlechten Handelszustände, als Zahlen. Beweis sind die Handels- und Schiffahrts-Verträge der Staaten unter einander. Ich bedaure, daß diese nicht den Gegnern dieser Petition vorliegen, um aus ihnen zu ersehen, daß jährlich Millionen unseres National-Vermögens schwinden müssen. Ich verweise auf ein Land, welches in jüngster Zeit durch die Prinzipie, welche dieser Petition zu Grunde liegen, zu Reichtum gelangt ist: auf Belgien. — Belgien hat einen großen Theil des Wohlstandes konsumirt, welcher früher in den Fabrikgegenden am Rheine herrschte. Se. königl. Hoheit der Prinz von Preußen hatte die Gnade, ein schönes Wort zu äußern, nämlich: daß von dem Freihandels-System nicht abgewichen werden soll. Das Wort ist schön, weil dieses System auf der Freiheit der Völker beruht. Aber um diese Freiheit zu erringen, dürfen wir uns in Bezug auf andere Staaten nicht Beschränkungen gefallen lassen. Wir sind aber beschränkt, beschränkt über die Gebühr. — Diese Petition strebt den Beschränkungen entgegen, und aus diesem Grunde ist es nöthig, daß sie vor den Augen des gesammten Staates mit möglichster Stimmeneinheit unserer Kurie vor die Stufen des Thrones gelange.

Graf Zieten: Aus eigener bitterer Erfahrung weiß ich, daß unsere Aufmerksamkeit ziemlich ermüdet ist, ich kann aber unmöglich die Debatte sich schließen lassen, ohne ein Paar Worte dem Interesse der Weber zu widmen. Man greift das Steuer-System des Gouvernements unablässig und von allen Seiten an. Daß die Weber ärmer werden, das gebe ich zu, aber wenn ein Grund unter den vielen Gründen ihrer traurigen Verarmung vergessen worden ist, so ist dies der, daß seit mehreren Jahren das Tragen so wie der Verbrauch von baumwollenen Waaren unglücklich um sich gegriffen hat. Diesen Verbrauch zu hindern, ihn einzuschränken, glaube ich, kann durch kein Steuer-System, am wenigsten durch das Gouvernement hervorgebracht werden. Ich stimme dem vollkommen bei, oder vielmehr ich stimme entschieden gegen diejenigen, welche dem Gouvernement alles Unerfreuliche stets und bei allen Gelegenheiten in die Schuhe schieben wollen.

Graf von Arnim: Die Gründe für und wider in Bezug auf die Schutzoll- und Frei-Handels-Systeme sind wohl in so ausführlicher Weise erörtert, daß ich nicht glaube, darauf zurückkommen zu dürfen. Ich halte überhaupt nicht dafür, daß in dieser Beziehung eine Einigung zwischen den verschiedenen Verfechtern dieses oder jenes Systems möglich ist, ich halte vielmehr dafür, daß es darauf ankommt, die praktischen Resultate, wie sie die Anwendung in jedem einzelnen Staate hervorgebracht hat, genau ins Auge zu fassen, ohne sich weiter als durchaus nöthig auf das Feld der Theorie zu begeben. In dieser Beziehung erlaube ich mir das auf hinzuweisen, daß doch nicht zu verkennen ist, wie gerade eine Industrie in immer steigendem Verhältnisse bei uns zugenommen hat und sich im höchsten Flor befindet, die in ihrem Aufwachsen von einem Schutzolle begleitet worden ist — nämlich die Tuchfabrikation — während diejenigen Industrie-Zweige, die nicht von einem Schutzolle begleitet worden sind, sich gegenwärtig in einer höchst peinlichen und gedrückten Lage befinden. Diese Thatsache läßt sich nun einmal nicht weglegen. Ihren Grund bis in die tiefsten Tiefen zu verfolgen, das wird wohl schwerlich irgend Jemand gelingen, aber weglegen kann sie Niemand, auch der Gegner der Schutzölle nicht. Man braucht nur eine Zeit lang in den Gegenden Preußens gelebt zu haben, wo die Tuch-

fabrikation betrieben wird; sobald man sich darauf in eine Gegend begiebt, wo diejenige Fabrikation zu Hause ist, die des Schutzes entbehrt, so tritt einem allerdings ein Vergleich entgegen, der einem Systeme geneigt macht, welches der gedrückten Industrie Schutz verleiht. Ein zweiter Punkt, der, glaube ich, bei der vorliegenden Frage festgehalten werden muß, ist, daß jeder Staat diejenige Industrie hauptsächlich zu heben und zu schützen berufen ist, zu welcher das rohe Material im eigenen Lande erzeugt wird, in Beziehung auf welche er also hinsichtlich des rohen Materials unabhängig von dem Auslande dasteht. Das ist nicht allein bei der Wolle der Fall, sondern auch bei dem Flachse, der in einem Ackerbau treibenden Lande, wie das unfruchtbarste, ein Rohstoff ist, den wir in genügender Menge selbst erzeugen und in Beziehung auf welchen wir ganz unabhängig von dem Auslande sind, bei dem es also nur darauf ankommt, ihn in angemessener Weise gegen die Konkurrenz des Auslandes bei der Verarbeitung zu schützen. Ich will ebenfalls ununtersucht lassen, in welchem Maße dieser Schutz stattfinden muß, ich will dies weiterer Prüfung und Erörterung anheimgeben; ich habe aber bisher von den Gegnern der Schutzzölle keine Lösung für die Frage vernommen, weshalb denn das eine Fabrikat aus einheimischem Rohstoffe, welches geschützt wurde, voranzugibt, während das andere, zu dem wir ebenfalls den Rohstoff selbst erzeugen, und welches nicht geschützt wurde, zurückging. Ich wende mich nun zu demjenigen Fabrikate zurück, das seinen Rohstoff nicht aus dem Lande erhält, zu dem Baumwollen-Fabrikat. Da ist allerdings von vielen Seiten angeführt worden, man dürfe diese Industrie eben deshalb nicht übermäßig befördern, um nicht eine Vermehrung derselben herbeizuführen; man sei sonst in Gefahr, eine fabrizierende Bevölkerung künstlich zu schaffen, die durch auswärtige Konjunkturen arbeitslos gemacht werden könnte. Man hat mit Grund dagegen erwidert, daß einmal eine große Bevölkerung der Art schon vorhanden sei und diese nicht dem Elend preisgegeben werden dürfe. Man hat Maßregeln getroffen, um ihnen zu helfen, und wenn man dies einmal thut, so muß die Frage nahe liegen und muß berathen werden, sind diese Maßregeln genügend gewesen? sonst kann es nichts helfen, diesen Weg einzuschlagen. Gegen das Genüge dieser Maßregel sprechen einmal alle Stimmen, die wir heute vernommen haben; es spricht dagegen die Erfahrung, denn die Zustände haben sich nicht verbessert. Es scheint aber noch ein Punkt gegen das Genügende dieser Maßregeln zu sprechen. Man hat, als England die Einfuhr der Baumwolle um etwa 1 Thlr. 10 Sgr. pro Centner erleichterte, geglaubt, es genüge, wenn man die Einfuhr der englischen Baumwollen-Fabrikate in Preußen um dieselbe Summe pro Centner erschwerte. Das scheint mir allerdings, ganz abgesehen von der Erfahrung, keine genügende Maßregel sein zu können. Denn wenn jeder englische Baumwollen-Fabrikant künftig alle seine Baumwollen-Fabrikate, Gespinnte u. s. w. um so viel wohlfeiler liefern kann, als die Abänderung oder Aufhebung des Baumwollen-Zolls für ihn beträgt, so kann er ja künftig seine Fabrikate in Preußen viel wohlfeiler absetzen, als die Differenz von 1 Thlr. 10 Sgr. preussischen Eingangszoll beträgt; ja, wenn er das, wovon er in England den Centner um 1 Thlr. 10 Sgr. wohlfeiler produziert, nun in Preußen absetzen könnte, dann wäre die Sache ausgeglichen. Er führt aber in die ganze Welt seine Fabrikate nur so viel wohlfeiler aus, als die Abänderung des Baumwollen-Zolls in England beträgt, und unsere Repressalien, wenn ich so sagen soll, von 1 Thlr. 10 Sgr. empfindet er kaum; er kann also von dem Augenblicke an in einem viel höheren Maße mit unseren hiesigen Fabrikanten konkurriren, er kann, wenn er um 1 Thlr. 10 Sgr. wohlfeiler produziert, in Preußen noch viel wohlfeiler verkaufen, weil ihm der Antheil von 1 Thlr. 10 Sgr. pro Centner auf dem ganzen Weltmarkte zu Theil wird, wo nicht überall ähnliche Maßregeln getroffen werden können. Wenn jener Vortheil der englischen Fabrikanten gegen die unsrigen also ausgeglichen werden soll, so kann es nur durch eine viel höhere Belastung seiner Fabrikate ausgeglichen werden. Preußen allein erreicht durch die Auflegung von 1 Thlr. 10 Sgr. Zoll noch nichts. Ich glaube, daß es gewiß sehr nöthig ist, diesen Punkt bald ins Auge zu fassen, um nicht durch solche Maßregeln nach beiden Seiten hin zu schaden. Wenn geäußert worden ist, man habe sich von Extremen fern halten, man habe diejenigen, welche die Zölle erniedrigen, und diejenigen, welche sie erhöhen wollten, in eine gewisse Vereinigung bringen wollen, so glaube ich, hätte man besser gethan, man hätte gar nichts geändert und wäre auf diese Weise in der Mitte zwischen beiden Extremen geblieben. Denn wenn der Eine auffordert, ich solle rückwärts gehen, und der Andere, ich solle vorwärts gehen, und wenn ich mich weder dem Einen noch dem Anderen anschließen will, so muß ich stehen bleiben. Schließlich lenke ich noch die Aufmerksamkeit auf einen Punkt, dessen Nützlichkeit gewiß von keiner Seite bestritten wird, und wo also eine eigentliche Differenz der Ansichten weniger besteht, sondern wo es nur darauf ankommt, auf alle Weise hinzuwirken, daß etwas, welches Alle als nützlich

anerkannt, gefördert werde, ich meine die Rhederei. Die Rhederei ist in unseren Ostsee-Provinzen ein so einflußreicher, wichtiger Gewerbezweig, daß es höchlichst zu bedauern ist, daß dort, wo alles Material sich vorfindet, wo eine kräftige, muthige, mit der See vertraute Bevölkerung vorhanden ist, nicht diese Art der Gewerbsamkeit in größerer Ausdehnung stattfindet; wir haben Landestheile, die früher in dieser Beziehung in einer sehr glücklichen Lage sich befanden — ich meine Neu-Vorpommern; diese Provinz kann die Zeit nicht vergessen, wo die Rhederei in großer Blüthe, in großer Vollkommenheit in ihr bestand. In dieser Beziehung wird gewiß Alles dazu gethan werden müssen, um den Erwerbszweig, der auch hier auf naturgemäßem Boden besteht, durch angemessene Maßregel der Regierung kräftig zu fördern. Ob dies geschehen ist, ob ein Differenzialzoll-System oder Schiffahrts-Verträge dazu führen, ist eine Frage, die ich noch nicht weiter erörtern will. Aber wie gesagt, eine Thatsache ist es, daß während wir eine Seeküste von einer bedeutenden Ausdehnung, vortreffliche Häfen, vortreffliche Hölzer, vortreffliche Menschen zu Matrosen haben, wir keine Rhederei haben, die so fortschreitet und so sich geltend macht, wie es wohl für einen Staat wie den unsrigen zu wünschen wäre.

General-Steuer-Direktor: Wenn der geehrte Redner darauf aufmerksam machte, daß wir keine Rhederei haben, die irgend den Namen verdient, so will ich doch bemerken, daß unsere Rhederei seit den letzten Jahren, namentlich unsere Rhederei in Vorpommern, so vorangeschritten ist, daß wir alle Ursache haben, wohl damit zufrieden sein zu können. — Unsere Schiffe gehen nach der Ostküste von Afrika, nach China und auf den Wallfischfang, und es sieht also in der That nicht so schlimm aus, wie der geehrte Redner dargethan hat. Ich will aber den geehrten Redner darauf aufmerksam machen, daß die neu-vorpommersche Rhederei allerdings dadurch, daß sie auf Preußen übergang, einen Verlust erlitten hat. — Schweden hatte einen sehr günstigen Traktat mit den Barbaren, und die schwedische Flagge war im Mittelmeer eine sehr angesehene. — Darum haben wir gern nachgesehen, daß auch nach dem Uebergange an Preußen die schwedische Flagge benutzt wurde. — Jetzt aber, wo die Barbaren vertilgt sind und alle Nationen darin gleiche Berechtigungen haben, ist unsere Rhederei in relativen Nachtheil gekommen. — Dann möchte ich noch einen anderen früheren Theil der Rede berühren. — Es ist mir dort die Absicht des Herrn Redners, wie es mit der Baumwolle sein soll, nicht recht klar geworden, denn wir haben berechnet, daß mit 2 Thlr. Eingangszoll die englischen Baumwollenspinner so gestanden haben, daß die unsrigen noch mit einem mäßigen Vortheil ihr Geschäft betreiben konnten. Wenn nun der englische Spinner sein Material einen Thaler pro Centner billiger beziehen kann, wenn er diesen Thaler Eingangszoll von Baumwolle früher mühte mit auf seine Fabrikationskosten setzen, so weiß ich doch in der That nicht, warum er künftig gleich gute Waare noch um mehr als einen Thaler billiger fabrizieren kann.

Graf von Arnim: Auf diese beiden Punkte werde ich noch zu antworten haben. Ich nehme den letzten zuerst auf. — Meine Ansicht ist die, daß, wenn England z. B. eine Million Centner in irgend einem Fabrikat produziert und sie 3 pCt. wohlfeiler produzieren kann dadurch, daß dem Fabrikanten der Rohstoff um 3 pCt. wohlfeiler zu stehen kommt, als früher, weil der Zoll sich verringert hat, und von dieser Million Centner hunderttausend nach Preußen gehen, so frage ich, ob deshalb, weil Preußen den Eingangszoll um 3 pCt. erhöht, das frühere Verhältnis zwischen dem englischen und preussischen Fabrikat hergestellt ist. Die englischen Fabrikanten können den ganzen Vortheil, den sie an den übrigen 900,000 Centnern durch den verringerten Zoll machen, bis auf einen gewissen Theil auf die 100,000 übertragen, die sie uns zuführen, und können also ganz einfach auf unserem Markt unsere Fabrikanten überflügeln. — Wenn man uns fragt: ja, was ist zu thun? so ist allerdings nicht mit apodiktischer Gewißheit zu sagen, es könne das verhindert werden, denn wir können vielleicht mit unserem Zoll nicht so hoch hinauf gehen, um die große Erleichterung, die die Erlassung des Baumwollen-Zolls in England mit sich führt, ganz auszugleichen. Aber jedenfalls ist man vollständig getäuscht, wenn man glaubt, daß man mit jedem Thaler, um den man hier den Zoll erhöht, man in England einen Thaler ausgleicht, den der dortige Fabrikant am Zoll der Baumwolle spart. Das ist nicht der Fall. Was nun die Rhederei betrifft, so liegen darüber Zahlen vor, die das näher belegen können, was ich behauptet habe. — In dem Antrage eines Abgeordneten der Rhein-Provinz ist behauptet, die preussische Rhederei habe seit 1832 um 4000 Lasten abgenommen. Wenn ich dies natürlich nicht verbürgen kann, so verweise ich wiederholt auf die Anschauung. — Vergleichen wir den Zustand der Rhederei in den Ostseehäfen mit demjenigen Zustande, der vor 20 und 30 Jahren bestand, so erklären alle Augenzeugen, alle Kaufleute, die dort leben, daß er zurückgegangen ist und können dies durch Data nachweisen, die irrefusabel sind. — In Wolgast besteht

ein eigenthümliches Verhältnis; das Haus Homoyer hat durch große Mittel, große Betriebsamkeit und bewährten Ruf, trotz aller Schwierigkeit, die Rhederei von Wolgast wieder gehoben, aber ich zweifle dennoch, daß die Rhederei des jungen Homoyer der gleich, die sein Vater ebendasselbst vor dreißig Jahren betrieb. Es ist also auch hier nicht einmal die frühere Zeit wieder hergestellt. Dagegen liegen Stralsund, Greifswalde und andere Plätze darnieder. Ich beziehe mich auf ein geehrtes Mitglied in unserer Versammlung, ob die Klagen wirklich dort alle nur auf Vorurtheil beruhen, oder ob sie nicht die vollständigste Wahrheit sind.

Fürst von Putbus: Ich muß ganz bestätigen, was der frühere Redner vor mir angeführt hat. — Es werden fast gar keine Schiffe mehr gebaut. — Wolgast ist der einzige Ort, der noch einigermaßen Rhederei gehabt hat, aber er hat sie auch nicht mehr in dem Maße wie früher.

Prinz Adalbert von Preußen: In Beziehung auf die Rhederei von Wolgast will ich nur bemerken, daß ich Wolgast's Schiffe an zwei verschiedenen Punkten der Erde, zu Bahia und Messina, getroffen habe. — Was die Rhederei-Verhältnisse betrifft, so glaube ich, daß namentlich bei uns ein großer Mangel an Schiffen besteht, die für weitere transatlantische Fahrten gebaut sind. — Der größere Theil unserer Schiffe, namentlich der Rhederei von Danzig, ist ausschließlich mit dem Getreidehandel beschäftigt, weil sie zu schwer sind, um weitere Reisen zu unternehmen.

Graf zu Dohn: Ich will mir nur ein Faktum zu berichtigen erlauben. — Die Tuchfabrikation ist der Leinwandfabrikation entgegengesetzt worden. Nun muß ich nur bemerken, daß dieselbe Katastrophe, welche die Leinwandfabrikation jetzt in Schlesien erlebt, die Tuchfabrikation in den zwanziger Jahren dort erlebt hat. Dies ist der beste Beweis, daß die Schutzzölle unseren Garnspinnern jetzt nicht helfen werden, denn nicht der zu niedrige Schutz Zoll ist an dem Elend der Spinner Schuld, sondern der Kampf zwischen der Hand und der Maschine. Dieser Kampf wurde bei Tuch in den zwanziger Jahren durchgeföhrt, und wer damals in meiner Gegend gelebt, hat die langen Züge von Tausenden der Tuchweber gesehen, die nach Polen hinübersogen. — Es waren die entstandenen Tuchfabriken, welche die Hand-Tuchmacher in dieselbe Hungersnoth setzten, als jetzt die Leinwandspinner durch die Spinnmaschinen gebracht worden sind, und unter beiden Kalamitäten besteht der Unterschied, daß damals der Scheffel Korn mit 18 Sgr. und jetzt um wie viel mehr bezahlt wird. Uebrigens ist noch eine Stadt in Schlesien, die solche Hand-Tuchmacher hat, das ist Neurode, und während z. B. auf den Gütern meines verehrten Kollegen, der mit mir übereinstimmt, die Leinwandspinner und Weber nur dabehungern die Hand-Tuchmacher in Neurode vollständig Zulegt sei mir nur noch erlaubt, ganz persönlich dem fürstlichen Mitgliede aus Schlesien auf seinen berechneten Vortrag, dem ich mit allem Interesse gefolgt bin, zu erwiedern, daß er mich gar nicht so falsch verstehen konnte, daß ich die „Raubtiere“, die er Konsumenten nennt, habe vertheidigen wollen, sondern daß ich keinen Unterschied mache zwischen Konsumenten und Produzenten. — In der einen Sache bin ich Produzent, ein Anderer Konsument, wogegen er vielleicht da Produzent ist, wo ich Konsument bin. Jeder Schutz Zoll, der ihn schützen wird, drückt mich daher, und jeder, der mich schützen wird, drückt ihn. Wenn daher die Petition diese Zölle nicht fordert, so kann ich ihr beitreten; nach meiner Ansicht aber fordert sie dieselben und darum kann ich ihr nicht beitreten, nicht darum, weil ich an den Fischen, an denen gekämpft, gelitten und unterlegen wird, nicht helfen will, sondern weil ich glaube, daß diese Hilfe eben nicht genügend sein wird für diesen Kampf und dieses Leiden.

Finanz-Minister: Es ist in Beziehung auf die Rhederei vorhin angeführt worden, daß ein besserer Zustand zu wünschen sei. Im Allgemeinen will ich dem nicht widersprechen, daß eine größere und gedeihlichere Entwicklung unserer Schiffahrt wünschenswerth sei und daß man von Staats wegen sich angelegen sein lasse, darauf hinzuwirken; allein daß die Schiffahrt in einem so ungenügenden Zustande sich befinde, wie er von gewisser Seite dargestellt worden ist, das kann ich nicht zugeben. — Ich bemerke: nach der erst kürzlich aufgestellten Liste pro 1846 zählt Preußen im Ganzen 913 Seeschiffe von 113,650 Lasten. Es sind im vorigen Jahre überhaupt neu gebaut worden: 72 Seeschiffe von 10,509 Lasten, und hiervon 24 im Regierungsbezirk Stralsund. — Im Allgemeinen ist die Zahl der Schiffe und ihre Tragfähigkeit gestiegen, in welchem Verhältnisse, kann ich in diesem Augenblicke nicht genau angeben, da mir die Zahlen nicht speziell zur Hand sind. — Dann muß ich noch, was unsere innere Fabrikation angeht, bemerken: es ist nicht die Woll-Fabrikation, welche die größten Fortschritte gemacht hat, sondern die Seiden- und Baumwollen-Fabrikation. — Ich nehme meine Angaben von dem Jahre 1831 her, wo der damals vereinigt zu gestalten begann. — Wir hatten damals für Wollwaaren und Halbwoollwaaren 15,300 Webstühle und im Jahre 1843 ungefähr 17,000; die Zahl der Webstühle für Seidenwaaren ist in derselben Zeit

von 8900 auf 16,900 gestiegen, so wie für baumwollene Waaren von 23,400 auf 47,700. Der Verbrauch der baumwollenen Waaren betrug im Jahre 1843 in der Regel 13 Ellen pro Kopf, ungefähr das Doppelte von dem Verbrauch, der im Jahre 1831 stattfand. — Es ist also ganz unverkennbar, daß die Baumwollen-Fabrikation der Leinwand-Fabrikation nachtheiliger geworden ist. Nach außen hat letztere immer einen bedeutenden Schutz gehabt, allein sie hat einen großen Theil ihres Marktes im Innern an die Baumwollen-Industrie abtreten müssen. — Ich kann übrigens nur wiederholen, daß man von Seiten des Staats alles Mögliche thun wird, um die Leinen-Industrie aufrecht zu erhalten.

Referent: Ich will mir nur eine Bemerkung über dasjenige erlauben, was der Herr General-Steuers-Direktor angeführt hat über den Nutzen der Erhöhung des Zolls auf den Twist von 2 auf 3 Thaler. Ich habe nicht sagen wollen, daß die Regierung nicht Gründe gehabt habe. Ich weiß, daß man den Zoll gegen die Aufhebung des Eingangszolles auf rohe Baumwolle in England hat ausgleichen wollen, und vielleicht hat man auch den Frieden unter den Zollvereins-Staaten befördern wollen. Mir scheint aber, daß diese Erwartungen nicht eingetroffen sind, denn der Sturm der Industriellen ist nachher nur noch stärker ausgebrochen als früher, da noch keine Ausgleichung stattfand. In Beziehung auf die Abbederei ist gesagt worden, daß wir nur in der Ostsee Häfen hätten, in der Nordsee aber keine. Ich erlaube mir, auf Antwerpen und die Schelde aufmerksam zu machen, die mit Rücksicht auf die mit Belgien bestehenden Handels-Traktate wohl zum Hafen von Köln zu machen sind, und ich glaube, daß sich wohl Einrichtungen treffen lassen, nach welchen Antwerpen für den westlichen Theil der Monarchie das werden kann, was Stettin für den östlichen ist. Ich erlaube mir nun, die Sache zum Schluß vorzubereiten. Der Herr Graf Keyserling hat einen Verbesserungs-Vorschlag gemacht in Bezug auf den Passus: „Die Durchführung eines Systems dürfte heilsamer sein.“ Ich bin meinerseits gern bereit, diesen Passus fallen zu lassen, um so mehr, als, wie Se. Königl. Hoheit der Prinz von Preußen heute bemerkte, es sich nicht darum handle, die Prinzipien zu ändern, sondern nur einzelne wohlbegründete Schutzölle einzuführen. Zwei Dinge sind es hauptsächlich, die dem Votum der Abtheilung ausdehnend hinzuzufügen sein werden, nämlich daß baldigst Sachverständige möchten gehört werden, und zweitens, daß die Erörterung nicht bis zur nächsten Zoll-Konferenz verschoben werden möchte, sondern eine extraordinäre Einberufung erfolgen möge. Ich erlaube mir, vorzuschlagen, daß der Antrag der Abtheilung mit dieser Modification von der hohen Kurie angenommen werden möge.

Ein Mitglied: Es wird dahin zu wirken sein, den Zoll auf den Twist wieder herabzusetzen.

Referent: Das ist es, was ich vorgeschlagen habe. Ich bin der entschiedenen Meinung, daß, wenn nicht ein viel höherer Zoll eingeführt wird, mit irgend einem Rückzoll oder einer Ausfuhr-Prämie, die Erhöhung des Zolles auf den Twist um 1 Rthlr. nur geschadet hat. — Es liegt in den Worten des Antrages der Abtheilung, denn wenn gesagt ist: „daß namentlich die durch das vorallegirte Gesetz angeordneten Zoll-Erhöhungen den Webern, Druckern und Färbern schaden werden, ohne den Spinnereien genügend zu nützen“, so ist das, was verlangt wird, implicite darin, wenn nämlich die hohe Kurie sich damit einverstanden erklärt.

Prinz von Hohenlohe: Ich glaube, daß, wenn wir uns in spezielle Zölle einlassen, wir nicht heute, aber auch in einem Monat nicht fertig werden. Der Antrag könnte darum heißen: „nach Anhörung der Sachverständigen“, und ich bitte, zur Abstimmung zu schreiten.

Referent: Das ist der Grund gewesen, warum ich diese Meinung ausgedrückt habe.

Marschall: Ich wünsche zu vernehmen, ob das geehrte Mitglied als Vorsitzender der Abtheilung einverstanden ist, daß der Antrag der Abtheilung die Modification erfahre, die der Referent vorgeschlagen hat.

Fürst von Hohenlohe: Ich werde mich den sechs Mitgliedern anschließen, die sie zu unterstützen haben.

Marschall: Wenn in dieser Beziehung von den Mitgliedern der Abtheilung kein Widerspruch erhoben wird, so kommen wir zur Abstimmung. Sie wird gerichtet sein auf den Antrag der Abtheilung mit Hinzufügung des Vorschlages des Referenten.

Referent: Ich habe nur ein Bedenken gegen das Wort „sobald als möglich“, weil die Regierung nicht in der Lage ist, nach Belieben darüber zu entscheiden. Es ist bereits von der Regierung die Erklärung gegeben worden, daß in diesem Jahre keine Konferenz mehr stattfinden könne.

Finanz-Minister: Es kann allerdings in Antrag gebracht werden, daß Sachverständige unverzüglich einberufen werden, allein ob es thunlich sein wird, eine General-Zoll-Konferenz noch in diesem Jahre einzuberufen, ist eine andere Frage. Die Verhandlungen der

General-Konferenz müssen jedenfalls so früh geschlossen sein, daß die Ratification der Beschlüsse von Seiten sämtlicher Staaten des Zollvereins noch rechtzeitig eingeholt werden kann; also mindestens im August, weil vor Ende des Monats Oktober die Tarifänderung publizirt werden muß. Bei wichtigen Gegenständen kann die Berathung der Zoll-Konferenz nicht sogleich eingeleitet werden, sondern es muß nach dem bestehenden Geschäftsgange eine vorläufige Mittheilung an die Vereinststaaten vorausgehen. Nun frage ich: Wie würde es möglich sein, die Sache durch alle diese Stadien durchzuführen? Es müssen die Interessenten und Sachverständigen gehört werden; es müssen demnach die Mittheilungen an alle Vereins-Regierungen eingehen, dann folgt die Einberufung der Zoll-Konferenz, und dann erst tritt die Berathung ein. — Daß die Sache möglichst beschleunigt werden soll, will ich gern versprechen, ihre Erledigung wird aber in diesem Jahre nicht mehr möglich sein.

Graf York: Ich glaube, daß die Bitte dahin gehen sollte, daß man sagt: „baldmöglichst.“ Dieses Wort drückt den lebhaften Wunsch der Kurie aus und stellt der Regierung anheim, innerhalb der Grenzen nicht bloß der physischen, sondern auch der politischen Möglichkeit zu handeln.

Graf von Dyren: Es wird bloß über die beiden Zeilen als letzter Tenor des Gutachtens nach Anhörung der Sachverständigen abgestimmt werden.

Marschall: Die Frage kann nur gerichtet werden auf den Antrag der Abtheilung, und sie wird zugleich den von dem Referenten gemachten Vorschlag mit aufnehmen. Sie wird also lauten: Tritt die hohe Versammlung dem Antrage der Abtheilung in der von dem Referenten vorgeschlagenen Ausdehnung bei?

Fürst von Lichnowsky: Diese Fassung scheint mir vortreflich.

Graf von Arnim: Die Denkschrift an Se. Königl. Majestät ist jedoch zunächst der anderen Kurie vorzulegen.

Marschall: Dies liegt schon in der Sache, so wie auch in dem Antrage der Abtheilung.

Referent: Ich habe in meinem Votum der Abtheilung gesagt: „Sr. Majestät vorzulegen.“ Das ist mir monirt worden, und wie ich glaube, mit Recht. Darum habe ich nun die Fassung gebraucht: „in gesetzlichem Wege Sr. Majestät vorzulegen.“

Fürst von Lichnowsky: Der gesetzliche Weg an Se. Majestät ist durch die zweite Kurie also entsprechend.

Marschall: Ich wiederhole die vorhin gestellte Frage, mit dem Anfügen, daß diejenigen Mitglieder, welche derselben nicht beistimmen, dies durch das Zeichen des Aufstehens zu erkennen geben wollen.

Das Resultat der Abstimmung war die Annahme des Antrages der Abtheilung mit der von dem Referenten beantragten Ausdehnung, und zwar mit allen gegen 4 Stimmen.

Da die Zeit schon ziemlich vorgerückt ist, so werden die beiden Gegenstände, deren Berathung noch angekündigt war, zur nächsten Sitzung zu verschieben sein. Diese wird morgen, und zwar, damit die Abtheilungen in ihren Arbeiten nicht gehindert sein mögen, um 12 Uhr stattfinden.

(Die heutige Sitzung wurde um 1/5 Uhr geschlossen.)

Als Nachtrag zu dem von gestern gegebenen Theil der Sitzung der Kurie der drei Stände vom 18. Mai folgen hier die beiden (in der vorgestr. Dresl. Z.) bereits angebeuteten Entwürfe:

Allerunterthänigste Bitte der Kurie der drei Stände um mehrere Abänderungen des Reglements über den Geschäftsgang beim vereinigten Landtage.

In Folge der durch mehrere, das Reglement über den Geschäftsgang bei dem vereinigten Landtage betreffende Anträge veranlaßten Berathungen bittet die Kurie der drei Stände Se. Majestät den König, Allernädigst nachstehende Abänderungen jenes Reglements gestatten zu wollen.

1) ad § 6. Daß in Zukunft durch Wahl jeder einzelnen Provinz die Bestellung des von ihr zu entnehmenden Sekretärs erfolge.

Das Reglement vom 9. April d. J. giebt dem Marschall der Herren-Kurie im Einvernehmen mit dem Marschall der Kurie der drei Stände die Befugniß der Ernennung der acht Sekretäre.

Die Stellung der Sekretäre beim vereinigten Landtage bedarf vorzugsweise und ungeachtet der veröffentlichten stenographischen Berichte des vollsten Vertrauens der Landtags-Versammlung. Sie sind Beamte derselben und nicht deren Marschalls. Jeder ständischen Versammlung wird, soll sie ihre Bestimmung erfüllen, innerhalb ihres Rechtskreises eine freie Bewegung zu überlassen, mithin werden ihre Organe am besten von ihr selbst zu bezeichnen sein. Läßt sich auch wohl erwarten, daß der Marschall bemüht sein werde, sich von der Befähigung der zu ernennenden Sekretäre durch Hilfe der Provinzial-Landtags-Marschälle vorher Kenntniß zu verschaffen, so ist dies doch durch nichts verbürgt, auch die Erpriestlichkeit freier Wahl aus der Analogie städtischer Gemeinden erwiesen.

2) ad § 7. Daß bei Bildung der Abtheilungen auch die Provinzial-Landtags-Marschälle zugezogen werden sollen, — weil von diesen unbestreitbar eine speziellere

Kenntniß der einzelnen Abgeordneten voranzusetzen und eine Förderung der Diskussionen in Pleno zu erwarten ist, wenn die verschiedenen Richtungen in den Abtheilungen vertreten sind.

3) Zu demselben Paragraphen.) Den Vorsitzenden einer Abtheilung aus der Wahl ihrer Mitglieder hervorgehen zu lassen, weil der Einfluß eines Vorsitzenden auf den Gang der Berathung unverkennbar, dagegen das vollkommenste Vertrauen in die Unparteilichkeit desselben bei der Verschiedenheit in der Stände-Repräsentation um so nöthiger ist.

4) ad § 12 folgenden Zusatz genehmigen zu wollen: „den Antragstellern ist es gestattet, den Verhandlungen der Abtheilungen über die von ihnen gestellten Anträge mit dem Rechte der Mitörterung aber ohne Votum, beizuwohnen, und sind zu dem Ende die Vorsitzenden verpflichtet, ihnen von der Zeit der betreffenden Berathung Kenntniß zu geben.“

Den Antragstellern wird auf diese Art möglich, schon bei den vorbereitenden Berathungen der Abtheilungen ihre Anträge näher zu motiviren und zur Begründung derselben, wie zur Erwidrerung der Gegen-Aussstellungen, sich im Laufe der Diskussion ausführlicher zu äußern. Es hat dies Verfahren sich während des jetzigen vereinigten Landtags bereits praktisch bewährt und dürfte namentlich bei Fortbestehen einer Präklusivfrist für den Eingang der Petitionen dem Wesen derselben besonders entsprechen.

5) ad § 13 die Ernennung des Referenten für den Vortrag in der Plenar-Versammlung dem Vorsitzenden der Abtheilung zu überlassen.

Wenngleich nur in seltenen Fällen der Marschall welchem jetzt reglementsmäßig die Ernennung des Referenten zu steht, dessen Function im Plenum einem Andern als dem Abtheilungs-Referenten übertragen möchte, da dieser sachgemäß zur Erparung von Diskussionen nur aus jener hervorgehen kann, so scheint es doch rathsam, in dieser Beziehung eine bindende Bestimmung eintreten zu lassen.

6) Zu § 13, da in demselben eine Bestimmung über die Tagesordnung nicht enthalten ist, den Zusatz Platz greifen zu lassen,

„daß die Berathung immer erst 24 Stunden nach Vertheilung des Gutachtens der Abtheilung beginnen dürfe, auch die Gegenstände, welcher in jeder Sitzung zur Erörterung kommen sollen, bei mündlicher Anberaumung derselben genau zu bezeichnen, bei schriftlicher auf den Einladungskarten zu bemerken sind.“

Die Versammlung von den Gegenständen der nächsten Berathung im voraus in Kenntniß zu setzen, erscheint der nöthigen Vorbereitung wegen unumgänglich.

7) ad § 15 a, daß die Bestimmung: kein Mitglied dürfe von einem andern Plage, als von der Rednerbühne, das Wort ergreifen, aus dem Reglement entfernt und statt dessen es lediglich dem Ermessen des Marschalls überlassen werde, von welchem Plage aus der Redner sprechen solle.

Es wird durch dies Verfahren theils Zeit erspart, theils möchten Mitglieder der Versammlung bei dem Fortbestehen der jetzigen Bestimmung sich von kurzen, die Berathung oft wesentlich fördernden Mittheilungen abhalten lassen.

8) ad § 15 c für den Marschall die Verpflichtung auszusprechen, demjenigen das Wort außer der Reihe zu ertheilen, welcher eine Ueberschreitung des Geschäfts-Reglements zu rügen beabsichtigt.

Es scheint nämlich wünschenswerth, dem Marschall eine desfallige Verpflichtung aufzulegen, weil Ueberschreitungen der Geschäfts-Ordnung seiner Aufmerksamkeit entzogen sein können und jeder in der Versammlung ein wesentliches Interesse hat, die Bestimmungen derselben genau aufrecht erhalten zu sehen, indem die Geschäftsordnung eine Schutzwehr jedes Einzelnen gewähren soll. Folgt die Rüge einer bezüglichen Ueberschreitung nicht sofort, so können leicht die wesentlichsten Nachteile dadurch entstehen.

9) ad § 15 d. Daß es den der deutschen Sprache nicht vollkommen kundigen Landtags-Abgeordneten gestattet werde, ihre Reden abzulesen.

Es erfolgt diese unterthänigste Bitte vorzugsweise im Interesse der Provinz Posen, aus welcher gegenwärtig Abgeordnete in der Versammlung sich befinden, denen, weil ihre Muttersprache die polnische ist, es schwer fallen würde, in der deutschen Sprache gleichzeitig zu denken und sich deutlich auszusprechen.

10) ad § 15 g am Ende die Worte hinzuzufügen zu lassen: „und ist dazu verpflichtet, wenn die Majorität der Versammlung es verlangt.“

Nach der jetzigen Bestimmung dieses Paragraphen werden neue, zur Sache gehörende Vorschläge nur dann in Erwägung genommen, wenn sie dem Marschall von dem Proponenten vor der Sitzung eingebracht und auf Anfrage des Marschalls von 24 Mitgliedern unterstützt sind. Der Marschall kann jedoch in einzelnen Fällen, wenn die strenge Befolgung dieser Vorschrift erhebliche Uebelstände herbeiführen würde, Ausnahmen davon gestatten. Jetzt bittet die Kurie, den Marschall nach dem jedesmaligen Aussprache der Majorität hierzu für verpflichtet erachten zu wollen, weil Amendements sich oft erst im Laufe der Debatte herausstellen, welche, was von wesentlichem Vortheil ist, die Ansichten modifizirt. Auch erlangen die übrigen Mitglieder der Versammlung von den eingereichten Amendements vor der Sitzung in der Regel keine Kenntniß. Der Nachtheil, daß jedes Amendement, welches aus der zahlreichen Versammlung hervorgeht, einer Diskussion möglicher Weise unterworfen werden könnte, möchte den Vortheil geregelter und erschöpfender Berathung nicht überwiegen.

11) ad § 18. Diesem Paragraphen die Bestimmung hinzuzufügen zu lassen:

„Unmittelbar vor der Abstimmung wird die Frage durch einen der Sekretäre verlesen,“ weil hierdurch das Verstehen der Fragen seitens der Versammlung mehr gesichert wird und dieses Verfahren bereits praktisch sich bewährt hat.

12) ad § 24. Die Bestimmung des Reglements in Wegfall bringen zu lassen, daß aus den Berichten über die Landtags-Verhandlungen etwa vorkommende, verlegende Äußerungen entfernt werden sollen, weil durch die Veröffentlichung von dergleichen Äußerungen mit den desfalligen, unfehlbaren Zurechtweisungen, einestheils die geeignetste Rüge erfolgt und dem Uebelstande einer Entstellung dennoch nie zu vermeintlicher Uebergrieffe vorgebeugt wird.

13) ad § 25 die Bestimmung hinzufügen zu lassen, daß die Kurie der drei Stände sofort nach ihrem Zusammentreten und vor Beginn aller andern Geschäfte sich mit denjenigen Wahlen ihrer Mitglieder, bei welchen sie Unrichtigkeiten und Ungebühnisse vermuthet, zu beschäftigen, solche zu untersuchen, ihre desfalligen Erklärungen abzugeben, und auf Abhülfe nach Befinden anzutragen habe.

Es zielt diese Bitte nicht dahin, die Prüfung der Wahlen dem vereinigten Landtage zuzuwenden, sondern nur dahin, Petitionen gegen anerkannte oder für nicht zu Recht beständig erklärte Wahlen vorzugsweise zur Diskussion gestellt zu sehen, weil gegentheils es später sich ergeben könnte, daß entweder Abgeordnete an den Beratungen partizipirten, welche auszuscheiden genöthigt wären, oder daß Andere anfangs ausgeschlossen würden, welchen ein Theilnahmrecht zusteht.

14) ad § 26 a. Zubörderst allergnädigst es der Versammlung überlassen zu wollen, auch nach Ablauf der Präklusivfrist ausnahmsweise Petitionen anzunehmen.

Die Nothwendigkeit einer Präklusivfrist wird keinesweges verkannt, da es dringend für den Geschäftsgang erscheint, den ganzen Umfang der vorliegenden Arbeiten übersehen zu können. Es lassen sich indes wohl Fälle denken, welche durch momentane Ereignisse hervorgerufen, die spätere Zulassung darauf bezüglicher Petitionen begründen, und erlaubt sich die Kurie, hier nur beispielsweise auf den jetzigen Nothstand hinzudeuten. Eine desfallige Entscheidung über die Zulässigkeit, dem individuellen Ermessen des Marschalls, wie von einer Seite vorgeschlagen, zu überlassen, erscheint für seine Stellung nicht wünschenswerth und angemessener, wenn die Entscheidung über eine Ausnahme-Maßregel von der Majorität in der Versammlung ausgeht.

15) Den Abdruck derjenigen Petitionen, bei denen es die Abtheilungen, welchen solche zur Vorberathung überwiesen sind, für nöthig halten, auf Kosten des Landtages befehlen zu wollen.

Die Kurie glaubt hierin ein Mittel gründlicher Vorbereitung und eine Beschleunigung des Geschäftsganges zu finden, den betreffenden Abtheilungen aber die Auswahl der zum Druck zu fördernden Petitionen um deshalb überlassen zu müssen, weil von diesen eine richtige Beurtheilung in dieser Beziehung zu erwarten ist, welche von der Plenar-Versammlung nur ausgehen kann.

16) Die Beurtheilung, ob ein Antrag zur Kompetenz des Landtags gehöre oder nicht, als dem Landtage, aber nicht seinem Marschall für zustehend zu erklären.

Die bezügliche Bestimmung des § 26 a erscheint hierbei nicht ausreichend.

Nach den §§ 20 und 21 der Allerb. Verordnung vom 3. Febr. d. J. haben die Marschälle im vorliegenden Falle nur darüber zu wachen, daß Petitionen allein von Mitgliedern der Stände-Versammlung angebracht und einmal zurückgewiesen, in der nämlichen Versammlung nicht erneuert werden. Es handelt sich hier mithin um die Form, unter welcher es gestattet werden soll, Bitten und Beschwerden zur Kenntniß der Versammlung zu bringen. Eine Entscheidung der Kompetenzfrage dagegen dem Marschalle allein überlassen, könnte in einzelnen Fällen das vor Allem ungetrübt zu erhaltende Vertrauen der Versammlung zu ihrem Marschall gefährden, was unter jeden Umständen zu vermeiden sein möchte. Auch ist der Marschall, namentlich bei Eingang der Petitionen, mit Arbeiten überhäuft, weshalb von den Abtheilungen eine gründliche Prüfung ihrer Tendenz vorausgesetzt, nächst dem in ihrer wohl eine von des Marschalls Ansicht verschiebend, als möglich gebacht werden kann. Die ständische Versammlung erscheint als eine kollegialische, und liegt es im Wesen einer solchen, daß an sie gerichtete Anträge zu ihrer Kenntniß gebracht werden müssen, von dem Einzelnen aber nicht zurückgewiesen werden können.

17) ad § 26 e. bittet die Kurie, eine Bestimmung zu erlassen, nach welcher, wenn sich eine wesentliche Meinungs-Verschiedenheit herausgestellt hat und beide Kurien es wünschen, die betreffenden Abtheilungen zur Vorbereitung einer Einigung beider Kurien zusammentreten dürfen.

Mittel und Wege zu finden, um das Einverständnis beider Kurien über in einer und derselben beschlossenen Petitions-Anträge zu erleichtern, kann jedenfalls nur erwünscht sein. Durch ihre Vorberathungen sind die Abtheilungen auf das vollständigste vom Berathungs-Gegenstande unterrichtet, und ohne die Gründlichkeit derselben irgend in Zweifel ziehen zu wollen, ist es doch denkbar, daß ein wichtiger Antrag ganz verworfen werden könnte, nur weil die Kurien in nicht wesentlichen Punkten verschiedener Meinung sind, über welche durch persönliches Zusammentreten ihrer beiderseitigen Abtheilungen eine Verständigung wohl herbeigeführt werden könnte, und welcher, durch leicht aufzufindende Mobilifikationen unterstützt, diesem Schicksal nicht erliegen würde. Es erscheint, schon der größtmöglichen Ausdehnung des Petitionsrechts in den gegebenen Grenzen wegen, jede Einigung wünschenswerth.

18. ad § 28. Zur Wahl der Kandidaten für die bei der Haupt-Verwaltung der Staatsschulden erledigten Stellen die absolute Stimmenmehrheit für erforderlich erachten zu wollen.

Das Prinzip der Wahl durch relative Stimmenmehrheit weicht von dem im § 4 des Gesetzes vom 22. Juni 1842, über das Verfahren bei den ständischen Wahlen angeordneten, völlig ab, und wenn auch nicht verkannt wird, daß die Erzielung einer absoluten Majorität bei einem so großen Wahlkörper, als dem vereinigten Landtage, schwierig und zeitraubend sein kann, so ist bei der hervortretenden Wichtigkeit des Akts doch ein Zeitverlust um so weniger in Anschlag zu bringen, als zur relativen Stimmenmehrheit oft nur eine sehr geringe Majorität gehört.

19. ad § 31 bittet die Kurie, die Bestimmung allergnädigst hinzufügen zu wollen,

daß eine Revision des Geschäfts-Reglements nicht ohne Anhörung der Stände erfolge, so wie, daß ihr gestattet werden möge, auch noch im Laufe und am Schlusse des gegenwärtigen Landtages, Anträge auf Abänderungen desselben stellen zu dürfen.

Die Bestimmungen des Geschäfts-Reglements sind von so hohem Interesse für die Stände, von so großer Bedeutung für die Verhandlungen des vereinigten Landtages und es erscheint den Ständen so wesentlich, daß bei Abänderungen jener Bestimmungen ihre Anschauung der gesammelten Erfahrungen maßgebend sei und Berücksichtigung finde, daß die Bitte, eine Abänderung des Geschäfts-Reglements nicht ohne Anhörung der Stände eintreten zu lassen, sich ohne Zweifel rechtfertigen dürfte. — Uebrigens reichen die bis jetzt gemachten Erfahrungen nicht aus, gegentheils läßt eine umfassendere Ergänzung derselben sich nur von der Zeit erwarten, und wenn die Versammlung ihr vorliegende Anträge auf Abänderungen des Reglements schon jetzt der Diskussion unterwarf, so glaubte sie solche doch selbst für diesmal als geschlossen nicht betrachten zu dürfen, obgleich sie zur erforderlichen Begutachtung dieser Abänderungs-Vorschläge in der Herren-Kurie die obigen Erklärungen alsbald abzugeben für angemessen hielt.

Berlin, den 17. Mai 1847.

(gez.) v. Kochow.

v. Ratte, Referent.

Raumann, Landtags-Sekret. v. Patow, Landtags-Sekret. Allerunterthänigste Bitte der Kurie der drei Stände des vereinigten Landtages, in Beziehung auf den jetzigen Nothstand der ärmeren Klassen der Bevölkerung.

In Erwägung, daß der durch die Theuerung der ersten Lebensbedürfnisse herbeigeführte Nothstand der ärmeren Klassen der Bevölkerung hauptsächlich noch dadurch erhöht werde, daß es ihnen an Gelegenheit zur Arbeit und zum Erwerbe fehle, und daß diesem Uebel durch Verwendungen aus Staatsmitteln für gemeinnützige Zwecke eine wesentliche Abhilfe geschaffen werden könne, hat die Kurie der drei Stände, ungeachtet ihr wohl bekannt ist, welche beträchtliche Summen bereits für diesen Zweck verwendet worden, dennoch eine Bitte um beschleunigte und verstärkte Maßregeln in dieser Beziehung für gerechtfertigt gehalten und deshalb beschlossen, Se. Majestät allergnädigst zu bitten:

daß für die Dauer der gegenwärtigen Theuerung durch gemeinnützige Anlagen, sowohl unmittelbar auf Kosten des Staats, als mittelbar durch Unterstützung von Kreis-, Kommunal- und Aktien-Unternehmungen dieser Art, den arbeitenden Klassen neue Erwerbsquellen in höchstmöglicher Ausdehnung eröffnet werden mögen.

(gez.) v. Kochow.

(gez.) Frhr. v. Patow.

Landtags-Sekretär.

v. Schenkendorff.

Referent.

Raumann.

Landtags-Sekretär.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Nimbö.